

RUPRECHT-KARLS-UNIVERSITÄT HEIDELBERG

FAKULTÄT FÜR WIRTSCHAFTS- UND SOZIALWISSENSCHAFTEN
INSTITUT FÜR POLITISCHE WISSENSCHAFT

POSTMODERNE ÖFFENTLICHKEITEN

-

DER WANDEL VON DER DISKURSIVEN ÖFFENTLICHKEIT DER MODERNE ZU DEN KONNEKTIVEN ÖFFENTLICHKEITEN DER POSTMODERNE

Inauguraldissertation
zur Erlangung des akademischen Grades eines Dr. rer. pol.
vorgelegt von
Behzad Fallahzadeh, M. A.

Erstgutachter: Prof. Dr. Aurel Croissant
Institut für Politische Wissenschaft
Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg

Zweitgutachter: Prof. Dr. Michael Haus
Institut für Politische Wissenschaft
Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg

Dank und Widmung

Sehr geehrter Herr Prof. Croissant, der Dank für diese Arbeit gilt Ihnen. Sie haben nicht nur den institutionellen und intellektuellen Rahmen für sie bereitgestellt, sondern mich auch über fast ein Jahrzehnt, angefangen bei ersten Hausarbeiten, über das Magister bis hin zu dieser Arbeit, stets unterstützend und wohlwollend begleitet. Dafür bin ich Ihnen zu Dank verpflichtet. Und auch Ihnen, Herr Prof. Haus, ein Dankeschön für das Zweitgutachten und den Raum, den Sie mir in Ihrem Kolloquium eingeräumt haben.

Gewidmet ist diese Arbeit meinen Eltern. Ihr seid damals, in der Hoffnung auf einen besseren Morgen, auf die Straße gegangen und habt euch den Kugeln gestellt um frei zu sein. Dass eure Revolution so enden würde, hättet ihr nicht wissen können. Und so habt ihr mit eurem Drang nach Freiheit alles verloren, was euch wichtig war und seid bis heute verloren; gestrandet an einem Ort, fern allem was euch lieb war und ist.

Doch euer existenzieller Verlust, der Verlust eurer Heimat, der Verlust eurer Freunde und Familie, euer Verloren-Sein im Hier und Jetzt, war und ist mein größter Gewinn. Erst dadurch bekam ich die Möglichkeit, Teil einer Gesellschaft zu werden, die mir jene Freiheit gibt, für die ihr damals gekämpft habt. Möge diese Arbeit euch ein kleiner Trost sein.

Behzad

Inhaltsverzeichnis

I EINLEITUNG.....	5
1. PROBLEMAUFRISS.....	6
2. AUFBAU DER ARBEIT.....	12
3. METHODISCHES VORGEHEN	19
II DAS PROJEKT DER MODERNE UND DIE DISKURSIVE ÖFFENTLICHKEIT	23
1. INDIVIDUUM UND DISKURS.....	24
1.1. Individuum.....	24
1.2. Diskurs	36
1.3. Individuum und Diskurs	41
2. SYSTEM UND INDIVIDUALISMUS	45
2.1. Funktional ausdifferenzierte Systeme.....	45
2.2. Individualismus	51
2.3. Demokratie zwischen Individualismus und System	53
3. DISKURSIVE ÖFFENTLICHKEIT	58
3.1. Historische Erscheinungsformen der Öffentlichkeit	58
3.2. Öffentlichkeit.....	61
3.3. Diskursive Öffentlichkeit.....	65
3.4. Das Projekt der Moderne und diskursive Öffentlichkeit	71
III MEDIEN.....	74
1. ALTE MEDIEN.....	75
2. NEUE MEDIEN	79
2.1. Vom militärischen Netzwerk zur demokratischen Hoffnung	79
2.2. Von der demokratischen Hoffnung zum bloßen Medium	86
IV POSTMODERNE IN DER THEORIE UND IN DER PRAXIS	99
1. THEORIE	100
1.1. Eine Entwicklung, zwei Interpretationen	100
1.2. Postmoderne.....	103
1.3. Das Projekt der Moderne als Herrschaftssicherung.....	110
1.4. Postmoderne Pluralität	114
2. PRAXIS	126
2.1. Reale Seite der Postmoderne.....	126
2.2. Doppelte Kontingenz und Vagheit.....	130
2.3. Vagheit	131
3. DELIBERATIVE DEMOKRATIE UND POSTMODERNE	144
3.1. Ablehnung postmoderner Kritik.....	144
3.2. Anpassung an postmoderne Kritik	147
V KONNEKTIVE ÖFFENTLICHKEITEN	158
1. KONNEKTIVE HANDLUNG.....	159
1.1. Vorüberlegungen.....	159
1.2. Konnektive Handlung.....	162
1.3. Konsens, Zustimmung und Kompromiss	167
2. KONNEKTIVE ÖFFENTLICHKEIT	172
2.1. Zusammenfassung	172
2.2. Zwischen Privatheit und Öffentlichkeit	175

2.3. <i>Freier Zugang</i>	185
2.4. <i>Agonistisches Verhältnis</i>	188
2.5. <i>„Kampf um Aufmerksamkeit“</i>	196
2.6. <i>Empirische Hinweise</i>	211
VI POSTMODERNE ÖFFENTLICHKEITEN	215
1. PROBLEME UND OFFENE FRAGEN	216
2. SOZIO-KULTURELLER PROZESSWANDEL	219
VII LITERATURVERZEICHNIS	223

I Einleitung

1. Problemaufriss

Über das Theater schrieb Bertolt Brecht: „Ins Licht treten die Treffbaren / die Erfreubaren / die Änderbaren“. Vermutlich ereignete sich dieser Schritt ins Licht erstmals in der Antike bei den Weinlese- und Faschingsfesten zu Ehren des Fruchtbarkeitsgottes Dionysos. Aber noch war es kein Theater, was dort veranstaltet wurde. Zum Theater wurde das Spektakel erst, als ein Einzelner¹ aus dem Sängerchor heraustrat und sich dem Chor in Wechselrede stellte. Zu jenem Zeitpunkt eine unerhörte Tat, denn aus der Masse der Chorsänger trat ein maskierter und berauschter Gottesdiener hervor und verlangte von den Göttern Rechenschaft für das Schicksal, welches jene für ihn festgelegt hatten. Es war dieser Augenblick, in dem der Einzelne sich seiner Selbst bewusst wurde und aufgrund dessen ein Gespräch mit den Göttern zur Wahrheitsfindung einging. Es war dieser Augenblick in dem die beiden Säulen der modernen Welt gelegt wurden: Das über sich selbst gewahre Individuum und die Suche nach der Wahrheit durch Diskurs.²

Bis heute sind beide eng miteinander verwoben geblieben: Die Individualität des Einzelnen befähigt ihn zur Teilnahme am Diskurs und der Diskurs erlaubt es ihm, seine Individualität gegenüber Anderen zu behaupten und als Individuum überhaupt erst anerkannt zu werden.³ Individualität ist die Grundqualifikation für den Diskurs und der Diskurs die Schule in der diese Grundqualifikation erworben wird. Nur beides zusammen ermöglicht es dem Einzelnen, sich zu einem Subjekt zu emanzipieren, d. h. eigenständig zu handeln.

War allerdings Individualität anfänglich noch dazu gedacht, jeden einzelnen Menschen durch seine Besonderheiten von allen anderen Menschen zu unterscheiden, ist sie als Strukturmerkmal der modernen Gesellschaft zum Massenphänomen geworden,⁴ das in jeder Einkaufsstraße bei Apple, H&M und Co. zu erwerben ist. Der Erwerb von Produkten jedoch, auch wenn diese es suggerieren, verhilft dem Einzelnen nur schwerlich zur Individualität, im Sinne einer gewachsenen Selbstständigkeit und Einzigartigkeit.⁵ Und dem Diskurs erging es ebenfalls nicht besser: Es treten funktional ausdifferenzierte Systeme zu Tage, die je nach ihrer eigenen Logik funktionieren und jedes für sich symbolisch generalisierte

¹ Aus Gründen der Lesbarkeit wird in der Arbeit darauf verzichtet die weibliche Form ebenfalls zu nennen. Sie ist aber stets mit gemeint.

² Vgl. dazu Hensel, G.: 2006. S. 23.

³ Vgl. dazu Veith, H.: 2002. S. 250ff.

⁴ Für Norbert Elias äußert sich die massenhafte Produktion der Individualität beispielsweise darin, dass die ganze Pädagogik darauf ausgerichtet ist, das Kind zur Eigenständigkeit und Selbstverantwortung zu erziehen. Vgl. dazu Elias, N.: 2001(b). S. 193ff.

⁵ Vgl. dazu Heitmeyer, W.: 1991. S. 19ff.

Kommunikationsmedien entwickeln. Diese setzen sich in den Poren des Diskurses fest, bemächtigen sich seiner und verfälschen ihn.⁶

Die Rechnung der Moderne, anhand der Individualitätssemantik und des Diskurses, letzteres als praktizierte Form der Vernunft, den Einzelnen sowohl aus einer kollektiven Ordnungsstruktur zu emanzipieren und ihm zugleich die gesellschaftliche Integration in die Hand zu geben, ging nicht ganz auf. Die Moderne begann zu wanken. Der Einzelne winkte dankend ab, weil er sein „Ich“ nicht als Teil eines größeren „Wir“ begriff, das auch immer „den Gesellschaftsentwurf eines universalen sozialen Zusammenhangs“ implizierte.⁷ Er verwechselte Individualität mit Individualismus und überließ die Integration zur Gesellschaft einer unsichtbaren Hand. Aus der unsichtbaren Hand wurden im Laufe eines evolutionären Prozesses die unsichtbaren Hände der funktional ausdifferenzierten Systeme, eben die symbolisch generalisierten Kommunikationsmedien. Zwischen dem auf sich selbst fixierten Individuum und den ebenfalls nur sich selbst zugänglichen funktional ausdifferenzierten Systemen scheint die Demokratie in der Moderne einen Kampf um die Integration der Bürger zu einer Gesellschaft, gar Gemeinschaft, durch die Menschen selbst zu führen.⁸

Hier soll nun nach Jürgen Habermas die Öffentlichkeit den Menschen einen diskursiven Raum bieten, in dem sich allein durch die Kraft des besseren Argumentes der Wille der Gemeinschaft herausdestilliert, der dann an das politische System weitergeleitet wird, mit dem Ziel, Entscheidungen der Politik an die Lebenswelt der Bürger zurück zu binden. Der von Systemen gelenkten und vom Individuum im Stich gelassenen Demokratie soll wieder auf die Beine geholfen werden, indem aus dem Zusammenspiel von Individuum, den zum Publikum versammelten Privatleuten und dem politischen System anhand des Diskurses die Integration der Gesellschaft ermöglicht wird. Die Schwächen der heutigen Demokratie aufgrund von Individualismus und funktional ausdifferenzierten Systemen ließen sich durch die Öffentlichkeit ausmerzen und das Projekt der Moderne erfolgreich implementieren.

Was aber, wenn hinter den hehren Zielen des Projekts der Moderne doch nur Machtbestrebungen verborgen liegen, die eine bestimmte Form der Gesellschaft etablieren, welche zugleich andere Formen ausschließt: Eine von Rationalität geleitete Gesellschaftsordnung, die nach Fortschritt und Einheit strebt? Was, wenn nicht die Fehlentwicklungen angeprangert werden, sondern die Moderne, in Form von Individuum und

⁶ Vgl. dazu Habermas, J.: 1981(b). S. 278.

⁷ Vgl. dazu Schmid, H. B.: 2001. S. 73. Wörtliches Zitat ebd. zu finden.

⁸ Eine Entwicklung, die bereits Alexis de Tocqueville in ähnlicher Form als die größte Bedrohung für die Demokratie identifiziert hatte. Der Individualismus gebe die Möglichkeit des gemeinsamen Handelns freiwillig preis und der Verwaltungsdespotismus zerstöre ihn. Vgl. dazu Breier, K.H.: 2004. S. 74.

Diskurs, selbst? So geschehen durch die Postmoderne: Aus postmoderne Perspektive ist die Moderne geprägt vom Streben nach Fortschritt und Versöhnung durch Vernunft.⁹ Daher gilt es Pluralität zu überwinden, um das Projekt der Moderne zu einem erfolgreichen Ende zu bringen. Das größte Problem der Moderne ist folglich Pluralität. Es mag Pluralismus in der Moderne in der einen oder anderen Form geben, beispielsweise im Parlament durch die Anwesenheit verschiedener Parteien. Dieser Pluralismus dient jedoch dazu die Unterschiede zwischen den Menschen aufzuheben. Dem entgegen betont Pluralität, so wie es aus postmoderner Perspektive verstanden wird, die Unterschiede und verweist darauf, dass diese nicht aufgehoben werden können oder gar aufgehoben werden sollten.

Ironischerweise beginnt sich jedoch gerade in den Naturwissenschaften und der Mathematik, beides Speerspitzen der Moderne in ihrem Streben nach Fortschritt und Einheit, die Idee der Relativität durchzusetzen und die ganze Gesellschaft zu durchdringen. Dies hat im weiteren Verlauf zur Folge, dass der Diskurs als ein Akt der Totalität gegenüber der Pluralität abgelehnt wird. Aus postmoderner Perspektive verwehrt der Diskurs nicht nur andere Zugänge zur Sprache, indem er beispielsweise Emotionen als gemeinsame Handlungsgrundlage ausschließt, sondern gewährt Pluralität gar nur im privaten Bereich. Weil der Diskurs nach rationalen Argumenten strebt, die alle aus dem gleichen Grunde überzeugen, ist er in Wirklichkeit der Versuch, alle an ihm Beteiligten unter einen Konsens zu zwingen. Die Pluralität, welche auf privater Ebene vorherrscht, geht durch den Diskurs auf gesellschaftlicher Ebene verloren. Pluralität auf gesellschaftlicher Ebene ist damit unmöglich. Zur gleichen Zeit beginnt auch die andere Säule der Moderne zu wanken: Das Individuum. Individualität als Synthese biographischer Erfahrungen des Einzelnen wird ersetzt durch experimentelle Selbsterfindungen.¹⁰ Ein Individuum zu sein wird zu einem unabschließbaren Projekt. Das inkohärente, kontingente, plurale Subjekt wird zum Credo der Postmoderne. Pluralität an sich wird zum gravitatischen Zentrum postmodernen Denkens.

Aus moderner Perspektive wiederum stellt die radikale Infragestellung des Individuums und des Diskurses eine ganz andere Art und neue Qualität der Bedrohung dar. Es geht nicht mehr lediglich um eine schlichte Falschinterpretation von Individualität und der Übermacht funktional ausdifferenzierter Systeme; es geht nicht mehr darum, dass Eliten und Unternehmen die Demokratie für sich eingenommen haben;¹¹ es geht auch nicht um eine

⁹ Vgl. dazu Wellmer, A.: 1993. S. 52ff.

¹⁰ Vgl. dazu Veith, H.: 2002. S. 337. Ähnlich auch Rosa, H.: 2002. S. 277.

¹¹ Vgl. dazu das Konzept der Postdemokratie bei Crouch, C.: 2004.

„Krise der Demokratie“¹². Politikverdrossenheit, rückläufige Wahlbeteiligung, schwindende Parteienbindungen, abflauendes Interesse der Menschen an institutioneller Politik¹³ sind nur Auswirkungen allgemeinerer Entwicklungen, die aus den postmodernen Forderungen folgen. Die „Rede von der Krise der Demokratie“ mag vielleicht so alt sein wie die Demokratie selbst,¹⁴ heute ist sie jedoch nur ein Symptom für etwas viel Grundlegenderes: Dem Verzicht auf das Individuum und den Diskurs durch die Postmoderne. Das plurale Subjekt der Postmoderne, so aus moderner Sicht, ist das Subjekt des neoliberalen Kapitalismus, der depolitisiert ist,¹⁵ weil es sich einer Geschichte ohne gemeinsame Erzählung gegenüberstellt und so auch nicht mehr in der Lage ist, ein geteiltes Schicksal wahrzunehmen.¹⁶ Der Verzicht auf das Individuum und den Diskurs ist nicht nur ein absichtlicher Verrat an der Demokratie, sondern an der Moderne überhaupt.

Aus postmoderner Sicht sind der Subjektzerfall und die Pluralität hingegen weder pathologisch noch so dramatisch, wie es aus moderner Perspektive erscheinen mag.¹⁷ Sie sind sogar positive Entwicklungen: Die Frage „Wie ist Gesellschaft als soziale Bewegung der Individuen möglich?“¹⁸ tritt wieder in den Vordergrund, weil Institutionen an Bedeutung verlieren; das politische Engagement mag sich mehr als jemals zuvor in der Privatheit abspielen, ist aber deswegen nicht weniger politisch, wie beispielsweise der Kauf nachhaltig hergestellter Produkte.¹⁹ Und es ist bei Weitem nicht so, dass sich in diesen neuen Formen politischer Partizipation lediglich private Interessen und Bedürfnisbefriedigung äußern,²⁰ sondern heute kann sich durch individuellem Konsum globale Solidarität äußern.²¹ Es entstehen neue Räume, in denen Politik im alltäglichen Rahmen stattfindet. Politik muss also nicht mehr im Austausch mit Institutionen oder Delegierten des politischen Systems stattfinden, sondern kann auch jenseits etablierter Pfade erfolgen. Weil diese neuen Formen es jedoch nicht schaffen ihre Positionen auf die Agenda der institutionalisierten Politik zu setzen

¹² So der Titel des Artikels Merkel, W. / Krause, W.: 2015.

¹³ Diese Liste ist entnommen aus Heitmeyer, W.: 1991. S. 17.

¹⁴ Wie Merkel, W.: 2015. S. 7 meint. Wörtliches Zitat ebd. zu finden.

¹⁵ Vgl. dazu Larise, D.: 2009. S. 130ff.

¹⁶ Wie es dann Sennet, R.: 1998. S. 203 ausführt.

¹⁷ Vgl. dazu Zima, P. V.: 2007. S. 225. Ähnlich auch Honneth, A.: 1995. S. 15ff, allerdings sieht er gerade diese positive Wendung kritisch, wenn er schreibt, die Postmoderne stelle „die falsche Deutung von richtig beschriebenen Entwicklungsprozessen dar“, da sie nur die neugewonnene Freiheit im Auge habe, aber es nicht schaffe die kulturellen Voraussetzungen dieser Entwicklung hinzuzudenken oder in ihre Theorien einzubeziehen.

¹⁸ Beck, U.: 1991. S. 46ff.

¹⁹ Vgl. dazu den Artikel Kesselring, S.: 1999, wie auch Henning, Ch.: 2007. S. 207.

²⁰ Gerade weil die Moderne Bedürfnisbefriedigung nicht als Politisch ansieht, widerstrebt sie den neueren Formen politischer Teilhabe, wie Slater, D.: 2001. S. 118 anmerkt.

²¹ Vgl. dazu Micheletti, M.: 2003. S. 11.

oder dies gar nicht beabsichtigen, werden sie als nicht politisch wahrgenommen.²² Das Politische, als ein Raum in dem Entscheidungen über das Leben in der Gesellschaft getroffen werden können und müssen, weitet sich immens aus, während das Politische als Entscheidungsverfahren seine Grenzen bereits erreicht hat. Das heutige Subjekt ist folglich nicht de- oder entpolitisiert, so die Diagnose der Postmoderne; viel eher hinken die Politik und ihre Organisationsformen der „Subjektverflüssigung“ hinterher.²³ Oder anders formuliert: Während Kritik an der Gesellschaft bisher immer nur von außen an sie herangetragen wurde, beispielsweise durch die Kritische Theorie, welche die Gesellschaft immer von außen beobachtet hat, bekommt nun jeder die Möglichkeit Kritik zu üben. Kritik wird demokratisiert.²⁴

In der positiven Wendung dieser Erscheinungen durch die Postmoderne kann die diskursive Öffentlichkeit nichts mehr korrigieren, weil es nichts zu korrigieren gibt. Unter diesen Bedingungen ist die diskursive Öffentlichkeit nichts anderes als die Empfehlung, sich auf die ursprünglichen Säulen der Moderne zurückzubedenken, dem Individuum und dem Diskurs. So gesehen ist die diskursive Öffentlichkeit selbst die negative Deutung positiver Entwicklungen und der Versuch, einer neuen Epoche die Werte einer vergangenen Epoche aufzuzwingen. Die Theorie der diskursiven Öffentlichkeit ist damit nicht lediglich eine Theorie darüber wie System und Individuum in der Moderne wieder zusammenfinden könnten, sondern sie muss grundsätzlicher verstanden werden: „Die Theorie der Öffentlichkeit als Theorie der Moderne.“²⁵

Die Frage ob nun die Entwicklung von der Moderne hin zur Postmoderne und all ihre Folgen negativ oder positiv gedeutet werden sollten, ist nicht Gegenstand der vorliegenden Arbeit und letztlich auch nicht abschließend zu beantworten. Sie ist lediglich der Ausgangspunkt für die zentrale These der Arbeit: *Das Konzept der diskursiven Öffentlichkeit ist ein Konzept der Moderne, das für die Postmoderne keine Gültigkeit mehr hat; selbst als normatives Konzept hat sie ihre Gültigkeit verloren.*

Die These selbst ist nicht neu. Vor allem Konzepte deliberativer Demokratie, in deren Rahmen diskursive Formen der Öffentlichkeit eine zentrale Rolle spielen, wurden von Seiten

²² Vgl. dazu Kropp, C.: 1999. S. 64.

²³ Vgl. dazu Welsch, W.: 1994. S. 40. Vgl. ähnlich auch Dalton, R. J.: 2004. S. 195.

²⁴ Vgl. dazu Beck, U.: 1993. S. 53.

²⁵ So der Titel des Aufsatzes von Imhof, K.: 2008. Imhof macht diese Feststellung unabhängig von der Postmoderne und bejaht dieses Verständnis explizit positiv.

postmoderner Denker heftig kritisiert.²⁶ Aus ihr ergibt sich jedoch die zentrale Fragestellung der vorliegenden Arbeit, für die die Postmoderne bislang noch keine zufriedenstellende Antwort gefunden hat: *Welche Form der Öffentlichkeit tritt in der Postmoderne an die Stelle der diskursiven Öffentlichkeit?*

Die Arbeit hat damit zweierlei zum Ziel: In einem ersten Schritt, die aufgestellte These zu begründen und in einem zweiten Schritt, die sich daraus ergebende Frage zu beantworten.

²⁶ Hier sei namentlich nur Beispielhaft Chantal Mouffe und ihr Konzept des Agonismus genannt, auf das wir weiter unten ausführlicher eingehen werden.

2. Aufbau der Arbeit

Um ihre beiden Ziele zu erreichen, ist die Arbeit in sechs Kapitel gegliedert. Nach dem Problemaufriss, der Darlegung des Aufbaus sowie des methodologischen Vorgehens im vorliegenden Kapitel wird im zweiten Kapitel „Das Projekt der Moderne und die diskursive Öffentlichkeit“ das Konzept der Öffentlichkeit eingeführt und aufgezeigt, dass dieses den in der Moderne verloren gegangenen Diskurs und das Individuum wieder ins Zentrum rückt. Zunächst wird im Unterkapitel II.1 „Individuum und Diskurs“ ein Überblick über das Konzept des Individuums in verschiedenen Epochen gegeben. Das Ziel, das mit diesem Überblick verfolgt wird, ist nicht, ein umfangreiches und lückenloses Bild der Geschichte der Individualität nachzuzeichnen, sondern aufzuzeigen, welches Verständnis des Individuums der Moderne zugrunde liegt: Ein emanzipiertes Individuum, das über verschiedene Situationen hinweg seine Einheit und Kontinuität wahrt. In einem zweiten Schritt wird der Begriff des Diskurses, wie er von der Theorie der kommunikativen Handlung verstanden wird, eingeführt. Hier wird dargelegt, dass der Diskurs eine bestimmte Form der Kommunikation meint, bei dem die Akteure allein durch die Kraft des besseren Argumentes versuchen, Andere von ihrer Meinung zu überzeugen. Das Ziel dieses Abschnittes ist es zu zeigen, in welchem engen Verhältnis Diskurs und das zuvor nachgezeichnete Bild des modernen Individuums miteinander stehen: Der Diskurs setzt ein Individuum im modernen Verständnis voraus, welches sich jedoch nur in einem Diskurs herausbilden kann. Erst beide zusammen ermöglichen, in den Augen der Moderne, den Fortschritt der Menschheit hin zum Besseren.

Im Unterkapitel II.2 „System und Individualismus“ wird zunächst einmal dargelegt, wie die Moderne hinter ihre eigenen Ideale zurückfällt. Ihre zentrale Kategorie, nämlich der Fortschritt, verliert seine soziale und politische Dimension, dafür füllt die Technik diese Leerstelle aus. Fortschritt wird in erster Linie als technischer Fortschritt angesehen. Ein Gedanke, der alle Bereiche der Gesellschaft in Form von Funktionalismus durchzieht. Während nun die funktional ausdifferenzierten Systeme die Organisation der Gesellschaft übernehmen, verwechseln die Individuen der modernen Gesellschaft Individualität mit Individualismus: Sie entziehen sich immer mehr der Pflicht selbst für die Organisation der Gesellschaft zu sorgen, so dass die Demokratie zwischen Individualismus und System verloren zu sein scheint.

„Diskursive Öffentlichkeit“, das Unterkapitel II.3, befasst sich mit eben diesem dem Konzept. Dabei zeigt sich, dass die diskursive Öffentlichkeit nicht ein naiver Ruf danach ist, eine attische Demokratie wieder zu etablieren, sondern das Projekt der Moderne zu Ende zu

bringen: Funktional ausdifferenzierte Systeme und das Individuum sollen gemeinsam zum nun nicht mehr lediglich technischen, sondern auch zum sozialen und politischen Fortschritt beitragen.

Bevor die Arbeit zur Kritik an diesem Konzept von Seiten der Postmoderne kommt, gilt es jedoch zunächst einmal in Kapitel III auf das Verhältnis von diskursiver Öffentlichkeit und Medien einzugehen. Das ist wichtig, weil vor allem Neue Medien die Diskussion über die diskursive Öffentlichkeit noch einmal befeuert haben. Zunächst werden jene Medien behandelt, die gemeinhin als klassisch oder alt bezeichnet werden, wie beispielsweise Zeitungen oder Fernsehen. Den zentralen Gegenstand des Kapitels bilden jedoch die neueren Medien und die Hoffnungen, welche in sie in Bezug auf die Öffentlichkeit im Speziellen und die Demokratie im Allgemeinen gesteckt wurden. Dabei wird nachgezeichnet, wie die Neuen Medien überhaupt zu dem Allheilmittel aufsteigen konnten, für das sie gemeinhin gehalten wurden und zum Teil noch immer werden. Im Zentrum des Kapitels stehen jedoch die Ernüchterungen, die sich im Laufe der vergangenen Jahre eingestellt haben. Es zeigt sich, so der zentrale Gedanke dieses Kapitels, dass die Neuen Medien doch nur ein Medium wie jedes andere sind: Es kommt darauf an, wie sie und wofür sie genutzt werden. Die Verwendung und nicht schon ihre bloße Existenz ist ausschlaggebend für den Nutzen oder den Schaden, den sie der Öffentlichkeit und der Demokratie bringen oder den sie ihr zufügen. Ansätze, welche von einer Öffentlichkeit 2.0, gar 3.0 oder einem erneuten Strukturwandel aufgrund von Neuen Medien sprechen, folgen demnach einer falschen Spur.

Mit dem vierten Kapitel „Postmoderne in der Theorie und in der Praxis“ schlägt die vorliegende Arbeit daher einen anderen Pfad vor. Im Unterkapitel IV.1, „Theorie“, wird zunächst einmal der Sinneswandel gegenüber der Moderne und ihrer Werte und Normen, welcher mit der Postmoderne einsetzt, nachgezeichnet. Der Postmoderne geht es nicht darum, dass die Moderne in ihrer historischen Entwicklung sozialen und politischen Fortschritt mit technischem Fortschritt verwechselt hat, sondern ihr geht es um Grundsätzlicheres: Die Rationalität, welche die Moderne auf ihre Fahnen geschrieben hat. Das Problem liegt, wie zu zeigen sein wird, nicht darin, dass die Individuen Individualität mit Individualismus verwechseln oder Fortschritt auf Technik reduziert wird, sondern darin, dass die Moderne, unter dem Deckmantel der Rationalität, selbst zu einem unterdrückenden Zustand wird, der andere Zugänge zur Welt, außer jenem der Rationalität, verneint. Um jegliche Form der Unterdrückung zu verhindern, wird Pluralität zum gravitatischen Zentrum postmodernen Denkens, unabhängig davon, welchem Strang gefolgt wird. Ausgehend davon geraten sowohl das Konzept des Individuums als auch das des Diskurses in Kritik. Sowohl das emanzipierte

Individuum als auch der Diskurs werden als Machtinstrumente der Moderne aufgedeckt. Das Problem an diesem Verständnis von Postmoderne ist allerdings, dass die Postmoderne nur durch eine theoretische Kritik zur Moderne bestimmt wird. Eine, mit anderen Worten gesagt, positive, aus sich selbst heraus erfolgende Bestimmung von Postmoderne, die sich nicht hauptsächlich durch eine theoretische Kritik aus der Moderne speist, ist damit kaum möglich. Das Unterkapitel IV.2, „Praxis“, dient daher nicht nur dazu auch die realen Seiten der Postmoderne aufzuzeigen, sondern schlägt vor, die Postmoderne als einen Zustand permanenter Vagheit aufzufassen. Dieser Zustand ist nicht nur von Pluralität und dem Verlust der Bindungskraft von Werten und Normen geprägt. Viel eher ist er dadurch gekennzeichnet, dass dem Einzelnen in allen Lebensbereichen Freiheiten gegeben werden, sein Leben selbst zu gestalten, der Einzelne sich jedoch aufgrund fehlender Orientierungspunkte nicht sicher sein kann, ob die getroffene Entscheidung auch die richtig ist. Die Konsequenz ist, dass Entscheidungen unter Vorbehalt getroffen werden. Der Einzelne entscheidet sich, allerdings ohne notwendigerweise bereit dazu zu sein, die Konsequenzen der eigenen Handlung zu tragen. Die Option, die eigene Entscheidung oder zumindest die Konsequenzen der eigenen Entscheidung, rückgängig zu machen wird immer offengehalten. Daher schlägt die vorliegende Arbeit vor diese real erfahrbare Seite der Postmoderne, mit dem Zustand permanenter Vagheit zu beschreiben.

Warum die Bestimmung der Postmoderne als Zustand permanenter Vagheit wichtig ist, zeigt sich, wenn im Unterkapitel IV.3, „Deliberative Demokratie und Postmoderne“, auf die Repliken von Seiten der deliberativen Demokratietheorie auf die Kritiken der Postmoderne eingegangen wird. Interessanterweise versuchen alle in der vorliegenden Arbeit vorgestellten Positionen den Ruf der Postmoderne nach Pluralität mit in die Theorie der deliberativen Demokratie einzubauen. Durch verschiedene Anpassungen, aber hauptsächlich über einen erweiterten Diskursbegriff, der auch andere Zugänge zur Sprache erlaubt als die Rationalität, versuchen die diversen Ansätze Pluralität, wie sie von der Postmoderne gefordert wird, in die Theorien deliberativer Demokratie zu integrieren. Diese Versuche sind jedoch aus zweierlei Gründen nur teilweise überzeugend: Erstens verweisen sie auf Toleranz, demokratische Werte und Normen, Menschlichkeit und das Individuum. Im Großen und Ganzen wird folglich doch auf letzte, nicht bestreitbare Werte zurückgegriffen. Und zweitens übersehen sie, dass die Postmoderne nicht nur aus einer theoretischen Seite, der Kritik an der Rationalität und dem damit einhergehenden Ruf nach Pluralität bestimmt ist, sondern dass sie auch eine „reale“ Seite hat, die als ein Zustand permanenter Vagheit bestimmt wurde. Nichtsdestotrotz verweisen die verschiedenen alternativen Ansätze deliberativer Demokratie mit ihren

Antworten auf ein grundlegendes Problem der Postmoderne wenn es um Öffentlichkeit geht: Auf welcher Grundlage bildet sich Öffentlichkeit, wenn der Diskurs, in welcher Form auch immer, als ein Werkzeug der Unterdrückung abgelehnt wird und die Akteure immer nur unter Vorbehalt handeln und wie sieht diese Öffentlichkeit aus?

Um diese, bereits weiter oben erwähnte, zentrale Frage der vorliegenden Arbeit geht es im fünften Kapitel „Konnektive Öffentlichkeiten“, welches sich wiederum in die Unterkapitel V.1 „Konnektive Handlung“ und V.2 „Konnektive Öffentlichkeiten“ aufteilt. Zunächst wird im ersten Unterkapitel die Frage danach, wie eine postmoderne Öffentlichkeit aussieht, handlungstheoretisch interpretiert: Auf welcher Grundlage bilden Akteure Kollektive, wenn Tradition, Werte und Normen nicht mehr binden, die kommunikative Handlung, die alle Beteiligten aus demselben Grund überzeugt, als unterdrückend abgelehnt wird und die Akteure immer nur unter Vorbehalt handeln? Die Arbeit macht den Vorschlag zur Beantwortung dieser Frage auf die Theorie konnektiver Handlung zurückzugreifen. Sie entstammt ursprünglich dem Themenfeld neuerer Formen politischer Partizipation und hat Neue Medien im Fokus. In dieser Arbeit wird jedoch die Handlungstheorie unabhängig von Neuen Medien und im Kontrast zur Theorie kommunikativer Handlung aufgebaut. Im Rahmen dieser Theorie bilden Akteure weder auf der Grundlage von rational erzieltm Konsens, noch ausgehandeltem Kompromiss Kollektive, sondern auf Grundlage einer Meinung, der sie zustimmen, weil sie diese teilen. Der Unterschied zwischen Konsens und Zustimmung liegt darin, dass sich im Konsens die Beteiligten aufgrund des durchgeführten Diskurses nicht nur zusammenschließen, weil sie die gleiche Meinung, sondern auch die gleichen Gründe teilen. Der Unterschied zwischen Kompromiss und Zustimmung liegt darin, dass sich bei einem Kompromiss die Beteiligten weder die gleiche Meinung noch die gleichen Gründe teilen, sich jedoch trotzdem zusammenschließen. Im Rahmen einer Zustimmung hingegen teilen die Beteiligten lediglich die gleiche Meinung, allerdings aus unterschiedlichen Gründen. Damit wird eine Logik der Handlung angedeutet, die besser in den Rahmen der Postmoderne passt, als die Theorie kommunikativer Handlung und eine adäquatere Antwort darauf gibt, auf welcher Grundlage Kollektive sich in der Postmoderne bilden.

Aufbauend auf der Logik konnektiver Handlung wird dann im zweiten Unterkapitel dargelegt, wie mit der Logik konnektiver Handlung, als eine Logik der Handlung in der Postmoderne, konnektive Öffentlichkeiten entstehen, die sich in vier zentralen Punkten von der diskursiven unterscheiden:

1. Die Unterscheidung von Privatheit und Öffentlichkeit ist für das Konzept der diskursiven Öffentlichkeit von zentraler Bedeutung. Die Privatheit ist für die diskursive Öffentlichkeit entscheidend, weil erst in der Privatheit gesellschaftliche Probleme ihre lebensweltliche Relevanz gewinnen. In der Privatheit erfahren die Bürger die individuellen Konsequenzen gesellschaftlicher Probleme und kommen in der Öffentlichkeit mit der Absicht zusammen, gemeinsam eine Lösung für das gesellschaftliche Problem zu finden, dass sich in ihrer Lebenswelt jeweils anders äußert. Im Rahmen konnektiver Öffentlichkeiten fällt die Unterscheidung zwischen Privatheit und Öffentlichkeit nicht weg, viel eher wird sie beliebig von den Akteuren gezogen. Die Grenze verläuft nicht mehr zwischen Staat und Bürger, Parteien und Bürger oder Medien und Bürger, sondern die Akteure bestimmen, was für sie öffentlich und was privat ist. Es gibt somit zwar eine Grenze, was jedoch für den einen privat ist, kann für den anderen öffentlich sein. Die Frage, ob privat oder öffentlich, entscheidet sich, wie zu zeigen sein wird, an der Frage ob Zustimmung für die Meinung gefunden wurde oder nicht.
2. Im Rahmen der diskursiven Öffentlichkeit versammeln sich Privatleute zu einem Publikum aufgrund eines gesellschaftlichen Problems, dass sich in der Lebenswelt der Bürger zeigt und über das sie einen Diskurs führen, um einen Konsens zu erzielen. Hier gibt es immer nur eine Öffentlichkeit zu einem Problem. Wenn dagegen sich konnektive Öffentlichkeiten um eine Meinung und nicht um ein Problem bilden, können sich, wie darzulegen sein wird, mehrere konnektive Öffentlichkeiten formieren. Es bilden sich folglich um ein Problem so viele Öffentlichkeiten, wie sich Gruppen von Akteuren finden, die die gleiche Meinung zu eben jenem Problem teilen. Das hat weitreichende Folgen für eine zentrale Voraussetzung der diskursiven Öffentlichkeit, nämlich den freien Zugang: Dieser fällt der Selbstzensur der Akteure anheim.
3. Treffen mehrere konnektive Öffentlichkeiten aufeinander, dann besteht ihr primäres Ziel darin, die eigene Meinung durchzusetzen. Konnektive Öffentlichkeiten hegen demnach nicht die Absicht, mit anderen konnektiven Öffentlichkeiten zum selben Problem einen Konsens einzugehen. Sie kreieren nicht und agieren folglich nicht in einem diskursiven Raum, in dem es um die Konsensfindung mit demjenigen, dessen Meinung sie nicht teilen, geht. Viel eher kreieren und agieren sie in einem agonistischen Raum, in dem es um die Durchsetzung der eigenen Meinung geht.

4. Daran schließt sich die Frage an, wie sich bei vielen Öffentlichkeiten, die eine gegen die andere durchsetzt. Im Rahmen der diskursiven Öffentlichkeit erfolgt dies durch den Austausch von Argumenten. Jene Meinung setzt sich durch, welche die besseren Argumente vorzuweisen hat. Im Idealfall entsteht dann aus dem Diskurs eine öffentliche Meinung, die an das politische System herangetragen wird. Konnektive Öffentlichkeiten hingegen versuchen die Aufmerksamkeit des politischen Systems für sich zu gewinnen, um ihre Meinung durchzusetzen.

Aus diesen vier Veränderungen ergibt sich ein Wandel von der diskursiven hin zu den konnektiven Öffentlichkeiten, um welchen es im sechsten und abschließenden Kapitel „Postmoderne Öffentlichkeiten“ geht: Erstens ist der Wandel von der diskursiven Öffentlichkeit der Moderne hin zu den konnektiven Öffentlichkeiten der Postmoderne nicht auf ökonomische Faktoren zurückzuführen, sondern sozio-kultureller Natur. Zweitens findet dieses Mal in erster Linie nicht ein Strukturwandel statt, der Prozesse einer diskursiven Öffentlichkeit stört, sondern es findet ein Prozesswandel statt, der Auswirkungen auf die Struktur hat. Drittens, findet mit dem Prozesswandel eine Rückeroberung von Öffentlichkeit durch die Menschen statt, die aber nicht per se als besser oder demokratischer beurteilt werden kann.

Zugegeben: Die vier oben beschriebenen Veränderungen von der Unterscheidung zwischen Privatheit und Öffentlichkeit bis hin zur Aufmerksamkeit als zentrale Kategorie der Öffentlichkeit sind keine neuen Erkenntnisse, die erst durch diese Arbeit das Licht der Welt erblicken. Jede einzelne von ihnen ist in der einen oder anderen Form im Fokus wissenschaftlicher Untersuchungen gewesen, auf die in den entsprechenden Teilen eingegangen wird. So ist die These, dass die Grenze zwischen Öffentlichkeit und Privatheit nicht mehr strikt gezogen werden kann, eine weitverbreitete These, wenn es um Neue Medien oder neue Formen politischer Partizipation geht; ebenso verhält es sich, wenn es um viele anstelle einer einzigen Öffentlichkeit geht.²⁷ Auch die agonistische Struktur wurde schon thematisiert²⁸ und der Kampf um Aufmerksamkeit beschreibt einen zentralen Gegenstand systemtheoretischer Diskussionen über Öffentlichkeit²⁹. In der Beschreibung dieser

²⁷ Vgl. dazu beispielhaft Fraser, N.: 1990 mit ihrem Konzept der parallelen Diskursarenen, Asen, R. / Brouwer, D. C.: 2001 mit ihrem Konzept der Gegenöffentlichkeiten. Vgl. darüber hinaus auch Warner, M.: 2002, sowie Benhabib, S.: 1996 als auch Taylor, Ch.: 1995. Alle diese Autoren haben die Idee einer Öffentlichkeit kritisiert und auf ihre Weise von einer Vielzahl von Öffentlichkeiten gesprochen, sind aber Habermas' diskurstheoretischem Verständnis von Öffentlichkeit treu geblieben. Dazu im Kapitel „Deliberative Antworten“ mehr.

²⁸ Beispielsweise in den Werken von Chantal Mouffe auf die wir später zu sprechen kommen.

²⁹ Beispielsweise bei Luhmann, N.: 1970 oder aktueller Nolte, K.: 2005.

Phänomene liegt demnach die Leistung dieser Arbeit nicht begründet. Viel eher besteht sie darin, bereits vorhandene, aber bisher in der Forschung voneinander getrennt behandelte Beobachtungen über Veränderungen der Öffentlichkeit zusammenzuführen und sie in einem Ansatz zu integrieren. Daraus ergibt sich auch die Relevanz der Arbeit. Diese liegt nicht darin begründet, dass sie eine Forschungslücke schließt, sondern darin, in der Zusammenführung der verschiedenen Beobachtungen über die Veränderungen der Öffentlichkeit einen Wandel von der diskursiven Öffentlichkeit der Moderne zu den konnektiven Öffentlichkeiten der Postmoderne aufzuzeigen.

3. Methodisches Vorgehen

In Arbeiten über politische Theorie, vor allem in ihrer normativen Prägung, die immer auf ein *Sollen* abzielen und nicht nur auf die Beschreibung des *Ist*-Zustandes, wurde und wird auch heute noch die Methode oftmals vernachlässigt.³⁰ Das ist auf mehrere Faktoren zurückzuführen. Ein Faktor ist, dass Methoden im Rahmen politischer Theorie nicht außerhalb politischer Theorien existieren können, d. h. immer selbst schon bereits ein Teil der Theorie sind und daher Kritik an der Methode bereits schon Kritik an der Theorie ist.³¹ Der argumentative Kampf um die richtige Methode ist gewissermaßen eine vorgelagerte Diskussion um die richtige Theorie. Ein weiterer Faktor ist, dass sich anhand der Methode keine Argumente entwickeln lassen, sondern diese lediglich überprüft werden können.³² Zur Generierung von Argumenten für die eigene Position, auf die es gerade in der politischen Theorie ankommt, sind Methoden damit wenig hilfreich, dafür umso mehr zur Überprüfung ihrer Validität. Weiterhin unterscheiden sich Forschungsvorhaben in der Politischen Theorie von Forschungsvorhaben in anderen Fachbereichen darin, dass sie nicht schon von Beginn an gänzlich ausformuliert sein müssen.³³ Wird beispielsweise im Rahmen einer empirischen Untersuchung auf Umfragebasis vergessen eine wichtige Variable abzufragen, die sich erst im Nachhinein als wichtig erweist, ist meistens das ganze Forschungsvorhaben hinfällig. Im Rahmen einer politiktheoretischen Arbeit hingegen kann es immer vorkommen, dass etwas, was als wichtig erachtet wurde, sich im Laufe des Forschungsprozesses als unwichtig herausstellt und etwas, das unwichtig erschien immer weiter in den Fokus der Untersuchungen rückt. Hier können der Ablauf der Arbeit, ihre Methode und die Materialien nicht von vornherein exakt bestimmt werden.

Diese Faktoren im Hinterkopf behaltend, lassen sich, wenn es um Politische Theorie geht, vier Typen der Autorenschaft ausmachen:³⁴ Zunächst jene Autoren, die, aus methodischer Perspektive, einen naiven Zugang zu ihrem Thema wählen. Die methodische Naivität drückt sich darin aus, dass eine Beschreibung, wie vorgegangen wird oder gar eine Begründung, warum gerade so und nicht anders vorgegangen wird, gänzlich fehlt. Der Vorgang und die

³⁰ So Zapf, H.: 2013 in seinem Vorwort.

³¹ Vgl. dazu Ladwig, B.: 2012. S. 72, der in diesem Zusammenhang dann vom „Methodenfetischismus“ spricht, weshalb es dann auch nicht verwunderlich ist, dass sich in der politischen Theorie kein Methodenkanon, wie es ihn in anderen Sozialwissenschaften gibt, herausgebildet hat. Vgl. dazu Zapf, H.: 2013. S. 11.

³² Vgl. dazu Behnke, J.: 2012. S. 78.

³³ Eher kritisch dazu Zapf, H.: 2013. S. 39.

³⁴ Vgl. dazu Busen, A. / Weiß, A.: 2013. S. 22. Die Autoren kommen zu ihrer Typisierung anhand der Frage, ob und wie Autoren in der Einführungsliteratur zur Politischen Theorie ihr Vorgehen begründen.

Begründungen sind durch den Text selbst begründet. Warum der Autor welche Methode gewählt hat, wird nicht ersichtlich. Der Eindruck wird vermittelt, dass die Methodenfrage kaum relevant sei. Als nächstes gibt es jene Autoren, die einen selbstbezüglichen Zugang zur Methode wählen. Die Autoren dieser Gruppe führen, bevor sie mit dem eigentlichen Text beginnen, kurz aus, auf welche Methode sie zurückgreifen. Wenn sie überhaupt irgendwelche Beweggründe für die Wahl ihrer Methode angeben, dann bewegen sich diese Gründe überwiegend im Rahmen von Plausibilitätsbegründungen. Diese Autoren machen ihre Beweggründe für ihr Vorgehen deutlich, indem sie, vorwiegend in der Einleitung, ihr Vorgehen nachzeichnen und die einzelnen Schritte kurz darlegen; warum oder vor welchem Sinnhorizont das Vorgehen gewählt wurde, wird indes nicht reflektiert. Eine „argumentative Infragestellung“ der Methode findet bei den Autoren dieser Gruppe nicht statt.³⁵ Eine Stufe höher in Fragen der Methode stehen jene Autoren der Politischen Theorie, die sich bewusst an einer Methode orientieren und diese auch namentlich angeben. Sie lehnen ihr Vorgehen an bereits bestehende Methoden an. Hier wird dem Leser nicht vorenthalten, dass es auch andere methodische Zugänge zum gewählten Thema gibt, zugleich wird jedoch auch begründet, warum die Wahl gerade auf diese und nicht jene Methode gefallen ist. Den methodologischen Olymp erklimmen aber nur jene Autoren Politischer Theorie, die einen „dynamisch-reflexiven Zugang“³⁶ zur Methode in ihrer Arbeit gewählt haben. Sie thematisieren und begründen nicht nur die eigene Methodenwahl, sondern reflektieren zusätzlich noch die Vor- und Nachteile anderer methodischer Zugänge zum gleichen Thema. Erst sie schlagen aus dem Methodenpluralismus Profit und machen diesen produktiv.

Den dynamisch-reflexiven Zugang wählt kein bis kaum ein Autor. Wenige wählen den selbstbezüglichen Zugang oder benennen explizit eine Methode, die sie ihrer Arbeit zugrunde legen. Das Gros der Autoren, die sich mit Politischer Theorie beschäftigen, tummelt sich in der ersten Gruppe.³⁷ „Das ist bedauerlich...“³⁸, denn dadurch fehlen umgekehrt in den meisten Arbeiten über Politische Theorie Klärungen des Forschungsprozesses im Sinne einer Transparentmachung des stufenweisen Ablaufs der Arbeit, des Forschungsdesigns und der Materialien und Daten. Daher: Selbst wenn die Methode in Arbeiten über Politische Theorie nie ganz den Stellenwert einnehmen kann, welche sie in anderen Fachbereichen einnimmt und selbst wenn die gewählte Methode auch nicht durchgehend in der Arbeit durchgehalten wird,

³⁵ Wörtliches Zitat ebd. S. 23 zu finden.

³⁶ Ebd. S. 24.

³⁷ So das Ergebnis der Untersuchung von ebd.

³⁸ Wie es Zapf, H.: 2013. S. 39 ausdrückt.

ist sie hilfreich. Sie hilft dem Autor dabei die eigenen Gedanken für den Leser intersubjektiv nachvollziehbar zu machen.³⁹

Die vorliegende Arbeit lässt sich in die zweite, eher noch in die dritte Gruppe einordnen und wählt damit einen Mittelweg. Weder wählt sie einen ganz naiven Zugang, noch schlägt sie aus dem Methodenpluralismus Vorteile für sich heraus. Ein ganz naiver Zugang zum Thema liegt bei der vorliegenden Arbeit nicht vor, weil erstens der stufenweise Ablauf der Arbeit weiter oben bereits durch die Vorstellung der einzelnen Kapitel geleistet wurde. Zweitens und wichtiger noch, erfolgt der Zugang zur Thematik nicht beliebig, sondern anhand der rationalen Rekonstruktion von Theorien, die von einer historischen Rekonstruktion zu unterscheiden ist.⁴⁰ Grob gesagt geht es bei der historischen Rekonstruktion um die Frage, was der Autor einer Theorie seinen Zeitgenossen mitteilen wollte. Diese Rekonstruktion hat hermeneutische Züge, da es vor allem darum geht, nicht nur die Theorie, sondern auch den Autor in seinen historischen Kontext einzuordnen und aus diesem Kontext heraus, sowohl die Theorie als auch die Intentionen des Autors zu rekonstruieren. Im Gegensatz dazu fragt die rationale Rekonstruktion danach, was der Autor „uns“, unabhängig von seinem konkreten historischen Kontext, sagen wollte. Es geht bei der rationalen Rekonstruktion folglich darum, die Theorie des Autors anhand seiner vorgebrachten Argumente zu rekonstruieren.

Ganz konkret auf die vorliegende Arbeit übertragen bedeutet dies, dass die zentrale These, dass nämlich die diskursive Öffentlichkeit ein Konzept der Moderne und damit nicht auf die Postmoderne übertragbar ist, nicht anhand des historischen Kontextes, in dem sich Jürgen Habermas als Autor befand, rekonstruiert wird, sondern anhand der Argumente, welche er vorbringt. In diesem Sinne erfolgt die rationale Rekonstruktion des Konzepts der Öffentlichkeit als explizit moderner Ansatz nicht auf der Grundlage konkreter, historischer Fakten, die zu den jeweiligen Argumenten geführt haben, sondern anhand der Argumente selbst. Natürlich verwischen hier die Grenzen zwischen historischer und rationaler Rekonstruktion zum Teil.⁴¹ Ist beispielsweise die funktionale Differenzierung ein historisches Faktum oder analytisches Werkzeug? Wie verhält es sich mit dem Individualismus? Wird die Lebenswelt tatsächlich kolonialisiert? In der vorliegenden Arbeit werden sie jedoch rein rational, d. h. als Argumente rekonstruiert.

Diesem methodischen Vorgehen folgt die Arbeit auch im Kapitel „Postmoderne“. Die Postmoderne wird hier nicht historisch, anhand konkreter geschichtlicher Ereignisse

³⁹ Ebd. S. 13.

⁴⁰ Ebd. S. 73.

⁴¹ Wie ebd. S. 73 anmerkt.

rekonstruiert, sondern rational als eine Position, die sich explizit gegen die Moderne wendet. Die rationale Rekonstruktion dient hier nicht einzig und allein dem Zweck der Rekonstruktion, sondern auch der Offenlegung der Mängel postmodernen Denkens. Die zentrale These der Arbeit wird folglich anhand der Rekonstruktion der jeweiligen Argumentationslinien belegt.

Das methodische Vorgehen um die zentrale Fragestellung, nämlich wie postmoderne Öffentlichkeiten aussehen, zu beantworten, kann hingegen als ein Theorievergleich charakterisiert werden. So gewinnt im Unterkapitel „Konnektive Handlung“ der zentrale Begriff der Zustimmung im Rahmen konnektiver Handlungen erst im Vergleich zum Begriff des Konsenses im Rahmen kommunikativer Handlung seine Bedeutung und die konnektive Öffentlichkeit wird anhand ihrer Unterschiede zu zentralen Punkten der diskursiven Öffentlichkeit bestimmt.

Damit ist für die beiden Ziele der Arbeit jeweils ein methodologisches Vorgehen nachgezeichnet. Lediglich methodologisches Vorgehen im Gegensatz zu einer expliziten Methode, weil es letztlich für die rationale Rekonstruktion keine Methode gibt.⁴² Sie ist selbst ein methodologisches Vorgehen, der es an einer Methode fehlt. Das reicht für den methodologischen Olymp nicht aus, aber ist zumindest ausreichend um dem Vorwurf der Naivität vorzubeugen und sich auf der zweiten, aber eher noch auf der dritten Stufe, von denen weiter oben die Rede war, einzuordnen.

⁴² Ebd. S. 78.

II Das Projekt der Moderne und die diskursive Öffentlichkeit

1. Individuum und Diskurs

1.1. Individuum

Auf den ersten Blick bestimmen in den Tragödien des antiken Griechenlands die Götter über das Schicksal des Protagonisten. Seinem unausweichlichen Schicksal durch die eigenen Handlungen zu entkommen, ist für ihn nicht vorgesehen. Der Protagonist der griechischen Tragödie ist demzufolge in seinen Handlungen nicht frei und somit ist das Konzept eines Individuums, das durch seine eigenen Handlungen sich und sein Schicksal bestimmt, nicht vorhanden. Auch auf den zweiten Blick ändert sich daran nichts: Immer noch bestimmen die Götter über das Schicksal des Protagonisten, allerdings zeigt sich bei näherer Betrachtung, dass die Einflussnahme der Götter auf die Handlungen des Protagonisten unterschiedlich ausfällt. Mal bitten sie ihn, mal zwingen sie ihn durch ihre göttliche Kraft und manchmal verführen sie ihn zur gewünschten Handlung. Diese Spannweite der Möglichkeiten, auf die Handlungen des Protagonisten Einfluss zu nehmen, eröffnet auf der anderen Seite dem Protagonisten die Möglichkeit, wenn auch nicht seinem Schicksal zu entgehen, so doch über sein Schicksal zu reflektieren und seine Handlungen zu hinterfragen. Einen Menschen, der sich auf der Grundlage von Reflexion und Vernunft sittlichen Entscheidungen stellen muss und zu entscheiden hat, welchen Weg er einschlägt, kennt folglich die griechische Tragödie; daraus allerdings zu schließen, dass es in der Antike ein irgendwie geartetes Verständnis vom modernen Individuum gegeben hat, wäre falsch. Die Fähigkeit zur Reflexion ist in den Stücken nicht eine allgemeine und grundsätzliche Potenz, die jedem einzelnen Menschen zukommt. Im Gegenteil: Sie ist eine lediglich situative Fähigkeit,⁴³ über die nur der Protagonist in bestimmten Situationen verfügt. Vernunft ist für die Antike keine unabhängige Größe, sie ist immer kulturell und politisch eingebunden.⁴⁴ Weder versetzt es den Einzelnen in die Lage, von der jeweils gegebenen Situation zu abstrahieren, noch sich als Individuum zu erkennen. Der Mensch der Antike ist jemand, der in eng gesteckten Grenzen durch die Fähigkeit zur Reflexion Wahlmöglichkeiten besitzt, ohne dass der Gebrauch dieser Fähigkeit zu einem „Ich“ führt.⁴⁵ Das „Ich“ ist in hohem Maße von einem „Wir“ und der Einbettung in ein Kollektiv bestimmt.

⁴³ Vgl. dazu zu dem ganzen Gedankengang Schmitt, A.: 1998. S. 91ff.

⁴⁴ Vgl. dazu Habermas, J.: 1992. S. 15, der auf Aristoteles verweist.

⁴⁵ Vgl. dazu in Bezug auf Platon und Sokrates Oehler, K.: 1998. S. 174.

Der römische Ansatz macht es dem Einzelnen nicht einfacher: Das römische Recht spricht dem Einzelnen eine Persönlichkeit zu, die ihn von allen Anderen unterscheidet. Allerdings speist sie sich nicht aus den Fähigkeiten und biographischen Gegebenheiten des Einzelnen. Der Einzelne entdeckt sich auch hier nicht aus sich selbst heraus als ein Individuum. Die rechtliche und soziale Organisation der römischen Gesellschaft definiert ihn bloß als eine von Anderen unterschiedene Person. Im römischen Recht stellen somit der Personen- und Individualitätsbegriff einen überindividuellen Begriff dar, der lediglich zum Schutz der Freiheit konzipiert, jedoch nicht dafür gedacht ist, den Einzelnen als ein von allen anderen unterschiedenes Individuum zu konstituieren, das sich aus sich selbst heraus erkennt.⁴⁶ Auch im römischen Kontext ist der Einzelne nicht durch seine eigene Potenz von anderen unterschieden. Er ist es nur durch das Recht ein Individuum. Er ist ein Rechtssubjekt, das im Gegensatz zur Moderne diesen Status nicht durch sich selbst erreicht, sondern der ihm zugesprochen wird.

Sowohl das antike Griechenland als auch die Römer wussten demnach von den Eigentümlichkeiten eines jeden Menschen. Vor allem die höheren Schichten hatten jedoch kein Bedürfnis danach, einen Überbegriff für jeden einzelnen Menschen unabhängig von seiner Zugehörigkeit zu einer Gruppe zu entwickeln.⁴⁷ Es bestand kein Interesse an einem Begriff vom Einzelnen, der ihn als ein Individuum auswies, das sich aus sich selbst heraus erkannte. Der einzelne Mensch war immer nur ein Einzelner dank eines „Wir“, dessen Teil er war. Die Möglichkeit bleibender Vereinzelung war nicht angedacht, da der Einzelne nur eine Durchgangsphase, eine Vereinzelung des Allgemeinen darstellte. So sehr die Griechen das moderne Denken und die Römer das moderne Recht geprägt haben mögen, Ansätze eines modernen Verständnisses von Individualität lassen sich nur schwerlich oder mit großem Wohlwollen finden. An der zentralen Stellung, welche das Kollektiv für die Bestimmung des Einzelnen einnimmt, ändert sich bis ins 4. Jahrhundert nur wenig. Der Einzelne ist nur jemand in der Kette seiner Generationen, geht im Kollektiv auf und findet dadurch zu sich selbst.

Das ändert sich mit dem Mittelalter. Mit der Durchdringung der Gesellschaft durch die Lehren des Christentums beginnt das Kollektiv als Quelle eines „Ichs“ langsam zu versiegen, denn der Einzelne ist nun für seine Handlungen selbst verantwortlich und bedarf daher eines freien Willens. Der Einzelne ist damit zum ersten Mal mit einem Willen ausgestattet. Er

⁴⁶ Vgl. hierzu Behrends, O.: 1998. Behrends verweist, um seine These weiter zu untermauern, weiterhin darauf, dass für die Römer in Bezug auf den individuellen Namen zunächst die Siedlung, dann der Familienname und erst an dritter Stelle der eigentliche Name eine Rolle spielte.

⁴⁷ Vgl. dazu Elias, N.: 2001(b). S. 210.

unterscheidet sich sogar durch ebendiesen Willen von der Natur und dem Kollektiv. Seine Unabhängigkeit geht soweit, dass er sich mit seinem Willen gegen das Kollektiv oder die Natur zu entscheiden hat, um der Sünde zu entgehen. Im christlichen Mittelalter versetzt somit der freie Wille den Einzelnen in die Lage zu entscheiden, welche Handlung er ausführt. Allerdings wird der freie Wille dem Einzelnen nicht ohne Grund zugesprochen, sondern er muss gegeben sein, damit die Möglichkeit der Sünde überhaupt gegeben ist. Ohne den freien Willens ist die Voraussetzung nicht gegeben, den Einzelnen für seine Sünden zur Verantwortung zu ziehen.⁴⁸ Vor allem moralische Vergehen sind damit allein dem Einzelnen selbst zuzurechnen. Sie erwachsen weder aus den gegebenen Umständen, noch sind sie Gott gegeben. Begeht der Einzelne eine Sünde, ist es sein selbstverantwortetes Vergehen.

Das ist verglichen mit dem antiken Konzept des Einzelnen geradezu modern.⁴⁹ Die Modernität liegt hier jedoch nicht alleine in der Zuschreibung eines freien Willens begründet. Entscheidender ist hier vielmehr, dass mit der Zuschreibung des freien Willens dem Einzelnen die Fähigkeit in die Wiege gelegt wird, sich selbst zu beobachten. Weil er nun einen freien Willen besitzt und über die Fähigkeit zur Selbstbeobachtung verfügt, wird er dazu angetrieben, auf die Suche nach dem Selbst zu gehen und auf diese Weise nach Vollkommenheit zu streben. Erst in der Kombination beider Aspekte, dem freien Willen und Selbstbewusstsein, lassen sich erste Anzeichen für ein modernes Verständnis vom Einzelnen als Individuum erkennen. Auch der Protagonist der griechischen Tragödie ist in der Lage, Selbstbeobachtungen durchzuführen. Ihm fehlt jedoch die Eigenschaft des freien Willens. Daher ist, zumindest im europäischen Rahmen, die Entdeckung des Individuums, verstanden als ein Einzelner, der aufgrund seiner selbst von allen anderen unterschieden ist, dem Christentum zu verdanken und die Frage, ob das Individuum sich gegen oder durch das Christentum entwickelt hat, wenig fruchtbar.⁵⁰ Trotz dieser Entwicklung weicht das christliche Verständnis vom Einzelnen vom modernen Verständnis des Individuums in einem entscheidenden Punkt ab.

Das Christentum des Mittelalters begreift den Menschen als ein sündhaftes und unvollkommenes Wesen.⁵¹ Dies vorausgesetzt, ist das Ergebnis der Suche nach sich selbst ernüchternd. Der Einzelne entdeckt sich selbst als ein unvollkommenes Wesen. Er entdeckt

⁴⁸ So zumindest Thomas von Aquin in der Interpretation von Heinzmann, R.: 1998. S. 416ff. Oder auch Abälard, für den die Frage, ob die Sünde begangen wird oder nicht, einzig und allein mit der Wahl des Einzelnen zusammenhängt. Vgl. dazu Abälard Gurjewitsch, A.: 1994. S. 161.

⁴⁹ Vgl. dazu Mensching, G.: 1998. S. 487ff, der hier auf Johannes duns Scotus verweist.

⁵⁰ Vgl. dazu Marquard, O.: 1988. S. 163, als auch Hagenbüchle, R.: 1998. S. 23ff.

⁵¹ Vgl. dazu Junge, M.: 2002. S. 33.

sich selbst als Quelle der Sünde.⁵² Der Unterschied zwischen dem mittelalterlichen Menschen, der über einen freien Willen verfügt und sich selbst beobachten kann, und dem modernen Individuum liegt demnach in der negativen Deutung der Individualität. Individualität wird gar als die Abweichung des Einzelnen von Gotteslehre begriffen.⁵³ Sich selbst zu erkennen, zu einem Bewusstsein von sich selbst zu gelangen, ist gleichbedeutend mit der Entdeckung der eigenen Sündhaftigkeit.⁵⁴ Die Suche nach sich selbst verwickelt den Einzelnen in einen Kampf mit sich selbst, aus dem er nur als Verlierer, sprich als Sünder, hervorgehen kann.⁵⁵ Weil er Vollkommenheit nicht in sich selbst finden kann und das Kollektiv aufgrund des freien Willens weggefallen ist, bleibt ihm nur ein Ausweg: Sich in Gott zu suchen.⁵⁶ Der einzelne Mensch entdeckt sich in Gott, der mit ihm nicht gleichzusetzen ist, zu dem er aber gehört und erst durch diese Zugehörigkeit zu einem positiven Bewusstsein über sich selbst gelangt.⁵⁷ In der Betrachtung Gottes entdeckt der Einzelne sich selbst.⁵⁸ Er hatte gerade aufgrund seines freien Willens ein gottgefälliges Leben zu führen, das als Prüfung für die Zeit nach dem Leben angesehen wurde. Krisen der Individualität bestanden folglich in der Abweichung von der christlichen Lebensführung.⁵⁹

Am Ende des Mittelalters ist somit der Einzelne als ein Individuum anerkannt und das Kollektiv als Quelle der Individualität abgeschafft, was die moderne Seite am mittelalterlichen Verständnis vom Einzelnen ausmacht. Gleichzeitig und im Gegensatz zum modernen Verständnis wird die Quelle jedoch nicht im Individuum selbst verortet, sondern in Gott.⁶⁰ Im Mittelalter mag demnach dem Einzelnen durch seinen freien Willen die Möglichkeit gegeben worden sein, selbstbestimmt zu entscheiden, nichts desto trotz wurde seine Individualität fremdreferentiell bestimmt, eben durch Gott. Das sollte aber nicht lange so bleiben. Die, wenn auch negativ konnotierte Entdeckung des Individuums und seiner Einzigartigkeit im philosophisch-theologischen Diskurs des Mittelalters erfuhr durch die Verstärkung zur ersten Jahrtausendwende eine, wenn auch nur leichte, positive Wendung.

⁵² So Meister Eckhart in der Interpretation von Largier, N.: 1998.

⁵³ Vgl. dazu Haug, W.: 1988. S. 295.

⁵⁴ Daher ist auch das Inferno in der göttlichen Komödie von Dante der Ort an dem die Individuen dazu verdammt sind, sie selbst zu bleiben und in Bezug auf ihr individuelles Leben bestraft werden. Wohingegen das Paradies einen Ort der Nicht-Individualität darstellt, wo alle in der Anschauung Gottes aufgehen. Vgl. dazu Stierle, K.: 1988. S. 272ff.

⁵⁵ Vgl. Gurjewitsch, A.: 1994. S. 98.

⁵⁶ Diese Argumentation basiert auf der Interpretation von Augustinus bei Fischer, N.: 1998. S. 340ff. Ähnlich sieht es auch Thomas von Aquin in der Interpretation von Heinzmann, R.: 1998. S. 430.

⁵⁷ Vgl. dazu Fetz, R. L.: 1998, der richtigerweise darauf hinweist, dass dieser Weg der Selbstfindung nur solange funktioniert, wie Gott eine zentrale Stellung einnimmt.

⁵⁸ Vgl. dazu Bürger, P.: 1998. S. 29ff.

⁵⁹ Vgl. dazu Schimank, U.: 1985. S. 449.

⁶⁰ Vgl. dazu Jauss, H. R.: 1988. S. 242.

Zu⁶¹ jener Zeit kommt es auf dem Land zu einer Überbevölkerung, die zur Folge hat, dass nicht mehr jeder dem Beruf des Bauern nachgehen kann. Jene, die nicht mehr Bauern sein können, ziehen daher in die Städte und sind mit zweierlei konfrontiert: Auf der einen Seite können sie in der Stadt weder auf eine bestehende Tradition noch auf eine Gemeinschaft zurückgreifen, um ihren Platz in der Welt zu finden. Ihre Existenz ist nicht mehr durch eine Ordnung vorgegeben, aus der sich Rechte und Pflichten ableiten lassen könnten. Auf sich selbst gestellt, beginnen sie sich zu spezialisieren und Handwerke herauszubilden, so dass eine Spezialisierung der Arbeit stattfindet. Die Anforderungen der Gesellschaft werden auf die Schultern Einzelner anhand von Ausbildung und Fähigkeit verteilt. Der Einzelne wird sich durch seine Spezialisierung und den damit erworbenen Fähigkeiten über seinen Beitrag zur Gesellschaft bewusst und erkennt gleichzeitig, dass er selbst von der Spezialisierung und den Fähigkeiten der Anderen abhängig ist. Dem Einzelnen wird bewusst, dass er aus sich selbst heraus und durch seine Fähigkeiten schon von anderen unterschieden ist. Auf der anderen Seite ist die Stadt ein Ort der Konkurrenz. Auf den städtischen Märkten bietet der Handwerker seine Ware in Konkurrenz zu anderen Handwerkern an und muss sich gegenüber diesen mittels seiner Fertigkeiten durchsetzen. Ist er erfolgreich, entwickelt er nicht nur ein Selbstbewusstsein, sondern diesmal auch ein positives Selbstbewusstsein, da er sich aufgrund seiner eigenen Fertigkeiten gegenüber anderen und deren Fertigkeiten durchgesetzt hat. Gott als jene Quelle, aus der der Einzelne seine Individualität schöpft, beginnt bereits zu versiegen. Anstelle dessen erkennt der Einzelne sich selbst als Quelle seiner Individualität. Ein Individuum aus sich selbst heraus zu sein, verliert seine negative Konnotation und wird allmählich positiv besetzt.

Das zeigt sich vor allem in der Kunst, wo inhaltliche Verschiebungen auftreten: In den Kruzifixdarstellungen vor dem 13. Jahrhundert blickt Christus am Kreuz hängend nach oben, um in Gott aufzugehen und Erlösung zu finden. Ab dem 13. Jahrhundert hingegen wendet sich sein Blick nach unten und seine ganze Gestalt drückt individuelles Leid aus. Christus als leidendes Individuum wird in den Vordergrund gerückt.⁶² Andere Formen der Kunst nehmen die positive Wendung der Individualität ebenfalls auf. Menschen beginnen, ohne große Heilige oder Sünder zu sein, und ohne die Absicht ihre Epoche darzustellen, Autobiographien zu verfassen.⁶³ Im höfischen Roman rückt die Liebesee, bei der zwei Personen aufgrund

⁶¹ Vgl. zu den folgenden Gedanken Abels, H.: 2006. S. 45-80 zurückgegriffen.

⁶² Vgl. dazu dieser inhaltlichen Verschiebung Wenger, P.: 1998. S. 515.

⁶³ Vgl. dazu Vollmann, B. K.: 1998. S. 390.

ihrer Gefühle und nicht des Standes wegen heiraten, in den Vordergrund.⁶⁴ Jenseits der Kunst zeigen sich im Alltag ebenfalls Ansätze eines positiven Verständnisses von Individualität, beispielsweise durch die Bedeutungsverschiebung des Freundschaftsbegriffes: Vor dieser Entwicklung galt der Freund als jemand, der sich durch einen Vertrag zur bedingungslosen Unterstützung des Gegenübers verpflichtet hatte. Mit dem Ende des Mittelalters wird aus der Freundschaft eine geistige Verwandtschaft, bei dem sich zwei Menschen nicht aufgrund überindividueller Verträge und Normen zusammenschließen, sondern aufgrund des Anderen.⁶⁵ Ihren bisherigen Höhepunkt jedoch findet die positive Deutung des Individuums aus sich selbst heraus in der Renaissance.

Mit der Renaissance wird die Quelle der Individualität gänzlich in das Innere verlegt. Erneut zeigt sich diese Entwicklung vor allem in der Kunst: Mit der Entdeckung der Zentralperspektive stellt das Kunstwerk nicht mehr nur einen Kunstgegenstand, ein Artefakt, dar, sondern es bringt überdies die Perspektive des Künstlers zum Objekt ins Spiel. Das, was dargestellt wird, ist immer nur die Perspektive des Künstlers. Ein anderer Künstler kann zum selben Objekt eine andere Perspektive einnehmen. Die Möglichkeit, ein Objekt aus verschiedenen Perspektiven darzustellen, bringt die Notwendigkeit mit sich, dem Künstler die jeweilige dargestellte Perspektive zuschreiben zu können. Das Kunstwerk muss signiert werden; eine Praxis, die es in der Geschichte zuvor nicht gegeben hat. Der Künstler weist sich als Urheber und Erschaffer des Werkes aus. Die Qualität eines Werkes kann dadurch auf den einzelnen Künstler und seine Fähigkeiten zurückgeführt werden. Er steht in der Verantwortung für das Werk⁶⁶ und wird zugleich als Einzelner, als Erschaffer des Werkes, ausgewiesen und anerkannt.

Diese Entwicklungen bedeuten freilich nicht, dass es eine stufenweise und vor allem lückenlose Entwicklung vom Einzelnen hin zum Individuum zwischen dem Mittelalter und der Moderne gegeben hat.⁶⁷ Wenn immer wieder vom Aufkommen des Individuums und der Individualität in der Renaissance gesprochen wird, dann sollte immer im Hinterkopf behalten werden, dass dieses Individuum nicht jenes der Moderne ist. Der Einzelne begründet seine Individualität noch nicht gänzlich aus sich selbst heraus und ist auch gar nicht darauf aus. Und

⁶⁴ Vgl. hierzu Kasten, I.: 1998.

⁶⁵ Vgl. dazu Vollmann, B. K.: 1998. S. 387.

⁶⁶ Vgl. dazu zur Zentralperspektive als erste Anzeichen einer positiven Wendung von Individualität Wenger, P.: 1998. S. 530ff.

⁶⁷ Vertreten durch beispielsweise Gurjewitsch, A.: 1994. S. 307.

selbst, wenn er das tut, dann nur um die bestehende Ordnung zu verfestigen.⁶⁸ Nichtsdestotrotz setzt vor allem mit der Renaissance ein Mentalitätswechsel ein, der als die Geburtsstunde des modernen Individuums betrachtet werden kann⁶⁹: Zunächst weckt die Religion, und hier die christliche, den Hunger des Einzelnen nach sich selbst. Während allerdings die Religion die Individualität noch negativ belegt und versucht, sie mit Gott positiv zu wenden, wechselt mit der Renaissance, ausgehend von der Verstädterung, die Quelle der Individualität in das Innere des Einzelnen und wird positiv besetzt.

Entscheidend für das Aufkommen des modernen Individuums ist allerdings noch ein weiteres: Mit dem Ende der Renaissance um das 16. Jahrhundert herum etabliert sich der Akt der Beobachtung als eigenständige Form der Handlung, gar als eine Form der Haltung. Der Einzelne beginnt, nicht gänzlich losgelöst von der ihn umgebenden Umwelt, diese zu beobachten und aus seinen Beobachtungen ein Urteil, eine Haltung gegenüber der Umwelt abzuleiten.⁷⁰ Die Folge der Aufwertung von Beobachtung als eigenständige Handlungsform ist, dass alles was nicht unmittelbar Teil des Einzelnen ist, wie beispielsweise Gott, die Natur, aber auch die Gesellschaft zu einem Objekt degradiert wird, anhand dessen oder in Abgrenzung zu dem der Einzelne sich selbst erkennt.⁷¹ Mit anderen Worten führt die Beobachtung als Handlungsform eine Distanz zwischen dem Einzelnen und der ihn umgebenden Umwelt ein, welche es ihm erlaubt, sich von dieser unterschieden zu denken und ein Urteil über sie zu fällen. Beides zusammen, die positive Wendung des Blicks nach Innen als auch die Aufwertung der Beobachtung als eigenständige Handlungsform, sind für das aufklärerische Verständnis vom Individuum von enormer Bedeutung, denn erst sie bereiten den Einzelnen für den politischen Raum der Aufklärung, als einen Raum in dem es um die Interessen und die Artikulation der Interessen des Einzelnen geht, vor.

In „prometheischer Überhebung seiner Endlichkeit“⁷² oder weniger pathetisch formuliert, losgelöst von Natur und Gott, entdeckt sich der Einzelne durch den Akt der Beobachtung als ein Subjekt, welches in der Lage ist, mit seinen Handlungen die Welt gemäß seinen eigenen Vorstellungen zu gestalten. Mit der Entdeckung seiner selbst und der Welt als Objekt darf, kann und soll der Einzelne nicht mehr die Welt und sein Dasein als bloße Durchgangsphase

⁶⁸ Weswegen Abels, H.: 2006. S. 36 von einer konservativen Interpretation des Individuums in der Renaissance spricht.

⁶⁹ Wie ebd. S. 26 seine These relativierend meint.

⁷⁰ Vgl. dazu Elias, N.: 2001(b). S. 133ff, der Descartes als Initiator dieser Entwicklung identifiziert.

⁷¹ Bürger, P.: 1998. S. 33ff verweist beispielsweise darauf, dass Descartes zu sich selbst findet, allein durch die Fähigkeit der Beobachtung und Gott lediglich zur Absicherung vor Täuschungen braucht. Wohingegen Rousseau nach Stierle, K.: 1988. S. 271 noch einen Schritt weiter geht, seine Bekenntnisse schreibt, aber Erlösung weder in der Gesellschaft noch in Gott, sondern gerade gegen diese sucht.

⁷² Wie es Raulet, G.: 1996. S. 22ff formuliert.

ertragen, sondern als vernunftbegabtes und zur Handlung fähiges Subjekt gestalten. Seine Potenz bestimmt sich gar darüber, inwieweit er in der Lage ist, seine Umgebung zu gestalten⁷³ und sich aus seiner „selbst verschuldeten Unmündigkeit“ zu befreien.

Daher darf der oben dargestellte Mentalitätswechsel nicht unterschätzt werden: Erst die aus sich selbst gewonnene Individualität und die Legitimierung der Beobachtung als eigenständige Handlungsform führen die Unterscheidung vom Subjekt als handelndes und gestaltendes Subjekt und der es umgebenden Umwelt als Objekt, das auf Gestaltung wartet, ein. Und erst diese Unterscheidung versetzt den Einzelnen in die Lage und weckt in ihm das Bedürfnis nach politischer Handlung. Der Einzelne emanzipiert sich in Folge dessen von seiner Umwelt und die Philosophie des 18. Jahrhunderts erhebt das aus sich selbst heraus vernünftig handelnde und mit inneren Idealen ausgestattete Subjekt zum universellen Prinzip der Geschichte.⁷⁴ Ein Verständnis vom Einzelnen, das zum Inbegriff des modernen Menschen wird und unabhängig vom ideologischen Lager, sei es aus idealistischer oder materialistischer, marxistischer oder bürgerlicher Ecke, angenommen wird.⁷⁵

Mit der Aufklärung bleibt somit von Gott als Quelle der Individualität nichts mehr übrig. Sie wird gänzlich in das Innere des Einzelnen verlagert, wodurch dieser die Möglichkeit erhält, sich zum Subjekt zu emanzipieren. So modern das Verständnis vom Individuum in der Aufklärung auch sein mag und so sehr es auch das moderne Verständnis geprägt hat, so sehr unterscheidet es sich noch immer vom modernen Konzept des Individuums, und zwar in einem ganz entscheidenden Punkt: Ein Individuum zu sein, über Individualität zu verfügen, ist in der Aufklärung noch kein Alleinstellungsmerkmal. Anhand der Individualität werden die einzelnen Menschen noch nicht voneinander unterschieden; sie werden in der Aufklärung gar nicht voneinander unterschieden. Eher ist Individualität in der Aufklärung dazu gedacht, den Einzelnen von der Kirche, dem Staat, der Zunft, Gott und ähnlichem zu unterscheiden und das aus einem einfachen Grund: Nur auf diesem Wege ist es möglich, allen Menschen gleichermaßen Freiheit und Gleichheit gewährleisten zu können. Würden die einzelnen Menschen zusätzlich noch aufgrund ihrer Individualität voneinander unterschieden, wäre die Möglichkeit gegeben, dass nicht mehr alle gleich sind und der eine freier ist als der andere.

⁷³ Vgl. dazu Larise, D.: 2009. S. 20.

⁷⁴ Vgl. dazu Veith, H.: 2002. S. 35.

⁷⁵ Wie Oelmüller, W.: 1994. S. 43 anmerkt. Ähnlich auch Keupp, H. / Hohl, J.: 2006, S. 12, die meinen, dass mit der Durchsetzung der bürgerlichen Gesellschaft ihr Bild des Menschen zur ontologischen Bestimmung des modernen Menschen schlechthin wird.

Freiheit ist, zumindest in der Logik der Aufklärung,⁷⁶ nur möglich durch den Verzicht auf die Unterscheidung der einzelnen Menschen voneinander. Auf die Unterscheidung der einzelnen Individuen voneinander wird folglich zu Gunsten eines abstrakten Begriffes von Menschheit verzichtet, um alle Menschen als gleich und frei zu bestimmen und ihnen gleichermaßen beides zu gewähren.⁷⁷ Die für die Moderne so wichtige Unterscheidung der einzelnen Menschen voneinander tritt somit nicht mit der Aufklärung auf, sondern erst später, mit der Romantik ein. Was vom aufklärerischen Modell jedoch in das moderne Verständnis von Individuum übergeht, ist jenes des Individuums als ein Subjekt, das in der Lage ist, die Welt zu gestalten.

Mit der Romantik kommen die Gefühle ins Spiel. Steht in der Aufklärung noch die allen Menschen gleich gegebene Fähigkeit zur vernünftigen Beobachtung und Introspektion im Zentrum, wird die Vernunft in der Romantik durch die ganz persönlichen Gefühle ersetzt. Alles, was der Einzelne darstellt und all seine Handlungen werden auf die Gefühle, die bei jedem anders sind, zurückgeführt. Die Gefühle des Einzelnen werden zu einem der Ratio ebenbürtigen Erkenntnismodus.⁷⁸ Sich selbst anhand seiner ganz persönlichen Gefühle und nicht nur durch die allen Menschen gleich gegebene Vernunft zu erkennen, wird salonfähig. Erst damit eröffnet sich nun die Möglichkeit, jeden einzelnen Menschen in seiner Individualität, d. h. unterschieden von jedem anderen Menschen, zu erkennen. Die Folge ist, dass das abstrakte Verständnis von Individualität fallengelassen wird. Jedes Individuum unterscheidet sich vom anderen, weil es unterschiedlich empfindet. Seine Gefühle machen es zu einem Individuum, das nicht nur von der Welt, sondern auch explizit von den anderen Menschen zu unterscheiden ist. Aus der aus unserer heutigen Sicht so banalen Erkenntnis, dass kein Mensch so empfindet wie ein anderer, entwickelt sich eine philosophische Bewegung.

Widererwarten verlagert sich jedoch damit die Quelle der Individualität erneut in ein Kollektiv, das sich in Form eines Staates, einer Kirche oder eines Volkes ausdrücken kann. Denn: Weil das Individuum das Zentrum der Welt bildet, unter der Welt jedoch leidet und einen Weltschmerz verspürt, sucht es nach etwas Größerem als sich selbst und meint, im

⁷⁶ Dass das so nicht funktioniert, hat bereits Alexis de Tocqueville erkannt, als er feststellte, dass die Gleichheit der Menschen nicht zur Freiheit führt, sondern in der Schaffung einer Masse resultiert, in der sich jeder am nächsten ist. Vgl. dazu d. Tocqueville, A.: 1959/62. S 113.

⁷⁷ Vgl. dazu Abels, H.: 2006. S. 128ff.

⁷⁸ Das zeigt sich für Hagenbüchle, R.: 1998. S. 43ff beispielsweise in der Verherrlichung von Originalität, Genie und der Zelebrierung melancholischer Empfindlichkeiten. Allerdings weist er im weiteren Verlauf seines Textes darauf hin, dass für den Romantiker die Suche des Subjekts nach sich selbst eine erfolglose Suche und zum Scheitern verurteilt war, er sich aber nichtsdestotrotz auf diese Suche begeben hat.

Volk, in der Religion oder im Staat, diesen Schmerz stillen zu können. Im und durch das Kollektiv findet das Individuum als Teil des Kollektivs seine Erfüllung. Im Kontext der bisherigen Ausführungen mag dies vertraut klingen. Auch in der Antike findet das Individuum durch das Kollektiv zu sich. Der Unterschied ist jedoch, dass in der Antike das Kollektiv im Mittelpunkt stand, in der Romantik hingegen das Individuum das Zentrum der Welt bildet. Es ist das Individuum, das an der Welt leidet und versucht aus diesem Grunde in etwas Größerem aufzugehen. Das Kollektiv in Form des Staates, der Kirche oder des Volkes wurde so zu einer „Allegorie“ erfüllter Individualität.⁷⁹

Interessanterweise verschwindet mit dem Beginn des 20. Jahrhunderts das Kollektiv als Quelle der Individualität des Einzelnen nicht. Was jedoch geschieht, ist, dass das Kollektiv, seiner romantischen Verklärung bereinigt, nun als der generalisierte Andere wieder auftaucht. Dieser generalisierte Andere stellt eine organisierte Gemeinschaft dar, in Bezug zu dem der Einzelne seine Individualität erst erkennt.⁸⁰ Die eigene Individualität wird hier zu einem Spiegelbild, welches vom generalisierten Anderen zurückgeworfen wird. Genauer gesagt beobachtet der Einzelne, wie der generalisierte Andere ihn beobachtet. Er nimmt die Perspektive des generalisierten Anderen ein. Die Beziehungen zu den Mitmenschen werden damit entscheidend für das Individuum. In der Beziehung zum generalisierten Anderen entwickelt und verinnerlicht der Einzelne nicht nur die erforderlichen Fähigkeiten zum sozialen Handeln, sondern auch ein Bewusstsein über seine Einzigartigkeit. Erst im Bezug zum generalisierten Anderen und dann auch erst nur durch sich-in-den-anderen-hineinversetzen, lernt der Einzelne sich selbst kennen, weil er sich selbst aus den Augen des Anderen beobachtet.⁸¹ Der Einzelne erkennt folglich seine Individualität dadurch, dass er die Haltung seines Gegenübers ihn selbst betreffend beobachtet und zum entscheidenden Aspekt seiner eigenen Handlungen macht.⁸² Auch hier ist das Individuum selbst die Quelle seiner Individualität, allerdings benötigt es den generalisierten Anderen um seine Individualität zu entdecken. Ohne die Existenz des generalisierten Anderen ist das Individuum nicht in der Lage, sich selbst zu beobachten und damit ein Selbstbewusstsein zu entwickeln, das sich von einem bloßen Bewusstsein

⁷⁹ Das wörtliche Zitat ist ebenso wie der Gedankengang dieses Absatzes zu finden bei Brecht, Chr.: 1996. S. 45ff.

⁸⁰ Vgl. dazu Mead, G. H.: 1967. S. 149ff. Vgl. dazu ebenfalls Mead in der Interpretation von Böhme, G.: 1996. S. 331. Es sei hier darauf hingewiesen, dass Mead in seinen Arbeiten den Begriff der Identität wählt und sich nicht mit den Begriffen Individuum und Individualität auseinandersetzt. Um einen einheitlichen Sprachgebrauch im Weiteren zu bewahren, wird jedoch der Begriff der Identität nicht eingeführt, sondern weiterhin die Begriffe Individuum und Individualität verwendet, auch in Bezug auf Mead.

⁸¹ Vgl. dazu Mead in der Rekonstruktion von Veith, H.: 2002. S. 141.

⁸² Vgl. dazu Mead, G. H.: 1967. S. 195.

unterscheidet.⁸³ Aus einem auf der einen Seite lediglich von der Beobachtung herrührenden bewusst-sein-über-sich-selbst und auf der anderen Seite romantischer Verklärung des Kollektivs wird ein reflexives Selbstbewusstsein. Selbstbewusstsein im Gegensatz zu bewusst-sein-über-sich-selbst, weil das Individuum zur Erkenntnis gelangt, dass es von jedem Anderen unterschieden ist und nicht mehr bloß, wie in der Aufklärung, ein allgemein abstraktes Individuum darstellt; und reflexiv, weil es diese Einzigartigkeit entdeckt, indem es sich in einen generalisierten Anderen hineinversetzt, sich selbst zum Objekt seiner eigenen Beobachtungen macht und erst damit die Grundlage für seine Individualität schafft.⁸⁴ Der generalisierte Andere ist folglich die Voraussetzung dafür, sich selbst als ein Individuum unterschieden von allen anderen und nicht bloß als ein abstraktes Individuum zu entdecken. In einer eigentümlichen Kombination aus Aufklärung und Romantik, jedoch ohne den unbedingten Abstraktionswillen der Ersteren und der Romantisierung der Letzteren, gelangt in der Moderne der Einzelne durch den generalisierten Anderen zu einem reflexiven Selbstbewusstsein über seine Individualität.

Das ist ein ganz neues Verständnis vom Individuum. Zum ersten Mal in der Geschichte entsteht Individualität aus dem Wechselspiel zwischen naturgegebenen Anlagen und der Gesellschaft. Sie bildet sich nicht mehr durch oder in Abgrenzung zum generalisierten Gegenüber, sondern erst in der Interaktion mit diesem.⁸⁵ Das ist das Bild der Moderne vom Individuum und seiner Individualität: Es ist ein einzelner zur Handlung fähiger Mensch im Zentrum der Welt mit einem Selbstbewusstsein über sich selbst, aufgrund seiner Beziehungen zu allem anderen und jedem anderen. Das Individuum findet hier zu sich selbst auf der Grundlage von Reflexion und Stellungnahme gegenüber der Gesellschaft. Es findet zu sich selbst durch einen Prozess „der individualisierenden Vergesellschaftung.“⁸⁶

Das ganze 20. Jahrhundert ist mehr oder weniger von diesem Verständnis geprägt. Mal, aus linker Perspektive betrachtet, ist der generalisierte Andere, sprich die gesellschaftlichen Bedingungen, stärker; mal, aus libertärer und liberaler Sicht, der Einzelne; und dann wiederum wird aus einer weniger ideologisierten Perspektive von Sozialisation gesprochen. Unabhängig aus welcher Perspektive auch immer, setzt sich zunehmend die Überzeugung durch, dass das Individuum sich nur mit und durch die Gesellschaft zum Individuum

⁸³ Ebd. S. 225.

⁸⁴ Ebd. S. 168. Vgl. dazu ebenfalls Abels, H.: 2006. S. 255ff.

⁸⁵ Einschränkend verweist Bürger, P.: 1998. S. 238 darauf, dass es schon im 17. und 18. Jahrhundert bei Frauen Entwürfe vom Subjekt gab, die das Ich vom Anderen her dachten, aber sich aufgrund der gesellschaftlichen Stellung der Frau nicht durchgesetzt haben.

⁸⁶ Veit, H.: 2002. S. 74.

emanzipieren kann⁸⁷ und das Individuum erst durch die Verinnerlichung äußerer Normen zu seiner Individualität gelangt.

Aus diesem sehr kurzen Abriss der Geschichte der Individualität und des Individuums wird ersichtlich, dass jede Epoche ihre eigenen Formen von Individualität und Individuum besitzt und sich diese Formen in einem stetigen Wandel befinden. Nichtsdestotrotz und entscheidend für den Fortgang dieser Arbeit ist jedoch die Erkenntnis, dass alle Formen sich in einem Punkt gleichen, egal welche Epoche betrachtet wird: Trotz des Wandels, den die „Quellen des Selbst“⁸⁸ im Laufe der Geschichte von einem Wir, zu einem Du Gottes, gefolgt vom Ich und schließlich in Alter mündend, erfahren haben, bestehen sie im Kern aus der Idee der Kontinuität und Einheit des Einzelnen über die Zeit hinweg. Vor allem ab dem Mittelalter wird die Dominanz dieses Verständnisses sichtbar.

Auf der Suche nach sich selbst in Gott verlängerte das Christentum des Mittelalters die Einheit und Kontinuität des Einzelnen mit seinem Seelenbegriff über den Tod hinaus. Mit ihm war die Unverwechselbarkeit des Einzelnen auf der Erde und über den Tod hinaus garantiert.⁸⁹ Ohne die Seele wäre diese Garantie erloschen und die Möglichkeit, den Einzelnen für seine Handlungen zur Rechenschaft ziehen zu können, nicht mehr gegeben. Der Einzelne wäre am Tag des Jüngsten Gerichts nicht derselbe, der er zu Lebzeiten war und müsste folglich auch nicht die Konsequenzen seiner Handlungen tragen. Nun setzt weder die Aufklärung noch die nachrevolutionäre Politik ab 1789 auf das Jüngste Gericht. Beide sind jedoch nicht weniger auf Kontinuität und Einheit des Einzelnen über die Zeit hinweg angewiesen, wenn auch aus einem ganz anderen Grund: Beide können es sich nicht erlauben, die Frage nach der Kontinuität und Einheit des Individuums offenzuhalten, da sie die Gestaltung der Welt und die politische Stabilität in die Hand des Einzelnen gelegt haben. Die Kontinuität und Einheit des Einzelnen war somit der Garant weltlicher und politischer Stabilität.⁹⁰ Was bis zu diesem Zeitpunkt noch implizit vorausgesetzt und mitgedacht wurde, tritt in der Moderne an die Oberfläche und wird zu einer offen ausgesprochenen Forderung und Anforderung an das Individuum.

Die gesamte Psychologie des 20. Jahrhunderts hat ihren Ursprung in dem Glauben, dass der Mangel an Kontinuität und Einheit pathologisch und daher zu behandeln sei.⁹¹ Umgekehrt

⁸⁷ Vgl. hierzu Elias, N.: 2001(a). S. 41ff.

⁸⁸ Der Ausdruck entspricht dem Titel des Werks Taylor, Ch.: Quellen des Selbst. Die Entstehung der neuzeitlichen Identität.

⁸⁹ Vgl. dazu Hagenbüchle, R.: 1998. S. 25.

⁹⁰ Vgl. dazu Wagner, P.: 2002. S. 305.

⁹¹ Vgl. dazu Gergen, K. J.: 1996. S. 70ff.

wird das Vorhandensein von Kontinuität und Einheit nicht nur als Ausdruck geistiger Gesundheit begriffen, sondern zeugt auch von einer gelungenen Autonomie und Mündigkeit des Individuums.⁹² Denn erst Individualität verstanden als Kontinuität und Einheit des Einzelnen über die Zeit und über verschiedene Situationen hinweg, versetzt den Einzelnen in die Lage einen festen Platz in der Gesellschaft einzunehmen⁹³ und damit auch Position gegenüber dieser zu beziehen und zu handeln. Kontinuität und Einheit wird gar zu einer Leistung, die das Individuum zu erbringen hat, um an Interaktionen teilnehmen zu können und deren Fortgang zu gewährleisten.⁹⁴ Mit anderen Worten: Erst dieser Mensch hat sich zu einem Individuum emanzipiert. Diese Einsicht ist entscheidend, weil diese Vorstellung vom Individuum mit der Postmoderne, wie in einem späteren Kapitel zu zeigen sein wird, abgelehnt wird: Die Kontinuität und Einheit des Einzelnen trägt nicht zu seiner Emanzipation bei, überhaupt trägt Emanzipation nicht zur Handlungsfähigkeit des Einzelnen bei, sondern führt nur zu seiner Unterdrückung.

Für die Moderne hingegen liegt in der Wahrung der eigenen Individualität über die Zeit und über soziale Räume hinweg, d. h. in der Emanzipation, gerade die Bedingung der Möglichkeit des Handelns,⁹⁵ ein Handeln, welches in der Moderne eine ganz bestimmte Form annimmt, und zwar die Form der kommunikativen Handlung, auch Diskurs genannt.

1.2. Diskurs

Sich auf eine Handlung zu verständigen ohne den anderen als Werkzeug zu benutzen, ist ein wichtiger Bestandteil von Sprache⁹⁶ und gleichsam anthropologisch fundamental.⁹⁷ Handlungskoordination durch die Verwendung von Sprache ohne dabei den anderen als ein Mittel zum Zweck zu verwenden, ist damit nicht an eine bestimmte Epoche gebunden. Jedoch ist die Verwendung der Sprache zur Handlungskoordination in dieser Form nicht immer die vorherrschende Form gewesen. Primär wurde sie von der normativen Handlung überlagert, die Handlungskoordination durch vorherrschende Normen gewährleistet.

⁹² Vgl. dazu Joas, H.: 1996. S. 361, der hier auf Erik Homburger Erikson und George Herbert Mead als Paradebeispiele dieser Denkrichtung verweist.

⁹³ Vgl. d. Levita, D. J.: 1971. S. 163.

⁹⁴ Vgl. dazu Krappmann, L.: 2005. S. 207.

⁹⁵ Vgl. dazu Weiß, R.: 2002(b). S. 38ff. Ähnlich auch Döbert, R. / Habermas, J. / Nunner-Winkler, G.: 1977. S. 9 für die der Einzelne natürlicherweise in verschiedene Rollen tritt, aber die Leistung erbringen muss, Kontinuität und Einheit zu wahren, „um sich und seine Interaktion in einer unverwechselbaren Lebensgeschichte zu organisieren.“ Wörtliches Zitat ebd. S. 11 zu finden.

⁹⁶ Joas, H.: 1986. S. 146 spricht von der „irreduziblen Eigenstruktur menschlicher Kommunikation“.

⁹⁷ Vgl. dazu Habermas, J.: 1981(b). S. 218.

Das normative Handeln tritt dabei hauptsächlich im Rahmen archaischer Gesellschaften auf. Diese sind durch ein ausgeprägtes Kollektivbewusstsein geprägt, das sich in der Überlappung ihrer Institutionen, ihrer Weltanschauung und ihrer Mitglieder äußert. In dieser Gesellschaftsform werden die Normen der Gesellschaft mit jeder einzelnen Handlung reproduziert,⁹⁸ so dass das durch Normen reguliertes Handeln nicht etwa die Handlungen eines Individuums darstellt, sondern vielmehr die Handlungen eines Gruppenmitglieds.⁹⁹ Umgekehrt werden dann auch Handlungskoordinationen, welche nicht auf der Grundlage der allgemeingültigen Normen erfolgt sind, als Verstoß gewertet. Dass das normengeleitete Handeln diese zentrale Stellung bei der Handlungskoordination einnehmen kann, ist auf die geringe zeitliche und räumliche Ausdehnung archaischer Gesellschaftsformen zurückzuführen: Die Welt dieser Gesellschaftsformen ist so klein, dass keine Situationen außerhalb der Normen der Gesellschaft auftreten können, die nach einer anderen Form der Handlungskoordination fragen, als die der normativen. Alles findet in der eigenen Welt statt, die durch eigene Normen geordnet ist. Die Welt als Sinnhorizont beschränkt sich auf diese ausgebildeten Normen. Ausgehend von diesen Gedanken lässt sich nun die These formulieren, dass, sobald aufgrund sozialer Evolution Situationen auftreten, die die Grenzen der eigenen Welt sprengen und nicht mehr von den Normen gedeckt werden, Handlungskoordination zu einer zu erbringenden Leistung der Akteure wird.¹⁰⁰ Sie können sich nicht mehr auf die Geltung ihrer Normen zur Handlungskoordination verlassen, sondern sind auf eine alternative Form der Abstimmung von Handlungen angewiesen: Einer rational motivierten Verständigung und somit auf eine kommunikative Handlung.

Bei der kommunikativen Handlung erheben Ego und Alter gegenüber einander durch die Verwendung verständnisorientierter Sätze Geltungsansprüche, um eine Handlung kommunikativ zu begründen. Dadurch sollen erhobene und damit für den jeweiligen Akteur auch wahre Geltungsansprüche subjektiv vom Gegenüber als Handlungsgrundlage anerkannt werden. Der Vorteil einer solchen Handlungskoordination liegt darin, dass die anschließende Handlung einvernehmlich stattfindet und kein Akteur als Mittel zur Zielerreichung eines anderen Akteurs benutzt wird. Allerdings können Geltungsansprüche wiederum nur vor dem Hintergrund einer von den Beteiligten gemeinsam geteilten Welt als wahr anerkannt werden. Ist diese gemeinsame Welt nicht gegeben, muss sie zunächst einmal ausgehandelt werden, da im kommunikativen Handeln weder Ego noch Alter über ein Interpretationsmonopol

⁹⁸ Vgl. dazu Habermas, J.: 1981(b). S. 234.

⁹⁹ Vgl. dazu Habermas, J.: 1981(a). S. 126.

¹⁰⁰ Vgl. dazu Habermas, J.: 1981(b). S. 218.

verfügen. Das mag auf den ersten Blick sehr anspruchsvoll sein, auf den zweiten Blick entspricht es jedoch der alltäglichen Praxis: Das Routineverhalten ist immer auf den Wettbewerb des besseren Argumentes hin angelegt.¹⁰¹ Jene, die anhand der Sprache Handlungen koordinieren, können gar nicht anders, als für ihre Äußerungen Geltungsansprüche zu erheben und damit gleichzeitig die Behauptung aufzustellen, dass das, was sie sagen, wahr ist oder zumindest rational akzeptiert werden kann.

Je mehr die Akteure nun auf eigene Interpretationsleistungen und Situationsdefinitionen angewiesen sind und diese ohne Gewalt herbeiführen wollen, desto mehr verlagern sich die Bedingungen der Kommunikation, unter denen die Situation und die Geltungsansprüche verhandelt werden, in Richtung einer rational motivierten Verständigung, d. h. einer Konsensbildung, die sich letztlich auf die Autorität des besseren Argumentes stützt.¹⁰² Das kommunikative Handeln hat somit die Funktion zu zeigen, ob erhobene und damit für den jeweiligen Akteur auch wahre Geltungsansprüche vom Gegenüber als Handlungsgrundlage anerkannt werden oder nicht. In diesem Sinne ist das kommunikative Handeln auf das Gegenüber und dessen Akzeptanz der erhobenen Geltungsansprüche gerichtet, mit dem Ziel, die Situationsdefinition des Gegenübers, die sich selten ganz mit der eigenen deckt, mit einer gemeinsam ausgehandelten neuen Situationsdefinition in Übereinstimmung zu bringen.¹⁰³

Es wäre allerdings falsch, kommunikatives Handeln auf Kommunikation zu reduzieren. Akteure verwenden kommunikatives Handeln nicht nur lediglich zur Kommunikation miteinander, sondern zur Handlungskoordination, d. h. mit der Absicht, am Ende der kommunikativen Handlung eine gemeinsame Handlung auszuführen.¹⁰⁴ Kommunikatives Handeln wird folglich nicht um der Kommunikation selbst willen betrieben, sondern um die Handlungen mehrerer Individuen aufeinander abzustimmen und diesen eine gemeinsame Handlung zu ermöglichen. Die sprachliche Verständigung ist nur ein Medium zur Handlungskoordination, welche „die Handlungspläne und die Zwecktätigkeiten der Beteiligten zur Interaktion zusammenfügt.“¹⁰⁵

So war es zumindest angedacht. Dreierlei Entwicklungen führten jedoch dazu, dass in der Moderne die sprachliche Verständigung in den Vordergrund rückt und somit kommunikatives

¹⁰¹ Vgl. dazu Habermas, J.: 2008. S. 149.

¹⁰² Vgl. dazu Habermas, J.: 1981(b). S. 218.

¹⁰³ Vgl. dazu Habermas, J.: 1981(a). S. 150.

¹⁰⁴ Ebd. S. 151 betont Habermas selbst, dass kommunikatives Handeln Interaktionen beschreibt, „die durch Sprechhandlungen koordiniert werden“, nicht aber mit diesen zusammenfallen.

¹⁰⁵ Ebd. S. 143.

Handeln in erster Linie als Diskurs aufgefasst wird. In anderen Worten, dass der Austausch von Argumenten wichtiger wird als die anschließende Handlung:

1. Die Entstehung literarischer Öffentlichkeiten: Erlöst von den Zwängen der ständischen Etikette und in Anbetracht der Gleichheit, welche nun in den Salons und Kaffeehäusern herrschte, war fortan keine Meinung von der Kommunikation mehr ausgeschlossen. An diesen Orten kamen die Einzelnen als Privatpersonen zusammen, traten vor die anderen, als Publikum Anwesenden, trugen ihre Argumente vor und traten wieder in das Publikum zurück. Jede Meinung hatte ihre Berechtigung, solange sie argumentativ vertreten wurde. Nur das Argument selbst verfügte über Autorität. Es herrschte eine ideale Sprechsituation vor, in der die gleichen Chancen zur Ausführung von Sprechakten für alle bestanden und in der auf privilegierten Zugang, Drohungen und Lockungen verzichtet wurde.¹⁰⁶ Das, was im Raum stand, war nicht mehr der Einzelne, seine Position oder sein Status, sondern einzig und allein das von ihm hervorgebrachte Argument. Von seinem Erzeuger unabhängig, motivierte dieses Argument nun eine andere Person aus dem Publikum herauszutreten und ein Gegenargument hervorzubringen, welches ebenfalls als solches für sich unabhängig von seinem Erzeuger im Raum stand.¹⁰⁷ Folgen einer derartig konsequent praktizierten Argumentationskultur waren somit höchstens weitere Argumente und Entgegnungen.¹⁰⁸ Den Worten folgten keine Taten, sondern nur weitere Worte. Der Austausch der Argumente selbst war das Ziel und nicht die Koordinierung von Handlung.
2. Das Aufkommen der Romantik: In der Romantik ist das Individuum nur im Geiste produktiv.¹⁰⁹ Es ästhetisiert die Welt und verhindert, lehnt gar die eingreifende Tätigkeit in die Welt ab. Die einzige Möglichkeit für das Subjekt, gestaltend in die Welt einzugreifen, besteht für den Romantiker darin, Gedichte und Romane über die Welt zu verfassen, mit der Folge, dass auf Gedichte und Romane wiederum nur mit Gedichten und Romanen geantwortet

¹⁰⁶ Vgl. zur idealen Sprechsituation bei Habermas Scheuch, M.: 2004. S. 89.

¹⁰⁷ Vgl. dazu Habermas, J.: 1990. S. 90, der davon spricht, dass sich in diesen Salons und Kaffeehäusern eine Gleichheit jenseits der wirtschaftlichen Situation und des Standes einstellte.

¹⁰⁸ Nach Schmitt, C.: 1998. S. 104 konnte dieser Zustand der Produktion von Sätzen über Sätze nur in der Sicherheit der bürgerlichen Gesellschaft stattfinden.

¹⁰⁹ Ebd. S. 91ff.

wird. Alles wird „zum Anfang eines unendlichen Romans“¹¹⁰. Passivität wird zu einem Kernmerkmal der Romantik.¹¹¹ Handlungen reduzieren sich auf die Produktion von Sätzen über Sätze.¹¹² An die kommunikative Handlung schließt sich eine weitere kommunikative Handlung an.

3. Der Drang nach Einheit und Fortschritt in der Moderne: Für die Moderne ist, ausgehend von der Aufklärung, wie weiter oben schon angedeutet, die Welt ein Chaos, das es zu ordnen gilt; sie empfand es gar als ihre Mission. Im Rahmen dieser Mission waren Toleranz und Meinungsverschiedenheiten unpassend, gar unmoralisch,¹¹³ da sie dem einheitlichen Fortschritt der Menschheit den Weg verbauten. Der Feind der Moderne war somit die Relativität,¹¹⁴ die die Möglichkeit der Differenz und Meinungsverschiedenheit bejahte. Die Moderne hingegen verneinte Pluralität und Partikularität und beschwor die Universalität.¹¹⁵ Es galt demnach, Relativität zu bekämpfen, um den einheitlichen Fortschritt nicht zu gefährden. Die Waffe gegen diesen selbst konstruierten Feind war der Glaube an die Universalität der Vernunft.¹¹⁶ Mit der Vernunft wurde der Einzelne nicht nur in die Lage versetzt, Argumente für die eigene Position hervorzubringen, sondern und noch viel wichtiger, ihm gegenüber hervorgebrachte Gegenargumente, wenn sie denn nachvollziehbar waren, und das waren sie, solange sie vernünftig waren, als Wahrheit anzuerkennen, sie zu akzeptieren und die eigene Position fallenzulassen.¹¹⁷ Wer demnach an einem Diskurs teilnimmt, ist auch gewillt, die Konsequenzen aus dem Diskurs, den Konsens, mitzutragen und seine weiteren Handlungen an ihm auszurichten.¹¹⁸ Streitigkeiten über verschiedene Positionen wurden folglich beigelegt, weil die verschiedenen Parteien aufgrund der Anerkennung des gleichen Arguments zu einem Konsens gelangten. Das Ziel des

¹¹⁰ Schmitt, C.: 1998. S. 20, der die Worte von Novalis wiedergibt.

¹¹¹ So Carl Schmitt in der Interpretation von McCormick, J. P.: 1997. S. 46ff.

¹¹² Vgl. dazu Balke, F.: 1996. S. 105ff.

¹¹³ Vgl. dazu Bauman, Z.: 1995. S. 15ff, der dann weiter ausführt, dass die Moderne gerade aufgrund ihres missionarischen Eifers von einem Machttrieb geprägt war.

¹¹⁴ Auch wenn es ein durch sie selbst konstruierter Feind war, wie Bauman ebd. S. 40 weiter ausführt.

¹¹⁵ Weshalb es auch nach Welsch, W.: 1993. S. 77 nicht möglich war, dass Wahrheiten ohne Ausschließlichkeitsanspruch auftraten.

¹¹⁶ Vester, H.-G.: 1985. S. 5 führt den Glauben an die Universalität der Vernunft als einen von fünf zentralen Bestandteilen der Moderne auf. Die anderen vier sind erstens die Entdeckung der Zeit als Geschichte, zweitens die Verweltlichung des Heils, drittens eine positive Einstellung gegenüber funktionaler Ausdifferenzierung und viertens Rationalität verstanden als Zweck-Mittel-Rationalität.

¹¹⁷ Vgl. dazu Habermas, J.: 1992. S. 30.

¹¹⁸ Ebd. S. 17ff.

Austausches von Argumenten war der Konsens mit dem argumentiert wurde. Der Austausch von Argumenten stellte sich als eine Möglichkeit dar, einen Konflikt in Kooperation umzuwandeln.¹¹⁹ Im Konsens verschwanden die sich gegenüberstehenden Parteien und lösten sich zu einer dritten, gemeinsamen Position auf. Der Austausch von Argumenten wurde als Prozess der Willensbildung begriffen, der beispielsweise Subjektivität, Differenzen, Partikularität zu Objektivität, Konsens, Universalität destillierte. Konsens, hergestellt durch den Austausch von rational motivierten Argumenten, wurde zur Bedingung der Möglichkeit gesellschaftlichen Fortschritts.

Diese drei Entwicklung führen dazu, dass der Austausch von Argumenten zu einer eigenständigen und letztlich der primären Form der Handlung in der Moderne wird: Dem Diskurs. Die Quelle gesellschaftlicher Ordnung ist nicht mehr das einzelne Individuum, sondern der Diskurs. Das Individuum wird von der Aufgabe „freigestellt“, gesellschaftliche Ordnung herzustellen; solange die Individuen diskursiv miteinander umgehen, wird Konflikt in Kooperation umgewandelt.

1.3. Individuum und Diskurs

Überhaupt scheint das Individuum nur noch eine sehr kleine und marginale Rolle in der Theorie kommunikativer Handlung zu spielen, weil sie die Theorie gesellschaftlicher Ordnung vom Individuum und seinen Handlungen auf die Sprache umstellt.¹²⁰ Es lassen sich auch kaum Hinweise auf das Individuum in der Theorie kommunikativer Handlung ausmachen. Akteure kommen zwar vor, jedoch keine Individuen im modernen Sinne. Aber gerade die kommunikative Handlung und noch vielmehr der Diskurs sind auf ein Individuum angewiesen. Das nicht nur in dem ganz praktischen Sinne, dass es irgendjemanden geben muss der spricht, d. h. dass es jemanden geben muss, der zur Welt Stellung nimmt, seine Position begründet und sich dem Diskurs aussetzt, also im Sinne eines Akteurs, sondern auch in dem Sinne, dass es eines Individuums bedarf, das über die Zeit und den Ort des Diskurses hinaus als ein und das selbe Individuum zu identifizieren ist, spricht eines modernen Individuums.

¹¹⁹ Weshalb nach Luhmann, N.: 1970. S. 4, sich gegen Habermas wendend, in der literarischen Öffentlichkeit die Trennung zwischen Konflikt und Kooperation aufgehoben wurde.

¹²⁰ Vgl. dazu Taylor, Ch.: 1986. S. 36.

Ohne diese Kontinuität und Einheit des Individuums über den aktuellen Zeitpunkt und den aktuellen Raum des Diskurses hinaus hätte keiner der Diskursteilnehmer die Sicherheit, dass die anderen Teilnehmer nicht aus dem mühsam erzielten Konsens herausbrechen und die Kooperation ablehnen. Es handelt sich ja um einen herrschaftsfreien Diskurs und somit fehlt jegliche Möglichkeit die Akteure an die getroffene Entscheidung zu binden. Ein objektives Argument allein reicht in einem herrschaftsfreien Diskurs nicht aus, um zu gewährleisten, dass die Konsequenzen des Diskurses von allen Teilnehmern getragen werden.¹²¹

Individualität hingegen, verstanden als Kontinuität und Einheit des Einzelnen über die konkrete Zeit und den konkreten Raum hinaus, gewährleistet, dass die Teilnehmer, wenn sie einmal argumentativ überzeugt wurden, auch diese Überzeugung nicht aufgeben. Individualität gewährleistet somit, dass die Konsequenzen, die aus einem Diskurs folgen, vom einmal überzeugten Individuum getragen werden.¹²² Zugleich garantiert die Individualität nicht nur, dass die Konsequenzen des Diskurses getragen werden, sondern auch, dass die Diskursteilnehmer ihre Meinung während des Diskurses durchhalten und diese nicht von Augenblick zu Augenblick ändern. Das soll nicht heißen, dass die Teilnehmer des Diskurses nicht dazu in der Lage seien, ihre Meinungen zu ändern, denn gerade dies ist einer der zentralen Punkte des Diskurses: Dass Teilnehmer mit verschiedenen Meinungen aufgrund des besseren Argumentes auch bereit sind, ihre Meinung fallen zu lassen.¹²³ Der Diskurs ist jedoch darauf angewiesen, dass die Teilnehmer trotz argumentativen Widerstands ihre Meinung nicht sofort aufgeben, sondern bereit sind diese zu verteidigen. Diskursive Situationen haben einen Zwang zur Kontinuität und Einheit¹²⁴ und setzen sie nicht nur voraus. Das Durchhalten der eigenen Meinung, auch gegen Widerstände, ist in den Augen der anderen Beteiligten ein Indiz für die Wahrhaftigkeit der vertretenen Meinung und damit für das Vorhandensein von Individualität.¹²⁵ Niemand, von berufsbedingten Ausnahmen abgesehen, würde in einen ernsthaften Diskurs mit einem schizophrenen Menschen treten.

¹²¹ Ähnlich, jedoch auf die Öffentlichkeit bezogen, argumentiert Bohman, J.: 1996. S. 54. Für ihn setzt der Diskurs als eine gemeinsame Handlung voraus, dass der Einzelne die Verantwortung für das, was er sagt übernimmt, aber auch die Erwartung hat, dass die anderen Teilnehmer ebenfalls Verantwortung für das, was sie hervorgebracht haben, übernehmen. Ohne Verantwortung und der Erwartungshaltung kann nach Bohman keine öffentliche Sphäre, verstanden als ein diskursiver Raum, bestehen. Auf Bohman und seine Position wird weiter unten detaillierter eingegangen.

¹²² Wagner, P.: 2002. S. 304 geht sogar noch weiter und vertritt die Position, dass Identität, verstanden als Kontinuität, die Voraussetzung für politische und auch moralische Verantwortung sei, da nur unter den Bedingungen der Kontinuität eine Person für ihre vergangenen Taten zur Rechenschaft gezogen werden kann.

¹²³ Habermas, J.: 1992. S. 395 spricht von lernfähigen Teilnehmern.

¹²⁴ Vgl. dazu Straus, F. / Höfer, R.: 1997. S. 298.

¹²⁵ Weiß, R.: 2002(b). S. 38 spricht, selbst auf Habermas, J.: 1981(b). S. 209ff verweisend, von der Wahrhaftigkeit der artikulierten Identität, welche der Diskurs zur Voraussetzung hat.

Kontinuität und Einheit qualifizieren den Einzelnen als Individuum am Diskurs teilzunehmen. Sie sind eine Grundqualifikation, ohne die ein Diskurs nicht möglich wäre.

So betrachtet unterscheidet sich die Beziehung zwischen Individuum und Diskurs allerdings nicht von der Beziehung zwischen Individuum und anderen Handlungsmodi. Auch das strategische oder das teleologische Handeln sind auf die Kontinuität und Einheit des Handelnden angewiesen.¹²⁶ Ohne Kontinuität und Einheit könnte der Handelnde eine Strategie oder ein Ziel erst gar nicht verfolgen.

Was jedoch dem Diskurs eine außerordentliche Stellung in der Beziehung von Individuum und Handlungsmodus beschert, ist, dass einzig und allein der Diskurs, im Gegensatz zu den anderen Handlungsmodi, in besonderem Maße zur Sozialisation beiträgt,¹²⁷ in der Begrifflichkeit der vorliegenden Arbeit den einzelnen zur Herausbildung seiner Individualität, d. h. der Wahrung seiner Kontinuität und Einheit, bewegt. Zunächst einmal setzt der Diskurs voraus, dass der Einzelne, wie schon weiter oben erwähnt, seine Meinung auch in Anbetracht von Gegenargumenten durchhält und nicht beim geringsten Widerstand seine Position fallen lässt. Zugleich aber ist der Diskurs selbst die beste, da herrschaftsfreie Arena, um das Durchhaltevermögen zu trainieren. Der Diskurs ist ein Handlungsmodus, an dem die Wahrhaftigkeit der eigenen Meinung und damit auch die Wahrhaftigkeit der eigenen Person nicht nur vom Einzelnen aufgezeigt und von den anderen Teilnehmern getestet wird, sondern das Durchhalten gegen argumentativer Widerstände trainiert wird.

Viel entscheidender für das außerordentlich enge Verhältnis von Individuum und Diskurs ist jedoch, dass im Diskurs eine herrschaftsfreie Beziehung zwischen den in der Handlung Involvierten herrscht. Das verlangt von den Involvierten, sich in das Gegenüber hineinzusetzen um auszuloten, ob das von ihnen hervorgebrachte Argument überzeugend ist oder nicht. Unter den Bedingungen der Herrschaftsfreiheit ist das weit mehr als das bloße „taking the attitude of the other“¹²⁸ um sich selbst zu beobachten. Vielmehr werden unter diesen Bedingungen die Teilnehmer gezwungen, ihre Argumente in der Erwartung hervorzubringen, dass sie für das Gegenüber nachvollziehbar sind. Das Einnehmen der Einstellung des Anderen bleibt demnach während eines Diskurses nicht bei der Deutung der eigenen Geste durch die Augen des Anderen stehen, sondern er zwingt dazu, die eigenen Argumente mit der Erwartung hervorzubringen, dass diese eine ganz bestimmte Bedeutung

¹²⁶ Vgl. dazu Bischof-Köhler, D.: 1996. S. 89.

¹²⁷ Vgl. dazu Habermas, J.: 1981(b). S. 208.

¹²⁸ Der Term stammt von Mead.

für und Wirkung auf das Gegenüber haben.¹²⁹ Die Teilnehmer sind jeweils die Interpreten des eigenen Verhaltens für die anderen Teilnehmer. Wo die anderen Handlungsmodi bloße Reflexion voraussetzen, zwingt der Diskurs zur Selbstreflexion¹³⁰ und eröffnet dem Einzelnen erst dadurch die Möglichkeit, sich zu einem Individuum zu entwickeln.

Es wird deutlich, dass Individuum und Diskurs nicht durch Ursache und Wirkung miteinander verbunden sind, sondern in einem zirkulären Verhältnis einander voraussetzen und zugleich ermöglichen. Der Diskurs kann nicht als eine herrschaftsfreie Form der Handlung ohne Individualität funktionieren. Andererseits eröffnet erst der Diskurs als einzige Form der Interaktion, weil er eine herrschaftsfreie Form der Handlungskoordination ist, die Möglichkeit zur Selbstreflexion und damit zur Individualität. Eben diese Einsicht übersieht die Theorie kommunikativer Handlung, wenn sie auf den Akteur verweist, aber das Individuum außeracht lässt. Auch wenn die Theorie kommunikativer Handlung, schon allein durch ihren Namen, sich nur auf eine Säule der Moderne bezieht, ist sie mindestens genauso so sehr auf die andere Säule angewiesen.

Das ist entscheidend, weil erst im zirkulären Verhältnis von Individuum und Diskurs das Projekt der Moderne umrissen wird: Es geht um die Emanzipation des Einzelnen von den ihm durch die Gesellschaft auferlegten Grenzen. Und das in einem durch einen herrschaftsfreien Diskurs erzielten Konsens. Mit dem Diskurs entsteht aber nicht nur ein mündiger und selbstbestimmter Bürger, der seine Belange selbst in die Hand nimmt, sondern im Konsens bahnt sich der Fortschritt der ganzen Menschheit in Richtung einer besseren Zukunft seinen Weg. Der Weg war allerdings steiniger als gedacht. Wie im nächsten Kapitel zu zeigen sein wird, verfälschen funktional ausdifferenzierte Systeme den Diskurs und das Individuum verwechselt Individualität mit Individualismus, so dass „die Moderne ein unvollendetes Projekt“¹³¹ bleibt.

¹²⁹ Vgl. dazu Habermas, J.: 1981(b). S. 26.

¹³⁰ Vgl. dazu Krappmann, L.: 2005. S. 42, der davon spricht, dass soziale Interaktion Subjektivität stimuliert und sie nicht vorgefertigt dem Individuum bereitstellt.

¹³¹ „Die Moderne – ein unvollendetes Projekt“ So der Titel der Rede von Jürgen Habermas anlässlich der Verleihung des Adorno-Preises an ihn.

2. System und Individualismus

2.1. Funktional ausdifferenzierte Systeme

Zu bestimmen, was eine Epoche ausmacht, fällt immer schwer, weil sie Strömungen und Gegenströmungen, Einflüsse und Abgrenzung beinhaltet. Das gilt selbstverständlich auch für die Moderne. Was allerdings die Moderne von anderen Epochen unterscheidet und es um einiges erschwert sie prägnant zu beschreiben, ist, dass sie nicht danach strebt sich von einer bestimmten Stil- oder Denkrichtung einer bestimmten Epoche abzugrenzen, d. h. von etwas, das früher einmal war und heute vergangen ist. Sie versteht unter Vergangenheit vielmehr dasjenige, das sich über die Zeit bewährt hat und bis in die Gegenwart hineinwirkt. Von dieser Vergangenheit will sie sich abgrenzen.¹³² Selbst wenn sie neue ästhetische Vorstellungen entwickelt, dann nur deshalb, um sich von der Vergangenheit zu unterscheiden. Ihr geht es um die ständige Erzeugung des Anderseins, wobei der Bezugspunkt immer die Vergangenheit ist.¹³³

In diesem Sinne differenziert sich die Moderne über eine Zeitdimension aus und nicht über ästhetische Vorstellungen, Stil- und Denkrichtungen, die sich mit der Zeit verändern. Die Zeit wird hier als eine Differenz von Vergangenheit und Zukunft begriffen. Die Grenze zwischen beiden stellt die Gegenwart dar, die, weil die Moderne immer anders sein will als die Vergangenheit, immer wieder anders und zwar im Sinne von bis-jetzt-noch-nicht-gewesen, sprich neu, zu sein hat.¹³⁴ Dabei nimmt sie auch keine Rücksicht auf sich selbst: Sie will sich nicht nur immer wieder von anderen Epochen als Vergangenheit abgrenzen, sondern auch von sich selbst. Sie ist immer bestrebt morgen etwas Anderes zu sein als sie es gestern war.¹³⁵ Anders formuliert: War in der Antike und im Mittelalter das Neue noch negativ besetzt, weil es Bestehendes, wie beispielsweise Überlieferungen oder Traditionen, aufgrund von Fehlinterpretation und nicht Befolgung veränderte, wird es in der Moderne explizit gesucht.¹³⁶ Sich immer wieder von der Vergangenheit abzusetzen wird in der Moderne zu einem Kult des

¹³² Vgl. dazu Habermas, J.: 1994. S. 178. Ähnlich auch bei Grasskamp, W.: 1998. S. 765, der nicht von Vergangenheit spricht, sondern von Geschichte.

¹³³ Gerade deshalb ist es falsch die Moderne anhand von Begriffen wie Risiko- oder Informationsgesellschaft, aber auch Vernunft oder Humanismus zu beschreiben, wie es Luhmann, N.: 1991(a). S. 88 meint.

¹³⁴ Vgl. dazu Esposito, E.: 2004. S. 109.

¹³⁵ Oder in luhmannscher Terminologie in Luhmann, N.: 1992. S. 15: Die Moderne differenziert sich über Selbstbeobachtung aus.

¹³⁶ Vgl. dazu Groys, B.: 1992. S. 24.

immer Neuen; überhaupt das Neue wird zu einem Wert an sich.¹³⁷ Darin äußert sich nicht lediglich ein Perspektivenwechsel hinsichtlich des Neuen, sondern es ist viel radikaler, weil es den Zeitbezug der Gegenwart betrifft: In der Moderne ist die Gegenwart nicht mehr auf die Vergangenheit ausgerichtet, sondern auf die Zukunft. War die Gegenwart in anderen Epochen noch das Resultat der Vergangenheit, wird sie in der Moderne zur Vorbereitung der Zukunft. Die Moderne über ihren Zeitbezug zu bestimmen, mag im ersten Augenblick zu abstrakt erscheinen und nach theoretischer Glasperlenspielerei anmuten. Mit Bezug zur Idee des technischen Fortschritts werden die Ausführungen jedoch relevant.

Mit der Ausrichtung allen gegenwärtigen Handelns auf die Zukunft kann die Moderne das eigentlich sinnlose Voranschreiten der Zeit in Fortschritt uminterpretieren.¹³⁸ Der Preis, den sie allerdings dafür zahlen muss, ist, dass ein leerer Fortschrittsbegriff entsteht. Denn gerade Fortschritt ist auf eine Vergangenheit, verstanden als etwas, das bis zur Gegenwart nachwirkt, angewiesen. Erst gegenüber einer Vergangenheit kann es sich als Fortschritt auszeichnen. Ein ahistorisches Fortschrittsverständnis, bei dem die Verbindung zur Vergangenheit gekappt ist, ist kein Fortschritt mehr, sondern nur noch etwas Neues.¹³⁹ Ohne den Rückgriff auf die Vergangenheit entsteht ein Fortschrittsbegriff, der seiner sozialen und politischen, kulturellen und wirtschaftlichen Dimension beraubt ist. Und genau vor diesem Problem steht die Moderne: Ihr Fortschrittsgedanke droht ins Leere zu laufen, da mit dem Verzicht der Moderne auf Vergangenheitsbezüge Orientierungspunkte fehlen, an dem sie ihren Fortschritt messen und aufzeigen könnte.

Gänzlich leer und unbestimmt bleibt der Fortschrittsgedanke jedoch nicht. Die politische und soziologische Leerstelle wird durch eine technologische ersetzt, die Fortschritt als technischen Fortschritt versteht, aus dem unweigerlich sozialer und politischer, kultureller und wirtschaftlicher Fortschritt folgen werden.¹⁴⁰ Die einzige Möglichkeit dann noch irgendwie auf die Welt Einfluss nehmen zu können, bestünde in der Technik.¹⁴¹ Das ist problematisch, weil Technik alles als eine Abfolge von für sich allein stehenden Problemen begreift, die es zu lösen gilt. Sie zergliedert Probleme in Teilprobleme und bietet für jeden Teil eine gesonderte Lösung, so dass das Ganze verloren geht.¹⁴² In diesem Sinne ist Technik

¹³⁷ Der, so Habermas, J.: 1994. S. 180, in Wirklichkeit die Verherrlichung der Aktualität ist, in der die Vergangenheit zu einer rein subjektiven Vergangenheit verkommt und seine kontinuierliche Eigenheit verliert.

¹³⁸ Vgl. dazu Groys, B.: 1992. S. 10.

¹³⁹ Vgl. dazu Vattimo, G.: 1993. S. 114ff.

¹⁴⁰ So Carl Schmitt in der Interpretation von Manemann, J.: 2002. S. 216.

¹⁴¹ Vgl. dazu McCormick, J. P.: 1997. S. 69.

¹⁴² Vgl. dazu Bauman, Z.: 1994. S. 196.

„funktionierende[n] Simplifikation“¹⁴³. Weil der Fortschrittsgedanke nun alle gesellschaftlichen Bereiche durchzieht und in der Moderne vornehmlich als technologischer Fortschritt verstanden wird, bleibt die Idee der funktionierenden Simplifikation nicht auf den Bereich der Technik beschränkt. Fortschritt wird, ganz technisch, als die Lösung gegebener Probleme verstanden. Die Idee der funktionierenden Simplifikation durchzieht alle Lebensbereiche und dehnt sich über die gesamte Gesellschaft als Funktionalismus aus.¹⁴⁴ Der Funktionalismus beginnt damit, das moderne Leben zu diktieren¹⁴⁵ und wird zu dem Paradigma der Moderne.¹⁴⁶

Das Besondere an diesem Paradigma ist, dass das Verhältnis von Ursache und Wirkung uninteressant wird. Welche Ursache welcher Wirkung vorausgeht, gerät in den Hintergrund. Was dafür in den Fokus der Beobachtung gerät, ist ein gegebenes Problem und die verschiedenen Möglichkeiten, dieses gegebene Problem zu lösen.¹⁴⁷ In ihrer eigenen Terminologie formuliert: Mit dem Funktionalismus stellt sich die Frage, wie Komplexität reduziert werden kann,¹⁴⁸ und wenn mehrere Möglichkeiten zur Lösung, das heißt funktionale Äquivalente bestehen, welche von diesen am besten die Reduktion von Komplexität bewerkstelligen kann.¹⁴⁹ Es ergibt sich nun die Möglichkeit, unterschiedliche Einzelleistungen aus einem Standpunkt heraus miteinander zu vergleichen.¹⁵⁰

Auf gesellschaftlicher Ebene sind die Folgen, die die Verbreitung der Idee der funktionierenden Simplifikation nach sich zieht, funktional ausdifferenzierte Systeme. Jedes dieser Systeme reduziert auf seine Art und Weise die Komplexität der Welt, weil jedes von ihnen besser als jedes andere in seinem Bereich funktioniert. Waren noch Institutionen in vergangenen Epochen Mehr-Zweck-Institutionen, erfüllten also mehr als nur eine ihnen

¹⁴³ Diese Definition findet sich bei Luhmann, N.: 1992. S. 21. Ähnlich aber aus einem ganz anderen theoretischen Lager bestimmt Gehlen, A.: 2007. S. 13ff Technik. Für ihn ist Technik ein Mittel um die Natur in ihrem Laufe zu beeinflussen und zwar hin zu einem störungsfreien Ablauf. Allerdings ist für ihn dann auch Magie eine Form von Technik.

¹⁴⁴ Vgl. dazu Carl Schmitt in der Interpretation von McCormick, J. P.: 1997. S. 44. Schmitt verwendet natürlich nicht den Begriff Funktionalismus, seine Unterscheidung von Technik und Technizität, als die Durchdringung allen Denkens mit der Technik, zielt jedoch genau darauf ab.

¹⁴⁵ Allen voran sichtbar in der modernen Architektur. Vgl. dazu Welsch, W.: 1993. S. 93ff. Vgl. dazu ebenfalls Franck, G.: 2005. S. 37. Für Franck erhob die moderne Architektur die Zweckmäßigkeit des Baues zum „Prinzip architektonischer Qualität“. Es wurde versucht die Zwecke anhand von messbaren und berechenbaren Kriterien zu bestimmen. Ästhetik spielte keine Rolle.

¹⁴⁶ Vgl. dazu Abrahamson, M.: 1978. S. 53.

¹⁴⁷ Vgl. dazu Luhmann, N.: 1974. S. 18.

¹⁴⁸ Komplexität ist das letzterreichbare sachliche Bezugsproblem der funktionalen Forschung, wie ebd. S. 3 schreibt.

¹⁴⁹ Ebd. S. 13. Luhmann weist an dieser Stelle explizit darauf hin, dass er sich mit seinem Funktionsbegriff vom klassischen Funktionalismus, der immer noch in den Kategorien von Ursache und Wirkung verfangen ist, abhebt und einen Äquivalenzfunktionalismus einführt.

¹⁵⁰ Ebd. S. 36.

zugewiesene Funktion, differenzieren sich Systeme in der Moderne von anderen Systemen indem sie sich auf eine einzige Funktion spezialisieren.¹⁵¹ Letztlich wird das Problem gesellschaftlicher Ordnung in Einzelteile zergliedert und es bilden sich funktional ausdifferenzierte Systeme, wobei jedes immer nur ein Teilproblem gesellschaftlicher Ordnung lösen kann.

Im Rahmen der Theorie kommunikativer Handlung stellen funktional differenzierte Systeme, die jeweils eine Teilaufgabe in der Gesellschaft übernehmen, ein bestimmtes Problem in der Gesellschaft besser als ein anderes System lösen und so ihren Beitrag zur gesellschaftlichen Integration leisten, an sich noch kein Problem dar. Gesellschaft ist immer auf verschiedene Formen der Vergesellschaftung angewiesen.¹⁵² Die relative Autonomie der Systeme wird erst dann zum Problem, wenn diese Systeme beginnen, die Unwahrscheinlichkeit gelingender Kommunikation anhand symbolisch generalisierter Kommunikationsmedien zu senken. Die Unwahrscheinlichkeiten gelingender Kommunikation bestehen darin, dass es erstens unwahrscheinlich ist, dass die Kommunikation überhaupt verstanden wird, zweitens, dass die Kommunikation über den Kreis der Anwesenden hinaus verstanden wird und drittens, wenn die beiden ersten Hürden genommen wurden, die erfolgreiche Kommunikation überhaupt als Prämisse weiterer Kommunikation anerkannt wird.¹⁵³ Mit der Herausbildung symbolisch generalisierter Kommunikationsmedien beginnen aber die Systeme die Hindernisse für eine gelingende Kommunikation immer weiter zu senken, ohne dabei auf kommunikative Handlungen angewiesen zu sein.

Symbolisch generalisierte Kommunikationsmedien ermöglichen „die Grenzen der Interaktion unter Anwesenden zu überschreiten und Informationen auch für eine unbekannte Zahl von Nichtanwesenden und für noch nicht genau bekannte Situationen festzulegen“¹⁵⁴, indem sie „eine Gleichsinnigkeit des Verstehens“¹⁵⁵ herstellen. Dies stellt ein Problem für kommunikativ koordinierte Handlungen dar, weil die symbolisch generalisierten Kommunikationsmedien, um ihr Potenzial entfalten zu können, sich erstens in der

¹⁵¹ Vgl. dazu Gehlen, A.: 2007. S. 130, der allerdings nicht die Begrifflichkeit von funktional ausdifferenzierten Systemen verwendet, sondern von Institutionen.

¹⁵² Vgl. dazu Habermas, J.: 1981(b). S. 226, der auf die Notwendigkeit von Sozial- und Systemintegration hinweist. Vgl. dazu auch Habermas, J.: 1986. S. 381, der die Position vertritt, dass Lebenswelt und System zwei Aspekte darstellen, „unter denen die Gesellschaft als jeweils im Ganzen analysiert werden kann.“

¹⁵³ Vgl. dazu Luhmann, N.: 1991(b). S. 26.

¹⁵⁴ Ebd. S. 29.

¹⁵⁵ Stichweh, R.: 2002(a). S. 220.

Lebenswelt¹⁵⁶ der Akteure verankern müssen, diese Verankerung sich aber hinter dem Rücken der Akteure vollzieht, und zweitens, sie nicht nur funktionale Spezifizierungen der Sprache sind, sondern gar die Sprache ersetzen.¹⁵⁷ Die Akteure nehmen demnach gar nicht wahr, wie Systeme die sprachliche Konsensbildung mittels symbolisch generalisierter Kommunikationsmedien umgehen und einer Kolonialisierung ihrer Lebenswelt durch die Systeme zum Opfer fallen.¹⁵⁸ Die Lebenswelt wird für Verständigung und Koordinierung von Handlungen nicht mehr länger benötigt und die sprachliche Konsensbildung wird umgangen.¹⁵⁹ Die Lebenswelt verkümmert zu einem Subsystem unter vielen.¹⁶⁰ Der Akteur findet wieder eine vorinterpretierte Welt vor, in der der kommunikativen Handlung vorgegriffen wird,¹⁶¹ wobei ein kleiner aber feiner Unterschied zu archaischen Gesellschaften besteht: Bei Stammesgesellschaften findet bei Nichtbefolgung vorgegebener Interpretationen eine Bestrafung, d. h. eine wie auch immer geartete Interaktion, die sich auf die Werte und Normen der Gemeinschaft bezieht, statt, über die sogar noch verhandelt werden kann. Folgt man hingegen den vorgegebenen Interpretationen von funktional ausdifferenzierten Systemen nicht, findet gar keine Handlung statt. Dies ist gleichbedeutend mit der kommunikativen Nichtberücksichtigung des Handelnden durch das System und den daraus resultierenden Folgen von Exklusion.¹⁶² Mit funktional ausdifferenzierten Systemen lässt sich eben nicht reden.

Das System instrumentalisiert den Akteur für seine Zwecke, indem es seine symbolisch generalisierten Kommunikationsmedien in den Poren der kommunikativen Handlung versteckt und die Struktur von Handlungszusammenhängen in sozialintegrierten Gruppen verändert. Es entsteht eine Gewalt, die sich, ohne als solche zu offenbaren, der kommunikativen Handlung bemächtigt. Die Handlungskoordination erfolgt nicht mehr durch kommunikative, auf Verständigung und damit sich auf das Gegenüber beziehende Handlungen, sondern durch funktional ausdifferenzierte Systeme und ihre jeweiligen symbolisch generalisierten und zweckorientierten Kommunikationsmedien. Die Anschlussfähigkeit von Handlungen, d. h. das Gelingen von Interaktion, ist nicht mehr von

¹⁵⁶ Lebenswelt wird hier und im Weiteren nach Habermas, J.: 1981(b). S. 199 verstanden als „...das intuitiv gegenwärtige, insofern vertraute und transparente, zugleich unübersehbare Netz der Präsuppositionen, die erfüllt sein müssen, damit eine aktuelle Äußerung überhaupt sinnvoll ist, d. h. gültig oder ungültig sein kann.“

¹⁵⁷ Ebd. S. 392ff.

¹⁵⁸ An dieser Auffassung kritisiert McCarthy, Th.: 1986. S. 195, dass dem Handelnden nicht nur aufgrund der Unterwanderung der Lebenswelt durch die Systeme der Sinn einer Handlung verborgen bleiben kann. Der Sinn einer Handlung kann auch einem anderen Handelnden kraft Autorität oder Macht eines anderen unbekannt sein.

¹⁵⁹ Vgl. dazu Habermas, J.: 1981(b). S. 271ff, der von einer Technisierung der Lebenswelt spricht.

¹⁶⁰ Ebd. S. 398ff.

¹⁶¹ Ebd. S. 279.

¹⁶² Vgl. dazu Stichweh, R.: 2002(b). S. 85.

der Verständigung zwischen Ego und Alter abhängig, sondern vom richtigen Gebrauch des symbolisch generalisierten Kommunikationsmediums durch Ego und Alter, den beide unabhängig und ohne Bezug zueinander beherrschen und anwenden müssen, können und sollen, selbst wenn sie eine gemeinsame Handlung ausführen. Ego und Alter handeln koordiniert und aufeinander bezogen, ohne jedoch vorher ihre Handlungen kommunikativ koordiniert zu haben. Das Gelingen ihrer Interaktion hängt nicht mehr von ihrer gegenseitigen Verständigung ab.¹⁶³

Der Preis für diese beeindruckende Leistung, die Gewährleistung gelingender Interaktionen ohne Verständigung, ist das Erblinden der funktional ausdifferenzierten Systeme füreinander. Kein System ist mehr in der Lage ein anderes analytisch auseinanderzunehmen.¹⁶⁴ Es kann die anderen Systeme und die Welt nur anhand seiner eigenen Operationen beobachten. Ihre jeweiligen Codes sind nicht mehr füreinander zugänglich und sie können die Welt nur noch anhand ihres eigenen Codes lesen. Alles was außerhalb des Systems stattfindet, wird so zur Umwelt. Grenzerhaltung gegenüber der Umwelt wird zur Systemerhaltung,¹⁶⁵ da sich das System ansonsten in der Umwelt auflöst. Erst durch seine Differenzierung gegenüber anderen Systemen als Umwelt kann sich das System als System ausdifferenzieren. Differenzierung wird zur Integrationstechnik,¹⁶⁶ aber nur zur Integration des jeweiligen Systems. Aus der Systemintegration als Integrationsmechanismus zur Gesellschaft wird Systemintegration zur Konstituierung und Erhaltung des Systems. Aus der Systemintegration wird die Autopoiesis operational geschlossener Systeme, die jeglichen Kontakt mit ihrer Umwelt lediglich über ihren eigenen Code herstellen können. Es gibt keinen Ort mehr an dem gesamtgesellschaftliche Probleme und die Kosten zur Lösung eben dieser Probleme thematisiert werden können. Es gibt überhaupt keine gemeinsame Welt mehr. Jedes System ist unsensibel für die Kosten, die es für andere Systeme und die Gesellschaft verursacht, weil es sich bei den Systemen nicht lediglich um verschiedene Perspektiven, Präferenzen oder

¹⁶³ Ein interessantes Beispiel dafür stellen Warenhäuser im Vergleich zu Märkten dar. Auf dem Markt fand zwischen dem Käufer und dem Verkäufer noch ein echtes Handeln statt, weil beide sich auf einen Preis verständigen mussten, während es im Warenhaus auch gänzlich ohne Verständigung zu einer koordinierten Handlung, dem Kauf, kommen kann. Vgl. dazu Sennett, R.: 1976. S. 141, der dies am Beispiel der Warenhäuser im 19. Jahrhundert ausführt und vom Entstehen einer weniger sozialen geselligen Öffentlichkeit spricht.

¹⁶⁴ Vgl. dazu Luhmann, N.: 1984. S. 58ff.

¹⁶⁵ Wobei Grenzerhaltung hier nicht den Abbruch von Interdependenzen bedeutet. Sie besagt nur, dass die grenzüberschreitenden Prozesse, wenn sie die Grenze überschreiten, unter andere Bedingungen gestellt werden. Vgl. dazu ebd. S. 35.

¹⁶⁶ Vgl. für die Umstellung der gesellschaftlichen Integrationstechnik von Einheit auf Differenz in einem ganz anderen Zusammenhang Balke, F.: 1996. S. 52. Der Autor führt aus, dass in einer individualisierten Gesellschaft Integration nicht mehr über den Begriff der Einheit betrieben werden kann. Das Vorherrschende, die Differenz, muss dazu verwendet werden, um Integration und damit Einheit zu ermöglichen. Erst die Differenz schafft in einer ausdifferenzierten Welt die Einheit.

Wertorientierungen in Bezug auf eine gemeinsam geteilte Welt handelt, sondern jedes System erschafft sich durch seine Autopoiesis seine je eigene Welt.¹⁶⁷ So mögen moderne Gesellschaften bewusst auf eine zentrale Steuerung verzichten und Funktionen an Systeme auslagern, aber diese Systeme stellen dann, weil sie losgelöst von gesamtgesellschaftlichen Abläufen operieren, „ein Stück normfreier Sozialität“ dar.¹⁶⁸

Mit der zentralen Stellung der Systeme als Lösungen für gegebene Probleme gerät die eine Säule der Moderne, der Diskurs, ins Wanken, weil die symbolisch generalisierten Kommunikationsmedien der Systeme die kommunikative Handlung durchdringen und zersetzen. Das ist die Diagnose der Theorie der kommunikativen Handlung. Über den Zustand der anderen Säule der Moderne, des Individuums, sagt sie wenig aus. Aber auch die Hoffnungen in das Individuum verfliegen, als dieses Individualität mit Individualismus verwechselt.

2.2. Individualismus

In der Moderne, so die Diagnose im Speziellen, ist die Arbeitsteilung der Ursprung einer neuen Moral, da nicht nur der Einzelne seine Abhängigkeit von den individuellen Fertigkeiten des Anderen erkennt, sondern auch die Anderen ihre Abhängigkeit vom Einzelnen und seinen Fertigkeiten. Die gegenseitige Abhängigkeit fördert nicht nur eine organische Solidarität, sondern auch Selbsterkenntnis.¹⁶⁹

Die funktionale Differenzierung, so die Diagnose im Allgemeinen, gewährleistet die Individualität des Einzelnen, weil der Einzelne mit der Erfüllung seiner Arbeit von der Gesellschaft nicht mehr in Anspruch genommen wird. Hat er seinen Teil beigetragen, kann er den Rest der Zeit sein wie er will. Das Individuum darf seine Individualität solange ausleben, wie es die Anforderungen, welche die Gesellschaft an es stellt, erfüllt. Individualität ist für das weitere Funktionieren der Gesellschaft erst gar nicht erforderlich. In diesem Sinne bedarf und beansprucht die Gesellschaft den Einzelnen erst gar nicht als Individuum. Erst auf dieser Grundlage, so die These weiter, kann sich jedoch eine Individualität, verstanden als die einzigartige Überschneidung von verschiedenen Kreisen, in denen sich der Einzelne in einer funktional ausdifferenzierten Gesellschaft bewegt, entwickeln.¹⁷⁰

¹⁶⁷ Vgl. dazu Habermas, J.: 1992. S. 417.

¹⁶⁸ Habermas, J.: 1981(b). S. 256. Wörtliches Zitat ebd. zu finden.

¹⁶⁹ Vgl. dazu Abels, H.: 2006. S. 191ff, der an dieser Stelle auf Durkheim verweist.

¹⁷⁰ Die These wird von Simmel insoweit gesteigert, dass er die Position vertritt, dass in je mehr Kreisen sich ein Individuum bewegt, desto eindeutiger dieses durch die Summe der Kreise bestimmt ist. Vgl. dazu ebd. S. 159ff.

Allerdings gehen mit fortschreitender Arbeitsteilung und Differenzierung die positiven Effekte dieser Entwicklungen verloren. Der Einzelne und die Gesellschaft entfernen sich immer weiter voneinander, weil der Einzelne sich nur einen bestimmten Teil des Wissens der arbeitsteiligen und funktional differenzierten Gesellschaft aneignen kann; das Wissen dieser Gesellschaft übersteigt sein Wissen. Er sieht sich immer und immer mehr Errungenschaften gegenüber, zu deren Herstellung er mit seiner Arbeit nur einen kleinen Teil beigetragen hat.¹⁷¹ Zumindest aus der Sicht des Einzelnen verliert seine Arbeit an sozialer Bedeutung und damit auch die Arbeit im Allgemeinen als vergesellschaftender Motor. Die soziale Dimension der Arbeit ist für den Einzelnen nicht mehr erfahrbar, weil er der Komplexität der Gesellschaft nicht mehr gewachsen ist. Die Weite der Sozialerfahrung durch Arbeitsteilung und die funktionale Differenzierung wird immer geringer.¹⁷² Im Gegenzug werden soziale Erfahrungen, die zur Herausbildung des Individuums führen sollen, immer mehr im kleinen Rahmen, sei es bei Freunden oder Familie, gesucht, um nicht der gesellschaftlichen Komplexität hilflos ausgesetzt zu sein.¹⁷³ Der Preis, den der Einzelne für den Zuwachs an individueller Zeit zahlt, diesen aber vermutlich gar nicht als so teuer empfindet, ist der Verlust an gemeinsam verbrachter Zeit mit anderen Menschen.¹⁷⁴ Die Quittung dafür erhält die Gesellschaft in Form von Individualismus.

Der Individualismus ist nicht die erste geschichtliche Erscheinung einer leidenschaftlichen und übersteigerten Liebe zu sich selbst; Egoismus oder Narzissmus gab es schon immer. Was den Individualismus allerdings von bisher entstandenen Formen der Liebe des Einzelnen zu sich selbst unterscheidet, ist, dass er ein überlegendes und friedfertiges Gefühl ist, welches die Gesellschaft, ihre Normen und Regeln als auch die Tugenden nicht abschaffen will oder als schlecht betrachtet, sondern schlicht und ergreifend mit diesen nicht in Berührung kommen will. Wo Narzissmus und Egoismus sich nicht nur von der Gesellschaft abwenden, sondern sich auch selbst genügen, bringt der Individualismus den Einzelnen dazu, sich von der bloßen Masse fernzuhalten und seine eigene kleine Gesellschaft in Form von Familie und Freunden aufzubauen. Es ist die bewusste Beschränkung des Individuums auf seine Privatheit.¹⁷⁵ Dem

¹⁷¹ Vgl. dazu Zima, P. V.: 2007. S. 310ff.

¹⁷² Vgl. dazu Baethge, M.: 1991.

¹⁷³ Vgl. dazu Sennet, R.: 1976. S. 179ff.

¹⁷⁴ Vgl. dazu Brumlik, M.: 1991. S. 267.

¹⁷⁵ Vgl. zu diesem Verständnis von Individualismus d. Tocqueville, A.: 1959/62. S. 113. Ähnlich auch Kateb, G.: 2003. S. 295, der sich auf Tocqueville bezieht. Einschränkend muss jedoch erwähnt werden, dass Tocqueville im Gegensatz zu unserer Darstellung, den Individualismus nicht auf die Arbeitsteilung und die funktionale Differenzierung der Gesellschaft zurückführt, letzteres ihm auch gar nicht bekannt gewesen sein wird. Für ihn liegt die Ursache des Individualismus in der Demokratie verstanden als wirtschaftliche Gleichheit, selbst begründet. Des Weiteren betreffen Tocquevilles Analysen das 19. Jahrhundert wohingegen wir mit der

Staat gegenüber werden die eigenen Pflichten noch wahrgenommen, aber es findet ein Rückzug aus der Öffentlichkeit in die Privatheit statt und der Umgang mit Fremden wird auf das Nötigste reduziert; der Fremde gar als Bedrohung angesehen. Das Glück wird nur noch im privaten Raum gesucht und das Interesse an einer gemeinsam geteilten Öffentlichkeit mit Fremden schwindet.¹⁷⁶

In ihrer Summe stellen solche Individuen nicht mehr das Volk oder die Bürger einer Gemeinschaft dar, sondern eine von der triebhaften Natur überwältigte Masse.¹⁷⁷ Dieser Individualismus verhindert und steht gar der Individualität, verstanden als Emanzipation des Subjekts aus dem Wechselspiel von Gesellschaft und dem Einzelnen, entgegen.¹⁷⁸ Er löst die Gesellschaft in schwache Einzelwesen auf.¹⁷⁹ Die andere Säule der Moderne, das aus der Aufklärung herrührende moderne Verständnis vom Individuum, gerät mit dieser Entwicklung ebenfalls ins Wanken.

2.3. Demokratie zwischen Individualismus und System

Beide Entwicklungen, die funktionale Ausdifferenzierung der Gesellschaft und das Aufkommen des Individualismus, gehen nicht spurlos an der Politik, die gerade das Bindeglied zwischen beiden sein sollte, vorbei. Die Politik passt sich beiden Entwicklungen an: Als funktional ausdifferenziertes System entwickelt es seinen eigenen Code, der weder für andere Systeme verständlich ist, noch es selbst in die Lage versetzt, die Codes der anderen Systeme zu verarbeiten. Aufgrund seiner funktionalen Differenzierung ist es des Weiteren gegenüber der Lebenswelt und den Belangen der Menschen blind, weil es nur Zugang zur Umwelt über seinen eigenen Code besitzt. Der Individualismus wiederum führt zu einer symbolischen Politik, die immer mehr auf die Person des Politikers hin ausgerichtet ist und die Komplexität politischer Meinungs- und Entscheidungsbildung ausblendet.¹⁸⁰

Durch die Dominanz liberal-ökonomischer und systemtheoretischer Demokratietheorien scheinen beide Entwicklungen kein Problem darzustellen. Auf der liberal-ökonomischen Seite wird der Fokus auf die Elite gelenkt, Demokratie als Führerauslese interpretiert und die

Beschreibung der Gesellschaft als funktional differenziert schon in der Mitte des 20. Jahrhundert angekommen sind.

¹⁷⁶ Vgl. dazu Sennett, R.: 1976. S. 4, der hier einen Vergleich zwischen den letzten Jahren des Römischen Reiches und der Öffentlichkeit in der Moderne zieht.

¹⁷⁷ Vgl. dazu Zima, P. V.: 2007. S. 169.

¹⁷⁸ Vgl. dazu die Fußnote Nr. 113 bei Feldhoff, J.: 1968. S. 152.

¹⁷⁹ Vgl. dazu Barth, N. P.: 1953. S. 90.

¹⁸⁰ Vgl. dazu Baacke, D. / Sander, U.: 1991. S. 188.

Teilhabe der Bürger auf Wahlen reduziert.¹⁸¹ Der Einzelne wird durch alle paar Jahre stattfindende Wahlen dazu aufgefordert, seinen Willen zu äußern. Das Ergebnis stellt dann den Willen des Volkes dar und das politische System erfährt *Input*-Legitimation, weil es durch die Repräsentation nicht nur das Volk repräsentiert, sondern auch gleichzeitig und überhaupt das Volk erst sichtbar werden lässt und konstituiert.¹⁸² Das Zusammenspiel von Wahlen und Repräsentation stellt demnach aus einer vom Individualismus geprägten Masse an Menschen ein Volk bzw. eine Gemeinschaft her, die dann von einer Elite geleitet wird. Und die systemtheoretische Seite befasst sich erst gar nicht mit der *Output*-Legitimation, weil sie die Position vertritt, dass kein System in der Lage ist die Aufgaben eines anderen Systems zu übernehmen; sollte es dies doch tun wollen, dann aufgrund fehlgeleiteter Funktionsweise. Problematisch am systemtheoretischen Ansatz ist nun, dass sie dann die Frage schuldig bleibt, wie denn das politische System, das per Definition schon für die Integration der Gesellschaft zuständig ist, diese eigentlich bewerkstelligen kann, wenn es doch nur andere Systeme beobachten, aber nicht gestalten kann.¹⁸³ Die Systemtheorie schließt damit letztlich politische Handlung gleichsam aus.¹⁸⁴ Überhaupt bleibt die Systemtheorie die Antwort auf die Frage, wie funktional ausdifferenzierte Systeme ihre Selbstreferentialität, Autopoiesis und Geschlossenheit überwinden können und gesellschaftliche Integration erfolgen kann, schuldig.¹⁸⁵

Lässt sich dieses Problem noch als eine vorwiegend und in erster Linie in Grabenkämpfen ausgetragene Theoriediskussion zwischen Handlungs- und Systemtheorie mit geringer Auswirkung auf die Praxis verstehen, stellen die liberal-ökonomischen Ansätze die Politik vor größere Probleme: Wahlen, welche sich alle paar Jahre wiederholen, sind in diesen Ansätzen funktionierende Simplifikation, d. h. eine Technik zur Reproduktion von Repräsentation. Und sollten alle paar Jahre zur Legitimation der Elite nicht ausreichen, kann die Zeitspanne zwischen zwei Wahlen immer weiter reduziert werden. Das demokratische Problem liberal-ökonomischer Ansätze liegt demnach nicht in der Wiederholbarkeit von Wahlen und der daraus folgenden Repräsentation. Das Problem der Repräsentation im Zeitalter ihrer

¹⁸¹ Vgl. dazu Habermas, J.: 1992. S. 401.

¹⁸² Vgl. dazu Adam, A.: 1992. S. 92ff. Dieses Verständnis von Repräsentation hat nach Voegelin, E.: 1991. S. 112 seinen Ursprung in der griechischen Tragödie, in der der Held repräsentativ für den Zuschauer leidet und der Zuschauer dadurch am Ende der Vorstellung das Amphitheater gereinigt verlässt.

¹⁸³ Vgl. dazu Habermas, J.: 1992. S. 404.

¹⁸⁴ Ebd. S. 406.

¹⁸⁵ Ebd. S. 422.

technischen Reproduzierbarkeit ist viel mehr die Frage nach ihrer Anschlussfähigkeit.¹⁸⁶ Nicht die Repräsentation, so die Kritik an den Ansätzen, sollte der Punkt sein, an dem sich das Volk als Gemeinschaft erkennt, sondern der Prozess der Willensbildung selbst. In der Isolation der Wahlkabine jedoch geht das Entscheidende der Demokratie, die Generierung einer Gemeinschaft aus einzelnen Individuen durch Diskurs, im entscheidenden Augenblick, der Formulierung der eigenen Meinung, verloren.¹⁸⁷ Die geheime Stimmabgabe trägt nicht zur Generierung der Gemeinschaft bei und produziert diese auch nicht. Viel eher erhält mit der geheimen Stimmabgabe die Repräsentation eine ganz andere, nämlich technische Bedeutung: Sie stellt die quantifizierte Zustimmung der Bürger dar.¹⁸⁸ Die liberal-ökonomischen Ansätze erkennen nicht, dass die geheime Wahl nicht in der Lage ist, aus einzelnen Individuen eine Gemeinschaft zu konstituieren, sondern die Gemeinschaft voraussetzt und diese dann im Wahlergebnis lediglich reproduziert. Nur im Augenblick der Stimmabgabe ist das Repräsentierende gleich dem Repräsentierenden und nur in diesem einen kurzen Augenblick der Stimmabgabe herrscht in der modernen, liberalen, ja romantischen Demokratie eine Einheit von Öffentlichkeit und Bürger.¹⁸⁹ Repräsentation in ihrem eigentlichen Sinne macht jedoch nicht etwas sichtbar, das schon da ist; sie macht erst das, was es repräsentieren soll, zu dem was es repräsentiert.

Das Substantielle der Demokratie, die Generierung einer politischen Gemeinschaft aus einzelnen Meinungen im entscheidenden Augenblick ihres Demokratieseins, geht bei der geheimen Formulierung der eigenen Meinung verloren.¹⁹⁰ Das konsensgenerierende Verfahren der Demokratie wird in das Parlament verlagert. Aus dem Parlament als Institution zur Gesetzgebung wird eine Institution der Willensbildung. Aus der Demokratie wird der Parlamentarismus, der aristokratische Züge aufweist. Regierte und Regierende fallen auseinander¹⁹¹ und die Demokratie verkommt, wie schon oben erwähnt, zur Elitenauslese

¹⁸⁶ Vgl. zum Verhältnis von Anschlussfähigkeit und technischer Reproduktion Pivecka, A.: 1993. S. 93. Pivecka entfaltet diesen Gedanken in einem ganz anderen Kontext, dem des Kunstwerks und seiner technischen Reproduktion.

¹⁸⁷ Vgl. dazu Pilch, M.: 1994. S. 152.

¹⁸⁸ Vgl. dazu Habermas, J.: 1992. S. 331.

¹⁸⁹ Vgl. dazu Carl Schmitt in der Interpretation von McCormick, J. P.: 1997. S. 160ff. Natürlich hat der Autor recht, wenn er einwendet, dass Schmitts Begriff der Repräsentation ein mittelalterlicher ist, der eine Repräsentation für die Menschen war und nicht eine von den Menschen. Trotzdem bleibt die Kritik, welche Schmitt äußert, bestehen, denn die moderne Repräsentation reproduziert nur das politische Gewicht einer Anzahl von Menschen und nicht den Gemeinwillen.

¹⁹⁰ Vgl. dazu Pilch, M.: 1994. S. 152.

¹⁹¹ Vgl. dazu Mehring, R.: 1992. S. 77ff. Es mag den Leser verwundern, dass hier zum wiederholten Male Carl Schmitt zur Untermauerung von Jürgen Habermas herangezogen wird. Doch in ihrer Analyse ergänzen sich beide oder sind sich gar ähnlich. Nur in ihren Schlussfolgerungen, dem Dezessionismus bei Schmitt und der, wie noch zu sehen sein wird, deliberativen Demokratie bei Habermas gehen sie unterschiedliche Wege. Vgl. dazu

durch rational agierende Wähler. Und nur im winzigen Augenblick der Stimmabgabe gibt es Anschlussmöglichkeiten. Weil die liberal-ökonomischen Ansätze diese Position verteidigen, kann aus ihnen keine positive Bestimmung des Politischen folgen: Liberale Politik ist immer die Beschränkung, gar der Versuch der Aufhebung der Politik, mit dem Ziel, das Individuum soweit es geht vor dem Zugriff der Politik zu schützen und jegliche Störfaktoren, die seine Freiheiten beschränken könnten, auszuschalten.¹⁹² Der Liberalismus degradiert die Politik auf den Schutz des Individuums,¹⁹³ anstatt es in Verantwortung zu nehmen. Das ist das Utopische an den liberal-ökonomischen Ansätzen: Ihr Vertrauen darauf, dass das Individuum in der Lage ist, Zweck und Ziel, Sinn und Werte aus sich selbst heraus zu schöpfen und aufgrund dieser auch politisch zu handeln. Mit dem Liberalismus als „die Reflexionsform der politischen Moderne“¹⁹⁴, der „metacategory of Western political discourse“¹⁹⁵ verabschieden sich in der Moderne Zwecke und Ziele, wie auch Sinn und Werte aus der Politik.¹⁹⁶

In diesem Bermudadreieck bestehend aus nur für sich selbst zugänglichen funktional ausdifferenzierten Systemen, ebenfalls nur auf sich selbst fixierten Individualisten und einer politischen Theorie, die auf ihrer liberal-ökonomischen Seite die politische Willensbildung auf die bloße Stimmabgabe reduziert und in ihrer systemtheoretischen Ausprägung politische Handlung gleichsam ausschließt, wird das Projekt der Moderne, die „vernünftige Gestaltung der Lebensverhältnisse“¹⁹⁷, durch das Zusammenspiel von Individuum und System ad absurdum geführt: Auf der einen Seite durch einen Rationalismus, der durch die zentrale Stellung der Technik in der Gesellschaft zu einer bloßen Frage der Effizienz verkümmert ist und keine Entscheidung mehr über Werte herbeiführen kann¹⁹⁸ und auf der anderen Seite durch einen Irrationalismus, der sich vornehmlich in der Befriedigung von individuellen Bedürfnissen äußert.¹⁹⁹ Der von der Moderne angestrebte Fortschritt stellt sich damit als ein Rückschritt heraus.²⁰⁰ Der Projektbericht fällt nicht sonderlich positiv aus.

den Artikel Kennedy, E. / Adams, A.: 1986, die schrieben: „Ihre [gemeint sind Carl Schmitt und seine Schüler, B. F.] Kategorien und Konzepte liefern Habermas die begriffliche Grundlage für seine Kritik der parlamentarischen Demokratie und des Rechtsstaates;“ (S. 412), aber „nirgends ist diese Kluft zwischen politischen Zielen und Argumentationsstrategie so tief wie bei Habermas.“ (S. 416)

¹⁹² Vgl. dazu Schmitt, C.: 1963. S. 69ff.

¹⁹³ Vgl. dazu Maschke, G.: 1988. S. 65.

¹⁹⁴ Kersting, W.: 2006. S. 7.

¹⁹⁵ Bell, D.: 2013. S. 683.

¹⁹⁶ Vgl. dazu Kersting, W.: 2006. S. 55.

¹⁹⁷ Habermas, J.: 1994. S. 184.

¹⁹⁸ Vgl. dazu Carl Schmitts Kritik an der Moderne in der Interpretation von McCormick, J. P.: 1997. S. 42ff.

¹⁹⁹ Auch die These, dass der moderne Rationalismus immer eine irrationale Seite mit sich geführt hat, ist zu finden bei Carl Schmitt in der Interpretation von ebd. S. 34.

²⁰⁰ Vgl. dazu Gergen, K. J.: 1996. S. 367.

Dies ist die Analyse der modernen Gesellschaft aus der Perspektive der Theorie des kommunikativen Handelns und zugleich ihre Kritik an ihr, in dieser Arbeit allerdings ergänzt durch eine zusätzliche Kritik am Individualismus. Die Theorie kommunikativer Handlung würde allerdings ihrem Selbstverständnis als kritische Theorie nicht gerecht werden, hätte sie nicht auch eine Lösung für das Problem parat. Ihr Lösungsvorschlag besteht darin, sich von den liberal-ökonomischen und systemtheoretischen Ansätzen zu verabschieden und dem verständigungsorientierten Handeln der Menschen mehr Rechnung zu tragen, indem sie den Blick wieder in Richtung des Diskurses lenkt und diesen politisch interpretiert, als Öffentlichkeit.

3. Diskursive Öffentlichkeit

3.1. Historische Erscheinungsformen der Öffentlichkeit

Öffentlichkeit hatte im Laufe der Geschichte viele verschiedene Gesichter.²⁰¹ In der Antike war die Öffentlichkeit ein Ort der Freiheit. In ihr war der Einzelne weder beherrscht noch herrschte er.²⁰² Dieses Verständnis hing vor allem mit dem Bild der Antike vom Menschen zusammen. Wie schon im Abschnitt über die Entwicklung des Individuums dargelegt, war der Mensch in der Antike ein Wesen, das primär über das Soziale seine Bestimmung fand. Das unterschied ihn jedoch nicht von anderen Wesen; ein soziales Wesen zu sein, war etwas natürliches, sodass auch Tiere als sozial definierte Wesen betrachtet wurden.²⁰³ Was den Menschen im griechischen Denken von anderen Lebewesen trotzdem unterschied, war seine Fähigkeit zur politischen Organisation, die eine andere Art des Zusammenlebens darstellte, als das naturhafte. Das naturhafte Dasein war vornehmlich durch den Drang geprägt, Bedürfnisse und Notwendigkeiten durch den Prozess der Arbeit und der Herstellung zu befriedigen.²⁰⁴ Dieses Dasein war mit der Privatheit, der Familie, dem Haushalt verbunden, da Arbeit und Produktion dort stattfanden. Dem Gegenüber bestimmte sich die Öffentlichkeit als jene Sphäre des Zusammenlebens, in der keine Notwendigkeiten und Bedürfnisse vorherrschten. Der Eintritt in diese Sphäre war gar erst nur dann möglich, wenn die Bedürfnisse und Notwendigkeiten nicht mehr bestanden, denn erst dann konnten sich die einzelnen Menschen der politischen Organisation der Gemeinschaft ohne Eigeninteressen widmen. Öffentlichkeit, die mit dem politischen Dasein gleichgesetzt war, und Privatheit, die mit dem naturhaften Dasein verbunden war, waren zwei voneinander strikt getrennte und nicht vereinbare Sphären des Seins. Sich in beiden Sphären zugleich aufzuhalten, war daher schlichtweg nicht möglich. Mit dem Mittelalter bekommt dieses Verhältnis Schlagseite.

Im Mittelalter verschwindet die private Sphäre.²⁰⁵ Nur noch im Bereich des Religiösen lassen sich Formen der Privatheit, wie das Eremiten- oder Einsiedlerdasein ausmachen.²⁰⁶ Folglich wandelt sich mit dem Verschwinden der Privatheit auch die Öffentlichkeit. Öffentlichkeit

²⁰¹ Die drei wesentlichen Werke in Bezug auf einen Wandel der Öffentlichkeit über die verschiedenen Epochen sind Arendt, H.: *The Human Condition*. Chicago: 1958, Habermas, J.: *Strukturwandel der Öffentlichkeit*. Untersuchungen zu einer Kategorie der bürgerlichen Gesellschaft. Frankfurt a. M.: 1990, sowie Sennett, R: *The Fall of Public Man*. Cambridge / London / Melbourne: 1976.

²⁰² Vgl. dazu Arendt, H.: 1958. S. 30ff.

²⁰³ Ebd. S. 24.

²⁰⁴ Ebd. S. 30ff. Die folgenden Ausführungen in diesem Absatz sind an gleicher Stelle zu finden.

²⁰⁵ Vgl. dazu Freise, F.: 2004. S. 11, weshalb die Autorin in ihrem Text auch konsequent von „nicht öffentlich“ anstatt von „privat“ spricht.

²⁰⁶ Vgl. dazu Böse, K.: 2004.

wurde mit Abzeichen, Habitus, Gestus und Rhetorik verbunden, also dem was sichtbar ist.²⁰⁷ Im Gegensatz dazu war alles was verborgen und geheim war nicht öffentlich, aber eben auch nicht privat. Ab dem 16. Jahrhundert beginnt sich die Auffassung von Öffentlichkeit erneut zu ändern. Mit der beginnenden Trennung von religiöser und weltlicher Herrschaft entsteht in dieser Zeit erstmals ein Raum für eine eigenständige politische Sphäre, die gesellschaftliche Ordnung nicht mehr als Spiegelbild einer religiösen Wahrheit verstand, sondern im Gegensatz zur wirtschaftlichen Tätigkeit des Einzelnen.²⁰⁸ Aus der Öffentlichkeit, verstanden als für-jedermann-Sichtbar-sein wird der Staat. Im Rahmen dieser Bedeutungsverschiebung taucht auch wieder die Privatheit auf. Sie wird negativ bestimmt als derjenige Bereich, der nicht staatlich ist.²⁰⁹

Lassen sich die Öffentlichkeitsbegriffe von Antike und Mittelalter noch einigermaßen präzise fassen, wird es mit der Bestimmung im 20. und 21. Jahrhundert schwieriger, da die Beobachtungen bezüglich der Entwicklung der Öffentlichkeit in zwei Richtungen zeigen. Auf der einen Seite wird beobachtet, dass die Öffentlichkeit immer mehr von Parteien, Verbänden und Verwaltungen für sich vereinnahmt und zu eigenen Zwecken missbraucht wird.²¹⁰ Sie gleitet demnach immer mehr in Richtung von Organisationen und Institution ab und dringt als solch eine Öffentlichkeit in die Privatsphäre des Einzelnen ein, weil sie diese immer mehr regelt. Auf der anderen Seite wird hingegen eine Intimisierung der Öffentlichkeit beobachtet. Das Private, in Form von Charakter, individuellen Interessen, Nähe und Wärme dringt immer mehr in die Öffentlichkeit ein.²¹¹ Das Konzept, welches der Theorie der kommunikativen Handlung als Blaupause für ihre Form der Öffentlichkeit dient, findet sich nun weder in der Antike noch im 20. Jahrhundert und auch nicht im Mittelalter, sondern zwischen dem 18. und 19. Jahrhundert

Ab dem 18. Jahrhundert beginnt sich ein neues Verständnis von Öffentlichkeit im Gegensatz zu dem des Mittelalters und der Antike zu entwickeln. Mit der Verstädterung und der Entwicklung der Wirtschaft entsteht eine neue Klasse von Menschen, die einen entscheidenden Teil ihres Lebens, das Arbeiten und Herstellen, weder innerhalb der Familie noch im Rahmen des Staates tätigen.²¹² Auf der einen Seite dieser Öffentlichkeit entsteht, da Arbeiten und Herstellen sich nicht mehr inmitten der Familien vollziehen, die Privatsphäre,

²⁰⁷ Vgl. dazu Habermas, J.: 1990. S. 63ff.

²⁰⁸ Vgl. dazu Groh, K. / Weinbach, Ch.: 2005. S. 13ff.

²⁰⁹ Vgl. dazu Huchler, A.: 2007. S. 176.

²¹⁰ Beispielhaft für diesen Argumentationsstrang ist Habermas, J.: 1990.

²¹¹ Beispielhaft für diesen Argumentationsstrang ist Sennett, R.: 1976.

²¹² Vgl. dazu Habermas, J.: 1990. S. 75.

also jener Bereich, der weder der Arbeit noch zur Produktion dient.²¹³ Auf der anderen Seite ist die Öffentlichkeit vom Staat begrenzt, zu dem sie auch nicht mehr gehört. Sie ist nun eine eigene vom Staat getrennte Sphäre.²¹⁴ In diesem Zwischenbereich, der Öffentlichkeit, gehen die Menschen nun nicht mehr auf, sondern sie treten aus ihrem Privatleben heraus, befinden sich in der Öffentlichkeit und verlassen diese nach getaner Arbeit wieder.²¹⁵

Diese Öffentlichkeit war allerdings zunächst einmal eine rein ökonomische. Ihr fehlte eine politische Dimension. Gearbeitet und hergestellt wurde in der Öffentlichkeit, das Produzierte ging jedoch in den privaten Bereich als Eigentum über. Sie setzte sich aus Menschen zusammen, die aus der Privatsphäre in sie ein- und austraten, aber noch nicht so recht über sich selbst Bescheid wussten und deshalb nicht in der Lage waren, die neue Sphäre als einen auch politischen und nicht nur ökonomischen Raum zu identifizieren. Sie wussten, dass die alten Grenzziehungen von Adel und Bauern oder Leibeigenen nicht mehr gültig waren und sie als Stadtbevölkerung einen gemeinsamen Raum teilten, der nicht mehr durch die Regeln der Standeszugehörigkeit geordnet war. Die neuen Konstitutionsbedingungen und –regeln ihres jetzigen Daseins waren ihnen allerdings ebenfalls nicht bekannt.²¹⁶ Politisch war einzig und allein der Staat, der lediglich dem Einzelnen als Handeltreibender gegenüberstand. Die Öffentlichkeit besaß demnach keinerlei politische Dimension, sondern war der Ort, in den der wirtschaftliche Konkurrenzkampf aus dem Privaten verlagert wurde.²¹⁷ Erst als die Menschen erkannten, dass das, was sie definierte, gerade diese Unterscheidung von Privatheit und Öffentlichkeit gegenüber dem Staat war, wurde aus der rein ökonomischen auch eine politische Öffentlichkeit.

Die Menschen erkannten, dass sie in der Öffentlichkeit nicht nur einander als Wirtschaftsakteure, sondern auch dem Staat als Bürger gegenübergestellt waren. Sie erkannten, dass sie aus der Öffentlichkeit heraus dem Staate gegenüber aufgrund ihres Eigentums, das sie in der Öffentlichkeit erwarben und in der Privatheit besaßen, eine politische Forderung formulieren konnten. In dieser Öffentlichkeit konnten sie nun gegenüber dem Staat sowohl Forderung stellen, die jeden einzelnen, also die Privatsphäre, als auch sie alle, also die Gesellschaft, betrafen.²¹⁸ Im Gegensatz zum antiken Verständnis spielten

²¹³ Vgl. dazu Veith, H.: 2002. S. 53.

²¹⁴ Vgl. dazu Taylor, Ch.: 1991. S. 70ff.

²¹⁵ Vgl. dazu Habermas, J.: 1990. S. 107.

²¹⁶ Vgl. dazu Sennett, R.: 1976. S. 48.

²¹⁷ Vgl. dazu Arendt, H.: 1958. S. 68

²¹⁸ Vgl. dazu Lang, S.: 2003. S. 92. Allerdings verweist die Autorin darauf, dass diese Trennungslinie zwischen Öffentlichkeit und Staat nur „eine Fiktion“ sei, von der sich das Bürgertum habe blenden lassen. Die eigentliche Trennungslinie im Bürgertum sei nämlich die zwischen Mann und Frau gewesen. Ob nun Fiktion oder nicht, sie

demnach private Bedürfnisse und Interessen sehr wohl eine Rolle. Sie waren gar ausschlaggebend. Auch wenn diese Forderungen anfangs in erster Linie Forderungen nach der Regelung des Warenverkehrs und des Eigentums waren, baute sich das Bürgertum damit selbst gegenüber dem Staat als Öffentlichkeit, die aus einzelnen Menschen bestand, auf.

Die historische Existenz der Öffentlichkeit im 18. Jahrhundert beantwortet nun nicht die Frage, warum sie auch eine Lösung für die bestehenden Probleme in der Moderne ist, vor allem, wenn in Betracht gezogen wird, wie sehr einige Bevölkerungsgruppen von ihr ausgeschlossen waren. Sie bedarf einer theoretischen Begründung und kann nicht rein geschichtlich begründet und entwickelt werden,²¹⁹ vor allem, weil es hier um eine rationale und nicht historische Rekonstruktion der Öffentlichkeit im Sinne der Theorie kommunikativer Handlung geht.

3.2. Öffentlichkeit

Im²²⁰ liberalen Verständnis der Politik und des demokratischen Prozesses ist der Einzelne durch die ihm gewährten negativen Rechte definiert. Er genießt diese Rechte, solange er seine privaten Interessen innerhalb der ihm durch die Gesetze gesteckten Grenzen auslebt. Politische und subjektive Rechte haben hier den gleichen Sinn: Einen Raum der Möglichkeiten zu eröffnen, in dem der Einzelne frei von äußeren Zwängen handeln kann. Der demokratische Willensbildungsprozess, vornehmlich in Form von Wahlen, wird als die Programmierung des Staates im Interesse der Gesellschaft begriffen. Der demokratische Prozess der Wahlen soll die Interessen privater Bürger gegenüber dem Staat bündeln und ihnen die Möglichkeit geben, diese durchzusetzen. Das republikanische Verständnis setzt im Gegensatz dazu auf positive Freiheit. Die positive Freiheit ist nicht durch den Schutz vor äußeren Zwängen bestimmt, sondern auch durch die Möglichkeiten zur Teilnahme am politischen Prozess, die sie bietet. Im republikanischen Verständnis ist der Bürger nicht aufgrund seiner vom Staat gewährten Rechte schon ein Bürger. Zu diesem wird er erst, wenn er die ihm eingeräumten Rechte zur politischen Partizipation auch wirklich wahrnimmt. In diesem allgemeinen Verständnis von Politik und dem speziellen demokratischen

hat zur Konstituierung der Öffentlichkeit als ein Raum abgetrennt vom Staat beigetragen. Und das ist für unsere weitere Argumentation von Bedeutung, auch wenn wir weiter unten auf diese Kritik von Seiten des Feminismus noch eingehen werden.

²¹⁹ Eine vor allem in der US-amerikanischen Betrachtung der habermasschen Öffentlichkeit verbreitete Position. Vgl. dazu Hohendahl, P. U.: 1992. S. 100.

²²⁰ Die folgende Gegenüberstellung von liberaler und republikanischer Politik ist zu finden bei Habermas, J.: 1992. S. 325ff.

Willensbildungsprozess steht das sittliche Zusammenleben, die Kooperation und die Selbstverwaltung der Staatsbürger im Zentrum und nicht die vom Staat garantierten Rechte privater Bürger; die Existenzberechtigung eines Staates besteht gar darin, Meinungs- und Willensbildungsprozesse zu ermöglichen, die wiederum die Inklusion fördern. In diesem Sinne erweitert das republikanische Verständnis das liberale, weil es das sittliche Zusammenleben als dritte Quelle gesellschaftlicher Integration, neben der Administration und den individuellen Interessen der Einzelnen, etabliert.

Die Theorie kommunikativer Handlung nimmt nun sowohl Elemente des liberalen als auch des republikanischen Modells in sich auf. Von der republikanischen Seite borgt sie sich die zentrale Stellung des Meinungs- und Willensbildungsprozesses als ein Integrationsmechanismus der Gesellschaft aus, versteht allerdings den Staat lediglich als ein Medium, das die Meinungs- und Willensbildung institutionalisiert, aber keine Integrationsleistung erbringt. Von der liberalen Seite borgt sie sich die Autonomie des privaten Subjekts, das gegen Eingriffe des Staates geschützt werden soll, benennt aber die Mängel eines rein auf Wahlen ausgerichteten Verständnisses von politischer Partizipation.²²¹ Was sie von sich aus in die Demokratietheorie einbringt, ist die Wiedereinführung der praktischen Vernunft in neuer Form als Diskurs. Damit will sie zugleich eine Alternative zur Systemtheorie aufzeigen, die den normativen Gehalt praktischer Vernunft durch die Autopoiesis selbstreferentieller Systeme ersetzt hat.²²² Mit anderen Worten interpretiert die Theorie kommunikativer Handlung sich selbst demokratietheoretisch und bringt sich als eine Alternative zu den bisherigen Ansätzen der politischen Meinungsbildung als Öffentlichkeit in Position.

Öffentlichkeit kann vieles sein, wie beispielsweise ein Ereignis, das öffentliche Aufmerksamkeit erregt oder öffentliche Kommunikation, d. h. eine Kommunikation die keine Beschränkung in Bezug auf die Adressaten kennt, oder aber auch einfach nur ein Raum ohne Zugangsbeschränkung.²²³ Sie kann materieller Form sein, d. h. durch die Anwesenheit anderer bestimmt sein oder aber formalen Charakter annehmen, sprich durch Rechte konstituiert werden.²²⁴ Sie kann aber, wenn es um ihre tatsächliche Form geht, auch gänzlich fehlen und wissenschaftliche Untersuchungen, welche die verschiedenen Erscheinungsformen von Öffentlichkeit im Ländervergleich einander gegenüberstellen, vor große konzeptionelle

²²¹ Ebd. S. 361ff.

²²² Ebd. S. 17.

²²³ Diese drei Formen zu finden bei beispielsweise Plake, K. / Jansen, D. / Schumacher, B.: 2001. S. 19ff.

²²⁴ Vgl. dazu Landkammer, J.: 2007. S. 317.

Schwierigkeiten stellen.²²⁵ Im Rahmen dieser Arbeit stellt sich die Frage nach dem empirischen Sein oder nicht Sein von Öffentlichkeit nicht, eher geht es in diesem Kapitel um die Frage, wie denn eine Öffentlichkeit, welche die Theorie kommunikativer Handlung vorschlägt und aus historischen Erscheinungsformen des 18. und 19. Jahrhundert gewinnt, auszusehen hat.

Gewonnen aus geschichtlichen Betrachtungen, allerdings befreit und abstrahiert von ihnen, stellt die Öffentlichkeit einen Raum dar, der zwischen dem Privatbürger und dem politischen System aufgespannt ist. Er ist dadurch charakterisiert, dass die Aktivitäten, welche in ihm stattfinden, nicht den Anspruch erheben, unabhängig vom oder gegen das politische System zu sein. Vielmehr zielt die Öffentlichkeit darauf ab, das politische System zu unterstützen und anzuregen,²²⁶ d. h. relevante Fragestellungen, Themen und Informationen, zu denen das System aufgrund seiner funktionalen Differenzierung keinen Zugang mehr hat, zu identifizieren, zu thematisieren und sie an es weiterzuleiten.²²⁷ Die Öffentlichkeit ist demnach ein „Transformationsriemen“²²⁸, der aus dem *Input* privater Bürger einen *Output* generiert, welcher an das politische System weitergereicht wird.²²⁹

Im Rahmen dieses Verständnisses bekommen die Privatsphäre und das politische System ebenfalls eine neue Bedeutung. Die Privatsphäre ist immer noch jener Ort, der von der Öffentlichkeit und vom politischen System getrennt ist, jedoch ist sie nun auch jener Ort, in dem gesellschaftliche Probleme für den Bürger sichtbar und spürbar werden und damit an lebensweltlicher Relevanz gewinnen. Die Privatsphäre wird zur Quelle, aus der sich das Interesse des Bürgers gesellschaftliche Themen betreffend speist. Die Privatsphäre wird zu einem konstitutiven Teil der Öffentlichkeit.²³⁰ Die Aufgabe des politischen Systems in dieser Dreiecksbeziehung besteht darin, die Forderungen der Bürger, die sie über die Öffentlichkeit äußern, in Form von Gesetzen umzusetzen und zu verwalten. Das politische System ist in dieser Beziehung rein auf seine administrativen Aufgaben beschränkt, ist aber auch zugleich von der immensen Last befreit, wissen zu müssen, was seine Bürger eigentlich wollen. Mit

²²⁵ So beispielsweise in Japan, in der alleine schon die Formulierung nach der Frage des Verhältnisses von Privatheit und Öffentlichkeit bei den Befragten für Verwunderung sorgt. Vgl. dazu Koenen, A. / Michalski, R.: 2002, die versuchen das Öffentlichkeitsverständnis von den Niederlanden und Japan miteinander zu vergleichen und dabei auf japanischer Seite Probleme hatten ihre Fragestellung zu erklären. Dass es dann doch in der heutigen Zeit gemeinsame Schnittpunkte und Entwicklungen gibt, führen die Autoren auf die Medien zurück.

²²⁶ Vgl. dazu v. Alemann, U. / Strünck, Ch.: 1999. S. 24.

²²⁷ Vgl. dazu Habermas, J.: 2008. S. 148.

²²⁸ Ebd. S. 143.

²²⁹ Vgl. dazu Perlot, F.: 2008. S. 20.

²³⁰ Vgl. dazu Habermas, J.: 1992. S. 441.

der Öffentlichkeit löst sich das politische System als Herrschaftsinstrument auf²³¹ und wird auf seine administrative Funktion zurückgestutzt. Im Idealfall begleitet die Öffentlichkeit das politische System und beschränkt sich nicht lediglich auf seine *Input*-Leistung.²³²

Die Theorie kommunikativer Handlung ist folglich nicht so naiv, unter den gegebenen Bedingungen der Moderne und der Massendemokratie auf Formen attischer Demokratie zurückzugreifen. Repräsentative Elemente sind auch für sie unumgänglich und das politische System notwendig.²³³ Die Auflösung des politischen Systems ist demnach nicht das Ziel der Öffentlichkeit. Die in der Öffentlichkeit versammelten Bürger sind auch gar nicht darauf aus, politische Macht einzufordern; sie verfügen auch gar nicht über diese;²³⁴ sie wären von ihr in einer Massendemokratie gar überfordert. Überhaupt entspringt die Idee der Öffentlichkeit aus Modellen der *face-to-face* Kommunikation, wie beispielsweise der literarischen Öffentlichkeit in den Cafés und Salons, und ist somit nur für kleine Gruppen, bei denen die Teilnehmenden anwesend sind, gedacht. Sie bedarf daher, wenn die Anzahl der Anwesenden sehr groß ist, institutioneller Strukturen.²³⁵ Das Verhältnis von Menschen, die sich in der Öffentlichkeit versammelt haben, und dem politischen System, ist daher nicht dadurch bestimmt, dass Letzteres durch Abwesenheit glänzt und die Öffentlichkeit seine Funktionen übernimmt.²³⁶ Die Öffentlichkeit könnte demnach ohne die Anerkennung der Legitimität des politischen Systems gar nicht existieren.²³⁷ Ihr Ziel ist es daher, das politische System als administrative Macht, die über die Ressourcen und Möglichkeiten verfügt, autoritativ Werte zu setzen, in ihrem Sinne zu beeinflussen²³⁸, indem sie beispielsweise auf die Überzeugungen eines Akteurs des politischen Systems Einfluss nimmt.²³⁹

Damit nimmt die Öffentlichkeit eine zentrale Stellung in einer repräsentativen Demokratie ein: Sie vermittelt zwischen den auf sich selbst fixierten Individuen und dem ebenfalls nur für sich selbst zugänglichen funktional ausdifferenzierten politischen System. Das politische

²³¹ Vgl. dazu Habermas, J.: 1990. S. 152, als auch Kantner, C. / Tietz, U.: 2003. S. 120ff.

²³² Vgl. dazu in einem anderen Kontext Rogg, A.: 2003. S. 136.

²³³ Vgl. dazu Gutman, A. / Thompson, D.: 1996. S. 131 als auch Chambers, S.: 2003. S. 308.

²³⁴ Vor allem aus dem linken Lager wurde diese Auffassung heftig kritisiert. Beispielhaft sei hier Antonio Gramsci zu nennen, für den die Zivilgesellschaft selbst ein Teil der Herrschaftsstruktur der Bourgeoisie ist, mit und durch den sie den Arbeiter beherrscht. Vgl. dazu Buttigieg, J. A.: 1994. S. 535ff. Für Laberenz, L.: 2003. S. 14 ist diese Position angesichts geschichtlicher Tatsachen gar „schwärmerisch“.

²³⁵ Vgl. dazu Goodin, R. E.: 2008. S. 3.

²³⁶ Wie es beispielsweise Dahrendorf, R.: 1993. S. 79 fordert. Eher könnte man es mit v. Beyme, K.: 2002. S. 61 halten und vom repräsentativen Gesetzgeber als ein Vehikel, mit dem der Bürger seine Interessen umsetzt, sprechen.

²³⁷ Vgl. dazu Shils, E.: 1991. S. 19. Allerdings äußert Shils den Gedanken in Bezug auf Zivilgesellschaft. In dem dargelegten Verständnis von Öffentlichkeit kann der Gedanken jedoch auch auf die Öffentlichkeit übertragen werden.

²³⁸ Vgl. dazu Habermas, J.: 2008. S. 145. Ähnlich auch Arendt, H.: 1958. S. 68.

²³⁹ Vgl. dazu Habermas, J.: 1992. S. 440.

System wird dadurch permanent legitimiert, weil es mit den Interessen der Bürger gefüttert wird und diese in Recht umsetzt. Die Lücke zwischen Bürger und politischem System wird geschlossen. Die Öffentlichkeit, als eine Ansammlung von Privatbürgern, wird zur Quelle, aus der sich die Legitimation des Staates als Repräsentant der Bürger speist.²⁴⁰

3.3. Diskursive Öffentlichkeit

Aufgrund dieser zentralen Stellung und ihrer Bedeutung für die Legitimation des politischen Systems kann nicht jede Ansammlung von Privatbürgern als Öffentlichkeit und somit als Quelle der Legitimation fungieren. Eine Ansammlung von Privatbürgern kann immer öffentlich sein, d. h. sich außerhalb des privaten Bereiches befinden. Um aber im Rahmen der Theorie der kommunikativen Handlung eine politische Öffentlichkeit zu sein, muss sie zweierlei Bedingungen erfüllen, die in der Forschung bisher noch nicht gleichberechtigt nebeneinandergestellt wurden: Erstens muss sie aus einer Pluralität von Meinungen bestehen und zweitens muss sie, trotz der Pluralität von Meinungen, einen Konsens zum Ziel haben. Mal steht im Fokus von Untersuchungen und Kritik die Pluralität und mal der Konsens. Aber erst wenn beide Bedingungen zugleich erfüllt sind, so die Interpretation der vorliegenden Arbeit, kann einer Ansammlung von Privatleuten die Qualität von politischer Öffentlichkeit zugesprochen werden, weil nur beide zusammengedacht einen Diskurs notwendig machen.

Zur Pluralität: Die Öffentlichkeit des 18. Jahrhunderts verstand sich selbst als eine offene Ansammlung privater Menschen.²⁴¹ Der Einzelne begab sich absichtlich in die Öffentlichkeit, um mit vielen anderen und in erster Linie fremden Menschen in Kontakt zu kommen. Die Öffentlichkeit war ein Treffpunkt unterschiedlicher Menschen verschiedener Gesellschaftsgruppen auf Augenhöhe.²⁴² Natürlich stand und steht auch heute noch dieser Anspruch einer „realen Exklusivität“²⁴³ gegenüber, beispielsweise durch Eigentum und Bildung, die nur im Bürgertum, aber nicht in der Arbeiterschicht gegeben war,²⁴⁴ der Staatsbürgerschaft,²⁴⁵ der verwendeten Sprache,²⁴⁶

²⁴⁰ Natürlich bemisst sich die Legitimation eines Staates nicht nur danach, ob sie genug *Input* bekommt, sondern auch ob sie entsprechenden *Output* generiert. Für die Argumentation dieser Arbeit, in der die Öffentlichkeit im Zentrum steht, spielt jedoch die Frage nach der *Output*-Legitimation keine Rolle.

²⁴¹ Vgl. dazu Kantner, C. / Tietz, U.: 2003. S. 114.

²⁴² Vgl. dazu Sennett, R.: 1976. 17, der dies am Beispiel von Parks und Cafés jener Zeit verdeutlicht.

²⁴³ Kocka, J.: 2000. S. 34.

²⁴⁴ Vgl. dazu Gegner, M.: 2003. S. 78, sowie Sennett, R.: 1976. S. 137, der meint, dass selbst im 19. Jahrhundert die einzige öffentliche Erfahrung der Arbeiterschicht im Konsum von Waren bestand und nicht in der Teilhabe an der Öffentlichkeit.

der Zeit und des Ortes,²⁴⁷ Etikette und Protokoll, die trotz aller Romantisierungen der Cafés und Klubs des 18. Jahrhunderts dort vorherrschten,²⁴⁸ dem Prominenten, der im Gegensatz zum Unbekannten automatisch ein höheres Ansehen genießt,²⁴⁹ ganz zu schweigen des Geschlechts.²⁵⁰ Die Öffentlichkeit des 18. Jahrhunderts begann sogar zu zerfallen, als der Pöbel in die Salons, Cafés und Parks eindrang und sich der Bürger daraufhin in sein Haus zurückzog und seine Privatsphäre als seine Intimsphäre auffasste. Die Öffentlichkeit war damit nie nur eine Möglichkeit politische Ordnung herzustellen, sondern sie war auch immer ein Weg der Selbstdarstellung und Selbsterhaltung der bürgerlichen Klasse;²⁵¹ sie war auch immer ein Distinktionsmerkmal. Auch der Staat war in der Realität nie lediglich bloßes Vehikel der Öffentlichkeit; das war er nur für jene Bürger, die Einlass in die Öffentlichkeit erhielten. Lediglich ihnen gegenüber verhielt sich der Staat indifferent und neutral. Lediglich für diese war der Staat bloß legale und bürokratische Ordnungsmacht, welche durch die Öffentlichkeit gelenkt werden sollte. Kamen andere Klassen und Schichten hinzu war der Staat für jene, die Teil der Öffentlichkeit waren, ein Machtinstrument, um diese anderen Schichten und Klassen, wie beispielsweise das Proletariat, zu kontrollieren und die bürgerliche Gesellschaft zu etablieren.²⁵² Historisch betrachtet, war die Öffentlichkeit des 18. und noch viel mehr die des 19. Jahrhunderts eine des Bürgertums, die sich allem „was der Universalisierungstendenz der Warenproduktion“ im Weg stand, selbst in den Weg stellte.²⁵³ Ein goldenes Zeitalter der Öffentlichkeit gab es folglich nicht.²⁵⁴

Die Idee der Pluralität von Meinungen mag folglich nicht gegeben und umgesetzt worden sein, nichtsdestotrotz hatte sie einen Einfluss auf das, was unter Öffentlichkeit

²⁴⁵ Vgl. dazu D'Amato, G.: 2005, sowie Prümm, K.: 2005.

²⁴⁶ Hier nicht verstanden in Bezug auf einen Ausländer, der die Sprache des Landes nicht beherrscht, sondern Sprache verstanden als ein Habitus im bourdieuschen Sinne, der nicht einfach so übernommen und erlernt werden kann. Vgl. dazu Gedanken Olson, K.: 2011.

²⁴⁷ Vgl. für die Zeit als einen Weg den Zugang zu beschränken Stichweh, R.: 2002(c). S. 211, sowie Coulclelis, H. / Geits, A.: 2000. S. 17. Vgl. in Bezug auf den räumlichen Zugang Scott, L. M.: 2000.

²⁴⁸ Vgl. dazu Fraser, N.: 1992. S. 116ff.

²⁴⁹ Vgl. dazu Peters, B.: 1994(a). S. 192.

²⁵⁰ Vgl. dazu beispielhaft Lang, S.: 2003. Oder auch speziell auf die Cafés und Gasthäuser der damaligen Zeit bezogen Beder, B.: 1998. S. 17. Oder Kord, S.: 1996. S. 36, die darlegt, dass die Anonymität weiblicher Autorenschaft zu jener Zeit auf den Ausschluss der Frau aus der Öffentlichkeit zurückzuführen ist.

²⁵¹ Vgl. dazu Gegner, M.: 2003. S. 63. Eine Antwort darauf, wie das Proletariat sich sonst Gehör verschaffen sollte, bleibt, so Gegner, Habermas uns schuldig, wenn er mit dem Eindringen des Proletariats in die Öffentlichkeit von der Trivialisierung eben dieser spricht.

²⁵² Vgl. dazu die Kritik von Gramsci am Verhältnis von Zivilgesellschaft und Staat in Buttigieg, J. A.: 1994. S. 530ff.

²⁵³ Vgl. dazu Laberenz, L.: 2003. S. 13. Wörtliches Zitat ebd. zu finden.

²⁵⁴ Wie Schudson, M.: 1992 meint. Diese Einsicht aus dem US-amerikanischen Fall können wir verallgemeinern.

verstanden wurde. Auch wenn beispielsweise Frauen aus der Öffentlichkeit ausgeschlossen waren, erschien die Öffentlichkeit in der öffentlichen Wahrnehmung als aus einer Vielzahl verschiedener und gleichberechtigter Individuen zusammengesetzt. Der Bürger, hier in erster Linie verstanden als Eigentümer, wurde mit dem Menschen gleichgesetzt.²⁵⁵ Daher bestimmt die Idee der Pluralität auch heute noch das, was unter Öffentlichkeit, zumindest im Rahmen der Theorie kommunikativer Handlung, verstanden wird: Ein prinzipiell offener Raum, der allen zugänglich ist.²⁵⁶ Es ist unbestritten, dass es theoretisch gesehen naiv und praktisch gesehen utopisch ist zu verlangen, alle Menschen sollten in und an der Öffentlichkeit teilhaben und teilnehmen. Die Ansammlung von Privatleuten so heterogen ist, dass sie zumindest das bloße Faktum der Pluralität der Gesellschaft widerspiegelt.²⁵⁷

Als Begründung für die Notwendigkeit von Pluralität reicht das geschichtlich Hergeleitete allerdings nicht aus. Unabhängig von der historischen Herleitung muss Pluralität auch aus theoretischen Überlegungen gegeben sein. So muss diese Bedingung erfüllt sein, um Herrschaft über die nicht Anwesenden auszuschließen. Fehlen Meinungen in der Öffentlichkeit und wird trotzdem etwas an das politische System zur Umsetzung weitergegeben, dann herrscht die Öffentlichkeit durch das politische System, weil es über die Köpfe jener Bürger, die nicht anwesend waren, hinweg den Willen der Öffentlichkeit umsetzt. In diesem Fall wäre die Öffentlichkeit nicht nur daran gescheitert, Herrschaft abzuschaffen, sondern sie wäre gleichzusetzen mit der Herrschaft über die nicht Anwesenden. Deshalb nimmt auch der freie Zugang, unabhängig von normativen Überlegungen und der *political correctness*, eine so zentrale Rolle im Konzept der Öffentlichkeit ein. Mit dem freien Zugang steht und fällt das Konzept „Öffentlichkeit“.²⁵⁸ Er ist die Gewährleistung vielfältiger Meinungen und damit der Garant für das Vorherrschen von Pluralität in der Öffentlichkeit. Ohne freien Zugang kann es keine Pluralität der Positionen geben. Und ohne Pluralität der Positionen existiert auch keine Ansammlung von Privatbürgern als Öffentlichkeit. Erneut abstrahiert und befreit von den geschichtlichen Fakten, umspannt die Öffentlichkeit daher einen Raum, den viele unterschiedliche Menschen miteinander teilen, ohne dabei jemals den gleichen Platz in diesem Raum einzunehmen. Alle, die

²⁵⁵ Vgl. dazu Habermas, J.: 1990. S. 121.

²⁵⁶ Ebd. S. 97.

²⁵⁷ Vgl. dazu Goodin R. E.: 2008. S. 5.

²⁵⁸ Vgl. dazu Habermas, J.: 1990. S. 156.

zusammenkommen, nehmen unterschiedliche Plätze ein, so dass das Gesehene, das Gehörte, die Meinungen und Interessen niemals vollständig zusammenfallen. Die Öffentlichkeit als eine gemeinsam geteilte Sphäre existiert nur in der Pluralität der Positionen.²⁵⁹

Zu Konsens: Die Begründung warum Konsens gegeben sein muss, ist nun nicht so schwierig: Er muss gegeben sein, da ansonsten die Ansammlung der Privatbürger bloß eine Ansammlung von verschiedenen Individuen mit verschiedenen Meinungen, die jeder für sich sprechen würde, wäre. Im Konsens hingegen, haben die einzelnen Versammelten eine gemeinsame, d. h. gesellschaftliche Lösung für ein gesellschaftliches Problem gefunden, das sich für jeden einzelnen von ihnen in seiner Privatsphäre unterschiedlich stellt. Erst wenn die einzelnen Bürger es schaffen sich auf eine gemeinsame, öffentliche Meinung zu einigen, werden sie als zu Repräsentierende nicht nur sichtbar, sondern sie erschaffen sich auch als zu Repräsentierende. Sie stellen mehr als bloße Individuen dar. Sie werden in der öffentlichen Meinung als ein Volk, welches einen Willen hat, sichtbar. Viel wichtiger ist aber, dass sie sich auch zugleich überhaupt erst als ein Volk wahrnehmen.²⁶⁰ Erst damit kann die Öffentlichkeit ihrem eigenen Anspruch, die in der Moderne entstandene Lücke zwischen Individuum und politischem System zu schließen und dem politischem System Legitimation zukommen zu lassen, genügen. Aus diesem Grunde ist auch die Herrschaftsfreiheit in der Öffentlichkeit so zentral: Mit ihr wird sichergestellt, dass keiner der Teilnehmer an der Öffentlichkeit gezwungen ist, sich einem Konsens zu beugen, den er nicht vertreten könnte.

Beide Bedingungen miteinander zu vereinbaren, d. h. auf Pluralität zu setzen, dabei jedoch Konsens anzustreben, ist nur auf eine einzige Art und Weise möglich: Die Öffentlichkeit als einen diskursiven Raum zu definieren. Der Diskurs setzt auf Kritik und Gegenkritik, d. h. auf eine Pluralität der Positionen. Ohne eine Pluralität der Positionen wären die Bedingungen eines Diskurses erst gar nicht gegeben. Zugleich jedoch ist der Diskurs darauf aus, aus dieser

²⁵⁹ Dadurch, so Ahrendt, H.: 1958. S. 57, unterscheide sich überhaupt die Öffentlichkeit als öffentliche Sphäre von der Familie als private Sphäre.

²⁶⁰ Imhof, K. et. al.: 2006. S. 13 sprechen vom „Entdeckungszusammenhang“ der Gesellschaft, der in der Öffentlichkeit sichtbar wird.

Pluralität an Positionen einen Konsens herzustellen, der mehr beinhaltet als die bloße Zustimmung der einzelnen Teilnehmer zu einer Position.²⁶¹

Das diskursive Model der Öffentlichkeit nimmt folglich an, dass Meinungsverschiedenheiten, durch für alle Menschen nachvollziehbare Argumente, aus der Welt geschaffen und in einen Konsens überführt werden können. Das setzt jedoch voraus, dass überhaupt erst einmal eine Pluralität von Positionen vorliegt. Ohne eine Pluralität an Positionen wäre Argumentieren erst gar nicht möglich.²⁶² Im Gegensatz zu liberal-ökonomischen Ansätzen genügt der Theorie kommunikativer Handlung die freiwillige Zustimmung der Beteiligten nicht, sie setzt eine begründete Zustimmung voraus.²⁶³ Diese bemisst sich als Resultat einer Kontroverse, die nicht nur darauf abzielt Einstimmigkeit herzustellen, sondern auch den einzelnen Teilnehmern die Möglichkeit zu geben ihre Meinung zu begründen.²⁶⁴ Meinungen werden nicht mehr einfach nur wahrgenommen, sondern verdeckte Annahmen und Beweggründe, die hinter ihnen stecken, werden aufgedeckt und helfen dabei die vertretenen Meinungen der Anderen besser zu verstehen.²⁶⁵ Konflikte werden abgemildert und auf die Ebene des Diskurses verlagert, so dass jedem die Möglichkeit gegeben ist, ohne um sein Leben zu fürchten, an der Lösungsfindung teilzunehmen.²⁶⁶ Das steigert das gegenseitige Verständnis und die Bereitschaft, sich auf das Gegenüber einzulassen wird größer.²⁶⁷ Die Einzelnen entdecken ihre Gemeinsamkeiten²⁶⁸ und gelangen zu einem Konsens, der eben mehr ist als die Zustimmung zu einer bestimmten Position.

Aus diesem Grunde ist auch der Intellektuelle eine Bedingung für eine auf Öffentlichkeit setzende Demokratie. Er ist nicht ein Intellektueller, weil er einen professionellen Blick hat oder geistige Autorität besitzt, die er einbringen kann. Vielmehr hat der Intellektuelle immer das Gegenüber im Blick. Sein Engagement rührt aus seiner Verantwortlichkeit für das Ganze

²⁶¹ Habermas, J.: 1992. S 438 spricht von einer breiten Zustimmung, die nicht im statistischen Sinne gemeint ist.

²⁶² Vgl. dazu Peters, B.: 1994(b). S. 65.

²⁶³ Vgl. dazu King, S. Ch: 2012. S. 162.

²⁶⁴ Vgl. dazu Goodin, R. E.: 2008. S. 7 für den es ein Kernanliegen der deliberativen Demokratie ist, nicht nur Entscheidungen zu treffen, sondern auch zu begründen warum gerade diese und nicht eine andere Entscheidung getroffen wurde.

²⁶⁵ Ebd. S. 104 spricht von der diskursiven Information und davon, dass Informationen, welche durch einen Diskurs gewonnen werden einen höheren Informationsgehalt haben als jene, die bloß aufgeschnappt oder beobachtet werden.

²⁶⁶ Vgl. dazu Walzer, M.: 2003. S. 319.

²⁶⁷ Vgl. dazu Mendelberg, T.: 2002. S. 154. Auch Zürcher, M. D.: 2002. S. 168 spricht davon, dass Deliberation das Vertrauen zwischen Fremden fördert. Vgl. dazu ebenfalls Benhabib, S.: 1992. S. 86 für die die Teilnahme am Diskurs nicht nur der Willensbildung dient, sondern auch Integration betreibt.

²⁶⁸ Sanders, L. M.: 1997 identifiziert als eine Gegnerin des deliberativen Ansatz gerade das gesteigerte Zusammengehörigkeitsempfinden der Einzelnen als eine oft gepriesene Eigenschaft der Deliberation.

her.²⁶⁹ Die Öffentlichkeit als diskursiver Raum stellt dafür den idealen Rahmen zur Verfügung. Sie gibt dem Intellektuellen die Möglichkeit, die Gegenseite zu verstehen, indem sie überhaupt einen Raum zur Verfügung stellt, der auch der Gegenseite zugänglich ist. Zugleich gibt sie dem Intellektuellen die Möglichkeit, die Gegenseite von den eigenen Argumenten zu überzeugen oder selbst von den Argumenten der Gegenseite überzeugt zu werden.²⁷⁰

Kein Konsens währt allerdings auf Ewigkeit. Jeder Konsens sieht sich neuen Argumenten und Gegenargumenten gegenüber und kann angezweifelt oder negiert werden, so dass jeder Konsens zum Beginn eines neuen Diskurses wird.²⁷¹ Der Einzelne ist immer wieder gefordert und aufgefordert sich mit dem Ziel der Konsenserreichung erneut in einen Wettstreit um das bessere Argument zu begeben. Das Ergebnis dieses Wettstreits wiederum markiert den Beginn eines neuen Diskurses. Erst dieser immer wieder stattfindende Wettstreit macht aus dem Einzelnen einen Bürger. Er entdeckt und lernt nicht nur sein Gegenüber zu verstehen; vielmehr noch erkennt er sich selbst durch die Auseinandersetzung mit seinem Gegenüber als ein Individuum mit Meinungen, Interessen und Positionen und lernt, diese zu verteidigen und für sie einzutreten. Mit der diskursiven Auseinandersetzung wird aus dem Einzelnen, der nur aufgrund gesellschaftlicher Probleme, die in seiner Privatsphäre lebensweltliche Relevanz gewonnen haben, teilnehm., ein Individuum.

Es bleibt festzuhalten, dass die diskursive Öffentlichkeit weder eine Institution noch eine Organisation darstellt, die anhand fester Grenzen bestimmt ist. Vielmehr sind ihre Grenzen verschiebbar und offen, so dass die Öffentlichkeit ein Netzwerk von Meinungen darstellt, das durch seine Kommunikationsflüsse Themen so filtert, dass aus diesen Meinungen themenspezifische öffentliche Meinungen hervorgehen. Dabei sind ihre Grenzen verschiebbar und offen, weil kein bestimmter Funktionscode zur Kommunikation verwendet wird, sondern eine Umgangssprache, die auf Verständigung anhand des besseren Argumentes setzt.²⁷² Damit beschreibt die diskursive Öffentlichkeit einen sozialen Raum, der zwischen institutionalisierten Diskursen und Verhandlungen in staatlichen Arenen, wie beispielsweise dem Parlament, und den „episodischen und informellen Alltagsgesprächen“ der Bürger angesiedelt ist.²⁷³

²⁶⁹ Vgl. dazu Müller-Doohm, St. / Neumann-Braun, K.: 2006. S. 102ff.

²⁷⁰ Vgl. dazu Bell, D.: 1999. S. 81.

²⁷¹ Vgl. dazu Markell, P.: 1997. S. 378, der mit dieser Position versucht, Habermas von seinem rousseauistischen Ruf zu befreien.

²⁷² Vgl. dazu Habermas, J.: 1992. S. 435.

²⁷³ Vgl. dazu Habermas, J.: 2008. S. 136. Wörtliches Zitat ebd. zu finden.

3.4. Das Projekt der Moderne und diskursive Öffentlichkeit

Die deliberative Demokratie²⁷⁴ erhebt demnach nicht nur den Anspruch, den mangelhaften Zustand von Demokratien zu beschreiben, sondern auch jenen, Vorschläge zur Verbesserung zu unterbreiten.²⁷⁵ Sie hegt die Absicht, die Menschen soweit wie möglich aus seiner Vermachtetheit durch den Staat zu befreien²⁷⁶ und die in ihre eigene Welt entrückten funktional differenzierten Systeme an die Lebenswelt der Menschen zurück zu binden. Zugleich schafft sie es mit ihrem Ansatz eine Brücke zwischen rein prozeduralen und rein konstitutionellen Ansätzen der Demokratie zuschlagen, die immer wieder an der Frage, ob die Prozeduren oder die Ergebnisse in der Demokratie zählen, miteinander in Konflikt geraten. Der Ansatz der deliberativen Demokratie hingegen beschreibt den Diskurs als eine ergebnisorientierte Prozedur; die Menschen deliberieren miteinander um ein Ergebnis, einen Konsens, zu finden.²⁷⁷

Das ist die Lösung der Theorie kommunikativer Handlung für eine fehlgeleitete Moderne. Eine Moderne, die ihre Ursprünge vergessen hat und Rationalität in erster Linie als Effizienz begreift; Effizienz, die sich nicht mehr nur rein auf den technischen Bereich des Seins beschränkt, sondern in Form von Funktionalismus alle gesellschaftlichen Bereiche durchzieht und zu funktional ausdifferenzierten Systemen führt; funktional ausdifferenzierte Systeme, die nur noch anhand bestimmter Codes mit ihrer Umwelt kommunizieren und für die Aufrechterhaltung der Gesellschaft gar nicht mehr auf das Individuum angewiesen sind; Individuen, die dieses Angebot dankend annehmen, sich zurückziehen, Individualität mit Individualismus verwechseln und nicht mehr zur Gesellschaft beitragen; und zuletzt eine Gesellschaft, die durch zwei miteinander nicht zu vereinbarende Pole geprägt ist: Individuum und System. Gerade diese Lücke zwischen den beiden Polen macht sich die Theorie der kommunikativen Handlung zunutze und unterbreitet das Angebot, diese Lücke mit der Öffentlichkeit auszufüllen. Ein Raum der unter den Bedingungen des Diskurses steht und in dem viele Einzelne aufeinandertreffen und einen Konsens bilden, der an das System weitergereicht wird. Und zugleich entdecken sich die Einzelnen in diesem diskursiven Raum selbst nicht nur als eine Gemeinschaft oder ein Volk, sondern sich selbst auch als Individuum.

²⁷⁴ Ansätze in denen Öffentlichkeit und ein durch einen Diskurs erzielter Konsens im Vordergrund stehen, werden unter dem Oberbegriff „deliberative Demokratie“ zusammengefasst. Der Ansatz von Jürgen Habermas stellt einen der Stränge der Theorie deliberativer Demokratie dar.

²⁷⁵ Vgl. dazu King, S. Ch.: 2012. S. 173. Der Autor geht sogar so weit, Theorien deliberativer Demokratie den Charakter eines Idealtypus zuzusprechen, wogegen dann liberale und ökonomische Demokratietheorien in seinen Augen nur verlieren können, weil sie nur den Ist-Zustand abbilden möchten und erst gar nicht den Anspruch erheben, Demokratie zu verbessern.

²⁷⁶ Vgl. dazu Matthias, D.: 2001.

²⁷⁷ Vgl. dazu Gutman, A. / Thompson, D.: 1996. S. 27.

Die Theorie kommunikativer Handlung liefert damit eine deliberative Theorie der Demokratie, der es nicht bloß genügt, das politische System zu legitimieren, indem sie auf einen Konsens verweist, sondern die auch beabsichtigt, durch den im Diskurs erzielten Konsens, alle Betroffenen in die Entscheidungsfindung einzubeziehen.²⁷⁸ Als Mittel gegen ihre Unzulänglichkeiten offeriert die Theorie der kommunikativen Handlung der Moderne demnach nichts weniger als die Rückbesinnung der Moderne auf ihre beiden Säulen: den Diskurs und das Individuum. Die Theorie der Öffentlichkeit wird zu einer Theorie der Moderne.²⁷⁹

Natürlich gab und gibt es Alternativen zur diskursiven Öffentlichkeit. Allen voran die Systemtheorie hat eine alternative Variante der Öffentlichkeit vorgelegt, in der die Öffentlichkeit ein System wie jedes andere darstellt. Sie differenziert sich genauso wie die anderen Systeme in der Moderne aus, weil gerade funktional ausdifferenzierte Systeme füreinander nicht zugänglich sind. Die Funktion der Öffentlichkeit als funktional ausdifferenziertes System ist es dann, die Funktionscodes der jeweiligen Systeme füreinander zu übersetzen. Hier ist Öffentlichkeit nicht ein diskursiver Raum und hat ihre Ursprünge auch nicht in den literarischen Cafés. Das ist eine zu direkte Übersetzung eines Konzepts aus der Aufklärung in die Moderne.²⁸⁰ Viel eher war die Öffentlichkeit eine ureigene Entwicklung der funktionalen Differenzierung der modernen Gesellschaft. Mit der funktionalen Differenzierung wird die Öffentlichkeit, die immer nur temporär, beispielsweise in Salons stattfand, also nur dann bestand, wenn Menschen zusammenkommen, genau wie jedes andere funktional ausdifferenzierte System auf Dauer gestellt. Es vermittelt permanent zwischen den füreinander nicht zugänglichen anderen Systemen.²⁸¹ Denn trotz unterschiedlicher Codes müssen die Systeme sich aufeinander abstimmen können und das nicht nur temporär, sondern permanent. Die Funktion der Öffentlichkeit als System ist es, den gesellschaftlichen Bedarf an Synchronisation zu leisten.²⁸² Auch im Rahmen der Systemtheorie dient die Öffentlichkeit dazu, die Gesellschaft zu integrieren, jedoch überwindet sie nur die Kluft zwischen den Systemen, aber nicht die zwischen den Menschen und den Systemen.

Die Lösung der Theorie kommunikativer Handlung ist dagegen einfacher und verlockender. Einfach, weil sie nichts weiter verlangt als die Rückbesinnung der Moderne auf ihre Ursprünge. Und verlockend, weil sie das Versprechen einer auf hohem normativem Niveau

²⁷⁸ Vgl. dazu Mouffe, Ch.: 2000(a). S. 5.

²⁷⁹ Fast wortgleich der Titel von Imhof, K.: 2008.

²⁸⁰ Vgl. dazu Luhmann, N.: 1970. S. 56.

²⁸¹ Vgl. dazu Gerhards, J.: 1994. S. 84.

²⁸² Vgl. dazu Görke, A.: 2002. S. 69ff.

funktionierenden Demokratie und Gesellschaft gibt, wenn sich die Moderne nur auf ihre ursprünglichen Werte besinnt. Vor allem das Letztere ist ein Versprechen, welches die systemtheoretische Variante nicht zu geben in der Lage ist, und vermutlich auch gar nicht zu geben beabsichtigt.

Mit der Postmoderne verliert die Verlockung jedoch erheblich an Reiz, weil gerade diese ursprünglichen Werte, das Individuum und der Diskurs, selbst in Frage gezogen werden.

Bevor allerdings auf die Postmoderne und ihre Kritik im Allgemeinen an der Moderne und im Speziellen an der diskursiven Öffentlichkeit eingegangen wird, muss noch ein Thema behandelt werden, das eine zentrale Rolle in Bezug auf die Öffentlichkeit spielt und in den letzten zwei Jahrzehnten für enorme Kontroversen gesorgt hat: Die alten und die Neuen Medien.

III Medien

1. Alte Medien

Medien sind lose gekoppelte Substrate, die immer wieder neu zu festen Formen zusammengesetzt werden, um Informationen zu fixieren und das Gedächtnis und die Reichweite der Kommunikation zu erweitern,²⁸³ mit dem Ziel die Unwahrscheinlichkeit der Kommunikation zu senken.²⁸⁴ Im Gegensatz zu symbolisch generalisierten Kommunikationsmedien, die ebenfalls die Unwahrscheinlichkeit der Kommunikation senken, ersetzen jene Medien, von denen hier die Rede ist, den Verständigungsprozess nicht, sondern ermöglichen ihn erst durch die ihnen zugrunde liegenden Technologien.²⁸⁵ Besonders für die heutigen Massendemokratien, in denen die Mittel der unmittelbaren Kommunikation nicht mehr ausreichen, spielen solche Medien eine zentrale Rolle. So sollen die Medien „gleichzeitig den selben Gedanken in ungezählte Geister pflanzen“²⁸⁶; Verständigungsprozesse zwischen den Massen und dem politischen System, aber auch innerhalb der Masse selbst, aufstufen; den Bürger aufklären; Informationen in einen Kontext einordnen; Themen aufbereiten; verschiedene Positionen in der Gesellschaft darstellen²⁸⁷; dem Bürger eine Stimme verleihen und eine Kritik und Kontrollfunktion erfüllen²⁸⁸.

Dafür waren sie zumindest angedacht worden, entwickelt haben sie sich aufgrund der ihnen zugrunde liegenden Technik jedoch in eine andere Richtung: Da die technischen Voraussetzungen alter Medien, wie beispielsweise Fernsehen, Radio oder Zeitungen immer nur eine einseitige Kommunikation ermöglichen, folglich eine als Austausch verstandene Kommunikation verhindern, verbreiten sie nicht Botschaften, Ideen, Argumente, Positionen und Meinungen, sondern zwingen Modelle auf.²⁸⁹ Der Einzelne hinter der aufgeschlagenen Zeitung, vor dem Fernsehbildschirm oder dem Radio wird nur noch mit der Welt beliefert, tritt aber nicht mit dieser in Austausch. Dass diese Medien trotzdem als Massenmedien

²⁸³ Vgl. dazu Luhmann, N.: 2001. S. 232ff.

²⁸⁴ Vgl. dazu Luhmann, N.: 1991(b). S. 28.

²⁸⁵ Vgl. dazu Habermas, J.: 1981(b). S. 275.

²⁸⁶ So schon zu finden bei d. Tocqueville, A.: 1959/62. S. 127.

²⁸⁷ Was zum Teil schon in ihrer technischen Realisierung eingebettet ist, da beispielsweise audio-visuelle Medien nicht das ganz Andere im Blick haben, sondern immer nur denselben Gegenstand aus verschiedenen Perspektiven. Vgl. dazu Hörisch, J.: 1999. S. 239.

²⁸⁸ Die Liste entnommen aus Harth, Th.: 2000(b). S. 9.

²⁸⁹ Weshalb dann in den Medienwissenschaften angenommen wurde, dass das Medium die Botschaft sei. Vgl. dazu Baudrillard, J.: 1999. S. 289ff.

bezeichnet werden, ist darauf zurückzuführen, dass jeder Einzelne das Gleiche vermittelt bekommt.²⁹⁰

In der Ermangelung einer Möglichkeit auf das Vermittelte direkt zu antworten und dem Rückzug des Einzelnen aus der Gemeinschaft, sprich durch den Individualismus, reicht die bloße Vermittlung durch die Massenmedien immer weniger aus, um beispielsweise Informationen einzuordnen oder Botschaften zuzuordnen. Die Massenmedien müssen das Vermittelte in einen Kontext einbetten. Sie müssen den Sinn dessen, was vermittelt wird mit vermitteln, da dieser nicht mehr in einem Diskurs entstehen kann, weil ein solcher nicht mehr stattfindet.²⁹¹ Oder anders gesagt: Die Massenmedien ersetzen den Diskurs zwischen den Bürgern durch einen Monolog ihrerseits.

Mag diese Entwicklung, deren Ursprung in der technischen Begebenheit von alten Medien zu suchen ist, für den Bürger von Nachteil sein, wird sie für die Medien zur Quelle ihrer Medienmacht. Sie können entscheiden, welche Nachrichten, Informationen und Neuigkeiten gesendet werden sollen und welche nicht. Ihre Filterfunktion wird zur Machtquelle und äußert sich durch die Auswirkungen, welche sie auf die Öffentlichkeit haben.²⁹² Ihre Macht geht dann sogar soweit, dass eine „kopernikanische Wende“²⁹³ einsetzt. Aus der Mediatisierung der Politik wird ihre Medialisierung²⁹⁴: Die Medien erzeugen nun nicht mehr nur selbst Themen, Meinungen, Positionen, Probleme und halten sie aktuell oder nicht, sondern sie zwingen darüber hinaus der Öffentlichkeit und der Politik ihre eigene Funktionslogik auf, die sie zu einem Großteil aus der Werbeindustrie entnommen haben.²⁹⁵ In diesem Industriezweig soll in kürzester Zeit so viel Information wie möglich über ein bestimmtes Produkt vermittelt werden, was im Gegenzug eine radikale Komplexitätsreduktion der Information voraussetzt, beispielsweise auf Personen, Musik oder das Branding.²⁹⁶

Die Medialisierung der Politik bedeutet folglich, Sachfragen auf Personen und Inhalte auf Ereignisse zu reduzieren, sowie Informationen mit Unterhaltung zu vermischen und Zusammenhänge fragmentiert darzustellen.²⁹⁷ In Bezug auf die Öffentlichkeit wird aus dem

²⁹⁰ Vgl. dazu Anders, G.: 1999. S. 211

²⁹¹ Vgl. dazu Baudrillard, J.: 1999. S. 289ff. Aus diesem Grunde werden auch Bilder in der Politikwissenschaft primär als Manipulation aufgefasst. Vgl. dazu Drechsel, B.: 2007.

²⁹² Vgl. dazu Habermas, J.: 2008. S. 174.

²⁹³ Meyer, Th.: 2002.

²⁹⁴ Diese Unterscheidung machen Schranz, M. / Vonwil, M.: 2006. S. 26.

²⁹⁵ Vgl. dazu Habermas, J.: 1992. S. 455ff.

²⁹⁶ Vgl. zum Branding als ein Mittel der Reduktion von Komplexität in der Werbung Schnöller, L. W.: 2007. S. 152.

²⁹⁷ Und die nächste Stufe dieser Entwicklung scheint sich schon abzuzeichnen, wenn Marsh, D. / 't Hart, P. / Tindall, K.: 2010 von „celebrity politics“ sprechen.

teilnehmenden Bürger ein lediglich Teilhabender;²⁹⁸ der Bürger hinter seiner Zeitung, vor seinem Bildschirm oder an seinen Lautsprechern empfindet gar nicht mehr das Bedürfnis in die Welt hinauszugehen und diese zu gestalten; schon gestaltet kommt die Welt zu ihm nach Hause. Die Medien ergänzen nicht mehr nur die Welt des Bürgers; sie konstruieren sie für ihn und ersetzen seine Realität durch die ihre.

Der Einzelne als Empfänger versäumt keinen Brocken Welt mehr, da er nicht mehr in die Welt muss; die Welt kommt zu ihm. Die Welt wird durch die Massenmedien sichtbar für den Einzelnen, der allerdings in die Isolation zurückfällt.²⁹⁹ Was die klassischen Medien dadurch fördern, ist der passive Empfang und nicht mehr die Deliberation.³⁰⁰ Woran es demnach mangelt, ist die absolute Folgenlosigkeit dessen, was vermittelt wird.³⁰¹ Das Einzige, was in den Medien vermittelt wird und tatsächlich einen Einfluss auf unsere Handlungen hat, ist nur noch das Wetter.³⁰² Das Schweigen des Bürgers wird zum Normaltypus politischer Kommunikation.³⁰³

Letztlich ermöglichen alte Medien keinen Diskurs zwischen Anwesenden; es findet kein egalitärer Austausch von Meinungen und Geltungsansprüchen zwischen Sprecher und Adressaten statt, weil der Adressat, der Bürger, schlichtweg nicht anwesend ist, obwohl die Öffentlichkeit auf die Anwesenheit der Bürger angewiesen ist.³⁰⁴ Alte Medien machen somit aus dem teilhabenden Bürger einen Zuschauer und Konsumenten von Informationen. Einzig und allein Journalisten vermitteln noch zwischen den Massenmedien und dem Bürger, so dass ohne sie gar keine Öffentlichkeit mehr existieren würde. Was ihnen allerdings dann auch Macht verleiht zu entscheiden, was sie vermitteln und was nicht.³⁰⁵

Zusammenfassend lässt sich somit in Bezug auf die alten Medien festhalten, dass, während die diskursive Öffentlichkeit auf die unmittelbare, physische Anwesenheit der Teilnehmer angewiesen ist, Massenmedien nur eine abstrakte und vermittelte Präsenz ermöglichen.³⁰⁶ Damit ermöglichen sie, zugegeben, Öffentlichkeit trotz der Abwesenheit von Teilnehmern und befreien die Öffentlichkeit von ihren Beschränkungen auf einen Ort und die unmittelbare Anwesenheit ihrer Teilnehmer. Aber aus Gründen der technischen Beschränkung fehlt diesen

²⁹⁸ Vgl. dazu Marcinkowski, F. / Irrgang, M.: 2000. S. 27ff.

²⁹⁹ Vgl. dazu Sennet, R.: 1983. S. 319ff.

³⁰⁰ Vgl. dazu Morrisett, L.: 2005. S. 23.

³⁰¹ Vgl. dazu Autonome A.f.r.i.k.a.-Gruppe: 2007. S. 352.

³⁰² Wie es Liessmann, K. P.: 2006. S. 28 überspitzt formuliert.

³⁰³ Vgl. dazu v. Barloewen, C.: 1998. S. 32, wodurch, wie der Autor weiter ausführt, sogar das Schweigen sein erhabenes verliert.

³⁰⁴ Vgl. dazu Habermas, J.: 2008. S. 158ff.

³⁰⁵ Ebd. S. 160ff.

³⁰⁶ Vgl. dazu Habermas, J.: 1992. S. 437.

lediglich mittelbar anwesenden Teilnehmern die Möglichkeit einer diskursiven Auseinandersetzung. In Anbetracht dieser Entwicklung kamen die Neuen Medien als technische Innovation, rückblickend, gerade zur richtigen Zeit auf.

2. Neue Medien

2.1. Vom militärischen Netzwerk zur demokratischen Hoffnung

Die soziale Evolution von neuen Technologien vollzieht sich in drei Phasen: In einer ersten Phase herrscht ausgehend von den Entwicklern der neuen Technologie, vorwiegend Euphorie. In der darauffolgenden zweiten Phase findet eine Kommerzialisierung der Technologie statt, an die sich wiederum eine dritte Phase der massenhaften Verbreitung eben jener Technologie anschließt. Aus der ersten Phase jeder sozialen Entwicklung technischer Errungenschaften entspringt der Glaube, dass die Technologie einen immer größeren Freiheitsgrad ermöglicht; aus der zweiten, dass dieser gestiegene Freiheitsgrad sich auf alle Menschen übertragen lässt. In der dritten Phase dann findet eine Ernüchterung gegenüber den in die Technologie gesetzten Hoffnungen statt.³⁰⁷ Vor allem im Übergang von der zweiten zur dritten Phase treffen zwei Positionen aufeinander, die schwerlich miteinander zu vereinbaren sind: Jene, die die neue Technologie enthusiastisch begrüßt und jene, die ihr eher skeptisch gegenüber eingestellt ist. Erstere übersieht die Kosten der neuen Technologie und spricht dieser eine weltverbessernde Kraft zu, die es zu nutzen gilt; Letztere hingegen überhöht die Kosten und Gefahren die mit der neuen Technologie einhergehen.

In Bezug auf die Neuen Medien verhält es sich nicht anders: Der Enthusiast meint nichts Geringeres als den „Sturz der Materie“ im 21. Jahrhundert ausmachen zu können: Mit den Neuen Medien ersetzt Wissen, als immaterielle Ressource, den Boden und die Handarbeit als Ressourcen der ersten und die Maschinen als Ressourcen der zweiten industriellen Revolution.³⁰⁸ Der Mensch wird endlich in die Lage versetzt, sich als intellektuelles Wesen zu begreifen und lernt immer besser seinen Intellekt einzusetzen.³⁰⁹ Jene, die diesen Entwicklungen kritisch gegenüber stehen, fehlt es nur an der Begrifflichkeit. Ihre Wortwahl ist noch viel zu sehr auf das Individuum ausgerichtet. Sie sind nicht in der Lage, die Neuen Medien als das zu erkennen, was sie sind: „die pure Kontingenz möglicher Wege zu endlosen, sich selbst fortwebenden Netzen kommunikativer Relation“, die kollektive, emergente

³⁰⁷ Vgl. dazu Haywood, T.: 1998. S. 19. Allerdings ist der Autor der Meinung, dass an die dritte Phase eine vierte Phase anschließt, in der Kritik an den neuen Technologien ausgeübt wird. In dieser Arbeit wird jedoch die Phase der Ernüchterung und der Kritik zusammengefasst. Vgl. zur stufenweisen Entwicklung von Technologie auch Kersting, W.: 1999. S. 9.

³⁰⁸ Vgl. dazu Dyson, E. / Gilder, G. / Keyworth, G. / Toffler, A.: 2007. S. 130. Wörtliches Zitat „Sturz der Materie“ ebd. zu finden.

³⁰⁹ Vgl. dazu Leary, T.: 2007. S. 130.

Intelligenz, die so genannte Schwarmintelligenz, ermöglichen.³¹⁰ Eine ganz neue Erkenntnistheorie und Philosophie ist von Nöten, weil beispielsweise zum ersten Mal in der Menschheitsgeschichte die Adresse als eine Zuordnung eines Menschen zu einem bestimmten Ort hinfällig wird und durch Email-Adressen oder Mobilfunknummern ortlose Zuordnungen möglich werden.³¹¹ Und überhaupt zeichne sich durch das Internet eine Welt ohne Rasse, Herkunft, Eigentum und militärischer Macht ab.³¹² Der Skeptiker meint hingegen, im und durch die Neuen Medien den alle Jahre wieder prognostizierten Untergang des Abendlandes ausmachen zu können: Ganze Wissenschaftszweige sind durch die Neuen Medien bedroht.³¹³ Überhaupt die ganze Wissenschaft ist bedroht, weil sie ressourcenabhängig ist und von den Veröffentlichungen ihrer Inhalte abhängt, weshalb sie sich der Logik der Medien anpassen muss: Aus dem Streben nach Wahrheit, wird das Streben nach Aufmerksamkeit.³¹⁴ Viel bedrohlicher ist aber, dass die Kindheit im Begriff ist zu verschwinden, weil Kindheit jener unbeschwerte Lebensabschnitt ist, bevor der Umgang mit den Leitmedien der Epoche erlernt wird, heute aber das Kind schon mit drei Jahren am *IPad* spielt.³¹⁵ Auch werden bestehende Probleme der Welt nur noch verstärkt werden, wie beispielsweise die Spaltung der Gesellschaft in Reich und Arm, die sich in Bezug auf die Neuen Medien als digitale Spaltung wiederholt und eine weitere Ebene der Ungleichheit aufspannt.³¹⁶ Manch einer fragt gar: Der Faschismus, Mussolini und Hitler haben die Autobahnen gebaut. Wohin wird uns die Datenautobahn führen?³¹⁷ Und überhaupt: Wurden am Anfang der Entwicklung Neuer Medien noch reale und virtuelle Gemeinschaft einander gleichgesetzt, setzt sich im weiteren Verlauf immer mehr die Erkenntnis durch, dass in der virtuellen Gemeinschaft der Austritt aus der Gemeinschaft durch einen einfachen Klick auf den *Log-Out*-Knopf erfolgt und fast gänzlich ohne Konsequenzen vollzogen werden kann, während die Kosten für einen Ausstieg

³¹⁰ Vgl. dazu Willke, H.: 2001. S. 78. Wörtliches Zitat ebd. zu finden.

³¹¹ Vgl. dazu Serres, M.: 2007. S. 80.

³¹² So euphorisch zu finden bei Barlow, J. P.: 2007. S. 139.

³¹³ Nach Karpenstein-Eßbach, Ch.: 1998 muss die Literaturwissenschaft sich gegenüber den Medienwissenschaften behaupten, um nicht zu einer ihrer Unterwissenschaften zu verkommen. Die einzige Möglichkeit, die der Autor zur Rettung seines Faches sieht, liegt in der Rückwendung der Literaturwissenschaften hin zur Ästhetik.

³¹⁴ Vgl. dazu allerdings differenzierter als oben dargestellt Franzen, M.: 2011. S. 29.

³¹⁵ Vgl. dazu Hörisch, J.: 1999. S. 111. Nach Buchstein, H.: 1996. S. 590 findet damit eine Umkehrung im Verhältnis von Jugend und Alter in Bezug auf die Rollen von Lehrer und Schüler statt. Der Junge ist nun der Lehrer und der Alte der Schüler. Das hätte wiederum nach Serexhe, B.: 2001. S. 15 zur Folge, dass langsam aber sicher die Tradition verschwindet.

³¹⁶ Darauf wird weiter unten noch eingegangen.

³¹⁷ In dieser Radikalität zu finden bei Kolb, A.: 1998.

aus einer realen Gemeinschaft um ein vielfaches höher sind.³¹⁸ In der pessimistischsten Deutung sind die Neuen Medien ein asozialer Raum seien, in dem der „Reibebaum“ empirischer Realität fehlt³¹⁹ und deshalb Desozialisation stattfindet.³²⁰ Aus ihrer Neuheit erwächst noch kein Vorteil.

Die Diskussionen über die Neuen Medien und deren Verhältnis zur Öffentlichkeit bleiben von diesen Auseinandersetzungen nicht verschont: Von den Befürwortern werden den Neuen Medien ganz neue und bisher noch nicht dagewesene Möglichkeiten als Medium der Öffentlichkeit zugeschrieben. Aus den Massendemokratien des 20. Jahrhundert, die sich nur noch mittels alle paar Jahre stattfindenden Wahlen legitimieren, soll durch die Neuen Medien die Demokratie fast schon in ihrem attischen Sinne wieder aufblühen. Mit dem kleinen aber feinen Unterschied, dass die Versammlungen nun im virtuellen Raum stattfinden und nicht mehr die physische Anwesenheit der Teilnehmer am gleichen Ort voraussetzen. Die Demokratie kann daher nicht mehr in räumlichen Grenzen gedacht werden, beispielsweise durch die Versammlung der Bürger auf einem Marktplatz, sondern muss als Koexistenz der Menschen in der Zeit aufgefasst werden.³²¹ Die Skeptiker hingegen sehen in und durch die Möglichkeiten der Neuen Medien die Krankheiten der modernen Gesellschaft sich in einem und durch ein neues Medium wiederholen und verstärken. Die Neuen Medien zerstören die Verbindung zwischen dem Diskurs und der Handlung, da sie zwischen Kommunikation im virtuellen Raum und der Handlung im realen Raum eine Distanz einführen, so dass virtuelle Kommunikation nicht mehr reale Handlungen nach sich zieht. Im Endeffekt vertuschen die Neuen Medien durch ihre Möglichkeit der Kommunikation die Atomisierung und Isolation hinter den Bildschirmen.³²² Es entstehen lediglich Interessensgruppen, aber keine Gemeinschaften, denn gerade das Entscheidende an der Gemeinschaft, der gemeinsam geteilte Ort, gehe mit den Neuen Medien und ihren Möglichkeiten verloren.³²³ Koexistenz in der Zeit sei daher schön und gut, aber Demokratie beschreibe immer noch ein Verhältnis von Menschen, die einen gemeinsamen Ort teilen. In Anbetracht der Verschiedenheit und Unvereinbarkeit der Positionen kann ein genauerer Blick nicht schaden.

³¹⁸ Weshalb dann, wie Yuan, E. Y.: 2013. S. 666 argumentiert, die Forschung beginnt vom Begriff der Gemeinschaft Abstand zu nehmen und anstelle dessen den Netzwerkbegriff zu verwenden.

³¹⁹ Vgl. dazu Ruckenbauer, H.-W.: 1998. S. 86.

³²⁰ Vgl. dazu beispielhaft Barber, B. R.: 2005. S. 39, der schreibt: "Lolling in your underwear in front of an electronic screen while accessing with dancing fingers the pixels generated by anonymous strangers across the world is not my idea of forging a community of concern or establishing common ground, let alone cementing a trusting friendship."

³²¹ Vgl. dazu Hartley, J.: 2005.

³²² Vgl. dazu Noveck, B. S.: 2000. S. 32.

³²³ Vgl. dazu Graham, A.: 1998. S. 163.

Die bis zum heutigen Tage andauernde Entwicklung der Neuen Medien als Medien der Öffentlichkeit lässt sich entsprechend der Entwicklung aller Technologien, wie weiter oben dargestellt, in drei Phasen unterteilen: Zunächst einmal einer ersten Phase als ein Netzwerk von miteinander verbundenen Universitäten zur Gewährleistung der Kommunikations- und Handlungsfähigkeit der USA bei einem atomaren Angriff von Seiten der UdSSR. Einer zweiten Phase der Kommerzialisierung in der sich die Neuen Medien zum ersten Mal für Technikinteressierte außerhalb der Wissenschaft und des Militärs öffneten, und einer dritten Phase, in der sie Eingang in die Wohnzimmer der Bürger fanden, der Phase der massenhaften Verbreitung. Während die ersten beiden Phasen noch von Enthusiasmus geprägt sind, setzt mit der dritten Phase Ernüchterung ein. Die Hoffnungen in die Neuen Medien als neues Kommunikationsmedium erwachsen aus der ersten Phase; die Entdeckung des Internets als neues Medium der Politik und Öffentlichkeit und der Wiedererweckung des aktiven Bürgers ist auf die zweite Phase zurück zu führen, und die Ernüchterung, dass die Neuen Medien doch nur Medien sind, bei denen es auf ihre Anwendung ankommt, setzt mit der dritten Phase ein.³²⁴

Zu Phase 1: Als eine Kommunikationsstruktur zur Wahrung der Kommunikations- und Handlungsfähigkeit des amerikanischen Militärs bei einem Angriff der UdSSR, war das Internet dezentral angelegt. Der Kommunikationsweg zwischen Sender und Empfänger war nicht linear, sondern netzförmig geregelt, um im Falle eines Ausfalls einer Leitung immer noch Kommunikation gewährleisten zu können. Kommunikation fand immer noch zwischen Sender und Empfänger statt, ihr Weg durch die Leitungen war jedoch nicht mehr vorherbestimmt, weil keine Leitung gegenüber einer anderen bevorzugt wurde. Alle Leitungen existierten gleichberechtigt nebeneinander. In seiner militärischen Nutzung zeigte sich das Internet als ein neues Medium, das fast ohne Einschränkungen Kommunikation über Grenzen und Probleme hinweg ermöglichte. Allerdings beschränkte sich diese Kommunikation im Kontext ihrer militärischen Nutzung, mehr oder weniger im Sinne der Theorie der kommunikativen Handlung, auf eine rein strategische Kommunikation. Sie diente noch nicht dazu, mit dem Gegenüber durch die Verwendung verständnisorientierter Sätze einen Konsens herzustellen, sondern nur um zu gewährleisten, dass Befehle im Krisenfall von A nach B gelangen können. Mit anderen Worten: An dieser Stelle war das diskursive Potential des Internets noch nicht entdeckt worden.

³²⁴ Diese Phaseneinteilung und ihre Beschreibung sind entnommen aus Sassen, S.: 1999. S. 189.

Seine Entdeckung als ein Medium der diskursiven Kommunikation verdankt es dem wissenschaftlichen Kontext, in dem es eingebettet war. Als militärische Kommunikationsstruktur war es durch wissenschaftliche Einrichtungen, wie beispielsweise miteinander verbundene Universitäten, umgesetzt worden. Erst mit der Realisierung in diesem Rahmen machte sich sein Potential als ein Medium des Diskurses bemerkbar, und zwar aus zweierlei Gründen: Erstens war das Internet im Vergleich zu klassischen Medien ein Medium, das durch seine Technik eine echte Kommunikation ermöglichte. Es beschränkte den Sender nicht auf seine Sendefunktion und den Empfänger nicht auf seine Empfängerfunktion. Jeder Wissenschaftler, dessen Universität einen Rechner besaß und an das Netz angeschlossen war, konnte somit sowohl empfangen als auch senden. Es war tatsächlich Kommunikation, die durch das Medium Internet stattfand und die zu der Zeit nur vom Telefon übertroffen wurde. Zweitens sind die Gründe dafür, dass dieses Netzwerk an zusammengeschlossenen Computern im Gegensatz zum Telefon als ein Medium des Diskurses aufgefasst wurde, in der technischen Limitierung der Computer der 70er und 80er Jahre des zwanzigsten Jahrhunderts zu suchen. Die Technik der damaligen Zeit beschränkte die Computer auf die bloße Darstellung und Weiterleitung von Text, sei es aufgrund der zur Verfügung stehenden Bandbreite, Speicherkapazität oder der Geschwindigkeit der Prozessoren. Es konnten keine Musik, Videos oder Bilder übermittelt werden, sondern ausschließlich Texte, und selbst das war aufgrund der beschränkten Bandbreite nur in begrenztem Maße möglich. Die Folge dieser Beschränkung war eine Reduzierung des Textes auf das Wesentliche: Im wissenschaftlichen Kontext mithin auf das Argument.³²⁵ Im Gegensatz zur Kommunikation über das Telefon war „plaudern“ über das Internet nicht möglich. Das Internet als ein Medium, welches nicht nur Kommunikation ermöglicht, sondern sogar noch den Diskurs fördert, verdankt sich demnach der Implementierung seiner Infrastruktur im wissenschaftlichen Kontext.

Es ist folglich falsch, anzunehmen, dass der Diskurs dem Internet aufgrund seiner Struktur schon von Beginn an inhärent gewesen sei.³²⁶ Es musste als eine militärische Kommunikationsstruktur im wissenschaftlichen Kontext realisiert werden, um erst als ein Medium, welches den Diskurs über Grenzen fördert, entdeckt zu werden.

³²⁵ Vgl. dazu Barber, B. R.: 2005. S. 40ff, weshalb er auch der neueren Entwicklung der Neuen Medien in Richtung Multimedialität mit Blick auf die Demokratie kritisch gegenübersteht. Es wird nun möglich, komplexe Daten zu visualisieren, wodurch aber im Gegenzug auch in die Wissenschaft ästhetische Ansprüche Einzug finden. Vgl. dazu Ruppert, E. / Law, J. / Savage, M.: 2013. S. 36.

³²⁶ Vgl. dazu Kleger, H.: 1998. S. 106, der die These aufstellt, dass es eine Ähnlichkeit zwischen der Tiefenstruktur der habermasschen Öffentlichkeit und des Internets gibt.

Die Entdeckung als ein Medium des Diskurses beinhaltet allerdings noch nicht die Idee vom Internet als ein neues Medium zur Befreiung des Bürgers aus den Fängen der Massendemokratie. Dafür musste es zunächst als politisches Medium entdeckt werden, was mit dem Aufkommen der so genannten Hackerkultur während der zweiten Phase, der Verbreitung des Internets unter Technikinteressierten, geschah.

Zu Phase 2: Der Hacker galt in dieser Phase, während der 80er und zu Beginn der 90er Jahre des zwanzigsten Jahrhunderts, als der Inbegriff individueller Freiheit.³²⁷ Er, und hier tatsächlich fast ausschließlich in männlicher Ausprägung, war, zumindest in der Vorstellung einiger seiner Mitmenschen, der „kleine Bürger“, der durch sein Können im Umgang mit der Technik sich selbst in die Lage versetzte, gegen das System aufzubegehren und dieses womöglich sogar in die Knie zu zwingen.³²⁸ Plötzlich war ein Einzelner mit einem selbstgeschriebenen Programmcode in der Lage, ganze Staaten in Bedrängnis zu bringen. Das, vorwiegend männliche, Individuum konnte als Einzelner die Gesellschaft verändern, weil es die Technik mindestens so gut beherrschte, wie es der Staat tat. Ebenso wies die Hackergemeinschaft, die zumindest im Rückblick als eine homogene Gemeinschaft erschien, keine Hierarchien auf und war gegenüber bestehenden Institutionen aufgrund ihrer Kompetenz und damit des Wissensvorsprungs, den sie im Umgang mit der neuen Technologie besaß, hochgradig autonom.³²⁹ Folglich wurde das Potential des Internets als politisches Medium entdeckt.

Mit der Kommerzialisierung der IT-Technologie und der damit einhergehenden Durchdringung der privaten Sphäre des Individuums durch Computer und das Internet wurden die oben beschriebenen Fähigkeiten in abgewandelter Form auf den einzelnen Bürger übertragen.³³⁰ Der Bürger sollte mit dem Internet seiner Vermachtetheit durch das politische System entgegenwirken und die Demokratie verbessern helfen. Es war kein Medium, welches bloß Informationen lieferte, von oben nach unten vermittelte und die Möglichkeit einer Antwort vermissen ließ; es war das erste Kommunikationsmedium, dass im Gegensatz zu Zeitungen, Fernsehen und Radio, eine Kommunikation auch von unten nach oben ermöglichte.³³¹ Geboren war somit die Idee des Internets als das Medium der Öffentlichkeit,

³²⁷ Vgl. dazu Dyson, E. / Gilder, G. / Keyworth, G. / Toffler, A.: 2007. S. 137.

³²⁸ Vgl. dazu Werle, R.: 1999. S. 178.

³²⁹ Vgl. dazu Castells, M.: 2005.

³³⁰ Vgl. dazu Kleinstaub, H. J.: 1999. S. 51. Überhaupt kann Technologie nur dann einen gesellschaftsverändernden Einfluss ausüben, wenn sie zu etwas Privatem wird, die jeder besitzt. Das Internet war nun, wie der Autor weiter ausführt, gerade so ein Medium

³³¹ Vgl. dazu Timofeeva, Y.: 2006. S. 28.

gar als das Medium einer vierten Demokratisierungswelle³³² schlechthin und nicht nur als ein Medium, um gegen den Staat aufzubegehren.

Es begann die euphorische Phase des Internets als das neue Medium der Öffentlichkeit: So sollte es einen Wechsel von der Informations- zur Kommunikationsgesellschaft ermöglichen;³³³ die Öffentlichkeit zu einem durch den Diskurs definierten Raum machen;³³⁴ die Kommunikation zwischen den Bürgern selbst und dem politischen System ermöglichen;³³⁵ die Kosten der Kommunikation senken; durch das theoretisch unendlich große Speichervolumen, welches es ermöglicht, politische Inhalte nicht mehr auf Schlagwörter oder Personen reduzieren zu müssen, Entscheidungen der Politik für den Bürger nachvollziehbarer machen;³³⁶ durch seine Verweisstruktur, dem *Link*, der es ermöglicht, jeder Wendung der politischen Entscheidungsfindung nachzugehen, politische Inhalte in ihrer ganzen Komplexität darstellen;³³⁷ den Bürger überhaupt dazu auffordern und darin fördern aktiv zu werden;³³⁸ ihm neue Möglichkeiten der Versammlung bieten, weil es die Versammlung von der Notwendigkeit der persönlichen Anwesenheit befreite; den Austausch von Argumenten und Gegenargumenten unabhängig von der Anwesenheit der Beteiligten am selben Ort und in der selben Zeit ermöglichen;³³⁹ die bürokratische Organisation als zentrales Institutionenparadigma der Moderne abschaffen;³⁴⁰ die Rahmenbedingungen für eine globale Zivilgesellschaft aufgrund ihres grenzüberschreitenden Charakters stellen;³⁴¹ dem Bürger die Möglichkeiten bieten, die Massenmedien als vierte Gewalt zu betrachten und sich aus deren Perspektive befreien zu können;³⁴² sowie die Bürger dazu befähigen, nicht nur Informationen aufzunehmen, sondern selbst zum Produzenten von Informationen zu werden. Dadurch würden Informationen eine Aktualität gewinnen, die klassische Medien niemals erreichen

³³² Kritisch dazu Ferdinand, P.: 2000(b). S. 1ff.

³³³ Vgl. dazu de Kerckhove, D.: 1999. S. 116, der das am Wandel der verwendeten Begrifflichkeit zur Beschreibung des Internets verdeutlicht. Habe die Informationsgesellschaft sich noch über Metaphern von Maschinen und Muskeln verstanden, geht die Kommunikationsgesellschaft, so der Autor, dazu über sich Anhand von Metaphern mit dem Nervensystem zu begreifen.

³³⁴ Vgl. dazu Bieber, Ch.: 1999. S. 60.

³³⁵ Vgl. dazu Perlot, F.: 2008. S. 95ff.

³³⁶ Vgl. dazu Stromer-Galley, J.: 2000. S. 45ff.

³³⁷ Vgl. dazu Rogg, A.: 2003. S. 140.

³³⁸ Vgl. dazu Negroponte, N.: 1995. S. 70. Keil-Slwaik, R.: 1996. S. 220 spricht von der Interaktivität als Qualitätsmerkmal des Cyberspace'. Rodatz, Ch.: 2005. S. 253 verweist kritisch darauf, dass man gerade aufgrund dieser Interaktivität den surfenden User des 20. mit dem Flaneur des 19. Jahrhunderts vergleichen könnte.

³³⁹ Beispielsweise in Newsgroups. Vgl. dazu Klein, H. K.: 1999. S. 215ff.

³⁴⁰ Vgl. dazu Dyson, E. et. al.: 2007. S. 133.

³⁴¹ Vgl. dazu Marschall, St.: 2000. S. 44.

³⁴² Vgl. dazu Wehner, J.: 2001. S. 96ff.

würden.³⁴³ Überhaupt Informationen: Die vielfältigen Möglichkeiten heute an Informationen heranzukommen, wie beispielsweise dem *Smart-Phone*, das die meisten bei sich tragen, hat den Effekt, dass es heutzutage viel wahrscheinlicher ist, zufällig, unwillentlich oder unbeabsichtigt mit Informationen in Berührung zu kommen.³⁴⁴ Die Anstrengungen, die dafür notwendig sind, Informationen aus dem Weg zu gehen, sind weitaus größer als jene, um sich Informationen zu beschaffen. Ein unaufgeklärter, uninformierter Bürger ist nicht mehr möglich.

Und all diese Hoffnungen schienen begründet: In den USA kamen auf kommunaler Ebene erste Bewegungen auf, welche das Internet als Kommunikationsplattform erfolgreich zur Organisation und zum Informationsaustausch einsetzten.³⁴⁵ In Mexiko hat das Internet mit seinen verschiedenen Kommunikationskanälen, wie beispielsweise Email, Newsgroups oder Foren dazu beigetragen, die Belange der Zapatistenbewegung und die Situation der Chiapas weltweit bekannt zu machen und dadurch die mexikanische Regierung international unter Druck zu setzen.³⁴⁶ In Indonesien half das Internet den Studenten bei ihrer Organisation, ihrer Koordinierung und ihrem Austausch im Widerstand gegen Suharto³⁴⁷ und zu guter Letzt trug es trotz seiner geringen Verbreitung in der Ukraine dazu bei, die Entführung eines Journalisten vor der Vertuschung durch die Massenmedien zu bewahren.³⁴⁸

2.2. Von der demokratischen Hoffnung zum bloßen Medium

Zu Beginn des 21. Jahrhunderts platzte jedoch nicht nur die *New Economy* Blase. Mit der massenhaften Verbreitung und dem Eindringen des Internets in die Wohnzimmer der Bürger Mitte der 90er Jahre vollzog sich langsam ein Wechsel vom Internet als Kommunikationsmedium hin zum Wirtschaftsmedium³⁴⁹ und die dritte Phase setzte ein. Natürlich entstanden und entstehen im Internet noch immer Räume des Diskurses, aber ihr hauptsächlichster Anteil war nun ein ökonomischer Diskurs in Form von Kauf und Verkauf.³⁵⁰ Aus der Utopie des Internets als demokratisches Medium wurde die Realität des Marktes und

³⁴³ Vgl. dazu Forst, I.: 2006. S. 68, der dies am Beispiel von gedruckten und Online-Enzyklopädien darlegt.

³⁴⁴ Vgl. dazu Norris, P.: 2000. S. 15.

³⁴⁵ Dazu gehören die Projekte PEN (Public Electronic Network) und PAN (Seattle Public Access Network). Vgl. dazu Matthias, D.: 2001. S. 305, als auch Borgida, E. / Sullivan, J. L. et. al.: 2002. Letztere weisen allerdings darauf hin, dass bei den zwei von ihnen untersuchten Städte in den USA, Grand Rapids und Detroit Lakes, die Nutzung des Internets als bürgerschaftliches Medium stark vom bereits unabhängig vom Internet bestehenden bürgerschaftlichen Engagement abhängig war.

³⁴⁶ Vgl. dazu Ferdinand, P.: 2000(b). S. 11.

³⁴⁷ Vgl. dazu Hill, D. T.: 2000.

³⁴⁸ Vgl. dazu Krasnoboka, N. / Semetko, H. A.: 2006.

³⁴⁹ Vgl. dazu Holderness, M.: 1998. S. 35.

³⁵⁰ Vgl. dazu Sparks, C.: 2001. S. 90.

seiner Konsumenten. Der neu entdeckte Netzbürger wurde durch den Konsumenten ersetzt, dem es nicht mehr um die neuen Möglichkeiten der Ausübung seiner bürgerlichen Pflichten ging, sondern lediglich um seine Rechte als Konsument.³⁵¹ Die Euphorie über das Internet als neues Medium der Öffentlichkeit und allgemeiner als neues Medium der Demokratie wich mehreren Ernüchterungen, die verschiedene Aspekte betrafen:

1. Alte und Neue Medien: Die erste Ernüchterung besteht in der Erkenntnis, dass die Neuen Medien gar nicht in der Lage sind, die alten Medien gänzlich zu verdrängen und zu ersetzen. Alte und Neue Medien ergänzen sich vielmehr.³⁵² Das gilt insbesondere für jüngere Nutzer, die genau wissen, was sie von welchem Medium wollen und erwarten können.³⁵³ Es zeigt sich, dass vieles, was in den Neuen Medien thematisiert wird, aus den massenmedialen Diskursen stammt.³⁵⁴ Es setzt sich die Erkenntnis durch, dass nur Themen, Positionen und Argumente in den Neuen Medien an Relevanz gewinnen, die auch schon in der realen Welt Relevanz besitzen. Die Neuen Medien selbst, so die Schlussfolgerung, können demnach gar keine neuen Themen, Argumente und Positionen hervorbringen, sondern allenfalls bereits bestehende vertiefen. Den bereits bestehenden Massenmedien eröffnet sich ein weiterer Kanal, durch den sie ihre Medienmacht ausüben können. Alternative Medien bleiben aufgrund ihrer Größe fast unsichtbar oder ihre Themen finden eine Zweitverwertung durch größere und etablierte Medien.³⁵⁵ Deshalb ist der Glaube daran, dass die Neuen Medien dem Bürger es ermöglichen nach unabhängigen Informationen zu suchen, vielleicht theoretisch gegeben, realistisch gesehen jedoch ein Irrglaube.³⁵⁶
2. Subjektivität und Aktualität von Informationen: Nun mögen die alten Massenmedien ihre Stellung aus der realen in die virtuelle Welt übertragen haben, doch die Neuen Medien als Kommunikationsmedien bieten jedem Einzelnen die Möglichkeit selber Themen, Meinungen, Positionen und Informationen zu produzieren und aus dem Schatten medialer Berichterstattung herauszutreten. Anstelle des eingebetteten Journalisten, schon aus seiner Profession heraus der immer eine gewisse Distanz zum

³⁵¹ Vgl. dazu Hurwitz, R.: 2005. S. 102.

³⁵² Vgl. dazu Plake, K. / Jansen, D. / Schuhmacher, B.: 2001. S. 90.

³⁵³ Vgl. dazu Schuegraf, M.: 2006.

³⁵⁴ Vgl. dazu Donges, P. / Jarren O.: 1999. S. 97. Und allgemeiner zur Konvergenz von On- und Offline-Medien vgl. Meckel, M.: 1999. S. 240.

³⁵⁵ Vgl. dazu Sandoval, M. / Fuchs, Ch.: 2010. S. 143.

³⁵⁶ Vgl. dazu Stromer-Galley, J.: 2000. S. 37ff.

Gegenstand seiner Berichterstattung wahren muss und damit eine gewisse Objektivität gewährleistet, tritt der betroffene Bürger als Berichterstatter auf. Es eröffnen sich ganz neue Blickwinkel durch die Subjektivität des Berichtenden.³⁵⁷ Das Problem ist dabei nicht die Subjektivität der Berichterstattung, wie auf den ersten Blick angenommen werden könnte. Auch journalistische Beiträge sind subjektiv, werden jedoch dadurch, dass sie beispielsweise in einer Nachrichtensendung veröffentlicht werden, als objektiv definiert.³⁵⁸ Das Problem ist eher, dass mit den Neuen Medien zu der Subjektivität noch die Aktualität hinzukommt: Alte Massenmedien haben, trotz all ihrer Schwächen, noch eine gewisse Filterfunktion erfüllt und konnten durch ihre hervorgehobene Stellung Themen, Positionen, Argumente und Informationen im politischen Raum filtern und einordnen. Anders formuliert, sind alte Medien langsam, diese Langsamkeit hat jedoch den Vorteil, dass nicht alles veröffentlicht wird, was veröffentlicht werden könnte. Im Gegensatz dazu fehlt den Neuen Medien diese Langsamkeit. Ein Kommentar auf Twitter ist schneller gesetzt als ein Zeitungsartikel und ein Bild bei Instagram schneller gepostet als ein Beitrag im Fernsehen. Damit ermöglichen Neue Medien nicht nur die schnellere Veröffentlichung, sondern sie nötigen ihre Nutzer gar dazu, sobald ihnen etwas zugestoßen ist, sie etwas gelesen, gesehen oder gehört haben, es zu veröffentlichen. Alles was geäußert werden kann, wird auch geäußert.³⁵⁹

Eine Folge dieser Entwicklung ist, dass eine Umkehrung der Halbwertszeit von Informationen stattfindet. Wurde bisher noch davon ausgegangen, dass Informationen ihren Nachrichtenwert mit ihrem Erscheinen verlieren, gewinnen sie in den Neuen Medien erst mit der Zeit an Wert.³⁶⁰ Erst wenn sie nicht von anderen widerlegt wurden, können sie als Information durchgehen, davor sind sie nur Spekulation.³⁶¹ In Anbetracht der Tatsache, dass alles erst einmal geäußert aber nichts gefiltert wird,

³⁵⁷ Zum Zusammenspiel von Subjektivität und Objektivität in der Berichterstattung im Internet am Beispiel des Molukkenkonfliktes vgl. Bräuchler, B.: 2005. S. 339.

³⁵⁸ Vgl. dazu Delli Caprini, M. X. / Williams, B. A.: 2001. S. 167.

³⁵⁹ Vgl. dazu Meyrowitz, J.: 2002. S. 196, der dieses Problem anhand des Vergleiches von Briefen und elektronischen Kommunikationsmitteln verdeutlicht. Weil, so sein Argument, handschriftlich verfasste Briefe nicht die Möglichkeit einer sofortigen Antwort und des sofortigen gelesen werden boten, war es notwendig bestimmte Ereignisse aus dem Alltag auszuwählen oder sich allgemeiner zu halten. Hingegen nötigen Neue Medien, dadurch, dass sie sofort beantwortbar und lesbar sind, auch alles im Augenblick seines Geschehens zu veröffentlichen.

³⁶⁰ Vgl. dazu Simanowski, R.: 2007. S. 221.

³⁶¹ Als Beispiel dafür, wie sich diese Umkehrung der Logik durch die Erfindung des Newstickers auch im Journalismus vollzieht vgl. Niggemeier, St.: <http://www.faz.net/aktuell/feuilleton/medien/stefan-niggemeier-ueber-live-ticker-12859289.html> Zugriff am 25.03.2014.

verlieren die Informationen in ihrer Masse somit an Bedeutung. Zunächst fördert das Zusammenspiel von Subjektivität und Aktualität somit Spekulationen ohne großen Nachrichtenwert.

Die andere Folge des Zusammenspiels von Subjektivität und Aktualität ist, dass in der Masse des Geäußerten, das, was der Einzelne äußert, fast gänzlich verschwindet. Die Möglichkeit der Artikulation birgt eben nicht automatisch die Möglichkeit, gehört zu werden.³⁶² Je mehr sich äußern können, desto schwieriger wird es für den Einzelnen sich Gehör zu verschaffen. Der angeblich offene Diskursraum Neue Medien verkommt zur Anarchie der Meinungen.³⁶³ Vor allem jene Bereiche der Neuen Medien, die dann nicht von klassischen Massenmedien beherrscht werden, verkommen zu Räumen der Spekulation. Diese Nachteile werden in Kauf genommen. Denn der Informationsvorsprung vor Anderen, d. h. die Aktualität ist wichtiger,³⁶⁴ auch wenn es sich dabei zunächst einmal immer nur um Spekulationen handelt. Das Problem liegt also weder bei der Subjektivität, noch der Aktualität allein, sondern in der Kombination beider durch die Neuen Medien.

3. Selektivität von Informationen: Wie bereits ausgeführt, kam mit den Neuen Medien auch die Hoffnung auf, dass die unterschiedlichsten Nachrichten und Informationen für jeden zugänglich werden und ein neuer aufgeklärter Bürger entsteht, der aufgrund der ihm zur Verfügung stehenden Möglichkeiten, ein Thema differenziert und aus verschiedenen Gesichtspunkten betrachtet. Die Öffentlichkeit sollt damit endlich zu dem Ort werden, an dem der Bürger nicht bloß mit seinen eigenen Problemen und Meinungen beschäftigt ist, sondern an dem sich ihm auch andere Perspektiven und Meinungen eröffnen.³⁶⁵ Das Gegenteil ist jedoch eingetreten: Die Fragmentierung und Pluralität der Nachrichten und Informationen in den Neuen Medien hat nicht zu einer größeren Bandbreite an Perspektiven bei ein und demselben Bürger geführt. Viel eher lässt sich das Phänomen beobachten, dass die Menschen sich nur noch mit Informationen und Nachrichten konfrontieren, die ihnen zusagen.³⁶⁶ Neue Medien

³⁶² Vgl. dazu Noveck, B. S.: 2000. S. 19. Anstelle von Demokratie, so der Autor, „the internet seems to be creating a hyper-speed cacophony of dissonant shouting voices.“ Interessantweise ein Sachverhalt, den Tocqueville schon für die freie Presse festgestellt hatte. Er plädierte für die freie Presse, sah allerdings in der Möglichkeit der freien Presse jede Meinung kundzutun, die Gefahr, dass die Meinung an Wert verliert. Was entweder dazu führe, dass Bürger Meinungen glauben ohne genaues darüber zu wissen oder nicht wissen, was sie glauben sollen. Vgl. dazu Tocqueville in der Interpretation von Maletz, D. J.: 2001. S. 467.

³⁶³ Vgl. dazu Barber, B. R.: 2005. S. 43.

³⁶⁴ Vgl. dazu Maresch, R.: 1999. S. 135.

³⁶⁵ Vgl. dazu Peters, B.: 1994(b). S. 59.

³⁶⁶ Vgl. dazu Entman, R. M. / Bennett, W. L.: 2001. S. 473.

mögen das Spektrum an Informationen und Nachrichten, die zur Verfügung stehen, in einem bisher noch nicht dagewesenen Maße erweitern, aber das Mehr an Informationen und Nachrichten, welche bis zum Bürger durchdringen, ist dafür weniger unterschiedlich und ähnelt sich gar. Die Neuen Medien erweitern nicht die Perspektive der Bürger, ganz im Gegenteil, sie erleichtern es ihm seine eigene, individuelle Meinung mit noch mehr Informationen und Nachrichten anzureichern und zu untermauern.³⁶⁷ Der Einzelne sucht sich dann immer nur das heraus, was ihn in seiner Meinung bekräftigt und blendet andere aus. Hier ist schon die Nachrichten- und Informationsauswahl von der eigenen Meinung motiviert.³⁶⁸ Die Meinungsbildung erfolgt nicht auf Grundlage der Nachrichten und Informationen, sondern die Nachrichten- und Informationsauswahl erfolgt aufgrund der Meinung. Die Neuen Medien werden daher zu „Echoräumen“ der eigenen Meinung.³⁶⁹ Sie spannen damit nicht einen habermasschen Diskursraum auf, in dem die Nutzer nach einem Konsens mit den anderen Nutzern streben, eher fördern sie noch die Gegnerschaft.³⁷⁰ Hinzu kommt noch, dass softwareseitig dieses Verhalten unterstützt wird.³⁷¹

Diese selektive Informations- und Nachrichtenwahrnehmung durch den Einzelnen unterstützt durch Software, führt nicht zu einem für jede Meinung offenen und kompromissbereiten Bürger, sondern zu einer Verfestigung der je eigenen, individuellen Meinung und trägt damit zur Polarisierung des politischen Raumes bei.³⁷² Wir mögen demnach in einer Epoche leben, in der Nachrichten und Informationen eine große Rolle spielen, aber der Effekt dieser auf die Meinung der Bürger ist nur gering.³⁷³ Sie verfestigen ihn nur in seiner Meinung, weil er sie nur selektiv wahrnimmt, statt durch sie sich andere Perspektiven auf das Thema anzueignen.

4. Technikkompetenz und digitaler Analphabetismus: In Anbetracht der Masse an Geäußertem kommt es nun nicht mehr auf die Frage an, ob Zugang zu Informationen besteht, diese sind ja im Überfluss vorhanden, sondern es stellt sich vielmehr die

³⁶⁷ Vgl. dazu Dahlgren, P.: 2001. S. 48.

³⁶⁸ Vgl. dazu Bennett, W. L. / Iyengar, Sh.: 2008. S. 724.

³⁶⁹ Vgl. dazu Chadwick, A.: 2006. S. 110.

³⁷⁰ Vgl. dazu Bakardjive, M.: 2012. S. 1363, die diese Entwicklung allerdings eher positiv sieht, weil dadurch die Nutzer überhaupt erst einmal von anderen Meinungen Notiz nehmen.

³⁷¹ Wie es Buchstein, H.: 1996. S. 599 in weiser Voraussicht bereits 1996 meinte.

³⁷² Vgl. dazu Bennett, W. L. / Iyengar, Sh.: 2008. S. 720.

³⁷³ Ebd. S. 725.

Frage, wie all diese Informationen vom Einzelnen organisiert werden sollen.³⁷⁴ Oder anders gesagt: Es grenzt an ein Wunder, dass die Informationsgesellschaft noch nicht kollabiert ist, wir also trotzdem noch Informationen produzieren, filtern und finden können. Dass all dies noch möglich ist, also kein pures, sondern geordnetes Chaos herrscht, ist der immer besseren Hardware und Software zu verdanken. Sie erlaubt es dem Bürger, durch die richtige Anwendung, aus der Masse an Inhalten eine Ordnung herzustellen.³⁷⁵ Wenn dem so ist, dann sind jedoch die Neuen Medien nicht ein frei zugänglicher Raum. Es kommt auch in diesem Kontext erneut auf den Einzelnen und seine Kompetenz an, wobei diese nun aber nicht mehr nur aus der Medienkompetenz³⁷⁶ bestehen, sondern auch Technikkompetenz beinhalten muss.³⁷⁷ Bevor der Einzelne überhaupt in die Lage kommt, verschiedene Quellen aufzusuchen oder sich selbst durch die Neuen Medien zu artikulieren, muss er zunächst einmal über die Fähigkeit verfügen, die Technik zu bedienen. Es gilt also nicht mehr die alte Weisheit „Wissen ist Macht“; richtig ist vielmehr „Wissen über Wissen ist Macht“.³⁷⁸ Es kommt noch nicht einmal mehr darauf an, die Information zu haben, sondern nur noch zu wissen, wie die Information erworben werden kann.³⁷⁹ Zur Medienkompetenz, verstanden als die Fähigkeit zum kritischen Umgang mit Medien, auf die es in den Neuen Medien verstärkt ankommt, weil ein filternder Mechanismus fehlt, kommt noch die Technikkompetenz, verstanden als die Voraussetzung zur Nutzung der Neuen Medien als neue Technologie, hinzu. Die Anforderungen an den Bürger steigen.³⁸⁰ Die Folge ist eine neue Form des *digital divide*.

5. *Digital Divide*: In seinen Anfängen wurde mit dem *digital divide* auf eine materielle Schieflage bezüglich der unterschiedlichen Verfügbarkeit von Hardware für Arme und Reiche verwiesen. Die unteren Schichten waren nicht in der Lage, die hohen Kosten für die Anschaffung eines Computers und eines Internetzugangs aufzubringen. Die

³⁷⁴ Vgl. dazu Nadl, N. / Reinmann-Rothmeier, G.: 1998.

³⁷⁵ Vgl. dazu Jordan, T.: 1999. S. 120ff.

³⁷⁶ Zur Medienkompetenz in Bezug auf das Internet vgl. Sui, D. Z.: 2000. S. 108, sowie Rogg, A.: 2003. S. 157ff, sowie Harth, Th.: 2000(a). S. 173ff, als auch Langford, D.: 1998.

³⁷⁷ Die Technikkompetenz ist gewissermaßen die Voraussetzung für die Medienkompetenz. Vgl. dazu Wirth, W.: 2001. S. 399, der vom Strukturierungs- bzw. Organisationsproblem von Informationen spricht.

³⁷⁸ Wie Neverla, I.: 2001. S. 42 meint.

³⁷⁹ Vgl. dazu Rauch, W.: 1998. S. 51ff.

³⁸⁰ Das soll jedoch nicht heißen, dass es zuallererst auf die Technikkompetenz ankommt, wie Siedschlag, A. / Rogg, A. / Welzel, C.: 2002. S. 15 betonen. Des Weiteren muss berücksichtigt werden, dass dieser Einwand mit der Zeit immer weniger zutreffen wird, da schon heutige Generationen mit der Technologie und ihrer Benutzung aufwachsen.

höheren Schichten waren im Internet überrepräsentiert.³⁸¹ Auf den *digital divide* in materieller Hinsicht auf nationaler Ebene hinzuweisen, macht allerdings heute, im Angesicht von Flatrates und erschwinglicher Hardware, keinen Sinn mehr, und verliert auch auf internationaler Ebene an Bedeutung. Dafür nimmt der *digital divide* einen neuen Charakter an: Den zwischen Produzenten und Konsumenten von Inhalten. Der neue *digital divide* äußert sich dann in den Unterschieden zwischen einer Elite, die Inhalte produziert, einer konsumierenden Klasse, die nur konsumiert und einer kleinen Schicht, die *offline* ist.³⁸² Ernüchternd ist nicht nur die Tatsache, dass dadurch eine Zugangsbeschränkung zum Internet als Medium der Öffentlichkeit entsteht, sondern auch und vor allem die Tatsache, dass Demokratie und Öffentlichkeit nicht, wie in den Pionierjahren dieser Technologie noch angenommen wurde, schon in der Struktur des Internets verankert sind. Es kommt einmal mehr auf den Bürger, seine Fähigkeiten, seinen Willen, seine Bildung und seinen sozialen Kontext an.

6. Herrschaft: Es stellt sich heraus, dass das Internet nicht ein *per se* herrschaftsfreier Raum ist, wie am Anfang noch gehofft wurde. Es wurden verschiedene Möglichkeiten entdeckt, Herrschaft über den Einzelnen auszuüben. So beispielsweise die verschiedenen Benutzergruppen in einem Betriebssystem, die dem Administrator alle Rechte geben und dem Gast fast keine.³⁸³ Andere Herrschaftsinstrumente sind beispielsweise *Links*, in die viele Hoffnungen gesteckt wurden. Aber gerade weil sie auf andere und weiterführende Gedanken, Positionen, Argumente usw. verweisen, bestimmen sie die Möglichkeiten des Anwenders. Mit der bewussten Setzung oder Nicht-Setzung von *Links* werden Gedankengänge, Argumentationsstränge und Diskursräume eröffnet oder ausgespart.³⁸⁴ Der Diskurs ist demzufolge zu einem großen Teil dadurch definiert, welche *Links* angegeben und welche ausgelassen werden. Da kein Zwang besteht, sie anzugeben, können gezielt andere, unliebsame Meinungen außen vor gelassen werden, während wiederum auf andere verlinkt werden kann, die dadurch überhaupt erst sichtbar werden.³⁸⁵

Eine andere Quelle der Herrschaft über den Bürger wurde im Programmierer und dessen geschriebenem Programmcode entdeckt. Der Programmierer definiert mit

³⁸¹ Vgl. dazu allgemein Buchstein, H.: 1996. S. 591, sowie speziell auf Deutschland bezogen Rogg, A.: 2003. S. 151.

³⁸² So schon formuliert zum Ende der 1990er Jahre von Aurigi, A. / Graham, St.: 1998. S. 57ff

³⁸³ Vgl. dazu Schaap, F.: 2006. S. 235.

³⁸⁴ Foot, K.: 2006. S. 88 spricht von Websphären, die durch das Angeben von *Links* kreiert werden.

³⁸⁵ Vgl. dazu Bieber, Ch.: 1999. S. 40.

seinem Programmcode die Möglichkeiten des Nutzers. Er gibt dem Nutzer überhaupt erst die technischen Möglichkeiten, die er als neu gewonnene Freiheit meint zu besitzen. Beispielsweise üben Computerspiele und deren Programmierer Herrschaft über den Spieler aus, weil sie Welten kreieren und die Handlungen des Spielers in diesen Welten vorgeben. Sie vermitteln Ideologien.³⁸⁶

Auch sind die Neuen Medien in einigen Bereichen von einer Tyrannei der Mehrheit bestimmt, die sich am deutlichsten bei der Benutzung von Google äußert. Googles Suchalgorithmus basiert hauptsächlich auf der Anzahl der Verlinkungen, die eine Seite durch andere Seiten erhalten hat. Je mehr Verlinkungen durch andere Seiten stattfinden, desto weiter oben wird sie auch in der Ergebnisliste angezeigt. Die Relevanz einer Seite zu einem Thema geht hier nicht von ihrer Qualität aus, sondern in erster Linie von der quantitativen Verlinkung durch Andere.³⁸⁷ Jene Seiten, die kaum Verlinkungen aufweisen können, finden sich dann weiter hinten und entziehen sich der Aufmerksamkeit des Users. Die Mehrheit bestimmt was relevant ist und was nicht.

7. Ideale Sprechsituation: Und auch die Hoffnung in die Neuen Medien, dass sie eine ideale Sprechsituation ermöglichen, weil sich die Nutzer vornehmlich in der Anonymität bewegen, verflog. Es stellte sich heraus, dass die Neuen Medien ein durch und durch sozialisierter Raum waren, in dem Hierarchien zu finden sind,³⁸⁸ dass Teilnehmer bewusst aus einer Diskussion ausgeschlossen werden ohne dabei aus dem Forum, dem Chatraum oder der Newsgroup entfernt zu werden,³⁸⁹ und dass Bestrafungen stattfinden, die zum Teil an mittelalterliche Formen des an-den-Prangerstellen erinnern.³⁹⁰ Zu guter Letzt wurde auch noch festgestellt, dass es gerade, weil es in den Neuen Medien keinen „Reibebaum“ empirischer Realität gibt, das soziale Kapital, welches die Einzelnen über die Zeit in ihrem Onlinespiel, Chatraum oder Forum erwerben können, als im realen Leben.³⁹¹

Der abklingenden Euphorie und den oben angedeuteten Ernüchterungen folgte ein Perspektivenwechsel: Die Möglichkeiten der Neuen Medien als Medium der Partizipation und Öffentlichkeit traten in den Hintergrund und die Neuen Medien als Zeichen der Modernität

³⁸⁶ Vgl. dazu Zweck, A.: 1993. S. 71.

³⁸⁷ Vgl. dazu Palm, G.: 2004. S. 166ff.

³⁸⁸ Beispielsweise in Onlinespielen wie Reid, E.: 1999. S. 131 darstellt.

³⁸⁹ Beispielsweise in Form von ignoriert werden. Vgl. dazu Williams, K. D. et. al.: 2002. S. 76.

³⁹⁰ Vgl. dazu Reid, E.: 1999. S. 120, als auch Mitchell, W. J.: 1996. S. 163.

³⁹¹ Vgl. zum sozialen Kapital im Internet Lessig, L.: 2002. S. 202.

des Staates,³⁹² als Effizienzsteigerung der Verwaltung³⁹³ und als kostensparendes Medium politischer Kampagnen traten nun ins Zentrum.³⁹⁴ Aus der euphorischen Idee der so genannten *e-governance* der Enthusiasten wird die nüchterne Idee des *e-government*.³⁹⁵ Aus dem Medium des Bürgers wird das Medium des Staates und seiner Organe, die nach Bürgernähe streben.³⁹⁶

Die Hoffnung, dass die Neuen Medien allein dadurch, dass sie die Kosten der politischen Beteiligung senken, automatisch zu einem Instrument partizipatorischer Demokratie werden, wurde enttäuscht. Es stellte sich eher heraus, dass die Neuen Medien obwohl sie ein neues Medium sind, trotzdem bloß ein weiteres Medium sind, dass bestehendes nur verstärkt, aber der Sache keine neue Qualität durch seine bloße Verwendung hinzufügt.³⁹⁷ Es fördert nur schon Vorhandenes. Gerade Projekte auf kommunaler Ebene, die durch die Nutzung der Neuen Medien verstärkt wurden, zeigten, dass die Neuen Medien nur denjenigen, der schon engagiert war, in seinem Engagement bestärkten aber denjenigen, der sowieso nicht teilnahm, nicht dazu bewegen konnten aktiv zu werden.³⁹⁸ Es zeigte sich, dass über weite Distanzen stattfindende Kommunikation schön und gut ist, dass es aber in der Demokratie gerade auf die kleinen Distanzen ankommt.³⁹⁹ So mögen die Neuen Medien, wie alle anderen Medien in der Geschichte auch, wie beispielsweise Sprache oder Schrift, sich von der Ebene des konkreten, einzelnen Menschen gelöst und dadurch neue Möglichkeiten eröffnet haben, die den Handlungsraum und Erlebnishorizont des einzelnen Menschen übersteigen.⁴⁰⁰ Aber gerade dadurch arbeiten sie dem Streben der diskursiven Öffentlichkeit, jeden Einzelnen wieder in die Demokratie einzugliedern, entgegen. Und selbst die grenzenlose Kommunikation als angeborene Eigenschaft der Neuen Medien wurde widerlegt. Auch in den Neuen Medien

³⁹² Vgl. dazu Donges, P. / Jarren, O.: 1999. S. 95, als auch Kuhn, F.: 2006. S. 113. Vor allem auf kommunaler Ebene sollte die Internetpräsenz als Ausweis eigener Modernität gelten.

³⁹³ Beispielsweise durch Vernetzung, Automatisierung oder aber auch durch die Möglichkeit der Anfertigung einer elektronischen Steuererklärung über das Internet. Vgl. dazu Faltis, G. M.: 2004. S. 60ff.

³⁹⁴ Aber auch diese Annahme musste mit der zunehmenden Multimedialität, mit dem Aufkommen von Bildern, Filmen und Tönen im Internet zurückgenommen werden, da die Produktion von Multimedialinhalten weitaus kostspieliger ist als die Produktion von bloßen Texten. Vgl. dazu Ferdinand, P.: 2000(a).

³⁹⁵ Zur Unterscheidung von *e-government* und *e-governance* vgl. Kalathil, Sh.: 2006. S. 275.

³⁹⁶ Vgl. dazu Rilling, R.: 1997.

³⁹⁷ Vgl. dazu Perlot, F.: 2008. S. 30.

³⁹⁸ Vgl. dazu am Beispiel des Minnesota *E-Democracy* Project Jensen, J. L.: 2006. Sowie für die Countryside Alliance Lusoli, W. / Ward, St.: 2006. Beide Autoren geben für beide Projekte an, dass Bürger, welche schon engagiert waren, durch das Internet in ihrem Engagement noch verstärkt wurden, aber nicht besonders viele nicht-engagierte gewonnen werden konnten.

³⁹⁹ Vgl. dazu Haywood, T.: 1998. S. 26 oder wie es Mitchell, W. J.: 1996. S. 25ff, formuliert: Dank des Internets kann man benachbart, aber nicht verbunden sein, genauso wie man verbunden, aber nicht benachbart sein kann.

⁴⁰⁰ Wie es Willke, H.: 2001. S. 126 noch euphorisch formuliert.

können der grenzenlosen Kommunikation Grenzen gesetzt werden, beispielsweise durch einen Staat, der bestimmte und unliebsame Inhalte zensiert.⁴⁰¹

Es zeigt sich, dass der Idee der Neuen Medien als neues Medium der Öffentlichkeit eine falsche Annahme zugrunde liegt: Die Annahme, dass der Mangel an öffentlicher Teilhabe und Teilnahme auf die technischen Beschränkungen der alten Massenmedien zurückzuführen sei. Es wird davon ausgegangen, dass der Bürger aufgrund mangelnder Technologie und Möglichkeiten zur Kommunikation mit dem politischen System nicht an der Gesellschaft teilnimmt.⁴⁰² Was sich jedoch herausstellt ist, dass die Neuen Medien ebenfalls nur ein weiteres Medium sind, die nicht alleine schon durch ihre Möglichkeiten eine qualitative Steigerung der Öffentlichkeit mit sich bringen, sondern es wieder einmal auf den Bürger und seine Verwendung des Mediums ankommt. Aus der bloßen Quantität der Informationen und Möglichkeiten entsteht noch keine neue Qualität der Information.⁴⁰³ Die Neuen Medien werden daher weder ein neues Zeitalter attischer Demokratie anbrechen lassen, noch die repräsentative Demokratie gänzlich verändern. Jene Ansätze, die solche Thesen aufstellen, reduzieren das Konzept „Demokratie“ auf die bloße Technologie.⁴⁰⁴ Was es allenfalls durch seine technischen Möglichkeiten leisten kann, ist, dem Bürger demokratierelevantes Verhalten, wie beispielsweise den Austausch von Argumenten oder die Toleranz näherzubringen, also als Medium politischer Bildung zu fungieren.⁴⁰⁵ Das Potential der Neuen Medien als Medium der Öffentlichkeit ist das Potential des Bürgers als politisches Subjekt. Als ein Medium hat es bloß die Stärken und die Schwächen verstärkt.⁴⁰⁶ Es kam die berechtigte Vermutung auf, dass die Unzufriedenheit der Bürger gar nicht auf die mangelnden Möglichkeiten zur Partizipation zurückzuführen sei, sondern auf der Unzufriedenheit mit ihren Repräsentanten beruht.⁴⁰⁷

⁴⁰¹ Vgl. dazu beispielhaft für den Fall China Deibert, R. J.: 2002.

⁴⁰² Vgl. dazu Siedschlag, A. / Rogg, A. / Welzel, C.: 2002. S. 35.

⁴⁰³ Vgl. dazu Kersting, W.: 1999. S. 22. Vgl. dazu auch Palm, G.: 2004. S. 90. Er bringt hier das schöne Beispiel der Hyperfiktio und des *Zapping* im Fernsehen. Die Hyperfiktio besagt, dass die *Links* im Internet, dadurch dass sie immer neue Anknüpfungspunkte bieten, dem Leser erlauben, seine eigenen hoch individuellen Narrationen zu formulieren. Dieses Surfen vergleicht der Autor nun mit dem *Zapping* des Fernsehzuschauers durch die Programmauswahl und merkt an, dass genauso wenig wie das *Zapping* eine sinnstiftende Montage aus Filmausschnitten generiert, Klicks auf *Links* schon eine narrative Erzählung generieren.

⁴⁰⁴ Vgl. dazu Leggewie, C.: 1998. S. 16ff.

⁴⁰⁵ Zum Internet als Medium der politischen Bildung siehe Harth, Th.: 2000(a). S. 43.

⁴⁰⁶ Vgl. dazu Kersting, W.: 1999. S. 25.

⁴⁰⁷ Vgl. dazu Brandenburg, H.: 2006.

Die Neuen Medien mögen im Gegensatz zu anderen technischen Errungenschaften unsere Moral und Ethik berühren,⁴⁰⁸ als Medium bestimmen sie jedoch ebenso wenig wie jedes andere Medium, wofür sie letztlich verwendet werden.⁴⁰⁹ Es liegt beim Nutzer selbst, wie er sie nutzen möchte und was für Neue Medien er haben möchten. Als Medium sind die Neuen Medien wie jedes andere Medium auch: Ein lose gekoppeltes Substrat, das immer wieder neu zu einer festen Form zusammengesetzt werden kann, um Informationen zu fixieren, das Gedächtnis und die Reichweite der Kommunikation zu erweitern, mit dem Ziel, die Unwahrscheinlichkeit der Kommunikation zu senken oder, wie beispielsweise im Falle des Terrorismus, die Unwahrscheinlichkeit, gar die Unmöglichkeit der Kommunikation, so paradox es klingen mag, durch ein Medium der Kommunikation aufzuzeigen.⁴¹⁰

Daran hat auch der *Arabische Frühling* nichts geändert. Noch einmal erhielt die Diskussion um die Neuen Medien als ein Medium der Demokratie mit dem *Arabischen Frühling* an Schwung. Mit ihr wurde der politikwissenschaftliche Diskurs über die Persistenz autokratischer und diktatorischer Regime quasi über Nacht vor Entwicklungen gestellt, die er nicht erklären konnte. Eine Revolution in Tunesien und ihre Fortsetzung in Ägypten zu erklären, wäre vielleicht noch möglich gewesen, aber das eine ganze Region von einem Frühling ergriffen wird, stellte die bisherige Forschung vor ein Rätsel. Die Lösung schien in den Neuen Medien zu liegen und Begriffe wie *Twitter-* oder *Facebook-*Revolution kamen auf. Weil, so die Argumentation,⁴¹¹ der *Arabische Frühling* voneinander so unterschiedliche Gesellschaften ergriff und in kürzester Zeit zum Umsturz einiger seit Jahrzehnten etablierter Diktaturen führte, musste es einen gemeinsamen Nenner geben: Die Neuen Medien. Gerade weil alle anderen Erklärungsversuche gescheitert sind, muss der *Arabische Frühling* hauptsächlich auf die Neuen Medien zurückzuführen sei. Die Neuen Medien wären dasjenige, das alle diese Gesellschaften gemeinsam hätten.⁴¹² Sie verursachten jene Erscheinungen, die mit dem *Arabischen Frühling* betitelt werden.⁴¹³ Es mag keine Twitter- oder Facebook-

⁴⁰⁸ Vgl. dazu Rauch, W.: 1998. Der Autor bringt hier das Beispiel des Autos als technische Errungenschaft. Für das Auto gilt immer noch das Gebot „Du sollst nicht töten!“. Aber in wie weit gilt dieses Gebot noch für eine virtuelle Person, für eine Computerfigur?

⁴⁰⁹ Vgl. dazu Kubicek, H.: 1998. S. 57. Vgl. dazu auch Palm, G.: 2004. S. 49 für den jedes Medium nur in Abhängigkeit zu seinem Gebrauch verstanden werden kann.

⁴¹⁰ Zum Potential des Internets als Medium des Terrorismus vgl. am Beispiel von Nordirland Reilly, P.: 2006. Für das Beispiel der Hisbollah und allgemeiner der Bedeutung des Internets für terroristische Organisationen vgl. Conway, M.: 2006. Für die Beispiele von Taliban und Neonazis vgl. von Chroust, P.: 2007. Der Autor weist auf den interessanten Sachverhalt hin, dass paradoxerweise, obwohl rechte Flügel des politischen Raumes auf nationale Grenzen verweisen, diese im Internet auch bei Ihnen an Bedeutung verlieren, um den Austausch mit Gleichgesinnten über nationale Grenzen hinweg zu fördern.

⁴¹¹ Hier beispielhaft dargelegt an Howard, Ph. N. / Hussain, M. M.: 2013.

⁴¹² Ebd. S. 24.

⁴¹³ Ebd. S. 118.

Revolution stattgefunden haben und die Ergebnisse des *Arabischen Frühlings* mögen in den unterschiedlichen Gesellschaften unterschiedlich ausgefallen sein, dass aber überhaupt solch eine Bewegung aufkam, sei hauptsächlich auf die Neuen Medien zurück zu führen.⁴¹⁴ Erst sie hätten eine Infrastruktur bereitgestellt, die nicht nur in den einzelnen Gesellschaften soziale Bewegungen förderte, sondern auch, dass soziale Bewegungen über Grenzen hinweg übertragen wurden.

Dass die Neuen Medien eine wichtige Rolle gespielt haben, kann nicht bestritten werden. Aber auch im Rahmen des *Arabischen Frühlings* gilt für Neue Medien, dass sie nicht Bewegungen in Gang setzen können, die es nicht schon vorher gegeben hat. Will heißen, sie können vielleicht eine Bewegung beschleunigen, verstärken, oder am Laufen halten, aber sie nicht verursachen.⁴¹⁵ Eine gesteigerte Nutzung von Neuen Medien erfolgt nur dann, wenn bereits etwas Relevantes geschehen ist. Erst dann steigt ihr Gebrauch rapide an und beschleunigt schon Vorhandenes. Aus diesem Grund gehen die Bewegungen nicht nur analytisch der gesteigerten Nutzung von Neuen Medien voraus, sondern auch chronologisch,⁴¹⁶ weshalb die Ursächlichkeit Neuer Medien für den *Arabischen Frühling* bezweifelt werden darf. Ohne Zweifel, Neue Medien waren wichtige Werkzeuge für die Menschen auf der Straße, aber sie haben ihre Proteste nicht verursacht.⁴¹⁷

Auch Entwicklungen, die gemeinhin mit Web 2.0 oder Web 3.0 bezeichnet werden, haben kaum etwas geändert. Gerade das Web 3.0, das als die Inthronisation des Users gegenüber jeglicher Autorität gilt, weil dieser alle Inhalte selbst produzieren kann, stellt sich bei näherer Betrachtung als ein Regime heraus. Das regimehafte wird allerdings erst sichtbar, wenn man hinter dem durch den Benutzer generierten *content* geblickt wird.⁴¹⁸ Weniger positiv gedeutet eröffnet sich ein neuer *digital divide* zwischen jenen, die produzieren und jenen, die die Infrastruktur dazu anbieten, das von den Benutzern Produzierte zu speichern und zu verbreiten.⁴¹⁹ Im *Applestore* werden beispielsweise tatsächlich von Benutzern selbst produzierte Programme angeboten, allerdings erst nachdem sie eine nicht nur technische, sondern auch moralische und politische Kontrolle durchlaufen haben, deren Kriterien *Apple* als ein privates Unternehmen ohne Aufsicht selbst festlegt. Die Bezeichnung Web 2.0, Web

⁴¹⁴ Ebd. S. 126.

⁴¹⁵ Vgl. dazu am Beispiel von Ägypten Iskander, E.: 2011. S. 1228. Der Autor führt die Anfänge der Revolution in Ägypten auf den Zusammenschluss der Opposition im Jahre 2003 gegen die Beteiligung Mubaraks am Irak-Feldzug der Bush-Regierung zurück.

⁴¹⁶ Vgl. dazu Wolfsfeld, G. / Segev, E. / Sheaffer, T.: 2013.

⁴¹⁷ Zu diesem Ergebnis kommt Norris, P.: 2012.

⁴¹⁸ Vgl. dazu Langlois, G. et. al.: 2010.

⁴¹⁹ Vgl. dazu Everitt, D. / Mills, S.: 2009. S. 762.

3.0, Web 4.0 usw. ist demnach irreführend. Diejenigen, die sie verwenden, propagieren eine Entwicklung von der niedrigeren hin zur höheren Stufe und delegitimieren damit automatisch das Vorherige.⁴²⁰ Es findet eine autoritative Allokation von Geschichte und Zukunft statt. Auf der Grundlage eines technischen Fortschritts wird der Eindruck einer linearen Geschichtsentwicklung erweckt.⁴²¹

Festzuhalten bleibt, dass die Debatten und Ideen über die Neuen Medien als ein neues Medium der Öffentlichkeit und, allgemeiner, als ein Medium der Demokratie vielmehr ein Seismograph der politischen Kultur eines Landes sind. In ihnen spiegeln sich die Auseinandersetzungen zwischen Anhängern direkter und repräsentativer Regierungsformen, autoritärer Regime und ihrer Gegner sowie die Auseinandersetzungen über die Rolle der Medien in der politischen Kommunikation wider.⁴²²

Aus diesem Grunde verfällt die vorliegende Arbeit nicht einem Technikdeterminismus noch einem –pessimismus, sondern sucht die Ursachen für den Wandel der Öffentlichkeit in den Veränderungen von der Moderne zur Postmoderne.

⁴²⁰ Vgl. dazu den interessanten Artikel von Allen, M.: 2013.

⁴²¹ Vgl. dazu Barassi, V. / Treré, E.: 2012. S. 1270.

⁴²² Vgl. dazu Hagen, M.: 1999. S. 70ff.

IV Postmoderne in der Theorie und in der Praxis

1. Theorie

1.1. Eine Entwicklung, zwei Interpretationen

Wie im Kapitel „Das Projekt der Moderne und die diskursive Öffentlichkeit“ ausgeführt, wird das Individuum von den funktional ausdifferenzierten Systemen und ihren symbolisch generalisierten Kommunikationsmedien in seiner Abwendung vom Emanzipationsgedanken und seiner Hinwendung zum privaten Glück unterstützt, weil die Systeme die Organisation der Gesellschaft auch ohne den Einzelnen bewerkstelligen. Überhaupt verliert der Einzelne als potenter und selbstständiger Mensch, der in der Lage ist, die Welt zu gestalten, also das moderne Individuum, mit den symbolisch generalisierten Kommunikationsmitteln seine Einzigartigkeit.⁴²³ Das besondere an den symbolisch generalisierten Medien war und ist es gerade, dass sie, unabhängig von der Individualität der einzelnen Menschen, diesen ermöglichen Handlungen miteinander zu koordinieren. Es kommt nur noch auf den richtigen Gebrauch der symbolisch generalisierten Kommunikationsmedien an. Der Einzelne als Individuum wird für die Organisation der Gesellschaft unwichtig, funktional ausdifferenzierte Systeme dafür umso wichtiger.

Gegen diese Entwicklung begehren jedoch die Individuen bedauerlicherweise nicht auf. Ganz im Gegenteil, sie gehen einen Pakt mit der Gesellschaft ein: Im Zustand objektiv vorherrschender Bedeutungslosigkeit des Einzelnen, wird ihm oder ihr durch den Konsum ein Gefühl subjektiv empfundener Zentralstellung verkauft. Dem Einzelnen wird suggeriert, dass er mit dem Erwerb von massenhaft hergestellten Waren seine Individualität ausdrücken kann.⁴²⁴ Individualität wird damit zu einem Produkt reduziert. Aus dem männlichen Flaneur und Kaffeehausbesucher des 18. und 19. Jahrhunderts, der noch begierig seine Stadt und seine Umwelt erkundet hat, wird im 20. Jahrhundert der Konsument, der durch Shops zieht und gierig Waren konsumiert.⁴²⁵ Es wird immer weniger Triebverzicht, der erst das Individuum in der Auseinandersetzung von Es und Gesellschaft entstehen lässt, abverlangt. Das Individuum entwickelt sich nicht in der Auseinandersetzung mit der Gesellschaft und den eigenen Trieben, sondern aus der Befriedigung seiner Triebe, wozu die Gesellschaft die Produkte

⁴²³ Vgl. dazu Zima, P.: 2007. S. 5, der hier allerdings auf Simmel verweisend nur vom Geld spricht.

⁴²⁴ Vgl. dazu Heitmeyer, W.: 1991. S. 19ff. Am deutlichsten ist dieser Sachverhalt im Bereich der Mode zu erkennen. Es wird dem Einzelnen suggeriert, dass er sich von anderen unterscheidet, wenn er einem allgemeinen Trend, der Mode, folgt und massenhaft produzierte Waren erwirbt, die er dann nur noch ganz individuell zu kombinieren braucht. Vgl. zur Mode als Paradoxie zwischen Individualisierung und Egalisierung Esposito, E.: 2004. S. 9ff. Vgl. dazu ebenfalls Abels, H.: 2006. S. 177ff.

⁴²⁵ Vgl. dazu Bauman, Z.: 1994. S. 174.

bereitstellt. Dem Individuum werden seine materiellen Konsumchancen wichtiger als seine Emanzipationschancen. Es sieht sogar seine materiellen Rechte als Konsument als seine politischen Rechte als Bürger an.⁴²⁶ Aus dem Charakter wird der Lebensstil, der dem Individuum ein Höchstmaß an Individualität vorgaukelt.

Dass dieser Pakt zwischen den Individuen und der Gesellschaft auf das illusorische Versprechen zurück geht, knappe Güter seien für jeden vorhanden, ist von geringer Bedeutung.⁴²⁷ Es geht um die „Bewirtschaftung der Bedeutungslosigkeit“⁴²⁸; darum, in der Gegenwart bei Laune gehalten zu werden, ohne dabei einen Gedanken an die Zukunft zu verschwenden. Es sei noch einmal daran erinnert: Mit der Moderne wird das Voranschreiten der Zeit als eine Entwicklungsgeschichte aufgefasst, die in der Zukunft das Bessere sieht.⁴²⁹ Das Voranschreiten der Zeit wird mit Fortschritt gleichgesetzt.⁴³⁰ Die Gegenwart stellt keinen Lebensraum dar, sie muss nur durchlaufen, um nicht zu sagen überlebt werden.⁴³¹ Derjenige aber, der sich seiner selbst widmet, lebt nur in der Gegenwart und vernachlässigt die Zukunft. Er gibt die Gestaltung der Zukunft aus der Hand, im blinden Vertrauen darauf, dass die Systeme die Zukunft schon nicht aus den Augen verlieren werden. Unter diesen Bedingungen wird die Emanzipation des Einzelnen zum Individuum unmöglich. Das ist die eine, kritische, Interpretation der Entwicklung.

Ausgehend von einer alternativen Interpretation dazu, leben und wachsen die Menschen in einer einmaligen Zeit auf: Mit dem Fortschritt, und zwar in allererster Linie dem technologischen, sind die Menschen in der Nachkriegszeit des Zweiten Weltkriegs nicht mehr mit existentiellen Nöten konfrontiert. Der Fortschritt ermöglicht ihnen körperliche Gesundheit und ein langes Leben ohne existentielle Nöte. Überleben wird gewissermaßen zur Selbstverständlichkeit.⁴³² Aus dieser Perspektive waren die massenhafte Produktion von Waren am Fließband und die massenhafte Organisation von Menschen durch Systeme wichtige Errungenschaften, die Überleben gewährleisteten und daraus resultierend erst Leben im Gegensatz zum Überleben ermöglichten.⁴³³ Das Individuum ist unter diesen Bedingungen vom Zwang an die Zukunft zu denken befreit. Es wird in die Lage versetzt, sein Leben jenseits situativ bedingter Probleme zu gestalten.

⁴²⁶ Vgl. dazu Veith, H.: 2002. S. 227ff.

⁴²⁷ Vgl. dazu Connolly, W. E.: 1995. S. 83.

⁴²⁸ Der Ausdruck ist zu finden in der Kurzgeschichte „TV der Leiden – The Suffering Channel“ von Foster David Wallace.

⁴²⁹ Vgl. dazu Bauman, Z.: 1994. S. 226.

⁴³⁰ Vgl. dazu Groys, B.: 1992. S. 10.

⁴³¹ Vgl. dazu Connor, St.: 2008. S. 10.

⁴³² Vgl. dazu Ingelhart, R.: 1997. S. 31.

⁴³³ Ebd. S. 29.

Ausgehend von dieser einmaligen historischen Situation materieller Sicherheit kann sich der Einzelne seiner Selbstverwirklichung und der Steigerung seiner Lebensqualität widmen.⁴³⁴ Er muss keinen Gedanken mehr daran verschwenden, ob er morgen noch lebt oder nicht. Die Zukunft ist gesichert, so dass er sich der Gestaltung der Gegenwart zuwenden kann. Die Handlungen des Individuums brauchen sich damit gar nicht mehr auf eine zu gestaltende Zukunft beziehen. Sie können auf die unmittelbare Gegenwart gerichtet sein. Subjektiv empfundene Lebensprobleme, mögen sie objektiv gegeben sein oder nicht, beginnen das Handeln des Einzelnen zu bestimmen.⁴³⁵ Das Glück wird ohne Zeitverschiebung angestrebt.⁴³⁶ Die Systeme werden die Zukunft schon nicht aus den Augen verlieren.

Das bedeutet nicht, dass die Menschen nur noch nach Spaß streben. Vielmehr bedeutet es, dass intrinsische Motive und Innenorientierung gegenüber extrinsischen Motiven und Außenorientierung die Oberhand gewinnen. Daher übertreiben Diagnosen, die nur noch eine Spaßgesellschaft feststellen genauso wie jene, die den Untergang des Abendlandes meinen ausmachen zu können. Es ist lediglich so, dass die Leitvorstellung des Lebens heute nicht mehr ist zu überleben, sondern schön zu leben, wobei jeder selbst bestimmen kann was das schöne Leben ist.⁴³⁷ Diejenigen, die eine Krise der Moderne auszumachen meinen, sehen letztlich die Gesellschaft immer noch als ein Gebilde an, dass vor allem um die Lösung von Problemen bemüht ist. Wenn es jedoch nicht mehr um Problemlösungen geht, warum dann nicht beispielsweise das Konsumverhalten, das nicht primär auf Überleben zielt, „zum kognitiven wie moralischen Punkt des Lebens, zum Band, das die Gesellschaft zusammenhält und zum zentralen Gegenstand des Systemmanagements“ erheben?⁴³⁸ Wenn funktional ausdifferenzierte Systeme Probleme lösen und die kapitalistische Produktionsweise das Überleben sichert, dann können wir uns auch vom Individuum als Verantwortlichen und Produzenten einer Ware verabschieden und ihn als Konsumenten auffassen. Es geht lediglich darum, diese neue Entwicklung zu theoretisieren. Moralische, politische, ethische, wirtschaftliche, soziale Themen haben hier nicht an Aktualität verloren, sondern müssen lediglich auf eine neue Art und Weise sowohl betrachtet als auch behandelt werden.⁴³⁹ Das ist die andere Interpretation dieser Entwicklung.

⁴³⁴ Ebd. S. 4.

⁴³⁵ Vgl. Schulze, G.: 2005. S. 22.

⁴³⁶ Ebd. S. 14.

⁴³⁷ Ebd. S. VII im Vorwort zur Ausgabe von 2005.

⁴³⁸ Vgl. dazu Bauman, Z.: 1995. S. 79. Wörtliches Zitat ebd. zu finden.

⁴³⁹ Vgl. dazu Bauman, Z.: 1994. S. 3.

Beide Versionen der Geschichte diagnostizieren demnach dieselben Entwicklungen, interpretieren die Folgen allerdings gänzlich unterschiedlich und ziehen daher unterschiedliche Schlüsse. Die Schlussfolgerungen, welche die Öffentlichkeit als Theorie der Moderne zog, wurden weiter oben dargestellt. Im weiteren Verlauf geht es daher um die detaillierte Ausarbeitung der Alternativinterpretation.

1.2. Postmoderne

Sind Handlungen primär auf die Gegenwart ausgerichtet, so die Alternativinterpretation, stehen rationale Überlegungen, kommunikatives Handeln, naturwissenschaftlich-technisches Denken und rein ökonomische Rationalität dem Streben nach Glück ohne Zeitverschiebung im Weg. Sie bedürfen der Abwägung, sind auf Informationen angewiesen, müssen geplant werden und bedürfen der Einwilligung des Gegenübers. Um augenblickliches Glück zu erfahren sind sie zu langsam. Bis dahin ist die Gegenwart schon vorangeschritten und die Möglichkeit, augenblickliches Glück zu erfahren, verpasst. Die weitreichende Folge ist, dass die Zukunft aus dem Blickfeld gerät und folglich mit der Hinwendung zur Gegenwart der Fortschritt als treibende Kraft verschwindet. In der Gegenwart entsteht eine Leerstelle, die allerdings in der Alternativinterpretation nicht lange unbesetzt bleibt.

Sind Handlungen nicht mehr auf die Zukunft ausgerichtet, verliert das Neue seine Bedeutung als bisher-noch-nicht-Dagewesenes, wie es noch in der Moderne gedeutet wurde, und nimmt in erster Linie die Bedeutung von anders-sein-als-das-Bisherige an.⁴⁴⁰ Ein neues Gerät ist dann nicht mehr nur neu, weil es bestehende Funktionen verbessert oder eine neue Funktion bereitstellt die es so noch nicht gegeben hat. Es muss, mit anderen Worten, ein gegebenes Problem nicht besser lösen als ein bereits vorhandenes Gerät; es reicht, wenn es lediglich ein anderes Design aufweist.⁴⁴¹ Es kann die gleiche Funktion ausüben, und das sogar in einer schlechteren Art und Weise, als vorherige Geräte. Solange jedoch die Funktion in ein anderes Gehäuse gepackt wird, ist es neu und hat seine Daseinsberechtigung.

Der Funktionalismus hingegen wertet alles ausschließlich auf der Grundlage rationaler Denk- und Entscheidungsprozesse aus und schließt andere Maßstäbe zur Beurteilung aus. Andere

⁴⁴⁰ Vgl. dazu Groys, B.: 1992. S. 34ff.

⁴⁴¹ Vgl. dazu Schulze, G.: 2005. S. 13, der diese Entwicklung anhand der Veränderung in der Bewerbung von Waren verdeutlicht. Waren werden nicht mehr aufgrund ihrer Funktionalität angepriesen, sondern aufgrund ihres Designs.

Kriterien wie beispielsweise die Ästhetik werden erst gar nicht in Betracht gezogen.⁴⁴² Zwei Geräte, welche die gleiche Funktion ausüben, also nicht funktional äquivalent, sondern identisch sind, aber unterschiedliche Designs haben, sind im Falle des Funktionalismus gleich und daher unnötig. Was dadurch verloren geht ist Vielfalt. Vielfalt und Widersprüchlichkeit, beispielsweise von Form und Funktion, wird als unbefriedigender Zustand abgelehnt. Die Reduktion von Komplexität gilt „als Mittel der Ausdruckssteigerung“.⁴⁴³

Mit der Ästhetik als Leitgedanken hingegen ist eine Reduktion der Komplexität nicht mehr von Nöten. Sie ermöglicht eine Vielfalt von Designs auch dann, wenn nur eine Funktion gegeben ist.⁴⁴⁴ Der „ästhetische Populismus“ der Moderne, der immer nur eine Form der Ästhetik kennt, nämlich, dass die Form der Funktion zu folgen hat, und dadurch alles andere abwertet was diesem Populismus nicht folgt, wird in Frage gestellt. Die Trennung zwischen hoher Kunst, der Form die der Funktion folgt, und der Kunst für die Massen, wie beispielsweise Kitsch, Werbung, B-Movies wird aufgehoben.⁴⁴⁵

Daraus zu schließen, dass die Kunst ihre Fähigkeit Gesellschaft zu kritisieren verliert, weil sie nun selbst zu einem Teil des Alltags, gar zum Gehilfen des Konsums wird und eine „zynische Gleichgültigkeit“⁴⁴⁶ gegenüber der Gesellschaft an den Tag legt, wäre falsch. Viel eher können nun ästhetische Urteile getroffen werden, ohne auf eine wie auch immer geartete Hierarchisierung zurückzugreifen.⁴⁴⁷ Kritik an der Gesellschaft erfolgt aus der Gesellschaft selbst heraus.⁴⁴⁸ Die Möglichkeit Kritik zu üben, beginnt sich zumindest im Rahmen der Kunst jedem zu öffnen. Die Kluft zwischen hoher und profaner Kunst zu überwinden wird zur Aufgabe der Kunst.⁴⁴⁹ Hier greift auch nicht mehr der Einwand von Seiten der Vertreter der Moderne, dass der Funktionalismus sehr wohl über eine Ästhetik verfüge und auch die Bedürfnisse modernen Lebens im Prinzip sehr gut treffe, doch gegenüber der planenden

⁴⁴² So hat sich die moderne Architektur rein auf zwei ihrer drei Kategorien fixiert: Konstruktion und Funktion. Die dritte Kategorie, die Schönheit des Bauwerkes, sollte sich aus den beiden Ersteren ergeben. Vgl. dazu Thies, H. J.: 2010. S. 27.

⁴⁴³ Vgl. dazu Venturi, R.: 1994. S. 80ff. Wörtliches Zitat ebd. zu finden.

⁴⁴⁴ Vgl. dazu Klotz, H.: 1994. Der Autor beschreibt, wie die Hinwendung zur Ästhetik in der Architektur es wieder ermöglicht hat, verschiedene Geschichten zu erzählen. Bei der postmodernen Architektur, so der Autor weiter, gibt es nicht mehr nur die eine Geschichte, die immer wieder erzählt werden soll, sondern entschieden werden muss, mit welchem Stilmittel welche Geschichte erzählt werden soll.

⁴⁴⁵ Vgl. dazu Jameson, F.: 1997. S. 45ff. Wörtliche Zitat ebd. zu finden. Vgl. ebenfalls Crowther, P.: 1993, der von der Delegitimierung des legitimierenden Diskurses der modernen Kunst durch die Postmoderne spricht.

⁴⁴⁶ Wie beispielsweise Schütze, J. C.: 1997. S. 192 es meint.

⁴⁴⁷ Vgl. dazu Fiedler, L. A.: 1994. S. 69.

⁴⁴⁸ Vgl. dazu Auslander, Ph.: 2008.

⁴⁴⁹ Vgl. dazu in Bezug auf den postmodernen Roman Fiedler, L. A.: 1994. S. 62ff.

Verwaltung und den Vorgaben des Marktes kapitulieren müsse.⁴⁵⁰ Mit anderen Worten: Der Funktionalismus sei nur und lediglich aufgrund der kapitalistischen Logik falsch verstanden und auf Effizienz verkürzt worden. In den Augen der Alternativinterpretation ist dies nicht richtig, da ihre Kritik sehr viel mehr ist als der Missbrauch des Funktionalismus durch Andere und Anderes.

Es wird nicht bestritten, dass der Funktionalismus eine ästhetische Dimension habe, noch dass sie sich geschichtlich anders entwickelt hat als beabsichtigt. Die Kritik zielt vielmehr auf die zugrunde liegende Logik der Rationalität und auf den unbedingten Drang nach Fortschritt. Historisch gesehen mag aus der aufklärerischen Vernunft eine rein funktionalistische Vernunft geworden sein, die auf Effizienz aus ist. Das ist jedoch nicht auf einen Staat, die Bürokratie oder den Markt zurückzuführen, sondern die notwendige Konsequenz einer Moderne, die sich Rationalität und Fortschritt in Kombination auf die Fahne geschrieben hat. Fortschritt und Rationalität kehren sich im Augenblick ihres größten Erfolges in das Gegenteil von Emanzipation um, nämlich Herrschaft und Unterdrückung. Die erlösende Wirkung von Fortschritt anhand von Rationalität geht verloren.⁴⁵¹ So mag beispielsweise die Mobilisierung der Massen durch Autos dem Einzelnen neue Möglichkeiten eröffnet haben, doch im Gegenzug führt die massenhafte Mobilisierung zum Stillstand in Form des Verkehrsstaus. Angesichts solcher Entwicklungen tritt an die Stelle von Rationalität und Fortschritt die Ästhetik in den Fokus, die sich ganz bewusst gegen Rationalität, Fortschritt und Funktionalismus wendet. Aus ihr leitet sich eine fundamentale Kritik gegenüber der Moderne ab, die sogar so weit geht, die Moderne für beendet zu erklären und eine Epoche der Postmoderne auszurufen.

Der Begriff Postmoderne tauchte zum ersten Mal 1870 auf, verschwindet jedoch bis zur Mitte des 20. Jahrhunderts wieder aus dem Sprachgebrauch.⁴⁵² Als er in den 1950er Jahren wiederauftaucht, wird er zunächst noch als negativer Gegenbegriff zur Moderne aufgefasst. Mit den 1960er Jahren erfährt er jedoch eine positive Wendung, um dann in den 1970er Jahren zu einem Sammelbegriff für jegliche Bewegungen zu werden, die sich gegen den Funktionalismus der Moderne wendet.⁴⁵³

⁴⁵⁰ Vgl. dazu Habermas, J.: 1994. Die Kunstrichtung auf die Habermas in Bezug auf den Funktionalismus verweist, ist der Kubismus.

⁴⁵¹ Vgl. dazu Hajer, M. A.: 1999. S. 94.

⁴⁵² Vgl. zur Geschichte des Begriffes Welsch, W.: 1994. S. 7ff.

⁴⁵³ Vgl. dazu Huyssen, A.: 1997. S. 13.

In ihren Anfängen stellt die Postmoderne lediglich ein neues Selbstbewusstsein von Intellektuellen dar, die sich gegen die Moderne wenden.⁴⁵⁴ Das ändert sich mit der Zeit. Aus einer bloßen Kritik an der Moderne wird eine Beschreibung der Welt: Sie beschreibt die Welt als zufällig, unbegründet, instabil und offen für viele verschiedene Interpretationen. Sie wird zu einem „kulturellen Stil“ durch den ein epochaler Wandel der Gesellschaft zu neuen Formen reflektiert und sichtbar wird.⁴⁵⁵ Postmoderne wird zum Selbstverständnis der heutigen Epoche. Selbst derjenige, der sich zur Moderne bekennt oder seine eigene Epoche als Moderne beschreibt, muss sie zu den Entwicklungen, die durch den Begriff Postmoderne beschrieben werden, in Beziehung setzen.⁴⁵⁶

Die Postmoderne als Epoche ist, wie jede andere Epoche auch, nur schwer zu fassen. Da sie allerdings schon in ihrem Namen einen Bezug zur Moderne herstellt, ist der Schwierigkeitsgrad noch einmal höher: Um welche Moderne geht es? Die Moderne des 18. Jahrhunderts, der Aufklärung; die des 19. Jahrhunderts, der Industrialisierung; oder um die des 20. Jahrhunderts, dem Funktionalismus? Selbst wenn das geklärt ist, ist weiterhin fraglich, ob es um die Postmoderne in Deutschland, den USA oder jener der französischen Denker geht?⁴⁵⁷ Einige Autoren versuchen durch einen Katalog an Eigenschaften ein wenig Klarheit in das Dickicht der Positionen zu bringen;⁴⁵⁸ manch anderer legt aber auch seinem Werk eine Gebrauchsanweisung bei.⁴⁵⁹ Um nur beispielhaft anzudeuten, welche Ausmaße Diskussionen über Moderne und Postmoderne annehmen können, wird sich in einem kurzen Exkurs der Frage gewidmet, was das „Post-“ in der Namenswahl eigentlich ausdrücken möchte. Dreierlei Antworten werden in der Literatur diskutiert:

1. Das „Post“ in der Namensgebung beschreibt einen Bruch zwischen der Moderne und der Postmoderne. Dieser Bruch befreit die Menschen vom blinden Vertrauen

⁴⁵⁴ Vgl. dazu Bauman, Z.: 1995. S. 123.

⁴⁵⁵ Vgl. dazu Eagleton, T.: 1997. S. VII. Wörtliches Zitat ebd. zu finden.

⁴⁵⁶ Vgl. dazu Welsch, W.: 1994. S. 1ff.

⁴⁵⁷ Huyssen, A. / Scherpe, K. R.: 1997. S. 9 weisen darauf hin, dass in Deutschland Postmoderne und Moderne als gegensätzliche Begriffe verwendet werden, die nicht miteinander zu vereinbaren sind, wohingegen sie in den USA oder Frankreich eher als Differenzen begriffen werden.

⁴⁵⁸ Wie beispielsweise Hassan, I.: 1994, der gleich elf Eigenschaften angibt. Diese seien, so der Autor, Unbestimmtheit, Fragmentierung, Auflösung, das Verschwinden des Ichs, das Nicht-Darstellbare, Ironie, Hybridisierung, Karnevalisierung, Performanz, Konstruktivismus und Immanenz. Oder auch Jencks, Ch.: 1993, der unter anderem disharmonische Harmonie, das Erzählen von Geschichten, Unabgeschlossenheit sowie die Anwesenheit des Abwesenden in seinen Katalog aufnimmt.

⁴⁵⁹ Vgl. dazu beispielsweise Vester, H.-G.: 1985. Seine Gebrauchsanweisung lautet: 1. Man grenze sich gegen die Moderne durch die Ironie ab. 2. Man hole eine vergessene, vernachlässigte aber angeblich sehr wichtige und subversive Tradition aus der Geschichte. 3. Man favorisiere Diskontinuität. 4. Man spiele mit Paradoxien. 5. Man betone die Ambiguität von Phänomenen. 6. Man lasse das Subjekt verschwinden und zu guter Letzt, man pflege einen negativen Personenskult.

in den Fortschritt.⁴⁶⁰ Legte sich die Moderne selbst noch als das Ende der Geschichte fest, ergibt sich mit der Postmoderne die Möglichkeit die Moderne von außen her zu betrachten und zu beurteilen, was falsch gelaufen ist. Mit dem Bruch wird sie zu einem Gegenstand, über den reflektiert werden kann.⁴⁶¹ Es besteht damit die Möglichkeit eine Perspektive außerhalb der Moderne selbst einzunehmen; eine Möglichkeit, die die Moderne selbst vehement ablehnt, wird zur Realität. Das ist überhaupt die große Leistung der Postmoderne: Sie hat es geschafft die Moderne als lediglich eine weitere Epoche in der Menschheitsgeschichte aufzudecken und nicht als das Ende der Geschichte. Damit ist vieles, was in der Moderne nicht sichtbar war, an den Tag getreten.⁴⁶² Obwohl die Moderne sich selbst als das Ende der Geschichte begriff, schafft es die Postmoderne, sie als eine historische Epoche zu entlarven und aufzuzeigen, dass die Geschichte weitergeht und nicht mit der Moderne endet.⁴⁶³ Hier markiert die Postmoderne das Ende der Moderne und zugleich den Beginn einer neuen Epoche, die sich gegen alles stellt, was die Moderne in ihrem Streben nach Fortschritt hervorgebracht hat. Dazu gehören beispielsweise die Begeisterung der Moderne für die Wissenschaft als die einzige Möglichkeit Fortschritt zu erzielen⁴⁶⁴ oder die auf den Glauben an den Fortschritt zurückgehende Unterscheidung von Hoch- und Massenkultur, bei dem Oberflächliches verpönt war im Gegensatz zu etwas das Tiefgang habe, wie beispielsweise weiter oben dargelegt Design im Gegensatz zu Funktion.⁴⁶⁵

Das Besondere an diesem Bruch im Vergleich zu anderen geschichtlichen Umbrüchen ist, dass er ohne Blutvergießen abläuft. Die Postmoderne propagiert und markiert einen Bruch mit der Moderne, ohne dabei eine blutige Revolution anzuzetteln.⁴⁶⁶ Mit dieser unblutigen Revolution ist die Menschheit auf den Weg zu einer humaneren und realistischeren Welt, weil die Vernunft überwunden

⁴⁶⁰ Vgl. dazu Gergen, K. J.: 1996. S. 363ff.

⁴⁶¹ Vgl. dazu Thies, H. J.: 2010. S. 24.

⁴⁶² Vgl. dazu Cook, D.: 1993. S. 135ff.

⁴⁶³ Vgl. dazu den Artikel von Sloterdijk, P.: 1994.

⁴⁶⁴ Vgl. dazu Ingelhart, R.: 1997. S. 12.

⁴⁶⁵ Vgl. dazu Rohde, C.: 2010. S. 191ff.

⁴⁶⁶ Vgl. dazu Kopp-Marx, M.: 2005. S. 33.

wurde.⁴⁶⁷ Der Bruch macht den Weg frei für ein neues Vokabular, das nicht mehr mit *cogito ergo sum* beginnt, sondern mit „communicamus ergo sum“⁴⁶⁸.

2. Die zweite Antwort auf die Frage nach dem „Post“ ist weniger radikal. So sei das Aufkommen der Postmoderne auf den Erfolg der Moderne, den Menschen von seiner existentiellen Not zu befreien, wie weitere oben bereits ausgeführt, zurückzuführen. Die Postmoderne, so diese Position, ist folglich auf die instrumentelle Rationalität der Moderne zurückzuführen und auf diese angewiesen. Demnach kann die Postmoderne moderne Errungenschaften nicht ablehnen, da ansonsten die Menschen in einen Zustand zurückfallen würden, in dem ihr Leben von existentieller Not geprägt wäre.⁴⁶⁹

Die Postmoderne stellt demnach keinen Bruch mit der Moderne dar, sondern sie ist eine Kritik an eine hinter ihre eigenen Begriffe und Werte zurückgefallene Moderne.⁴⁷⁰ Motive, wie beispielsweise Relativität, die schon in der Moderne des 20. Jahrhunderts aufkamen und sich von aufklärerischen Motiven unterschieden, treten lediglich sehr viel radikaler auf, beispielsweise als Pluralität.⁴⁷¹

In diesem Sinne bedeutet Postmoderne nicht eine Abänderung oder gar die Verneinung der Werte der aufklärerischen Moderne; vielmehr ist ihre Abschwächung⁴⁷² oder die Aufhebung ihrer Beschränkungen⁴⁷³ das Ziel. Das, was die postmoderne Kritik eigentlich im Blick hat, ist der erfolgreiche Modernismus der USA, der sich nach ihrem Sieg im Zweiten Weltkrieg dort etablierte,⁴⁷⁴ so dass es um „das Redigieren einiger Charakterzüge der Moderne“ geht, vor allem und in erster Linie um das Streben der Moderne danach, die ganze Menschheit zu emanzipieren.⁴⁷⁵ In Wirklichkeit ist die Postmoderne damit die Veralltäglichere der Forderungen und Visionen der Moderne.⁴⁷⁶ Und überhaupt: Das „Post“ selbst ist ein moderner Begriff, weil er die Notwendigkeit und Möglichkeit mit der

⁴⁶⁷ Vgl. dazu Bauman, Z.: 1994. S. 32.

⁴⁶⁸ Vgl. dazu Gergen, K. J.: 1996. S. 367.

⁴⁶⁹ Vgl. dazu Inglehart, R.: 1997. S. 339.

⁴⁷⁰ Vgl. dazu Wellmer, A.: 1994.

⁴⁷¹ Vgl. dazu Welsch, W.: 2008. S. 77ff.

⁴⁷² Vgl. dazu Laclau, E.: 1993. S. 332ff.

⁴⁷³ Vgl. dazu Welsch, W.: 2008. S. 104ff.

⁴⁷⁴ Vgl. dazu Huyssen, A.: 1997. S. 18ff.

⁴⁷⁵ Vgl. dazu Lyotard, J.-F.: 1994. S. 213. Wörtliches Zitat ebd. zu finden.

⁴⁷⁶ Vgl. dazu Welsch, W.: 2008. S. 202ff.

Tradition zu brechen und neue Wege zu gehen, in den Vordergrund rückt.⁴⁷⁷ Die Postmoderne ist daher in Wirklichkeit eine „postmoderne Moderne.“⁴⁷⁸

3. In dieser Version entspricht der Begriff der Postmoderne einer Fahnenflucht gegenüber modernen Werten. Das „Post“ bezieht sich nämlich lediglich und überwiegend, so die Kritik, auf den Funktionalismus, mit dem es die Moderne gleichgesetzt.⁴⁷⁹ Ihre Überwindung soll dann mit dem Präfix *Post* zum Ausdruck gebracht werden. Die weiter oben aufgezeigte Entwicklung entspricht jedoch weder einem Bruch mit dem Funktionalismus, noch ihrer Abschwächung, weshalb auch der Begriff der Postmoderne falsch gewählt ist. Viel eher ist eine Anwendung der Moderne auf die Moderne selbst zu beobachten, so dass von einer reflexiver Modernisierung und nicht in Postmoderne gesprochen werden muss.⁴⁸⁰ Die reflexive Moderne stellt eine neue Epoche dar,⁴⁸¹ weil moderne Errungenschaften, wie beispielsweise der moderne Staat, mit Modernisierungsfolgen, wie beispielsweise funktional ausdifferenzierten Systemen oder dem Individualismus, konfrontiert werden. Anders formuliert: Die Moderne ist so erfolgreich, dass sie das Kunststück vollbringt ihre eigene Logik auf sich selbst anzuwenden.⁴⁸² Dabei darf reflexive Moderne jedoch nicht in dem Sinne gedeutet werden, dass die Moderne beginnt über sich selbst zu reflektieren und dadurch zu einer besseren Moderne wird.⁴⁸³ Das Ergebnis der Reflektion ist offen. Wohin die Reise führt ist noch nicht festzustellen.

Was die Postmoderne ist, lässt sich letztlich kaum bestimmen, zumal sie auch noch zusätzlich ein breites Spektrum an Themen abdeckt die vom *linguistic turn*, der Ideologiekritik und dem Problem gesteigerter Rationalität, bis hin zu Fragen nach der Massenkultur und neuen Formen des Erzählens reichen. Allerdings lässt sich gerade ob der thematischen Breite und der Diskussionen über die Bedeutung des Begriffes Postmoderne festhalten, dass es bei der Frage nach der Postmoderne letztlich um die Frage geht, ob und wie sich ein kultureller Gesamtzusammenhang westlicher Gesellschaften nach der Moderne zunächst einmal

⁴⁷⁷ Vgl. dazu Lyotard, J.-F.: 1993. S. 48.

⁴⁷⁸ So der Titel von Welsch, W.: 2008.

⁴⁷⁹ Vgl. dazu Beck, U.: 1993. S. 71.

⁴⁸⁰ Vgl. dazu Beck, U.: 1991. S. 40.

⁴⁸¹ Vgl. dazu Beck, U.: 1993. S. 58.

⁴⁸² Ebd. S. 36.

⁴⁸³ Ebd. S. 99.

überhaupt ausmachen lässt, und wie dieser aussieht.⁴⁸⁴ Oder anders gefragt, wenn das, was die westlichen Gesellschaften trotz ihrer verschiedenen Ausprägungen in den letzten Jahrzehnten ausgemacht hat, die Moderne war, diese aber nun kritisiert und überwunden wird, was macht sie dann jetzt anstelle der Moderne aus.

1.3. Das Projekt der Moderne als Herrschaftssicherung

Den kulturellen Gesamtzusammenhang westlicher Gesellschaften darzulegen kann und soll nicht das Ziel der vorliegenden Arbeit sein. Ihr Ziel ist es, die Folgen postmoderner Entwicklungen für die Öffentlichkeit aufzuzeigen, so dass für den Fortgang dieser Arbeit nur eines entscheidend ist: Die Moderne kennt keinen Punkt von dem aus sie selbst beschrieben werden kann. Ein Abschlussgedanke ist ihr fremd,⁴⁸⁵ wodurch sie in der Lage ist ihre Selbstbeobachtung zu verhindern und die eigenen Reproduktionsbedingungen als auch -mechanismen hinter einem unbändigen Glauben an den Fortschritt zu verstecken.⁴⁸⁶

Mit der Postmoderne ändert sich das. Mit ihr kommt eine neue Denkrichtung auf, die sich, in welcher Form auch immer, sei es Bruch, Abschwächung oder Wiederanwendung, von der Moderne distanziert und daher eine Perspektive außerhalb der Moderne ermöglicht. Erst mit dieser Außenperspektive ist eine Kritik an der Emanzipationslogik und der zentralen Stellung der Rationalität möglich. Mit ihr wird hinter der Emanzipationslogik der Moderne ein Herrschaftsinstrument entdeckt, mit dem die Moderne, wie jede andere Epoche auch, versucht mit Macht ihre soziale Ordnung aufrechtzuerhalten.

Die Moderne ist, wie im Unterkapitel „System und Individualismus“ bereits ausgeführt, vom Streben nach Fortschritt geprägt. Konflikte, Partikularitäten, Ambivalenzen, die dem Fortschritt im Wege stehen, gilt es zu überwinden. Daher muss mit Hilfe der Vernunft nach Universalisierung und Einheit gestrebt werden. Sie ist darauf ausgelegt Dinge zusammenzudenken, auf ihre Einheit zu reduzieren und Pluralität aufzuheben. Die einzige Form der Pluralität, die in der Moderne akzeptiert wird, ist jene der Dichotomie wie beispielsweise Subjekt/Objekt, Natur/Kultur, Geist/Körper, Frau/Mann oder auch Arbeit/Kapital.⁴⁸⁷ Und selbst diese Dichotomien sind nicht davor gefeit, dass nach der „Einheit ihrer Differenz“⁴⁸⁸ gefahndet wird. Weil aber diese Dichotomie immer entlang der

⁴⁸⁴ Vgl. dazu Huyssen, A. / Scherpe, K. R.: 1997. S. 7ff.

⁴⁸⁵ Vgl. dazu Luhmann, N.: 1992. S. 42. Daher so der Autor weiter, sei die Kontrastierung von Moderne und Postmoderne nicht haltbar.

⁴⁸⁶ Vgl. dazu Bauman, Z.: 1994. S. 3.

⁴⁸⁷ Vgl. dazu Young, I. M.: 1990. S. 98.

⁴⁸⁸ Wie es in der luhmannschen Systemtheorie heißt.

Rationalität gedacht wird, wird jener Seite der Dichotomie, der die Rationalität abgesprochen wird, unterdrückt.⁴⁸⁹ Weil die Frau beispielsweise mit Körperlichkeit, Gefühlen und Spontanität identifiziert wurde, war sie als die natürliche, nicht vernunftorientierte Hälfte der Menschheit von vielen Bereichen der Gesellschaft, wie beispielsweise der Öffentlichkeit, ausgesperrt, wohingegen der Mann als vernünftiger Teil der Menschheit die Öffentlichkeit konstituierte. Die Einheit, welche die Moderne anstrebt, hatte somit immer Schlagseite in Richtung Rationalität.

Dadurch wird, so die postmoderne Kritik, weil derjenige Unterdrückt wird, der nicht der Rationalität folgt, Rationalität zu einem Herrschaftsinstrument und verliert ihren fortschrittlichen Charakter. Eine aufgeklärte und moderne Gesellschaft ist demnach eine Gesellschaft, die jegliche Art von Abweichung von ihrem Prinzip der Rationalität bestrafen oder aufheben will.⁴⁹⁰

Aus diesem Grunde stellt aus postmoderner Perspektive die Emanzipation, welche mit der Rationalität einhergehen soll, nicht unbedingt einen Prozess der Befreiung des Einzelnen aus den Fängen der Systeme dar. Eher entspricht sie einer Disziplinierung des Einzelnen hin zur Normalität. Während sie Abweichungen von Normen noch toleriert und mancherorts sogar als Leistung feiert, ist sie in hohem Maße sensibel, wenn die Grenzen dessen, was als normal gilt, überschritten werden. Außerhalb der Normalität ist alles möglich, daher wenig erwartbar⁴⁹¹ und ein organisierter Ablauf von Fortschritt folglich nicht möglich. Normalität nimmt einen höheren Stellenwert ein als Normen, weil nur unter normalen Bedingungen alles nach Plan verläuft. Folglich sind die Institutionen der modernen Gesellschaft darauf ausgerichtet den Einzelnen zur Normalität zu erziehen.

In diesen Institutionen steht aber der Einzelne unter permanenter Beobachtung und Kontrolle und wird bei Fehltritten bestraft. Die eigentliche Funktion von Institutionen ist folglich „Überwachen und Strafen“⁴⁹². Um eine Bestrafung zu vermeiden, beginnt das Individuum sich selbst in Bezug auf das, was als normal gilt, zu beobachten. Der kontrollierende Blick der Institutionen führt letztlich dazu, dass sich der Einzelne permanent selbst kontrolliert und darauf achtet, im Rahmen des Normalen zu bleiben. Aus der Fremdbeobachtung durch die

⁴⁸⁹ Vgl. dazu Young, I. M.: 1990. S. 109.

⁴⁹⁰ Vgl. dazu Docherty, Th.: 1993. S. 5ff.

⁴⁹¹ Vgl. dazu Han, A.: 2001. S. 50.

⁴⁹² So der Titel eines Werke von Michael Foucault: „Überwachen und Strafen: Die Geburt des Gefängnisses.“

Institutionen wird aufgrund der zu erwartenden Folgen bei Fehlverhalten eine Selbstbeobachtung der Einzelnen.⁴⁹³

Das alleine unterscheidet jedoch moderne Institutionen von denen anderer Epochen nicht. Auch in früheren Epochen gab es den kontrollierenden Blick der Institutionen und auch in früheren Epochen haben sich Akteure durch Selbstkontrolle an das gehalten was als normal angesehen wurde. Auch in anderen Epochen hat sich der Einzelne demnach an der Normalität orientiert. Überhaupt sind Institutionen verstanden als Normen, Regeln und Verfahren, dazu da den erreichten Status quo zu erhalten. Was jedoch Institutionen in früheren Epochen von denen der Moderne unterscheidet, ist, dass in früheren Epochen die Einhaltung der Normen, Regeln und Verfahren hauptsächlich und überwiegend durch Handlungsgebote und –verbote gewährleistet wurde, in der Moderne hingegen der Zwang zur Normalität in erster Linie durch Handlungsanreize und Leistungsangebote ausgeübt wird.⁴⁹⁴ Jedes Leben wird beispielsweise vom Staat auf die gleiche Weise archiviert,⁴⁹⁵ in dem es in eine Kindheits-, Bildungs-, Erwerbs- und Rentenphase eingeteilt wird.⁴⁹⁶ Eine zu lange oder zu kurze Bildungsphase, eine zu spät begonnene oder zu früh beendete Erwerbsphase endet nicht am Galgen, bedarf jedoch zumindest der Rechtfertigung und kann in Sanktionen münden. Die Disziplinierung und Anpassung an die Normen, Regeln und Verfahren, die erst die Normalität ausmachen, erfolgt nicht mehr hauptsächlich durch direkte Gewaltanwendung oder –androhung; sie wird eher beiläufig beispielsweise durch Marginalisierung, Normalisierung und Ausgrenzung durchgeführt.⁴⁹⁷ Sie basiert aus diesem Grunde nicht mehr auf Macht oder Herrschaft, sondern auf Hegemonie.

Der Unterschied zwischen Macht oder Herrschaft und Hegemonie ist, dass Erstere direkt ausgeübt wird, wohingegen Letztere, durch symbolische Ordnung, wie beispielsweise durch Sprache und ihrer Verwendung, wirkt. Dadurch mag die Quelle hegemonialer Macht in den Institutionen liegen und von diesen ausgehen, ausgeübt wird sie jedoch durch den verinnerlichten kontrollierenden Blick des Einzelnen auf sich selbst. Das Individuum emanzipiert sich nicht im Austausch mit der Gesellschaft, sondern es findet eine

⁴⁹³ Vgl. dazu Foucault in der Interpretation von Reckwitz, A.: 2008. S. 33, als auch Bilden, H.: 1997. Letztere spricht von der Herrschaft des Individuums über sich selbst spricht.

⁴⁹⁴ Vgl. dazu Beck, U. / Beck-Gernsheim, E.: 1994. S. 11ff.

⁴⁹⁵ Vgl. zur Archivierung als ein Werkzeug des Staates seine Bürger zu normalisieren Featherstone, M.: 2006. S. 591. Allerdings ergänzt der Autor, dass das die einzige Möglichkeit für den Staat war und ist, seine Bürger voneinander zu unterscheiden.

⁴⁹⁶ Vgl. dazu Mayer, K. U. / Müller, W.: 1994. S. 281.

⁴⁹⁷ Vgl. dazu Young, I. M.: 1990. S. 53ff, die nicht weniger als fünf verschiedene Formen der Unterdrückung in der Moderne identifiziert.

Sozialisierung des Einzelnen statt, welche ihn seiner Fähigkeit selbst Entscheidungen zu treffen beraubt.⁴⁹⁸

Es gibt folglich gar kein Wechselspiel zwischen dem emanzipierten Individuum und der Gesellschaft auf Augenhöhe⁴⁹⁹ und damit kein emanzipiertes Individuum, sondern nur ein durch die Institutionen normiertes und standardisiertes Individuum. Den Einzelnen, unter dem Deckmantel der Emanzipation, dahingehend zu beeinflussen und nicht direkt zu zwingen den Normen, Regeln und Verfahren der Moderne zu folgen, wird zu einem Instrument der Herrschaftssicherung moderner Ordnung.⁵⁰⁰

Die große Erzählung von der Emanzipation des Einzelnen zu einem mündigen und selbstbestimmten Individuum entpuppt sich damit als ein Instrument die vorherrschende soziale Ordnung zu stabilisieren.⁵⁰¹ Nicht, dass die Moderne gänzlich blind gegenüber Hegemonien gewesen wäre. Sie führte immerhin die Möglichkeit der Kritik und damit die Demokratisierung von Wissen ein; Positionen, Meinungen, wissenschaftliche Erkenntnisse, Traditionen und Religion durften kritisiert werden. Kritik jedoch reicht der Postmoderne nicht, weil diese Kritik immer aus emanzipatorischen Ansprüchen heraus erfolgte.⁵⁰² Es reicht also nicht aus, die bestehenden Verhältnisse zu kritisieren, es muss viel radikaler vorgegangen werden: Die bestehenden Verhältnisse müssen dekonstruiert werden.

Ausgehend von der Emanzipation findet letztlich keine Befreiung von Herrschaftsstrukturen statt, sondern eine Anpassung des Einzelnen an die Anforderungen der modernen Gesellschaft und ihrer Werte. Soll diese in den Strukturen der Gesellschaft angelegte Macht, die nicht direkt wirkt, offengelegt werden, müssen Institutionen, Diskurse, Sprachen einzeln dekonstruiert werden, um die ihnen jeweils zugrunde liegende Logik offen zu legen und zu zeigen, wie sie Macht ausüben.⁵⁰³ Die Dekonstruktion symbolischer Ordnung wird zur Quelle postmodernen Denkens.⁵⁰⁴ Die Entdeckung hegemonialer Macht in den Strukturen der modernen Gesellschaft⁵⁰⁵ und die einhergehende Erkenntnis, wie wenig emanzipatorisch die

⁴⁹⁸ Vgl. dazu Bauman, Z.: 1994. S. 123ff.

⁴⁹⁹ Vgl. dazu Gamm, G.: 1996. S. 348ff, der von einer mangelnden Dialektik zwischen Individuum und Institution spricht.

⁵⁰⁰ Vgl. dazu Garrard, G.: 2006. S. 99ff.

⁵⁰¹ Vgl. dazu Jungwirth, I.: 2007. S. 365ff.

⁵⁰² Vgl. dazu Larise, D.: 2009. S. 113ff.

⁵⁰³ Vgl. dazu Lasch, S.: 2007. S. 56, der ausführt, dass Hegemonie auch immer Epistemologie ist.

⁵⁰⁴ Vgl. dazu Scherpe, K. P.: 1997.

⁵⁰⁵ Es sei hier erwähnt, dass hegemoniale Macht nicht erst eine Entdeckung der Postmoderne ist, sondern schon beispielsweise durch Antonio Gramsci als ein Mittel der herrschenden Klasse analysiert wurde. Der Unterschied zwischen Gramscis Position und jener der Postmoderne ist jedoch, dass Letztere solche Machtstrukturen in allen kulturellen Gegebenheiten wiederfinden, Ersterer aber nur in der Zivilgesellschaft. Zu Gramscis Verständnis von hegemonialer Macht und Zivilgesellschaft vgl. Buttigieg, J. A.: 1994. S. 550ff. Vgl. ebenfalls in diese Richtung Eagleton, T.: 1997. S. 33. Für ihn hat auch die Linke für die Entrechteten und Unterdrückten gekämpft,

viel beschworene Emanzipation in der Moderne ist, führte zur Ablehnung der Moderne und ihren Universalisierungs- und Vereinheitlichungsbestrebungen, und hin zu einem Plädoyer für Pluralität.

1.4. Postmoderne Pluralität

Pluralität in der Postmoderne ist nur oberflächlich betrachtet mit Fragen der Gleichstellung von unterdrückten, marginalisierten oder vernachlässigten Gruppen oder Individuen beschäftigt. In diesem Verständnis äußert sich Pluralität vor allem und in erster Linie als Neutralität des Staates gegenüber den vielfältigen Gruppen, aus denen seine Bevölkerung zusammengesetzt ist, sowie im Schutz von Minderheiten.⁵⁰⁶ Aber erstens, ist in modernen Demokratien, zumindest auf rechtlicher Ebene, die Gleichheit aller Individuen und Gruppen garantiert, zweitens, kann Gleichstellung im Sinne von mehr Toleranz, größerer Religionsfreiheit, Anerkennung alternativer Lebensformen nur im Nachhinein erfolgen. Das Unrecht muss erst geschehen, bevor es verhindert werden kann. Drittens bedeutet die Gleichstellung in diesem Sinne die Anpassung der Rechte des Unterdrückten an die der „Normalen“, d. h. Letzterem wird erlaubt die eigenen Besonderheiten zu ignorieren und sich selbst als Maßstab für Normalität zu nehmen.⁵⁰⁷ Gleichstellung in diesem Sinne ist immer das Streben der Mehrheit nach Einheit.⁵⁰⁸ Der Ungleichheit ist damit wenig geholfen, weil die Normalität immer noch als Norm begriffen wird und dadurch den Marginalisierten und Unterdrückten unterstellt wird, dass sie bei ihrem Ruf nach Gleichheit, die von der Normalität vorgegebene Norm im Sinne haben und nicht die Anerkennung ihrer Andersheit. Im Endeffekt fördern dadurch normalisierende Gesellschaften nur Konflikte zwischen Gruppen, weil sie etwas als normal und damit automatisch alles andere, was nicht als normal gilt, als abweichend deklarieren. Differenzen, Fragmentierungen, Antagonismen werden nicht aufgehoben, sondern erst recht gesetzt.⁵⁰⁹

Die postmoderne Pluralität hingegen verlangt das Zusammenleben von Menschen mit dem Hinweis auf die Unmöglichkeit, dieses Zusammenleben durch eine wie auch immer geartete Form von Gleichheit, Einheit oder Standardisierung zu ermöglichen. Konstruktionen wie

allerdings war sie aufgrund ihrer Fixierung auf Klasse, Arbeit und Kapital für alle anderen Formen der Unterdrückung blind. Erst die Postmoderne bewirkte, dass Menschen und Strukturen ins Blickfeld geraten sind, die die Linke aufgrund ihrer theoretischen Ausrichtung niemals wahrgenommen hätte.

⁵⁰⁶ Dieses Verständnis von Pluralität galt vor allem für die Pluralismustheorien der 1960er und 1970er Jahre wie Tessen, J.: 2005. S. 155ff. ausführt.

⁵⁰⁷ Vgl. dazu Young, I. M.: 1990. 159ff.

⁵⁰⁸ Vgl. dazu Bohman, J.: 1995. S. 258.

⁵⁰⁹ Vgl. dazu Connolly, W. E.: 1995. S. 90.

Nation, Identität und Ethnie suggerieren Gleichheit und Einheit. Sie geben vor ein Zuhause für all die unterschiedlichen Menschen zu sein, das es so in der Wirklichkeit nicht gibt. Deshalb bedeutet Pluralität auch in erster Linie „to give up a place called home“⁵¹⁰. In solch einer Welt, in der es kein Zuhause mehr gibt, sind es die Unterschiede „von woher etwas sein Wesen beginnt“⁵¹¹. Das eigene Sein kann nur mit und durch die Konfrontation mit dem Fremden bestimmt werden, weshalb Ansätze, die auf gleichgesinnte Gemeinschaften setzen in Wirklichkeit a-sozial sind.⁵¹²

Die postmoderne Kritik am Pluralitätsverständnis der Moderne zielt folglich darauf ab, offen zu legen, dass in der Moderne versucht wird auf gesellschaftlicher Ebene mit verschiedenen „großen Erzählungen“, allen voran der Rationalität und dem Fortschritt, eine Einheit herzustellen, die in Wirklichkeit aber nur eine Unterdrückung der Vielen ist. So skeptisch die Postmoderne demnach gegenüber solchen großen Erzählungen ist, so enthusiastisch ist sie gegenüber den vielen kleinen Erzählungen,⁵¹³ die von den vielen kleinen Unterschieden zwischen den Menschen erzählen. Dieser Enthusiasmus geht sogar so weit, die Wissenschaft, als Speerspitze der Moderne in Bezug auf ihre Allgemeingültigkeit, in Frage zu stellen: Wissenschaft ist auch nur eine Praxis, die in einem bestimmten soziokulturellen Kontext ausgeübt und immer nur im Rahmen einer großen Erzählung praktiziert wird. Dadurch unterscheidet sie sich kaum von anderen Formen des Wissenserwerbs, von denen sie sich explizit absetzen will.⁵¹⁴ Wissenschaftliches Wissen ist nur noch ein lokal beschränktes Wissen, das über keinerlei Allgemeingültigkeit verfügt.⁵¹⁵ Auch sie muss und wird dann unter anderen Gesichtspunkten, wie beispielsweise der Ästhetik, begutachtet⁵¹⁶ und verliert ihren objektiven Charakter. Selbst die Wissenschaft ist damit nicht mehr in der Lage eine allgemeingültige Perspektive, geschweige denn eine große Erzählung abzuliefern. Mit der Postmoderne verlagert sich das Interesse weg von der Wahrheit hin zu der Perspektive aus der die Wahrheit ausgesprochen wird.⁵¹⁷

Wahre Pluralität liegt für die Postmoderne folglich nicht in der Gleichstellung oder der Einheit aller mit allen, sondern in der vollen Akzeptanz der Tatsache, dass „grundlegende

⁵¹⁰ Vgl. dazu Honig, B.: 1996. S. 257.

⁵¹¹ Vgl. dazu Bhabha, H. K.: 2007. S. 7.

⁵¹² Vgl. dazu Young, I. M.: 1990. S. 237, die hier auf den Kommunitarismus als a-soziale Weltsicht verweist.

⁵¹³ Wie es, allerdings kritisch, Eagleton, T.: 1997. S. 44, schreibt.

⁵¹⁴ Vgl. dazu Heise, U. K.: 2008. S. 140ff.

⁵¹⁵ Vgl. dazu Sheehan, P.: 2008. S. 28. Vgl. dazu ebenfalls Bauman, Z.: 1996. S. 64.

⁵¹⁶ So sprechen Physiker in den letzten Jahrzehnten immer wieder davon, dass ihre Formeln auch Schönheit oder Ästhetik versprühen müssen, wollen sie gelten. Darauf verweist Flusser, V.: 1992. S. 29.

⁵¹⁷ Vgl. dazu Gergen, K. J.: 1996. S. 239.

Heterogenität und wirkliche Gerechtigkeit“ miteinander inkompatibel sind.⁵¹⁸ Sie kann auch nicht durch für alle nachvollziehbare Argumente in einen Konsens aufgelöst werden.⁵¹⁹ Es geht in der von der Postmoderne eingeforderten Pluralität darum, das Gegenüber in seiner völligen Andersheit zu erkennen, ohne dabei versucht zu sein, diese Andersheit auf irgendeine Weise mit sich selbst in Einklang zu bringen, selbst dann nicht, wenn diese Andersheit im Konflikt mit der eigenen Andersheit steht. Pluralität heißt folglich in der Postmoderne nicht nur, dass soziale Differenzierung ohne Exklusion zu erfolgen hat, sondern und vor allem auch dass daraus keine Anforderungen an Integration abgeleitet werden. Erst dadurch werden Gerechtigkeitsansprüche überhaupt sichtbar.⁵²⁰ Während moderne Gerechtigkeitsansprüche aus der Überzeugung erwachsen, dass wir alle im Kern gleich sind, folgen postmoderne Gerechtigkeitsansprüche aus der Überzeugung, dass wir alle im Kern unterschiedlich sind. Letzteres entspricht gelebter Pluralität, ersteres gelebter Einheit.

Jeglicher Versuch jedoch, eine Einheit dort herzustellen, wo es keine gibt, ist der Versuch, einen Willen gegen den Widerstand des Anderen durchzusetzen, gleichwohl worauf dieser Versuch beruht, ob er nun hegemonialer oder „direkter“ Natur ist. Jeglicher Versuch ist Macht. Damit wird jede Herrschaftsposition, wenn nicht zu Fall gebracht, so doch zumindest in Frage gestellt⁵²¹ und es bleibt in Anbetracht der Forderung nach postmoderner Pluralität nichts was Autorität geltend machen könnte.⁵²² Das hat weitreichende Folgen für die beiden Säulen der Moderne, das Individuum und den Diskurs, auf die nun gesondert eingegangen werden soll.

Zunächst zum Individuum: Vom modernen Individuum wird gefordert, dass es über verschiedene Zeiten und Räume hinweg seine Einheit und Kontinuität wahrt, denn erst Kontinuität und Einheit versetzen es in die Lage, die Welt mit seinen Handlungen nach seinen Vorstellungen zu gestalten. Sie bilden die Grundlage für die Handlungsfähigkeit des Individuums. Diese Anforderung wird durch das Aufkommen funktional ausdifferenzierter Systeme noch einmal in verstärkter Form gestellt. Vor allem in solchen Gesellschaften ist die Kontinuität und Einheit eine notwendige Voraussetzung der Handlungsfähigkeit des Individuums, weil jedes funktional

⁵¹⁸ Vgl. dazu Welsch, W.: 2008. S. 233, der dies ausgehend von Lyotard feststellt. Wörtliches Zitat ebd. zu finden.

⁵¹⁹ Vgl. dazu Bohman, J.: 1995. S. 254.

⁵²⁰ Vgl. dazu Frankenberger, R. / Meyer, G.: 2008. S. 24.

⁵²¹ Vgl. dazu Owens, C.: 1997. S. 172.

⁵²² Vgl. dazu Gergen, K. J.: 1996. S. 208.

ausdifferenzierte System das Individuum auf seine Art und Weise kolonialisiert, ihm eine Rolle vorgibt und dadurch seine Handlungen steuert. Nur ein Individuum, das in der Lage ist, all die verschiedenen Rollen zu integrieren, ist tatsächlich ein Individuum, weil es sich damit auch gleichzeitig gegen die Systeme durchgesetzt hat und sich durchsetzen kann. Je mehr Rollen es schafft zu vereinen, desto besser hat es seine Kontinuität und Einheit etabliert;⁵²³ ein desto stärkeres Individuum ist es folglich. Der Einzelne kommt demnach nicht als fertiges Individuum auf die Welt, sondern muss die Integration seiner verschiedenen Rollen selbst erbringen.⁵²⁴ Über verschiedene Zeiten und Räume hinweg seine Einheit und Kontinuität zu wahren, war nicht nur gleichbedeutend mit Emanzipation, sondern auch eine Leistung, die der Einzelne zu erbringen hatte und anhand derer er gemessen wurde. Der Einzelne wurde selbst als eine Maschine betrachtet, deren Funktion darin bestand, auch in Belastungssituationen, also seiner Zersplitterung in verschiedene Rollen, noch zuverlässig zu funktionieren.⁵²⁵ Eine gelungene Integration der verschiedenen Rollen war eine Voraussetzung dafür, Position gegenüber gesellschaftlichen Normen und Strukturen zu beziehen. Folglich waren die Begriffe Individuum und Individualität stark mit dem Verb *gelingen* verbunden und stellten eine normative Grundlage dar.⁵²⁶ Mit der Postmoderne findet eine „kulturwissenschaftliche Entzauberung“ des Individuums statt.⁵²⁷ Ausgehend vom Feminismus wurde kritisiert, dass das Konzept des Individuums ein kulturelles Konstrukt ist, das seine Wurzeln in der Aufklärung hat und stark von bürgerlichen Idealen bestimmt ist. Es stellt kein emanzipatives Konzept dar, sondern begründet vielmehr ein Machtverhältnis.⁵²⁸ Das Individuum wird lediglich postuliert, um die Hegemonie aufrecht zu erhalten, mit dem Ziel die von der Moderne präferierte soziale Ordnung zu legitimieren.⁵²⁹ Das Konzept des Individuums ist demnach weder ahistorisch, noch stellt es das Ende der Geschichte dar, sondern es ist ein Konzept vom Einzelnen in einer bestimmten Epoche. Kontinuität und Einheit sind nur Prämissen des Menschseins in der Moderne und folglich ein normatives Ideal und nicht eine Notwendigkeit. Jegliche Kontinuität und Einheit ist eine Regulierung,

⁵²³ Vgl. dazu Junge, M.: 2002. S. 29.

⁵²⁴ Vgl. dazu Reckwitz, A.: 2008. S. 10.

⁵²⁵ Vgl. dazu Gergen, K. J.: 1996. S. 87.

⁵²⁶ Und das, wie Kraus, W. / Mitzscherlich, B.: 1997 feststellen, nicht nur bei theoretischen Überlegungen, sondern auch in empirischen Untersuchungen.

⁵²⁷ Vgl. Reckwitz, A.: 2008. S. 24, der hier auf Foucault verweist. Wörtliches Zitat ebd. zu finden.

⁵²⁸ Vgl. dazu aus feministischer Perspektive Pritsch, S.: 2008. S. 170.

⁵²⁹ Vgl. dazu Butler, J.: 1999. S. 5.

die andere Möglichkeiten des Seins ausschließt und die bestehende Ordnung aufrechterhält.⁵³⁰ Individualität und Individuum sind selbst in einer symbolischen Ordnung eingebettete Konzepte,⁵³¹ die dazu dienen, der Idee der Universalität in der Moderne den Weg zu ebnen.⁵³² Die Annahme, dass nur ein Individuum in der Lage ist zu handeln, stellt sich als eine große Erzählung einer Epoche dar, die das Individuum gegenüber „anderer Positionierungen sozio-politischer Art“ überhöht und privilegiert.⁵³³

Sind die bestehenden Machtverhältnisse, die durch das Konzept des Individuums mit der Moderne etabliert werden, so offengelegt, dann ist der Einzelne nicht mehr in der Pflicht die Leistung zu erbringen, sich zu einem Individuum, welches über verschiedene Zeiten und Räume sich selbst treu bleibt, also Kontinuität und Einheit wahrt, zu emanzipieren. Er kann auch unfertigen, bruchstückhaften oder nur provisorischen Charakter aufweisen; er kann mit seinem Individuum-sein spielen, es abwandeln, parodieren oder es ironisch verwenden. Solch ein Individuum ist nicht mehr historisch gewachsen und kann auch nicht mehr als ein historisch gewachsenes Individuum begriffen werden, sondern muss immer aus der jeweiligen Situation heraus betrachtet werden.⁵³⁴ Die Handlungsfähigkeit des Einzelnen hängt nicht mehr von der Emanzipation zum Individuum ab. Die Frage, wie der Einzelne dann noch überhaupt in der Lage ist zu handeln, stellt sich gar nicht.⁵³⁵ Position zu beziehen, eine Meinung zu haben, zu Handeln ist von der Voraussetzung eines kontinuierlichen und einheitlichen Individuums befreit,⁵³⁶ denn gerade die Voraussetzung ein Individuum zu sein, war die größte Beschränkung des Einzelnen. Während in der Moderne das Individuum noch einer bei allen Menschen gleichgearteten Vernunft zu folgen hatte und damit eigentlich gar nicht selbst urteilen konnte,⁵³⁷ kann es nun gänzlich selbst entscheiden, es kann sogar entscheiden auf welcher Grundlage es seine Entscheidungen treffen mag. Erst damit ist der Einzelne wirklich selbst für seine Handlungen verantwortlich. Erst jetzt, nach dem die Hegemonie offengelegt wurde, ist

⁵³⁰ Ebd. S. 8. Vgl. dazu ebenfalls Rommelspacher, B.: 1997.

⁵³¹ Vgl. dazu Reckwitz: 2008. S. 12ff.

⁵³² Vgl. dazu Young, I. M.: 1990. S. 102, die weiter ausführt, dass jedoch gerade das Streben nach Universalität zur Unterdrückung jener führt, die keine Kontinuität und Einheit erbringen können oder wollen.

⁵³³ Vgl. dazu Pritsch, S.: 2008. S. 23. Wörtliches Zitat ebd. zu finden.

⁵³⁴ Vgl. dazu Straus, F. / Höfer, R.: 1997. S. 295.

⁵³⁵ Diese Frage stellt Eagleton, T.: 1997. S. 59.

⁵³⁶ Vgl. dazu Butler, J.: 1999. S. 181ff.

⁵³⁷ Vgl. dazu Bauman, Z.: 1994. S. 68.

er in die Lage versetzt zu handeln; erst jetzt bietet sich dem Einzelnen die Möglichkeit überhaupt zu handeln.

Unter solchen Bedingungen ist dann Scheitern auch nicht mehr nur die Aussicht eines Genies, das es nicht geschafft hat, sein Werk zu vollenden, sondern es wird zu einer Möglichkeit aller Menschen.⁵³⁸ Das bedeutet aber nicht, dass Scheitern in der Postmoderne erstrebenswert wird und es ist auch schwer vorstellbar, wie Scheitern als Lebensentwurf aussehen könnte, außer beim Quereinsteiger. Einen Bruch im Lebenslauf zu haben, ist demnach auch in der Postmoderne nicht das ausgesprochene Ziel des Einzelnen, aber im Gegensatz zur Moderne disqualifiziert der Bruch nicht den Einzelnen. Er muss lernen in einer Art „kontrollierter Schizophrenie“⁵³⁹ mit den Brüchen und Diskontinuitäten umzugehen.⁵⁴⁰

Der Tod des Subjekts und die Entdeckung wie wenig kontinuierlich und einheitlich der Einzelne ist, bedeutet demnach nicht, dass der Einzelne nicht mehr existiert oder nicht mehr den Ausgangspunkt von Handlungen bildet. Das Individuum hatte über seine philosophische Bedeutung hinaus auch immer einen verwaltungstechnischen Sinn. Aus dieser Perspektive ging es in erster Linie um die Identifikation des Einzelnen,⁵⁴¹ d. h. es ging auch immer darum, klarzumachen von wem gerade die Rede ist.⁵⁴² Und das hat sich auch mit dem Tod des Subjekts nicht geändert. Der Einzelne verfügt über einen Ausweis, einen genetischen Code, Namen, unverwechselbare Fingerabdrücke, die eine „qualitative Identifikation von Rolleninhabern“ ermöglichen.⁵⁴³ Er wird demnach als eine Person angesprochen und haftet auch als eine Person, außer im Falle diagnostizierter Persönlichkeitsspaltung. Selbst wenn die Erfahrung der Fragmentierung gemacht wird, bildet der Einzelne doch

⁵³⁸ Vgl. dazu Sennet, R.: 1998. S. 159.

⁵³⁹ Rauschenbach, Th.: 1994. S. 92.

⁵⁴⁰ Vgl. Straus, F. / Höfer, R.: 1997, S. 292. Die Autoren sprechen beispielsweise nicht mehr von erfolgreicher Identitätsbildung, sondern von Identitätsarbeit, womit sie die Notwendigkeit als auch die Möglichkeit des Einzelnen zur Bearbeitung seiner Identität verdeutlichen wollen. Abels, H.: 2006, S. 422 spricht von einer permanenten Krise der Identität in der Postmoderne, mit der der Einzelne lernen muss umzugehen. Schmid, W.: 1996. S. 371ff schlägt sogar vor, ganz auf den Begriff der Identität zu verzichten und auf den Begriff der Kohärenz zu setzen, weil dieser im Gegensatz zum Identitätsbegriff Veränderung zulässt. Es sei hier erwähnt, dass Identitätsarbeit oder Identitätsmanagement nicht erst eine Erscheinung der Postmoderne ist. Immer dann, wenn eine Person versucht, eine seiner Eigenschaften zu verheimlichen, dann betreibt sie Identitätsarbeit oder -management beispielsweise im Falle eines Stigmas. Vgl. dazu die Studie Goffman, E.: 1963. Der Unterschied liegt jedoch darin, dass in früheren Epochen nur die Stigmatisierten Identitätsmanagement leisten mussten, in der Postmoderne das jedoch für alle gilt.

⁵⁴¹ Vgl. dazu Kaufmann, J.-C.: 2005. S. 23.

⁵⁴² Vgl. dazu Roughly, N.: 1996. S. 246.

⁵⁴³ Vgl. dazu Nunner-Winkler, G.: 2002. S. 57. Wörtliches Zitat ebd. zu finden.

immer noch eine „numerische Einheit“.⁵⁴⁴ Im alltäglichen Leben würde somit jeder an der Realität scheitern, der seinen eigenen Tod als Subjekt postuliert, so dass in der Postmoderne, der einzige Ort wo das Subjekt tatsächlich zu Grabe getragen wird, lediglich die Literatur ist.⁵⁴⁵ Das Individuum ist nicht lediglich zu einem sozialen Placebo geworden, das unabhängig von Realität existiert und nur noch juristisch vorhanden ist.⁵⁴⁶

Vielmehr bedeutet der Tod des Subjekts lediglich, dass die „Sakralisierung des Individuums“⁵⁴⁷ durch die Moderne rückgängig gemacht wird. Es bedeutet, dass die Gesellschaft den Einzelnen nicht mehr auf seiner ontologischen Ebene anspricht. Es ist unwichtig geworden und spielt auch keine Rolle mehr, was den Einzelnen in seinem Kern ausmacht, viel wichtiger ist es, wie der Einzelne sich nach außen hin gibt und wirkt. Der Einzelne soll auch weiterhin über sich selbst reflektieren, aber nur auf der Oberflächenebene,⁵⁴⁸ denn einen Kern, der ihn über Zeit und Raum ausmacht, gibt es nicht zu entdecken. Das Individuum und seine Individualität stellen nicht mehr die zentrale soziale Kategorie der Epoche dar,⁵⁴⁹ und somit bestimmt und bemisst sich auch die Handlungsfähigkeit nicht an dieser Kategorie. Die Handlungsmöglichkeiten des Einzelnen entscheiden sich, so die These und Kritik der Postmoderne, eher anhand der Diskurse in denen der Einzelne eingebettet ist, als durch ihn selbst.⁵⁵⁰

Damit ist die Abwendung von der Ontologie des Subjekts hin zu seiner Oberfläche nicht ein Hinweis auf eine bloß oberflächliche Gesellschaft, sondern eine fundamentale Kritik, gleichsam Dekonstruktion des modernen Verständnisses vom Individuum. Das Individuum, welches demnach stirbt, ist das fast gottgleiche Individuum, welches in der Lage ist, aus sich heraus die Natur und die Welt zu beherrschen. Dieses Individuum gibt es nicht. Eher ist der Einzelne permanent vom Zerfall und von Vereinnahmung bedroht.⁵⁵¹ Das ist nicht nur eine „heilsame

⁵⁴⁴ Wie es Renn, J.: 2002. S. 242ff postmoderne Theorien kritisierend richtigerweise feststellt. Wörtliches Zitat ebd. zu finden.

⁵⁴⁵ Vgl. dazu Schwab, G.: 1988. S. 514.

⁵⁴⁶ Eine Position die beispielsweise Herbst, A. N.: 2010 in seinem Beitrag vertritt.

⁵⁴⁷ Mathias, M. D.: 2013. S. 1247.

⁵⁴⁸ Vgl. dazu, dass die Gesellschaft das Subjekt nicht mehr auf seiner ontologischen Ebene anspricht, sondern an der Oberfläche interessiert ist Rosa, H.: 2002. S. 283ff.

⁵⁴⁹ Vgl. dazu Sheehan, P.: 2008. S. 25.

⁵⁵⁰ Vgl. dazu Kodalle, K.-M.: 1994. S. 1, der davon spricht, dass es aus der heutigen Argumentationsperspektive zu einer Selbstverständlichkeit geworden ist, auf das Subjekt zu verzichten und auf Sprachspiele und Lebenswelten zu setzen. Vgl. dazu ebenfalls Bürger, P.: 1998. S. 12ff. Das Werk des Autors mag den Titel „Das Verschwinden des Subjekts“ tragen, jedoch wird im Werk die Position vertreten, dass eine Verschiebung weg vom Subjekt hin zu anderen sozialen Kategorien stattfindet. Ähnlich auch Pritsch, S.: 2008. S. 18.

⁵⁵¹ Vgl. dazu Zima, P. V.: 2007. S. 86ff.

Provokation“ philosophischer, soziologischer und politischer Vorstellungen des Subjekts.⁵⁵² Es ist viel weitreichender: In den Fokus der Beobachtung rücken mit der Kritik am modernen Verständnis vom Individuum Diskurse und ihre Perspektiven, sprich die ihnen zugrunde liegenden Ideologien und Machtstrukturen, die erst einmal dekonstruiert werden müssen.⁵⁵³ Und das ohne den Hintergedanken einer Emanzipation.

Wie weitreichend diese Entwicklung dann tatsächlich wurde, zeigt sich, wenn wir wieder auf den Feminismus zurückkommen, der diese Entwicklungen mit losgetreten hat: Ironischerweise hatte der Feminismus selbst mit den Folgen seiner Kritik am Individuum zu kämpfen. Er musste im Anschluss an seine Kritik die Frage beantworten, wie von der Emanzipation der Frau gesprochen werden kann, wenn jede Konzeption der Frau in Zusammenhang mit Emanzipation den Ausschluss anderer Konzeptionen des Frauseins nach sich zieht und somit jenen Personen, die dem Konzept der Emanzipation nicht folgen, die Handlungsfähigkeit abspricht.⁵⁵⁴ Plötzlich war sogar der Feminismus, welcher angetreten war um die Frau zu befreien, selbst ein Fundamentalismus.

Nun zum Diskurs: Wie im Kapitel über diskursive Öffentlichkeit schon dargelegt, ist die Moderne im Allgemeinen und die diskursive Öffentlichkeit im Speziellen, kein Gegner der Pluralität, auch wenn durch die vorangegangenen Absätze solch ein Eindruck entstanden sein mag. Vor allem die diskursive Öffentlichkeit setzt Pluralität und damit verschiedene Perspektiven auf ein und denselben Sachverhalt voraus. Pluralität muss demnach gegeben sein. Die postmoderne Kritik am Verständnis von Pluralität im Rahmen des Diskurses richtet sich auch aus diesem Grunde nicht an die Pluralität selbst, sondern an den Konsens mit dem sie in Zusammenhang gesetzt wird. Wie bereits ebenfalls dargelegt, zielt die diskursive Öffentlichkeit darauf ab, aus der Pluralität einem Sachverhalt gegenüber durch Diskurs einen Konsens herzustellen. Es wird kritisiert, dass im Rahmen des Diskurses Pluralität immer mit Konsens zusammengedacht wird. Im Rahmen des Diskurses wird Konsens durch Argumente, die jeden Einzelnen aus demselben Grund überzeugen, erzielt. Alle auf die gleiche Art

⁵⁵² Wie Joas, H.: 1996. S. 369 meint. Wörtliches Zitat ebd. zu finden.

⁵⁵³ Vgl. dazu Zima, P. V.: 2007. S. 194.

⁵⁵⁴ Vgl. zu diesem Dilemma des Feminismus Lovibond, S.: 1999. S. 394ff, als auch Zima, P. V.: 2007. S. 276, als auch Pritsch, S.: 2008. S. 208. Ähnlich auch Fraser, N. / Nicholson, L.: 1993. S. 416ff, für die die Postmoderne den Fundamentalismus des Feminismus offenbare.

und Weise zu überzeugen, ist entscheidend, um zwischen Konsens und Kompromiss zu unterscheiden, da im Rahmen des Diskurses, nur aus dem Ersteren Legitimation folgen kann.⁵⁵⁵

Das Problem daran ist nun nicht, dass überzeugende Argumente einfach nur abstrakt oder vage genug sein müssen, um jemanden zu überzeugen.⁵⁵⁶ Das Problem daran ist auch nicht der naive Glaube, dass der Diskurs immer das gegenseitige Verständnis steigert. Genauso gut könnte der Diskurs fundamentale Differenzen zu Tage fördern, die besser im Verborgenen geblieben wären.⁵⁵⁷ Vielmehr ist das Problem, dass der Konsens durch Diskurs und damit durch die Autorität des besseren Argumentes erzielt wird. Durch die Autorität des besseren Argumentes werden die Beteiligten der diskursiven Öffentlichkeit unter einen Konsens gezwängt, den sie aus nicht-rationaler Sicht womöglich nicht eingegangen wären. Jene, die sich der Autorität des besseren Argumentes verweigern, werden nicht angehört und beispielsweise aus der Öffentlichkeit ausgeschlossen. Eine ideale und herrschaftsfreie Sprechsituation liegt demnach gar nicht vor. Vielmehr ist der Diskurs selbst eine kommunikative Macht, der sich die Teilnehmer beugen müssen, da sie ansonsten marginalisiert oder einfach nicht beachtet werden. Diese Macht verneint damit nicht nur andere Zugänge zur Sprache als Mittel der Lösungsfindung;⁵⁵⁸ sie schafft auch Pluralität auf gesellschaftlicher Ebene ab. Der erzielte Konsens ist dann nur eine Form „weichen Imperialismus“⁵⁵⁹.

Der Diskurs gesteht demnach den einzelnen Teilnehmern ihre jeweilige Position zu. Dadurch aber, dass sie auf ein rational motiviertes Einverständnis zielt, verbannt sie Pluralität in den Bereich des Privaten.⁵⁶⁰ Sie verkauft gar die Beschränkung von Pluralität auf die private Sphäre als Anforderung und Voraussetzung. Die Moderne bejaht Pluralität im Kleinen, um die Leistung erbringen zu können, aus dieser Pluralität eine Einheit im Großen herzustellen und sich damit zu legitimieren. Der Diskurs ist überhaupt erst dann geglückt, wenn die sich einander gegenüberstehenden Seiten in einem Konsens aufgehen. In diesem Verständnis ist die Gegenseite nur ein Anderer und nicht etwas radikal anderes mit dem es keine Möglichkeit des Konsenses

⁵⁵⁵ Vgl. dazu Mouffe, Ch.: 2000(b). S. 48ff.

⁵⁵⁶ Diese Problematik wirft Bohman, J.: 1996. S. 46 auf.

⁵⁵⁷ Vgl. dazu Shapiro, I.: 1999. S. 31.

⁵⁵⁸ Vgl. zu dieser Kritik Young, I. M.: 1996. S. 123. Ähnlich auch Young, I. M.: 1990. S. 118, wo sie kritisiert, dass Habermas Sprache auf ihren rationalen Gebrauch reduziert.

⁵⁵⁹ Docherty, Th.: 1993. S. 26.

⁵⁶⁰ Vgl. dazu Mouffe, Ch.: 2000(a). S. 8.

gibt. Das Gegenüber wird gar nicht in seiner gänzlichen Andersheit anerkannt. Dass die Andersheit des Gegenübers gerade darin liegt, dass sie sich fundamental von einem Selbst unterscheidet, wird ignoriert.⁵⁶¹

Damit wird Pluralität, als das definierende Merkmal menschlichen Zusammenseins durch den Diskurs, auf ein Faktum reduziert und auf gesellschaftlicher Ebene durch kommunikative Macht verhindert,⁵⁶² um der großen Erzählung von Rationalität und Fortschritt ihre Legitimation zu verschaffen. Pluralität wird zur bloßen Anwesenheit der Einzelnen,⁵⁶³ die Teile eines Ganzen darstellen, zu dem sie sich durch einen rational motivierten Diskurs zusammenschließen müssen. Weder ist der Diskurs demnach herrschaftsfrei, noch Konsens eine Möglichkeit mit Pluralität umzugehen. Diskurs und Konsens sind beide nur Emanzipationsideologien, die auf Rationalität fußen. Einen herrschaftsfreien Diskurs und rational motivierten Konsens in einer von Pluralität geprägten Welt kann es nicht geben.⁵⁶⁴ Pluralität ist irreduzibel und Konsens damit schon konzeptionell unmöglich.⁵⁶⁵

Letztlich ersetzen Ansätze der deliberativen Demokratie die Zweck-Mittel-Rationalität-Ansätze rationaler Wahl durch ihre eigene Form der deliberativen oder kommunikativen Rationalität⁵⁶⁶ und reduzieren die vielfältigen Möglichkeiten menschlichen Daseins auf die vernünftigen. So mag die Theorie kommunikativer Handlung versuchen „nicht rationale Mechanismen der Handlungskoordination durch rationale Verständigungsformen zu ersetzen“⁵⁶⁷, um Verständigung jenseits von kulturgebundenen Werten und Normen zu ermöglichen. Jedoch stößt sie dort an ihre Grenzen, wo die rationale Verständigungsform selbst in Frage gestellt wird,⁵⁶⁸ weil sie als kulturgebunden entlarvt wird.

Mit der Postmoderne führt der Austausch von Argumenten nicht mehr zu einer ewigen Wahrheit, der sich keiner mehr widersetzen kann, sondern der Diskurs dient nur noch dazu, anhand von Plausibilitätsargumenten soziale Wirklichkeiten zu konstruieren. Mit dem Diskurs geht demnach nicht die Entdeckung einer gemeinsam geteilten Welt

⁵⁶¹ Vgl. dazu Böning, Th.: 2001. S. 76.

⁵⁶² Vgl. dazu Mouffe, Ch.: 2000(b). S. 19.

⁵⁶³ Vgl. dazu Gould, C. C.: 1996. S. 177.

⁵⁶⁴ Vgl. dazu Kopp-Marx, M.: 2005. S. 13.

⁵⁶⁵ Vgl. dazu Mouffe, Ch.: 2000(b). S. 33.

⁵⁶⁶ Vgl. dazu Mouffe, Ch.: 2000(a). S. 10.

⁵⁶⁷ Taylor, Ch.: 1996. S. 45.

⁵⁶⁸ Ebd. S. 44.

einher, sondern nur die Konstruktion und Rekonstruktion der eigenen sozialen Wirklichkeit.⁵⁶⁹

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass, aus der Erfahrung heraus wohin ein purer Fortschrittsglaube basierend auf reiner Vernunft führen kann, die Postmoderne Pluralität als ihr Prinzip ausruft. Diese Pluralität ist nicht ein simples *anything goes* und damit ein „postkultureller Zustand“⁵⁷⁰, sondern sie basiert auf der Einsicht, dass die Wirklichkeit nicht mit einer großen Erzählung zu vereinen ist und sich deshalb die große Erzählung an der Wirklichkeit immer rächt.⁵⁷¹ Sie ist Verbunden mit der Einsicht, dass jede große Erzählung irgendwann einmal in einer Katastrophe enden wird und deshalb Pluralität gelebt werden muss.⁵⁷²

Postmoderne Pluralität ist damit mehr als das oft zitierte und noch öfter kritisierte *anything goes*, mit dem sie verwechselt wird. Ein simples *anything goes* würde selbst wieder nur zu *identity politics* führen; die Folge wäre ein Partikularismus, der das genaue Gegenteil von postmoderner Pluralität bewirken würde: Ein intoleranter, ausschließender Pluralismus, der ethnischen Konstruktionen und Nationalismen Vorschub leistet.⁵⁷³ Postmoderne Pluralität hingegen ist verbunden mit der Einsicht, dass keine Position unanfechtbar ist und es in Bezug auf jeden Sachverhalt Positionen, Meinungen und Interessen gibt, für die es nicht die Möglichkeit gibt, sie in einen Konsens zu überführen.

Damit ist postmoderne Pluralität die Einsicht, dass Pluralität eine Eigenschaft der Welt ist und nicht eine Erfindung von Menschen, die einfach nur in Ruhe gelassen werden und so sein wollen wie sie sind. Sie unterscheidet sich damit von bloßer Beliebigkeit und Eklektizismus, weil sie auf diese Eigenschaft in der Welt hinweist und verlangt mit dieser Pluralität in der Welt zu leben, ohne die Absicht zu verfolgen, sie in eine Einheit überführen zu wollen.⁵⁷⁴ Das macht erst demokratisches Zusammenleben aus und nicht das Streben nach Einheit trotz aller Unterschiede, wie es noch die Moderne im Allgemeinen und die deliberative Demokratie im Speziellen verfolgt haben.

Bis hierher wurde die Postmoderne in ihrer theoretischen Entwicklung nachgezeichnet, die sich vor allem als eine Kritik an der Moderne liest. Die Postmoderne hat jedoch nicht nur eine

⁵⁶⁹ Vgl. dazu Laclau, E.: 1993. S. 340.

⁵⁷⁰ Wie es noch Bauman, Z.: 1995. S. 63 meint.

⁵⁷¹ Vgl. dazu Gehlen, A.: 1994. S. 136.

⁵⁷² Vgl. dazu Welsch, W.: 2008. S. 175ff.

⁵⁷³ Vgl. dazu Cohen, J. L.: 1996. S. 188.

⁵⁷⁴ Vgl. dazu Welsch, W.: 2008. S. 1ff.

theoretische Seite, die sich gegen die Moderne wendet, sondern sie spiegelt auch reale Wandlungen im Alltag der Menschen wieder. Mit hoher Wahrscheinlichkeit wäre die nachgezeichnete Kritik von Seiten postmoderner Denker gegen das moderne Individuum und den Diskurs auch folgenlos geblieben, wenn sie nicht von realen Wandlungen der westlichen Welt begleitet worden wäre.⁵⁷⁵ Das nächste Kapitel widmet sich diesen realen Wandlungen. Dabei unterbreitet es den Vorschlag, diese reale Seite der Postmoderne mit dem Begriff der Vagheit zusammenzufassen.

⁵⁷⁵ Franck, G.: 2005. S. 165 stellt die Frage, warum sich die Postmoderne gleich einem Flächenbrand ausgebreitet hat, vor allem, wenn bedacht wird, dass sie mit ihrer Position den Tod des Subjekts gefordert hat. Die Antwort ist, dass die postmoderne Kritik an der Moderne durch reale Wandlungen begleitet wurde.

2. Praxis

2.1. Reale Seite der Postmoderne

Mit dem Beginn der 1970er und 1980er Jahre sehen sich die Menschen einer immer größeren Kontingenz gegenüber.⁵⁷⁶ Dabei stellt Kontingenz kein neues Phänomen der postmodernen Epoche dar; sie gab es auch schon in anderen Epochen. Mal nahm sie den Charakter eines Wunders an, also ein Eingreifen Gottes in die Welt, das für den Menschen nicht nachvollziehbar war; mal, wie beispielsweise in der Moderne, nahm sie den Charakter des Zufalls an. Anders formuliert wurde Kontingenz als eine Unterbrechung der normalen, kontinuierlichen Abläufe der Geschehnisse begriffen. Plötzlich und ohne Vorwarnung ergaben sich durch Gottes Eingriff oder den Zufall neue Möglichkeiten, die nicht aus dem Vorhergehenden folgten und den normalen Ablauf der Dinge unterbrachen.⁵⁷⁷ Vor allem für die Moderne stellte die Unterbrechung des Alltags ein großes Problem dar. Gottes Eingriff in die Welt geschah vielleicht alle paar Jahre, der Zufall jedoch war ständig am Werk. Mit anderen Worten wurde in der Moderne Kontingenz zu einem Teil der Welt und war permanent gegeben. Für die Moderne stellte jedoch eine permanente Kontingenz, die Teil der Welt war, eine potentielle Gefahr dar, die sie bei der Vollendung ihres Projektes behindern könnte. Die Zukunft zu gestalten oder zu planen und damit Fortschritt zu erzielen, war mit der Möglichkeit, dass in jeder Sekunde alles auch anders sein könnte, nicht möglich. Fortschritt bedarf, zumindest in den Augen der Moderne, der Kontrolle über das, was gerade geschieht.⁵⁷⁸ Daher strebte die Moderne danach, die Kontingenz der Welt unter Kontrolle zu bringen.

Mit der Postmoderne ändert sich das. Kontingenz ist nicht mehr ein seltenes Eingreifen Gottes oder das zufällige Auftreten von Zufällen. In der Postmoderne ist Kontingenz ein permanenter Zustand, der von den Menschen selbst verursacht wird.

Der Einzelne ist in der Postmoderne nicht mehr nur für seine Individualisierung verantwortlich, sondern auch für sein soziales Umfeld. Weil geschlechtsspezifische Zuschreibungen, Klassen- und Standeszugehörigkeiten nicht mehr in dem Maße bindend sind, wie sie es in anderen Epochen waren und die materielle und existentielle Sicherheit gewährleistet ist, steht der Einzelne vor der Wahl, aber auch der Qual, selbst zu entscheiden,

⁵⁷⁶ Connolly, W. E.: 1991. S. 25 spricht von einer Globalisierung der Kontingenz.

⁵⁷⁷ Vgl. dazu Makropoulos, M.: 1990. S. 24.

⁵⁷⁸ Vgl. dazu Bauman, Z.: 2000. S. 111.

wie er leben möchte, ohne sich dabei auf vorgegebene Muster verlassen zu können.⁵⁷⁹ Er bekommt die Freiheit, sich seine sozialen Zusammenhänge selbst zu wählen und damit zum Initiator zu werden.⁵⁸⁰ Unter solchen Bedingungen zwingt eine gegebene Situation den Einzelnen nicht mehr zu einer bestimmten Handlung, sondern regt lediglich zu einer bestimmten Wahl an.⁵⁸¹ Der Anregung kann gefolgt werden oder auch nicht. Im Gegensatz zur modernen Lebensplanung wird hier das Leben nicht mehr entworfen. Es muss auch nicht mehr mit Ausdauer und Fleiß geplant werden. Eher entwickelt sich das Leben aus einem Geleichenstun und nimmt „ästhetischen“ Charakter an. Der Einzelne „bastelt“ Stück für Stück sein Leben collageartig zusammen, ohne dass die Stücke notwendigerweise zusammenpassen oder -hängen müssten.⁵⁸² Der Einzelne findet immer noch von der Gesellschaft vorgegebene Normalbiographien vor, aber er ist nicht mehr gezwungen diesen zu folgen. An Stelle vorgegebener Biographien kann sich der Einzelne seine Biographie frei wählen. Es entstehen Wahlbiographien.⁵⁸³ Die Welt stellt sich dem Einzelnen als ein Markt der Möglichkeiten dar, aus dem er sich bedienen kann.⁵⁸⁴

Das ist die eine, positive Seite der Postmoderne mit ihrem Markt der Möglichkeiten. Die andere, weniger positive Seite bringt mit den Möglichkeiten, die sie bereit hält auch umso größere Ungewissheiten. Diese Ungewissheiten hat der Einzelne alleine zu meistern. Normen, Regeln, Traditionen und Werte, als Orientierungspunkt, verlieren an Bedeutung, obwohl die persönliche Verantwortung immer weiter wächst. Die Menschen müssen immer mehr Entscheidungen, die ihr Leben prägen, selbst treffen, ohne dabei Vorgaben von ihrer Umwelt zu bekommen. Trotz immer weniger Vorgaben müssen sie immer mehr selbst entscheiden und dabei alle Risiken der Entscheidung selbst tragen.⁵⁸⁵ Der Einzelne sieht sich hier der Möglichkeit gegenüber, mit einer falschen Entscheidung das gewünschte Leben verfehlt zu haben.⁵⁸⁶ Die künstlerische Freiheit, das eigene Leben zu basteln, die Wahlbiographie, mag auf der einen Seite dem Einzelnen die Möglichkeit geben, jedes beliebige Ziel zu verfolgen. Der Preis, den er dafür zu zahlen hat, ist die Ungewissheit welches Ziel es Wert ist verfolgt zu werden.

⁵⁷⁹ Vgl. dazu Keupp, H. / Hohl, J.: 2006. S. 8ff.

⁵⁸⁰ Vgl. dazu Keupp, H.: 1994. S. 342.

⁵⁸¹ Schulze, G.: 2005. S. 208 spricht davon, dass sich der Kausalcharakter der Situation verändert.

⁵⁸² Vgl. dazu Hitzler, R. / Hohner, A.: 1994. S. 307, die die Begriffe „ästhetisch“ und „basteln“ ganz bewusst, wie sie schreiben, anstelle von „konstruieren“ verwenden, weil Ästhetik und Basteln ein Geleichenstun aus privatem Interesse widerspiegeln.

⁵⁸³ Vgl. dazu Beck, U.: 1993. S. 150ff.

⁵⁸⁴ Vgl. dazu Bauman, Z.: 1995. S. 15ff.

⁵⁸⁵ Vgl. dazu Frankenberg, R. / Meyer, G.: 2008. S. 34.

⁵⁸⁶ Vgl. dazu Gamm, G.: 1996. S. 345.

Individualisierung verliert in solch einer „Risikogesellschaft“⁵⁸⁷ ihre moderne Bedeutung. Sie bedeutet nicht mehr die Entlassung des Individuums aus der Tradition, dem Stand oder der Religion in ein selbstbestimmtes Dasein. Sie bedeutet vielmehr, dass der Einzelne die Risiken seiner Handlungen und Entscheidungen selbst zu tragen hat, ohne alle Risiken auch nur annähernd abschätzen zu können.⁵⁸⁸ Diesen Risiken sieht sich der Einzelne nicht nur in den entscheidenden Momenten des Lebens gegenüber, wo er sich beispielsweise entscheiden muss, ob er eine Promotion ans Studium anhängen oder direkt in den Arbeitsmarkt einsteigen soll. Die Risiken, eine falsche Entscheidung getroffen zu haben, lauern überall. Sie werden Teil des Alltages und lösen diesen in seiner Routinemäßigkeit auf.⁵⁸⁹ Individualität bedeutet hier nicht mehr nur mehr Freiheit und Emanzipation, sondern gleichzeitig auch immer den Zwang eigenständig zu entscheiden, ohne dabei die Konsequenzen der eigenen Entscheidung gänzlich abschätzen zu können und ohne, dass die Gesellschaft irgendwelche Anhaltspunkte für die richtige Entscheidung oder Absicherung im Falle einer falschen Entscheidung bietet.⁵⁹⁰ Das hat weitreichende Folgen für die Koordinierung von Handlungen.

Wenn der Einzelne die Freiheit hat sein Leben selbst zu gestalten, jedoch permanent Risiko läuft, die falsche Entscheidung getroffen zu haben, dann wird er versucht sein, sich die Möglichkeit offen zu halten, die getroffene Wahl rückgängig zu machen oder zumindest den daraus resultierenden Konsequenzen nicht ausgeliefert zu sein. Das soll nicht heißen, dass die Menschen in der Postmoderne keine Entscheidungen mehr treffen. Auch in der Postmoderne muss sich der Einzelne entscheiden. Die getroffenen Entscheidungen werden jedoch vom Einzelnen immer ausgehend von der Frage getroffen, wie er sich festlegen kann, ohne dass die Konsequenzen der Wahl irreversibel sind.⁵⁹¹ Entscheidungen werden folglich immer unter der Bedingung getroffen, dass sie oder zumindest ihre Konsequenzen revidierbar sind.⁵⁹² Einer immer komplizierter werdenden Welt muss damit nicht mit immer höherer interner

⁵⁸⁷ Beck, U.: 1998.

⁵⁸⁸ Vgl. dazu Beck: 1993. S. 39, sowie Abels, H.: 2006. S. 185, als auch Frankenberger, R. / Meyer, G.: 2008. S. 41.

⁵⁸⁹ Aus diesem Grunde, so Beck, U. / Beck-Gernsheim, E.: 1994. S. 17ff, bilden sich „Antwort-Fabriken“ wie beispielsweise Esoterik, Yoga, Mystik, die versuchen, die Tyrannei der Möglichkeit ein wenig einzudämmen. Der Alltag werde dadurch von jedem Einzelnen individuell „postreligiös 'theologisiert“.

⁵⁹⁰ Vgl. dazu Abels, H.: 2006. S. 223ff, der hier die Position von Ulrich Beck nachzeichnet.

⁵⁹¹ Vgl. dazu Veith, J.: 2002. S. 337.

⁵⁹² Aus einer ganz anderen theoretischen Perspektive und mit einer anderen Begrifflichkeit kommt Giddens, A.: 1990. S. 38 zu derselben Schlussfolgerung. Ähnlich wie Beck argumentiert Giddens, dass die Moderne durch eine reflexive Moderne abgelöst wurde und Handlungen nun ständig in Bezug auf die sie betreffenden Rückmeldungen von den Handelnden beobachtet, überprüft und überarbeitet werden. Dadurch, so Giddens weiter, ändert sich der Charakter sozialer Praktiken grundlegend. Unter den Bedingungen ständiger Reflexivität kann sich jede soziale Praxis als revidierbar herausstellen.

Komplexitätssteigerung begegnet werden. Auch sich nicht festzulegen stellt eine Möglichkeit dar, mit der gesteigerten Komplexität der Welt umzugehen.

Diese Entwicklung führt zu einem bisher noch nicht dagewesenen Zustand: Der Handlungspartner wird zu einem Gegenüber, bei dem nicht mehr die Möglichkeit gegeben ist, ihn einzuordnen. Das Gegenüber, sei es der Fremde, der Partner oder der Freund, driftet in einen Bereich ab, in dem weder Vertrauen noch Informationen dabei helfen, die zukünftigen Handlungen vorherzusagen. Der Einzelne kann immer noch anhand der Informationen, die das Gegenüber ihm freiwillig oder unfreiwillig zur Verfügung stellt, Erwartungen entwickeln, d. h. sich ein Bild vom Gegenüber machen und sie an das Gegenüber richten. Ob das Gegenüber seine Handlungen an den Erwartungen ausrichtet, sich an getroffene Entscheidungen hält oder nicht, darüber gibt es keine Gewissheit. Es trifft Entscheidungen unter Vorbehalt und unter der Bedingung, dass die Konsequenzen der Wahl wieder rückgängig gemacht werden können. Das Gegenüber wird so zu einem undurchschaubaren Handlungspartner und erreicht einen Zustand „radikal fremden Andersheit“.⁵⁹³

Die Moderne hingegen hat das Gegenüber immer als einen Teil vom Ich verstanden, in das es sich hineinversetzen konnte, um sich selbst und das Gegenüber zu erkennen. Überhaupt lief in der Moderne alles darauf hinaus aus dem Einzelnen und seinem Gegenüber ein höheres Drittes zu machen, wie beispielsweise im Konsens durch den Diskurs.⁵⁹⁴ Im Falle der Postmoderne ist aber das Gegenüber gänzlich entrückt vom Zugriff des Ichs. Und das nicht nur in der Theorie. Ego hat keine Gewissheit über Alter und Alter keine über Ego, trotz Vertrauen und vorhandenen Informationen. Der Einzelne findet sich einem anderen Einzelnen gegenüber, welchen er nicht mehr einholen kann, mit dem er jedoch trotzdem Handlungen koordinieren muss. Das ist die reale Seite der Postmoderne. Allerdings erinnert diese Beschreibung der realen Seite der Postmoderne stark an das theoretische Problem der doppelten Kontingenz aus der Systemtheorie.

⁵⁹³ Hier wurde auf Ideen aus Pfeifer, M.: 2009. S. 41ff zurückgegriffen. Der Autor spricht nicht explizit von der Postmoderne, sondern beabsichtigt nur die Philosophie Levina's wiederzugeben. Die Ideen welche er jedoch darlegt, scheinen nichtsdestotrotz sehr nahe an postmoderne Ideen zu sein. So spricht er davon, dass die bisherige Philosophie immer versucht hat, das Subjekt und sein Gegenüber in ein Drittes, ein Gemeinsames, aufzulösen, dadurch aber das Gegenüber vom Subjekt vereinnahmt wurde. Soll dem Gegenüber wirklich Rechnung getragen werden, dann muss dieses Gegenüber nicht nur als der Andere aufgefasst, sondern als Andersheit begriffen werden. Vom postmodernen Denken weicht der Autor in seiner Interpretation ab, wenn er versucht, aus der Unverfügbarkeit des Gegenübers eine Ethik zu etablieren. Wörtliche Zitat „radikal fremden Andersheit“ ebd. S. 42 zu finden.

⁵⁹⁴ Vgl. dazu Böning, Th.: 2001. S. 15ff.

2.2. Doppelte Kontingenzt und Vagheit

Das Problem der doppelten Kontingenzt beschreibt einen Zustand, bei dem zwei Akteure aufeinandertreffen, und jeder Akteur seine Handlung vom Gegenüber abhängig macht. Da jedoch beide Akteure für einander *black boxes*, d. h. nicht zugänglich und nicht zu durchschauen sind, stellt sich die Frage, wie der Anfang einer gemeinsamen Handlung gemacht werden soll. Die Akteure stehen damit vor dem Problem, ihr Verhalten aufeinander abzustimmen, ohne einen Zugang zueinander zu haben. Dieses Problem ist immer gegeben. Akut oder real wird es dann, wenn zwei Akteure aufeinandertreffen.⁵⁹⁵

Obwohl sich hier die doppelte Kontingenzt als ein Problem der sozialen Ordnung darstellt, kann sie, zumindest im Rahmen der Systemtheorie, der Ausgangspunkt von Kommunikation werden und soziale Ordnung ermöglichen. Das erscheint zunächst einmal unwahrscheinlich: Wenn jeder kontingent handelt und jeder das von sich und vom Gegenüber weiß, sind Handlungen, die sich aufeinander beziehen, schon schwer durchzuführen. Kommt noch die Verdoppelung der Kontingenzt hinzu, dass dasselbe auch für das Gegenüber gilt, dann wären aufeinander bezogene Handlungen erst recht unmöglich. Das ist jedoch nicht der Fall. Gerade weil beide Seiten über diesen Zustand Kenntnis haben, beide also sowohl über die eigene Verhaltensunsicherheit und die des Gegenübers sich im Klaren sind, ergibt sich die Möglichkeit, sich an der doppelten Kontingenzt zu orientieren.⁵⁹⁶ Die Erfahrung beider Seiten, dass ihre Perspektiven nicht identisch sind und daher die Situation, in der sie sich befinden, für beide Seiten „unbestimmbar, instabil, unerträglich“⁵⁹⁷ ist, konvergiert und es entsteht ein Interesse, diesen Zustand abzuschaffen. Die Möglichkeit ein soziales System zu bilden ist nun gegeben, und jeder Zufall kann genutzt werden, einen Anfang zu machen.⁵⁹⁸ Die doppelte Kontingenzt, die eigentlich ein Problem darstellt, gewinnt selbst an Bedeutung für das Handeln. Es entsteht ein soziales System, das die Aufgabe erleichtert, das eigene Verhalten zu bestimmen. Soziale Ordnung als unwahrscheinlicher Zustand wird dank des Problems der doppelten Kontingenzt möglich. So das Verständnis der doppelten Kontingenzt im Rahmen der neueren autopoietischen Systemtheorie.

Vor allem jener Teil des Problems doppelter Kontingenzt ähnelt der realen Seite der Postmoderne, bei der es um die Unmöglichkeit geht, den anderen zu durchschauen. Auch wenn „ein Mindestmaß an wechselseitiger Beobachtung und ein Mindestmaß an auf

⁵⁹⁵ Vgl. dazu Luhmann, N.: 1984. S. 151.

⁵⁹⁶ Ebd. S. 165.

⁵⁹⁷ Ebd. S. 172.

⁵⁹⁸ Ebd. S. 172.

Kenntnissen ge gründeter Erwartung“ gegeben sein muss, um Kommunikation unter den Bedingungen der doppelten Kontingen z in Gang zu bringen, ist die Möglichkeit, das Gegenüber „voll“ zu verstehen, niemals gegeben.⁵⁹⁹ Ein Zugang zum Anderen ist auch hier verwehrt.

Aus zweierlei Gründen macht die vorliegende Arbeit jedoch den Vorschlag, die reale Seite der Postmoderne nicht mit dem Begriff der doppelten Kontingen z, sondern mit dem Begriff der Vagheit zu umschreiben. Der erste Grund ist, dass die reale Seite postmodernen Lebens vom systemtheoretisch inspirierten Problem der doppelten Kontingen z auch begrifflich unterschieden werden sollte, damit diese miteinander nicht verwechselt werden. Das ist wichtig, da die doppelte Kontingen z das Gedankenkonstrukt eines Soziologen ist, der sich damit für nichts Geringeres als den Ursprung sozialer Ordnung interessiert. Sie ist eine theoretische Grundannahme, um zu beschreiben, wie soziale Ordnung überhaupt ihren Anfang nimmt. Sie setzt demnach noch vor jeglichem sozialen System an und erklärt erst, wie diese zustände kommen. Dieser Anspruch stellt sich mit dem Begriff der Vagheit nicht. Der Begriff der Vagheit geht davon aus, dass der Anfang bereits gemacht ist und eine bestimmte soziale Ordnung schon besteht, eben die Postmoderne. Der Zustand der Vagheit sagt demnach nichts darüber aus, wie dieser Zustand entstanden ist, sondern beschränkt sich lediglich darauf, eine Beschreibung des gegebenen Zustandes zu sein, in dem sich die Akteure befinden. Er ist ein realer, d. h. von den Menschen empfundener und wahrgenommener Zustand, mit dem sie täglich konfrontiert sind. Der zweite Grund ergibt sich aus der Klärung des Begriffes der Vagheit.

2.3. Vagheit

Die Voraussetzung von Vertrauen ist ein soziales Problem, das nur durch Kooperation von Akteuren gelöst werden kann.⁶⁰⁰ Dabei ist entscheidend, dass es in Bezug auf die Kooperation und das Verhalten der Beteiligten keine Gewissheiten oder Sicherheiten gibt.⁶⁰¹ Mit anderen Worten kann Vertrauen nur dann entstehen, wenn die Zukunft offen ist. Ist die Zukunft sicher, so bedarf es nicht des Vertrauens.

Der beste Nährboden für Vertrauen unter den Bedingungen einer offenen Zukunft sind daher Beziehungen, welche von Dauer sind, wie beispielsweise zwischen Liebenden oder

⁵⁹⁹ Ebd. S. 154. Wörtliche Zitate ebd. zu finden.

⁶⁰⁰ Wenzel, H.: 2002. S. 70.

⁶⁰¹ Vgl. dazu, allerdings in einem anderen Kontext, Göhler, G.: 2002. S. 226.

Freunden.⁶⁰² In solchen auf Dauer ausgerichteten Beziehungen herrschen wechselnde und abwechselnde Abhängigkeiten vor, die durch Momente der Unvorhersehbarkeit und Unsicherheit gekennzeichnet sind. Solche Beziehungen generieren ausreichend Momente der Unsicherheit zwischen Akteuren, um Vertrauen entstehen zu lassen, sei es auch nur die Frage nach der Koordinierung des Abendessens. Im Laufe solcher Beziehungen wiederholen sich koordinierte Handlungen zwischen ein und denselben Akteuren unter verschiedenen Bedingungen erfolgreich, so dass die Akteure nicht jedes Mal aufs Neue darauf angewiesen sind, ihre gemeinsamen Handlungen, beispielsweise auf der Grundlage rationaler Wahl oder eines ausgehandelten Konsenses, miteinander zu koordinieren. Bei der nächsten Handlungskoordination wird auf die bereits aus den vorhergehenden Handlungskoordinationen gewonnenen Informationen vertraut. Diese Informationen, wie das Gegenüber sich verhalten hat, werden für noch nicht absehbare Situationen als relevant angesehen und auf diese projiziert. Auch wenn keine Gewissheit darüber besteht, ob die Informationen für eine unbekannte Zukunft zutreffend sind oder nicht, in Wirklichkeit also Informationen fehlen, setzen sich die Beteiligten willentlich⁶⁰³ oder aus einem Gefühl⁶⁰⁴ heraus, über die fehlenden Informationen hinweg oder verlängern die vorhandenen in die Zukunft. Sie vertrauen darauf, dass das Gegenüber entsprechend handeln wird. In solchen Fällen dichter Interaktion ist das Vertrauen so groß, dass diesem ohne größere Reflexion im alltäglichen Leben gefolgt werden kann⁶⁰⁵ und die Liebenden oder die Freunde ihre gemeinsamen Handlungen darauf gründen können, ohne auf konkrete Informationen angewiesen zu sein.⁶⁰⁶

In dichten und wiederholten Interaktionen entsteht Vertrauen demnach aus einem überziehen vorhandener Informationen über das Gegenüber.⁶⁰⁷ Informationen und Erfahrungen werden verallgemeinert und auf andere, aber ähnlich gelagerte Fälle, übertragen.⁶⁰⁸ Die Akteure entscheiden sich ganz bewusst, fehlende und manchmal notwendige Informationen nicht einzufordern, sondern aufgrund gemachter Erfahrungen und damit bereits auf der Grundlage vorhandener Informationen, zu vertrauen.⁶⁰⁹ Die fehlenden Informationen werden durch den Willen zu vertrauen ergänzt und dadurch werden erst gemeinsame Handlungen möglich. Die

⁶⁰² Vgl. dazu Luhmann, L.: 1968. S. 35.

⁶⁰³ Zu Vertrauen als Willensleistung vgl. ebd. S. 32.

⁶⁰⁴ Zu Vertrauen als eine emotionale Leistung vgl. Hartmann, M.: 2002. S. 81ff.

⁶⁰⁵ Luhmann, L.: 1968. S. 22 spricht von Vertrauen als „Gleitschiene“.

⁶⁰⁶ Vgl. dazu Frevert, U.: 2002. S. 41.

⁶⁰⁷ Vgl. dazu Luhmann, L.: 1968. S. 23.

⁶⁰⁸ Ebd. S. 22.

⁶⁰⁹ Weshalb Vertrauen nach ebd. S. 30 auch immer eine Willensentscheidung ist.

Handlungspartner nehmen mit ihrem Vertrauen Zukunft vorweg und handeln so als wäre sie sicher.⁶¹⁰ Vertrauen ist damit die Übertragung von Informationen aus bereits gemachten und vergangenen Erfahrungen mit einer Person, auf andere und noch nicht vorhersehbare Situationen mit derselben Person. Anders formuliert, wird Vertrauen dann aufgebaut, wenn trotz gegebener Möglichkeiten, sich entgegen der vorhandenen Informationen und gebildeten Erwartungen zu verhalten, nicht anders als erwartet gehandelt wird.⁶¹¹ Erst in der Bestätigung der Erwartungen und der Informationen durch den dem vertraut wird, kann demnach Vertrauen entstehen.⁶¹² Enttäuschungen in der Liebe oder der Freundschaft erfolgen dann gerade weil Vertrauen gewachsen ist, aber die gegebenen Möglichkeiten, entgegen den Erwartungen und Informationen, wahrgenommen wurden.

Ähnlich sieht es bei Beziehungen aus, die nicht auf Dauer ausgerichtet sind, wie beispielsweise die einmalige Handlungskoordination zwischen Fremden. Fremde sind in erster Linie dadurch charakterisiert, dass sie sich in physischer Nähe zueinander befinden, aber sozial gesehen fern voneinander stehen.⁶¹³ Vertrauen, verstanden als das Überziehen von Informationen aus bereits gemachten Erfahrungen mit der Person, steht folglich nicht zur Verfügung. Nichtsdestotrotz sind auch Fremde, wenn sie koordinierte Handlungen miteinander eingehen wollen, in der Regel versucht, so viele Informationen wie möglich übereinander zu erhalten und jene Informationen, über die sie schon verfügen, für die Handlungskoordination heranzuziehen. Diese Informationen können aus Klischees, der Einordnung des Gegenübers in eine soziale Kategorie, Vorurteilen oder dem ersten Eindruck stammen. In erster Linie werden sie jedoch aus der Selbstdarstellung der Beteiligten gewonnen.⁶¹⁴

Diese abgeleiteten und gewonnen Informationen erleichtern nun die Koordinierung von Handlungen zwischen den Akteuren auf zweierlei Weise: Erstens liefern sie Anhaltspunkte darüber, was vom Gegenüber überhaupt erwartet werden kann.⁶¹⁵ Das hat den großen Vorteil, dass auf der Grundlage der vorhandenen Informationen schon von vornherein Handlungsoptionen, die keine große Chance darauf haben, vom Gegenüber angenommen zu werden, ausgeschlossen werden können. Zweitens stellen die vorhandenen Informationen und hier allen voran jene, die aus der Selbstdarstellung des Gegenübers gewonnen wurden, diesen

⁶¹⁰ Ebd. S. 7

⁶¹¹ Ebd. S. 42.

⁶¹² Vgl. dazu Wenzel, H.: 2002. S. 72. Wörtlich schreibt er: „Vertrauen ist eine Fiktion von Sozialität, die Realität erst gewinnt, wenn sie von Alter bestätigt wird.“

⁶¹³ Diese Definition vom Fremden zu finden bei Bauman, Z.: 1994. S. 153.

⁶¹⁴ Vgl. dazu Wenzel, H.: 2002. S. 68.

⁶¹⁵ Vgl. dazu Goffman, E.: 1984. S. 13.

selbst unter Zwang auch entsprechend seiner Selbstdarstellung Handlungsoptionen an- oder abzulehnen. Auf der Grundlage dessen, was er von sich preisgegeben hat, weckt er die Erwartung, dass er „das unheimliche Potential seiner Handlungsmöglichkeiten“ einschränkt⁶¹⁶ und sich entsprechend seiner Selbstdarstellung verhält. Gewiss muss sich keine Seite entsprechend der von ihr selbst geweckten und an sie herangetragenen Erwartungen verhalten. Jedoch müssen beide Seiten, wenn sie die an das Gegenüber gerichteten und von sich selbst geweckten Erwartungen über ihr zukünftiges Verhalten nicht erfüllen damit rechnen, dass auch ihre eigenen Erwartungen sich als falsch herausstellen und die Handlungskoordination um ein Vielfaches erschwert oder verunmöglicht wird.

Unter Berücksichtigung des oben dargestellten, sind die Informationen nicht nur die Voraussetzung dafür, mit den verborgenen, verdeckten und unkontrollierbaren Potentialen des Handlungspartners umzugehen, sondern sie helfen Ego und Alter dabei, voneinander Erwartungen über das künftige Verhalten zu bilden.⁶¹⁷ Mit ihren Erwartungen über das zukünftige Verhalten reduzieren die Beteiligten die Komplexität, welche aus einer unsicheren Zukunft wächst,⁶¹⁸ indem sie festlegen, wie das Gegenüber sich zu verhalten hat⁶¹⁹ und wie sie sich selbst verhalten werden. Die Informationen ermöglichen demnach gemeinsame Handlungen, indem sie den Beteiligten helfen, Erwartungen an das Gegenüber zu formulieren und dadurch Unsicherheiten im Verhalten des Gegenübers zu überbrücken.⁶²⁰ Letztlich versuchen auch Fremde anhand vorhandener und gewonnener Informationen die Koordinierung von Handlungen zu erleichtern. Sie unterscheiden sich von Liebenden und Freunden nur darin, dass sie die Informationen nicht auf alle folgenden und unbekannten Situationen ausdehnen und sie dadurch in Vertrauen ummünzen. Festzuhalten bleibt, dass, je mehr die an der Handlungskoordination beteiligten Personen von sich offenbaren, es desto leichter ist, ihre zukünftigen Handlungen zu antizipieren. Dementsprechend ist es auch leichter in Interaktion mit ihnen zu treten.⁶²¹

Für den Fortgang der Arbeit wäre es nun wenig hilfreich Vagheit damit zu beschreiben, dass das Vertrauen der Menschen zueinander verschwindet, Erwartungsbildungen unmöglich werden, sich die Menschen immer mehr voneinander entfernen, einander immer fremder werden, letztlich also die Gesellschaft immer kälter wird. Das wäre gleichbedeutend damit,

⁶¹⁶ Vgl. dazu Luhmann, N.: 1968. S. 37. Wörtliches Zitat ebd. zu finden.

⁶¹⁷ Vgl. dazu Frevert, U.: 2002. S. 40.

⁶¹⁸ Vgl. dazu Luhmann, N.: 1968. S. 17.

⁶¹⁹ Vgl. dazu Abels, H.: 2006. S. 353.

⁶²⁰ Vgl. dazu Luhmann, L.: 1968. S. 20.

⁶²¹ Vgl. dazu Krappmann, L.: 2005. S. 121.

sich in den Abgesang auf das Abendland einzustimmen. Und im Vergleich zu früheren Epochen ist solch eine Behauptung auch nicht haltbar. Schon im 18. Jahrhundert waren Städte wie Paris oder London Orte der Fremdenbegegnung. Schon damals stellte sich für Handel treibende Bürger die Frage, wie mit einem Fremden, über den keine Informationen vorhanden waren, ein Handel eingegangen werden könnte.⁶²² Zugleich waren in keiner Epoche die Möglichkeiten Informationen über das Gegenüber zu finden so groß wie in der heutigen. In Anbetracht von Facebook, Twitter, Instagram und der Bereitwilligkeit des Einzelnen Informationen über sich zu posten, die Position zu vertreten, dass die heutige Zeit von einem generellen Informationsmangel über das Gegenüber geprägt wäre, wäre an der Realität vorbei argumentiert. Die Postmoderne ist folglich weder davon geprägt, dass wir uns alle Fremd geworden sind, dass Liebe und Freundschaft verschwunden sind und schon gar nicht spiegelt die Postmoderne eine Epoche des Informationsmangels wider. Worin äußert sich dann Vagheit?

Das Konzept der Vagheit stammt aus der Philosophie und reicht bis in die Zeit der Antike zurück. Schon zu jener Zeit stellten sich einige Philosophen die Frage, wie vage Begriffe, wie beispielsweise „Haufen“, „Menge“, „groß“ zu verstehen seien. Diese Begriffe sind vage, weil sie bei der Frage ob nun neun oder zehn Maiskörner einen Haufen bilden, keine Antwort liefern.⁶²³ Dabei geht es nicht um Fragen der Relation, wie beispielsweise ob jemand mit 190cm Körpergröße größer als jemand mit 189cm ist, sondern um die Frage, ob 190cm „groß“ und folglich 189cm „klein“ ist.

Im Laufe der Philosophiegeschichte gab es verschiedene Antworten und Versuche dieses Problem zu lösen. Der Ansatz, der in dieser Arbeit verwendet wird, ist neueren Datums.⁶²⁴ Er beschreibt Vagheit als Ungewissheit in dem Sinne, dass eine Aussage darüber, ob nun neun oder zehn Maiskörner einen Haufen bilden oder nicht, nicht möglich ist und das ganz unabhängig von den zur Verfügung stehenden Menge an Informationen oder Wissen. Vagheit ist demnach nicht auf einen Mangel an Informationen oder Wissen zurückzuführen. Folglich verschwindet oder verringert sich auch die Vagheit nicht mit dem Erwerb von Wissen oder Informationen. Es mag sein, dass es tatsächlich eine Grenze gibt, wann eine Menge von Maiskörnern einen Haufen bildet, aber zu bestimmen wo diese Grenze liegt, ist nicht möglich, mögen noch so viele Informationen und Wissen zur Verfügung stehen. Die Vagheit der

⁶²² Vgl. dazu Sennett, R.: 1976. S. 48.

⁶²³ Vgl. zur Einführung in das Problem der Vagheit Walter, S.: 2005.

⁶²⁴ Um genauer zu sein handelt es sich hier um das Verständnis von Vagheit im Werk von Williamson, Th.: 1994.

Begriffe ist demnach nicht auf einen Mangel zurückzuführen, sondern es ist ein Erkenntnisproblem.⁶²⁵

Mit diesem epistemischen Verständnis von Vagheit ist nun die reale Seite der Postmoderne besser beschrieben als mit dem Problem der doppelten Kontingenz. Im Gegensatz zur doppelten Kontingenz verringert sich die Vagheit nicht, wenn ein soziales System erst einmal entstanden ist. Der Zustand der Vagheit besteht fort, obwohl soziale Systeme, und allgemeiner soziale Ordnung, existieren. Obwohl vertraut wird, obwohl Informationen zur Verfügung stehen, obwohl soziale Ordnung vorherrscht, handeln die Akteure unter den Bedingungen der Vagheit, weil jede Seite im nächsten Augenblick ihre Entscheidung revidieren könnte. Einen Anfang gefunden zu haben, ist im Zustand der Vagheit keine Garantie dafür, dass sich eine der beiden Seiten auch im nächsten Augenblick an diesen Anfang hält.

Das gilt für die doppelte Kontingenz nicht und stellt damit den zweiten Grund dar, warum der Begriff der Vagheit im Gegensatz zum Begriff der doppelten Kontingenz verwendet werden sollte. Gerade soziale Systeme, die ihren Ursprung in der doppelten Kontingenz haben, reduzieren die doppelte Kontingenz, wenn sie erst einmal entstanden sind. Im Gegensatz dazu gibt es im Zustand der Vagheit für Alter keine Erwartungssicherheit darüber, ob Ego die getroffene Entscheidung auch durchhalten wird, genauso wenig wie es diese Erwartungssicherheit für Ego in Bezug auf Alter gibt. Zugleich wissen aber auch beide Seiten nicht, ob sie selbst im nächsten Augenblick die einmal getroffene Entscheidung noch tragen werden oder nicht. Die Möglichkeit sich trotzdem anders zu verhalten ist nicht mehr nur in der Theorie gegeben, sondern auch real, weshalb dann Vertrauen und Informationen nicht weiterhelfen. Beide befinden sich in einem Zustand permanenter Vagheit, trotz vorhandener Informationen und möglichem Vertrauen. In diesem Zustand ist Erwartungssicherheit unter Fremden unmöglich und selbst Vertrauen unter Liebenden und Freunden nicht mehr eine Gleitschiene, der ohne Reflexion gefolgt werden kann. Der Zustand permanenter Vagheit ist folglich ein Zustand, der unabhängig von der zur Verfügung stehenden Menge an Informationen existiert und auch nicht durch Vertrauen aufgehoben werden kann.

Wenn demnach die doppelte Kontingenz die Frage stellt und zugleich beantwortet, wie gemeinsame Handlungen ihren Anfang nehmen, obwohl es keine soziale Ordnung, keine Informationen und kein Vertrauen gibt, dann beschreibt Vagheit die Tatsache, dass in der Postmoderne weder eine bestehende soziale Ordnung, noch vorhandene Informationen oder aufgebautes Vertrauen Gewissheit über den Fortgang der Handlung liefern. Es wäre jedoch

⁶²⁵ Aus diesem Grunde nennt auch Williamson seinen Ansatz einen epistemischen.

pessimistisch zu sagen, dass Menschen gemeinsame Handlungen in der Postmoderne mit der Gewissheit eingehen, dass sie ohnehin nicht fortgesetzt und fortgeführt werden würden; eher und realistischer gesehen gehen sie Handlungen in mehr oder weniger vollem Bewusstsein ein, dass die Fortsetzung der Handlung im nächsten Augenblick nicht sicher gegeben ist.

Dass Vagheit die Akteure vor ein gänzlich anderes Problem stellt, nämlich vor Ungewissheit, ob sich die Akteure an den gefundenen Anfang halten werden, also die gemeinsame Handlung fortführen und fortsetzen, zeigt sich deutlich, wenn der Diskurs und das Individuum in den Blick genommen werden. So stellt sich die Frage erst gar nicht, wie für die beteiligten Akteure gewährleistet wird, dass sich die anderen an den gefundenen Konsens halten. Hier ist es das Zusammenspiel aus Diskurs und Individuen, welches die Garantieleistung erbringt: Der Diskurs überzeugt alle Beteiligten und führt zu einem Konsens. Das weckt die Erwartung, dass die Beteiligten sich entsprechend des erzielten Konsenses verhalten. Die Einheit und Kontinuität der einzelnen Teilnehmer garantieren, dass der erzielte Konsens nicht im nächsten Augenblick von den Beteiligten aufgekündigt wird. Sie geben den Beteiligten die Sicherheit, dass der erzielte Konsens durchgehalten wird. Alles zusammen, der Diskurs und Einheit und Kontinuität des Einzelnen, generiert Erwartungssicherheit, und gibt den Akteuren die Gewissheit, dass ihr Gegenüber seine Entscheidungen nicht unter der Prämisse trifft, sie rückgängig machen zu können. Die Teilnehmer erwarten vielleicht nicht zwingend einen Konsens, wenn sie sich auf einen Diskurs einlassen. Sie erwarten jedoch, dass im Falle eines erzielten Konsenses, Handlungen entsprechend der Übereinkunft koordiniert werden und nicht nachdem der Konsens erzielt wurde, die gemeinsame Handlung abgelehnt wird. Sie erwarten, dass das Gegenüber das unheimliche Potential seiner Handlungsmöglichkeiten dem Konsens entsprechend einschränkt und anpasst. Ohne diese Erwartung ist es nur schwer vorstellbar, warum sich Akteure überhaupt auf einen Diskurs einlassen sollten.

Im Zustand der Vagheit sehen sich die Akteure jedoch genau diesem Dilemma gegenüber. Sie müssen gemeinsame Handlungen eingehen, ohne die Gewissheit darüber zu haben, ob sich alle, inklusive sie selbst, an die getroffene Entscheidung auch halten werden. Jeder der Beteiligten könnte trotz getroffener Entscheidung einen Rückzieher machen und die getroffene Entscheidung widerrufen. Eine gemeinsame Handlung wird fast unmöglich. Es stellt sich die handlungstheoretische Frage, auf welcher Grundlage dann Handlungen ausgeführt werden.⁶²⁶

⁶²⁶ Die Antwort wird im Kapitel „Konnektive Öffentlichkeit“ gegeben.

Vollständig sind die Akteure der Vagheit in der Postmoderne nicht ausgeliefert. Es gibt Werkzeuge anhand deren sie, wenn auch nicht ganz, so doch zu einem geringen Maße, den Zustand permanenter Vagheit kompensieren können und Erwartungssicherheit in Bezug auf Fortführung und Fortsetzung gemeinsamer Handlungen erwerben können. Drei dieser Werkzeuge, die Biographie oder der Lebenslauf, die Rolle sowie Systemvertrauen sollen hier kurz vorgestellt werden:

Zur Biographie oder Lebenslauf: Die Biographie oder der Lebenslauf ist ein mögliches Werkzeug, mit den Entwicklungen in der Postmoderne umzugehen.⁶²⁷ Sowohl die Biographie als auch der Lebenslauf suggerieren Kontinuität und Einheit in dem Sinne, dass die jetzige Lebenslage aus den vorherigen resultiert ist. Beide, sowohl Kontinuität als auch Einheit, werden jedoch nur durch Fiktionalisierung erreicht.⁶²⁸ Die eigene Geschichte wird aus den eigenen Erinnerungen gestrickt und daraus eine Erzählung gemacht, welche das Leben „in einer kontinuierlichen Glättung der Aufs und Abs zu einer schönen aufsteigenden Linie“ bis zum Jetzt aneinander reiht.⁶²⁹ Die Aufs und Abs zu glätten und sie alle miteinander in Verbindung zu bringen, war schon immer illusorisch und ist es in der Postmoderne erst recht. In der Postmoderne ist es gar phantastisch, in Anbetracht des Zustands permanenter Vagheit, davon auszugehen, dass die Aufs und Abs sich gegenseitig bedingt haben. Aber sie sind institutionalisierte Narrationen.⁶³⁰ Weil es unmöglich geworden ist, im Zustand der Vagheit etwas zu planen, ist es umso wichtiger geworden, zu zeigen, dass gelernt wurde, mit der Vagheit umzugehen. Nicht mehr Phasen der Stabilität stehen hier im Mittelpunkt des Interesses, sondern gerade die Frage, was aus den Brüchen gemacht und wie mit ihnen umgegangen wird. Der Lebenslauf, die Biographie, aber auch die Karriere werden zu Zeugnissen darüber, dass die Wechselfälle des Lebens unter Kontrolle sind und mit der Vagheit der Welt, konkreter gesprochen beispielsweise mit der Kündigung oder der Scheidung, umgegangen und sie gar nutzbar gemacht werden können. Biographie, Lebenslauf oder auch die Karriere werden zum Ausdruck von Individualität⁶³¹ und einem Indiz dafür, dass der Einzelne der Vagheit getrotzt hat.

⁶²⁷ Vgl. dazu Böhme, G.: 1996. S. 337.

⁶²⁸ Vgl. dazu Fink, W.: 1996.

⁶²⁹ Vgl. dazu Abels, H.: 2006. S. 388. Wörtliches Zitat ebd. zu finden. Ähnlich auch Goffman, E.: 1963. S. 81.

⁶³⁰ Vgl. dazu Kohli, M.: 1994. S. 221.

⁶³¹ Vgl. dazu Luhmann, N.: 1994. S. 197ff.

Zur Rolle: Bei der Übernahme von Rollen handelt der Einzelne auf der Grundlage von Regeln, die der Rolle von der Gemeinschaft zugesprochen wurden.⁶³² Das hilft dabei, Handlungen zwischen den Akteuren zu ermöglichen und im Zustand der Vagheit auch fortzuführen und fortzusetzen, weil der Einzelne Handlungen nicht mehr auf Grundlage seiner eigenen Entscheidungen ausführt, sondern auf Grundlage der Vorgaben der Rolle. Die Rolle ist dann gerade das, was immer gleich bleibt, auch wenn der Einzelne hinter der Rolle sich verändert oder ein Anderer die Rolle übernimmt.⁶³³ Die Rolle stellt dann denjenigen Teil des Verhaltens des Gegenübers dar, der vorhersagbar ist⁶³⁴ und garantiert, dass Handlungen, die in den Rahmen der Rolle fallen, auch fortgesetzt und fortgeführt werden. Handlungen außerhalb des engen Rahmens von Vertrauen und Informationen werden erst möglich⁶³⁵ und der vage Zustand zu einem Teil kompensiert. Natürlich können Rollenvorgaben nicht gänzlich auf den Einzelnen als Person zu Gunsten einer perfekt gespielten Rolle verzichten. Auch Rollen leben davon, dass sie interpretiert werden. Die Individualität, welche Personen in ihre Rolle mitbringen, ist die Ressource der Flexibilität von Organisationen, deren Rollenvorgabe durch den Einzelnen ausgeübt wird.⁶³⁶ Nichtsdestotrotz dienen diese Rollen dazu, den Anderen in seiner Andersheit zu neutralisieren.⁶³⁷ Man weiß, was man vom Gegenüber, der die Rolle spielt, erwarten kann und was nicht. Und man kann sich einer hohen Erwartungssicherheit bezüglich der Fortführung und Fortsetzung der gemeinsamen Handlungen, die in den Rahmen der Rolle fallen, sicher sein. Die Quelle dieses hohen Maßes an Erwartungssicherheit liegt wiederum im Systemvertrauen begründet.

Zum Systemvertrauen: Dass wir überhaupt die Erwartung aufbauen, dass das Gegenüber sich auch entsprechend seiner Rolle verhält, geht auf Vertrauen auf das System oder die Organisation, deren Rollenvorgabe das Gegenüber ausübt, zurück. Mit dem Systemvertrauen wird dem Gegenüber vertraut erstens, weil es sich an die Regeln des Systems zu halten hat oder ansonsten mit Sanktionen zu rechnen hat. Zweitens wird dem System größere Einheit und Kontinuität unterstellt, als einem

⁶³² Vgl. dazu Goffman, E.: 1984. S. 81.

⁶³³ Vgl. dazu Bauman, Z.: 1994. S. 19.

⁶³⁴ Vgl. dazu de Levita, D. J.: 1971. S. 178.

⁶³⁵ Vgl. dazu Lamnek, S.: 2006. S. 98.

⁶³⁶ Vgl. dazu Renn, J.: 2002. S. 260.

⁶³⁷ Vgl. dazu Sennett, R.: 1976. S. 36.

einzelnen Menschen. Diese Form von Vertrauen in das System stellt verglichen mit dem personalen Vertrauen eine abstraktere Form des Vertrauens dar. Es entsteht „ein Vertrauen in Personen als Akteure von regelgeleiteten Institutionen.“⁶³⁸ Die Institutionen fungieren dann als Vermittler zwischen den Akteuren und ersetzen das personale Vertrauen, das im vagen Zustand keine Garantie für die Fortführung noch die Fortsetzung der Handlung ist, durch Systemvertrauen. Die Person, die die Rolle ausübt, kann sich immer noch anders als die Rollenvorgabe verhalten, muss jedoch mit den Konsequenzen des Systems rechnen. Das steigert die Erwartungssicherheit beim Handlungspartner, dass sich die Person auch tatsächlich entsprechend den Rollenvorgaben verhält. Der Zustand der Vagheit wird teilweise kompensiert. Systemvertrauen geht aber zum Teil sogar noch einen Schritt weiter. Es muss nicht mal mehr notwendigerweise einem Gegenüber gelten; es kann auch beispielsweise einem Stück Papier, dem Geld gelten, allgemeiner gesagt dem symbolisch generalisierten Kommunikationsmedium. Hier ist das Gegenüber dann gänzlich unbedeutend, wobei es in Hinblick auf die Rolle nur noch darauf ankommt, dass das Gegenüber die Rolle richtig ausübt.

Diese Werkzeuge mögen hilfreich im Alltag sein, um mit den Konsequenzen der Postmoderne, die sich in einem Zustand der Vagheit äußern, einigermaßen fertig zu werden und die Vagheit ein wenig zu kompensieren. Sie können aber nicht verhindern, dass die Akteure sich an die veränderten Bedingungen anpassen. Eher sind diese Werkzeuge, mit denen versucht wird, die Vagheit zu kompensieren, selbst wiederum ein Indiz dafür, dass der Zustand der Vagheit in der Postmoderne tatsächlich vorherrscht.

Am Ende dieses Kapitels über die Postmoderne lässt sich festhalten: Die Postmoderne widerspricht den Beschreibungen von um sich greifenden Systemen und sich ausbreitendem Individualismus nicht, interpretiert sie jedoch anders. Zum vermutlich ersten Mal in der Geschichte ist der einzelne Mensch nicht mehr in erster Linie damit beschäftigt sich um seine existentielle Sicherheit zu kümmern. Überleben ist gewährleistet. Das erlaubt es ihm sich um sein persönliches Glück zu kümmern, weil in dieser Situation auch der Fortbestand der Gesellschaft sichergestellt ist. Dass diese Entwicklung aus moderner Perspektive als fehlgeleitet eingestuft wird, hängt damit zusammen, so die Kritik von Seiten der Postmoderne, dass die Moderne die von ihr propagierte Ordnung durch diese Entwicklungen in Gefahr

⁶³⁸ Vgl. dazu Göhler, G.: 2002. S. 229.

sieht. Vor allem in Hinblick auf die Durchsetzung von Fortschritt und Emanzipation als Leitprinzipien, legt die Moderne eine Vehemenz an den Tag, die alle anderen Alternativen, wenn nicht als falsch, so doch zumindest als zweitrangig abstruft. Es entsteht ein hegemonialer Druck, sich an diese Leitprinzipien zu halten. Jenen, die diesen nicht folgen, wird die Handlungsfähigkeit abgesprochen. Folglich unterscheidet sich die Moderne kaum von anderen Herrschaftssystemen. Auch sie versucht ihre Ordnung durchzusetzen, lediglich ein wenig schöner verpackt in Fortschritt und Emanzipation. Jedoch sind Fortschritt und Emanzipation nur große Erzählungen, um eine von Rationalität geleitete Gesellschaft zu legitimieren.

Aus dieser Kritik an der Moderne als Herrschaftssystem erwächst eine Kritik an die diskursive Öffentlichkeit: Die diskursive Öffentlichkeit ist auf die Pluralität von Meinungen angewiesen und ermuntert jeden dazu, seine eigene Meinung zu haben und diese auch zu formulieren. Jedoch wird diese Pluralität der Meinungen immer nur im Kontext eines rational zu erzielenden Konsenses gedacht. Pluralität wird dadurch in die private Sphäre, die ausdrücklich von der öffentlichen oder gesellschaftlichen unterschieden ist, verbannt. Wird dem rational erzielten Konsens nicht gefolgt oder wird sich diesem verweigert, findet kein direkter oder gewaltsamer Ausschluss aus der Gesellschaft statt, das wäre direkte Gewaltausübung. Vielmehr werden die Abweichler marginalisiert, stigmatisiert oder unterdrückt. Es wird hegemonialer statt physischer Druck ausgeübt. Mit der Postmoderne wird die diskursive Öffentlichkeit als ein Herrschaftsinstrument der Moderne entlarvt, das Pluralität auf individueller Ebene voraussetzt, auf gesellschaftlicher Ebene hingegen abstruft. Gerade hieran zeigt sich, dass Fortschritt und Emanzipation nur dazu dienen, eine von bloßer Vernunft geleitete Gesellschaft zu etablieren.

Das ist die theoretische Seite der Postmoderne, die sich in erster Linie als eine Kritik an die Moderne formuliert. Es gibt jedoch auch eine reale Seite, die sich auf Beobachtungen und Beschreibungen gesellschaftlichen Wandels bezieht: Die Menschen sehen sich in allen Bereichen ihres Lebens immer größeren Freiheiten gegenüber. Ein Beruf ist nicht mehr eine Berufung, sondern nur noch ein Job, der jederzeit gewechselt werden kann; ein Partner ist nicht mehr notwendigerweise für die Dauer des ganzen Lebens gedacht, sondern nur solange sich die Wege vereinen lassen; und das Lebensumfeld nicht mehr Schicksal, sondern nur der Startblock. Die Menschen bekommen die Möglichkeit ihren Lebenslauf selbst zu gestalten. Die Schattenseite dieser immensen Freiheit ist die quälende Frage nach der richtigen Entscheidung. Soll dem neuen Jobangebot gefolgt werden oder nicht; könnte vielleicht jemand besseres kommen oder ist der perfekte Partner schon gefunden? Ob diese

Entwicklung zu befürworten oder abzulehnen ist, ist hier nicht das Entscheidende. Das Entscheidende ist, dass sich unter diesen Bedingungen hinter jeder getroffenen aber auch nicht getroffenen Entscheidung die Ungewissheit darüber verbirgt, was das Richtige gewesen wäre. Das ist entscheidend, weil sich unter den Bedingungen, dass sich eine Entscheidung als falsch herausstellen könnte, diese nur noch unter Vorbehalt getroffen wird. Die Option, nicht der Entscheidung selbst, jedoch den aus ihr erwachsenden Konsequenzen aus dem Weg zu gehen, wird immer offengehalten.

Das hat weitreichende Folgen, wenn es darum geht gemeinsame Handlungen einzugehen. Unter diesen Bedingungen ist es für alle Akteure ungemein schwerer mit größerem Risiko verbunden, sich auf das Gegenüber einzulassen. In jedem Augenblick könnte eine Seite sich weigern die Konsequenzen der eigenen Entscheidung zu tragen. Die einander Gegenüberstehenden befinden sich nicht nur in Ungewissheit darüber, ob ihre eigene Entscheidung richtig oder falsch ist; sie haben auch keine Gewissheit darüber, ob das Gegenüber die Konsequenzen seiner Entscheidung tragen wird oder nicht. Die Akteure können keine Aussagen mehr über die Handlungen der anderen Akteure treffen. Die Handlungspartner werden füreinander undurchschaubar.

Dieser Zustand darf nicht mit einem Zustand verwechselt werden, der aus einem Mangel an Informationen oder fehlendem Vertrauen folgt. Mehr Informationen über den Handlungspartner zur Verfügung zu haben oder dem Gegenüber zu vertrauen, macht diesen nicht wieder lesbar. Das Gegenüber wird zu einer Andersheit und nicht mehr bloß einem Anderen, dessen Position eingenommen werden könnte. Es stellt sich ein Zustand der Vagheit ein, welcher unabhängig von der Menge an vorhandenen und erworbenen Informationen und bestehendem Vertrauen existiert. Die oben beschriebene individuelle Ungewissheit reflektiert sich auf gesellschaftlicher Ebene als ein Zustand permanenter Vagheit.

Somit lässt sich festhalten, dass weder die Kolonialisierung der Lebenswelt und die Autonomie der funktional ausdifferenzierten Systeme,⁶³⁹ noch die Technik,⁶⁴⁰ allein die Schuld daran trugen, dass mit der Postmoderne das kontinuierliche und einheitliche

⁶³⁹ Wie Abels, H.: 2006, S. 412 fälschlicherweise annimmt.

⁶⁴⁰ Es wird oft behauptet, dass mit dem Internet das Individuum verloren gehe, weil es sich seine Identität aussuchen kann und sobald ihm die eine nicht passt, er sich eine neue zulegen kann. Vgl. zu solch einer Position Barnes, S.: 2003. S. 249. Vgl. allgemeiner zur Technologie als Ausgangspunkt postmoderner Entwicklungen Gergen, K. J.: 1996. Aber genauso wie die Technik es erlaubt, seine Identität permanent zu wechseln oder ganz ohne eine zu surfen, kann sie auch den Einzelnen zwingen seine Kontinuität und Einheit zu wahren. Vgl. dazu im Fall von beispielsweise Ego-Shootern Lummerding, S.: 2005. S. 25. Vgl. allgemein für Online-Spiele als Zwang Kontinuität und Einheit zu wahren Jordan, T.: 1999. S. 75.

Individuum in Frage gezogen wurde⁶⁴¹ und Pluralität eine so zentrale Stellung einnahm. Viel eher fielen Entdeckungen hegemonialer Macht in der Emanzipationslogik der Moderne und die Vagheit der Welt zusammen und führten dazu, dass mit der Postmoderne nicht einfach nur der Ruf nach einem neuen Konzept des Individuums laut, sondern der Tod des modernen Subjekts ausgerufen und Pluralität auf allen Ebenen der Gesellschaft verlangt wurde. Der Übergang von der Moderne hin zur Postmoderne war demnach viel „apokalyptischer“.⁶⁴² Darauf haben neuere Ansätze deliberativer Demokratie, um die es im nächsten Abschnitt gehen wird, unterschiedlich reagiert.

⁶⁴¹ Auf eine andere Ursache für Brüche und Diskontinuitäten weist Woodward, K.: 1997. S. 16 hin. Für sie haben die Migrationsströme eine große Rolle gespielt, weil sie Individuen hervorbringen, deren Lebensweg durch große Brüche geprägt ist. Allerdings weist die Autorin auch selbst darauf hin, dass solche Migrationsströme auf der anderen Seite auch immer dazu führen, dass sich die Menschen an ihre Identität klammern.

⁶⁴² Vgl. dazu Gergen, K. J.: 1996. S. 28. Wörtliches Zitat ebd. zu finden.

3. Deliberative Demokratie und Postmoderne

3.1. Ablehnung postmoderner Kritik

Die Reaktionen auf die formulierten Kritiken von Seiten der Postmoderne gegenüber der Moderne und ihrem Verständnis von Öffentlichkeit als einen diskursiven Raum, welcher zwischen den einzelnen Menschen und dem politischen System angesiedelt ist, fallen unterschiedlich aus. Es gibt jene, die die Position vertreten, dass die Postmoderne mit ihrem vehementen Ruf nach Pluralität und der daraus erfolgenden heftigen Kritik am Konsens kaum dazu beigetragen hat, dass deliberative Theorien Pluralität auch auf gesellschaftlicher Ebene mit aufgenommen haben. Die Auseinandersetzungen mit der Postmoderne seien viel zu abstrakt gewesen. Eher seien die theoretischen Entwicklungen im Rahmen der Theorien deliberativer Demokratie darauf zurückzuführen, dass wir heutzutage häufiger mit anderen Menschen und Kulturen in Berührung kommen als noch früher.⁶⁴³

Jene Positionen hingegen, die die Kritik von Seiten der Postmoderne ernster nehmen, lassen sich wiederum in zwei Lager aufteilen: Jene, die die postmoderne Kritik gänzlich und damit auch die Postmoderne an sich ablehnen und jene, die die postmoderne Kritik aufnehmen und ihre Theorien anpassen.

Jene, die die Postmoderne gänzlich ablehnen, setzen die Kritik der Postmoderne am Individuum und dem Diskurs mit Kritik an der Demokratie gleich und lehnen aus diesem Grunde Anpassungen strikt ab. Denn vor allem das Individuum, wie es von der Moderne verlangt wird, sei unzertrennlich mit der Demokratie verbunden.⁶⁴⁴ Demokratie, verstanden als Volkssouveränität, rückt den Einzelnen in den Mittelpunkt und übergibt ihm die Verantwortung für das Fortbestehen der Gemeinschaft. Sie setzt verlässliche, d. h. stabile und kohärente Mitglieder, das Individuum, voraus. Andere Formationen politischer Ordnung, wie beispielsweise jene von Hobbes, setzen ebenfalls auf ein ähnliches Konstrukt wie das Individuum, aber sie reduzieren die Verantwortung dieses Individuums auf eine einmalige Stimmabgabe und entlassen ihn dann aus der Verantwortung.⁶⁴⁵ Daher bedürfen sie nicht des Einzelnen im Sinne eines Individuums. Demokratie hingegen setzt kontinuierliche und einheitliche Personen über einen längeren Zeitraum voraus, weil sie die Gestaltung der Gesellschaft in die Hände des Einzelnen legt. Nur ein Individuum, das seine Einheit und

⁶⁴³ Diese Position beispielsweise vertreten durch Chambers, S.: 2003. S. 321.

⁶⁴⁴ Vgl. dazu Kateb, G.: 2003. S. 276. An manchen Stellen des Artikels macht es sogar den Eindruck, dass der Autor die Worte Individualismus und Demokratie synonym verwendet.

⁶⁴⁵ Vgl. dazu Wagner, P.: 2006. S. 169.

Kontinuität wahr, verfügt über einen klar definierten Werte- und Normensatz, ist in der Lage politisch zu handeln, Kritik an bestehenden Verhältnissen zu üben und die politische Ordnung selbst zu gestalten.⁶⁴⁶ Weil nun die ganze Moderne auf dieses Individuum hin ausgerichtet ist, ist seine Infragestellung durch die Postmoderne so brisant:⁶⁴⁷ Wird das Konzept des Individuums in Frage gestellt, wird auch die Demokratie in Frage gestellt.

Der Mensch der Postmoderne, für den die Postmoderne für sich beansprucht, ihn aus hegemonialen Machtstrukturen befreit zu haben, ähnelt eher einem Vagabunden oder gar Touristen. Beide sind keine Mitglieder der Gesellschaft mehr: Der Vagabund tritt aus der Gesellschaft aus und der Tourist ist nur auf der Durchreise. Beide durchqueren Räume und wissen, dass sie in dem Raum, in dem sie sich aufhalten, nur vorübergehende Besucher sind. Sie müssen und wollen keine Rücksicht nehmen. Sie sind überall dabei, gehören aber nirgendwo dazu und erachten sich daher befreit von der Last moralischer Verantwortung.⁶⁴⁸ Für beide stellt die Öffentlichkeit keinen Raum mehr dar, innerhalb dessen verschiedene Menschen zusammenkommen und aufeinandertreffen. Der Raum, welcher durch die Öffentlichkeit aufgespannt wird, dient beiden nur noch zur Durchquerung oder zum Konsum.⁶⁴⁹ Der normative Kern der Öffentlichkeit wird ausgehöhlt und verkommt zu einem Komplementärgebilde des vorherrschenden Systems.⁶⁵⁰

Die Postmoderne mag sich als die wahre Emanzipation verkaufen, auf ökonomischer Ebene jedoch kooperiert sie mit dem Kapitalismus, ruft ihn gar als ihr Fundament aus, obwohl sie ihrer eigenen Ansicht nach die Grundlagen des Kapitalismus in Frage zieht.⁶⁵¹ Auch wenn sich ihre Ursprünge bis zu den Protestbewegungen der 1960er Jahre in den USA zurückverfolgen lassen und es daher schwerlich möglich ist, sie als eine neokonservative Bewegung zu verstehen,⁶⁵² fördert sie nur die bestehenden Verhältnisse. In der Postmoderne verschwindet die Öffentlichkeit demnach nicht gänzlich, sie reduziert sich allerdings darauf, Appelle an das politische System zu richten und ihm nicht mehr wie zuvor Botschaften, Forderungen oder gar den Weg vorzugeben.⁶⁵³

Überhaupt versuchen postmoderne Theorien soweit es geht Begriffsdefinitionen zu vermeiden, weil jegliche Definition auch immer einer Positionierung und damit einem

⁶⁴⁶ Vgl. dazu Zima, P. V.: 2007. S. 200ff.

⁶⁴⁷ Vgl. dazu Hagenbüchle, R.: 1998. S. 2.

⁶⁴⁸ Diese interessante Beschreibung des postmodernen Menschen gibt Bauman, Z.: 1994. S. 240ff.

⁶⁴⁹ Vgl. dazu Sennett, R.: 1976. S. 12ff.

⁶⁵⁰ Vgl. dazu v. Beyme, K.: 2000. S. 61ff.

⁶⁵¹ Vgl. dazu Eagleton, T.: 1997. S. 175.

⁶⁵² Vgl. dazu Huyssen, A. / Scherpe, K. R.: 1997. S. 8.

⁶⁵³ Diesen Zustand stellt Unglaub, E.: 2010. S. 226 in erster Linie für die postmoderne Kunst fest.

Werturteil gleichkommt. Sie verweigern sich einer politischen Positionierung und erhoffen sich dadurch nicht instrumentalisiert zu werden. Im Endeffekt jedoch propagieren sie damit nur einen politischen Relativismus.⁶⁵⁴ Differenz und Pluralität werden in der Postmoderne so sehr gesteigert, dass sich ihnen gegenüber eine Indifferenz bildet. Der Einzelne ist nur noch für jene Differenzen und Pluralitäten empfänglich, für die er empfänglich sein will und blendet die anderen aus.⁶⁵⁵

Das Gerede von Pluralität, Differenz, Diskursräumen und ähnlichem entspricht damit letztlich einer Entpolitisierung von Gesellschaftstheorien. Eine politische und ethische Haltung, die die bestehenden Verhältnisse kritisiert, oder gar Faschismus, Rassismus und Unterdrückung delegitimiert, ist aus dieser Position heraus nicht mehr möglich. Das einzige, was dann noch politisch ist an der Postmoderne, ist, dass sie nicht politisch ist.⁶⁵⁶ Das disqualifiziert sie als eine normative politische Theorie,⁶⁵⁷ weil Politik ihrer kollektiven Dimension beraubt wird. Eine gemeinsame Erzählung für die Zukunft zu schreiben, die Zukunft gemeinsam zu gestalten, wird unter diesen Bedingungen unmöglich.⁶⁵⁸ Während die Moderne die bestehenden Verhältnisse immer im Hinblick auf eine bessere Welt kritisiert hat, stellt die Postmoderne die Frage nach einer besseren Welt erst gar nicht.⁶⁵⁹ Daher ist die Postmoderne letztlich nicht die Befreiung des Einzelnen aus der Hegemonie, sondern lediglich die Diffusion kapitalistischer und ökonomischer Logik in den Bereich der Politik.⁶⁶⁰ Selbst ihre schärfste Waffe, die Ironie, schafft es lediglich bestehende Verhältnisse auseinanderzunehmen. Mit jeder ironischen Brechung der Situation mögen vielleicht die verborgenen Strukturen der Situation ans Tageslicht gefördert werden, aber durch diese Dekonstruktion gehen auch die sozialen Bindungen verloren.⁶⁶¹ Wenn es darum geht die Welt zu gestalten und nicht nur zu dekonstruieren, wird selbst bohrende Ironie zu einer stumpfen Waffe.⁶⁶²

⁶⁵⁴ Vgl. dazu Larise, D.: 2009. S. 27ff.

⁶⁵⁵ Vgl. dazu Früchtel, J.: 1998. S. 770.

⁶⁵⁶ Vgl. dazu Larise, D.: 2009. S. 13ff.

⁶⁵⁷ Vgl. dazu Eagleton, T.: 1997. S. 179.

⁶⁵⁸ Vgl. dazu Sennet, R.: 1998. S. 184.

⁶⁵⁹ Vgl. dazu Zima, P. V.: 2007. S. 233ff.

⁶⁶⁰ Vgl. dazu Larise, D.: 2009. S. 55ff.

⁶⁶¹ Vgl. dazu Gergen, K. J.: 1996. S. 309ff.

⁶⁶² Vgl. dazu Bohrer, K. H.: 1998.

3.2. Anpassung an postmoderne Kritik

Jene hingegen, die sich die Kritik der Postmoderne aneignen, versuchen mit unterschiedlichen Ansätzen die Theorie deliberativer Demokratie an die Entwicklungen der Postmoderne und ihrer Kritiken an der Moderne anzupassen.

Zunächst sei hier die Arbeit von Iris Marian Young genannt. Die Autorin ist eine Verfechterin der Pluralitätsforderung der Postmoderne. Für sie ist die Tatsache, dass Menschen unter den Bedingungen der Pluralität gemeinsam handeln nicht ein Ausdruck geteilter, aber verborgener Werte, die durch Deliberation herausdestilliert werden müssten. Geteilte oder noch zu entdeckende verborgene Werte gibt es nicht. Gruppenzugehörigkeit ist nicht etwas Endgültiges, sondern hat eher mit Affinität zu tun, die sich im Laufe der Zeit genauso gut auch ändern könnte. Gruppenzugehörigkeiten sind nicht naturgegeben.⁶⁶³ Folglich, so die Autorin, gibt es auch keine oder nur sehr beschränkte Formen der Gemeinschaftlichkeit.

Das vorausgesetzt ist die eigentliche Funktion der Deliberation oder des Diskurses nicht, Gemeinsamkeiten zwischen den Menschen aufzuzeigen und verschiedene Meinungen in eine Position zu transformieren, sondern ganz im Gegenteil Differenzen zu verdeutlichen. Ein Konsens, der alle Menschen unter eine Position zusammenfasst und damit Pluralität aufhebt, ist nicht das Ziel; viel eher wird mit dem Diskurs das Ziel verfolgt, den Menschen vor Augen zu führen, wie unterschiedlich jeder Einzelne ist. Ihr Ideal von Politik als Deliberation in einer von Pluralität geprägten Gemeinschaft ist eine Deliberation, welche die je spezifischen Besonderheiten der Anwesenden nicht in einem Konsens auflöst, sondern diese erst recht zutage fördert und erst dadurch den marginalisierten Mitgliedern der Gesellschaft die Möglichkeit gibt, sie selbst zu bleiben.⁶⁶⁴

Dass die Menschen trotz des Diskurses aufgezeigter Differenzen und unüberbrückbarer Konflikte Handlungen miteinander koordinieren und gemeinsame Handlungen miteinander ausführen, ist der simplen Tatsache geschuldet, dass die unterschiedlichsten Menschen nun einmal zusammenleben müssen.⁶⁶⁵ So unterschiedlich Menschen auch sein mögen, sie teilen sich einen Lebensraum und sind mit Problemen konfrontiert, die auch andere betreffen und nach einer gemeinsamen Lösung rufen. Aus dieser Tatsache heraus stellen verschiedene Meinungen und Positionen nicht mehr Interessenskonflikte dar, die gemeinsame Handlungen verhindern, viel eher spiegeln sie nur verschiedene Perspektiven auf ein und dasselbe Problem

⁶⁶³ Vgl. dazu Young, I. M.: 1990. S. 171.

⁶⁶⁴ Ebd. S. 260 schreibt: "An ideal of politics as deliberation in a heterogeneous public which affirms group differences and gives specific representation to oppressed groups is, I believe, immediately relevant to each of these situations."

⁶⁶⁵ Young, I. M.: 1996. S. 126 spricht von "the facticity of people being thrown together".

wider, die die Menschen dazu zwingen, gemeinsam zu handeln. Dadurch, so Young, wird Differenz von ihrem radikalen Verständnis als essentielle Differenz befreit, nimmt einen relationalen Charakter an und wird zu einer Notwendigkeit einer auf den Diskurs setzenden Demokratie.⁶⁶⁶ Nicht der mit dem Diskurs erzielte Konsens ist demnach der Ausgangspunkt einer gemeinsamen Handlung, sondern die aus dem Diskurs erwachsene Erkenntnis, dass es ein Problem gibt, welches alle auf unterschiedliche Art und Weise betrifft.

Pluralität und Differenz sind der Ausgangspunkt gemeinsamer Handlungen, weil sie einen relationalen Charakter annehmen und nicht mehr als fundamental und unüberbrückbar angesehen werden. Die miteinander zusammengewürfelten Menschen erkennen erst hier in welcher Beziehung sie zueinander stehen. Es entsteht kontextuelles Wissen,⁶⁶⁷ das den Menschen die Notwendigkeit gemeinsamer Handlungen vor Augen führt.

Da in diesem Verständnis gemeinsame Handlungen aus Differenzen erfolgen und nicht aus einem erzielten Konsens, kann der Diskursbegriff nicht mehr auf die Logik kommunikativer Handlung zurückgeführt werden. Er muss umgedeutet und angepasst werden: In Youngs Arbeiten wird Diskurs sehr viel breiter als Kommunikation aufgefasst. Es spielen nicht mehr nur Argumente eine Rolle, sondern auch Begrüßungsformeln und Rhetorik. Selbst Narrationen über einen selbst, die den eigenen Blick, die eigenen Gefühle und Bedürfnisse darlegen und die eigene Betroffenheit vom Problem dem Gegenüber verdeutlichen, sind nicht nur erlaubt, sondern explizit erwünscht. Alle diese Techniken und Informationen helfen, die eigene Situation, die eigenen Werte und Einstellungen, aber auch die Konsequenzen der Handlungen der Anderen für einen selbst dem Gegenüber besser darzustellen;⁶⁶⁸ beim Anderen ein kontextuelles Wissen herzustellen. Erst dadurch wird es möglich, Differenz zu relationalen Differenz zu transformieren, jede Position als eine Perspektive auf ein Problem zu begreifen, so die Notwendigkeit einer gemeinsamen Handlung aufzuzeigen und die Möglichkeit dazu eröffnen. All das kann jedoch nur erfolgen, wenn der Diskurs aus seinem engen Korsett der Rationalität befreit wird.⁶⁶⁹

Somit nimmt Young mit ihrem Ansatz eine Zwischenposition zwischen der Postmoderne und der Moderne ein: Auf der einen Seite ist sie eine Verfechterin der Pluralität; ihr ist die Beschreibung von nicht weniger als fünf verschiedenen Formen ausgeübter Unterdrückung in der Moderne zu verdanken.⁶⁷⁰ Sie erachtet Pluralität gar als Grundlage der Demokratie und

⁶⁶⁶ Vgl. dazu Young, I. M.: 1997. S. 384.

⁶⁶⁷ Ebd. S. 402ff.

⁶⁶⁸ Vgl. dazu Young, I. M.: 1996. S. 130ff.

⁶⁶⁹ Vgl. dazu Young, I. M.: 1997. S. 394ff.

⁶⁷⁰ Vgl. dazu Young, I. M.: 1990. S. 40ff.

das unabhängig davon, ob es um die Pluralität bezogen auf den einzelnen Menschen oder bezogen auf verschiedene Gruppen in der Gesellschaft geht, zugleich und auf der anderen Seite aber entschärft sie Pluralität, indem sie sie als eine mögliche Perspektive auf ein und das selbe Probleme beschreibt. Das erreicht sie mit einer Neubestimmung des Diskursbegriffes, der nicht mehr auf Konsens abzielt, sondern darauf, die verschiedenen Perspektiven aufzuzeigen. Erst wenn der Diskursbegriff auch andere Formen der Kommunikation umfasst, so ihre Position, kann aus den verschiedenen Perspektiven eine gemeinsame Handlung erfolgen, beispielsweise aus Verständnis, Rücksicht, Nachsicht, Mitleid oder einfach nur Empathie.

Einen ähnlichen Ansatz verfolgt auch John Dryzek: Für Dryzek sind heutige Demokratien liberal-konstitutionelle deliberative Demokratien. Dabei stellen, wie er selbst sagt, die liberal-konstitutionellen Teile die Hardware und die deliberativen Teile die Software dar.⁶⁷¹ Da sich die Hardware nur schwerlich ändern lässt, beispielsweise weder auf Wahlen verzichtet noch zu attischen Formen der Demokratie zurückgekehrt werden kann, schlägt er vor, angesichts real existierender Pluralität die Software umzuprogrammieren: An die Stelle der Deliberation soll der Diskurs treten.

Die diskursive Demokratie lasse mehr als nur das bloße Argument zu. Der Begriff Diskurs besitze mehr kritisches Potential,⁶⁷² weil Deliberation auch ein innerer Monolog sein könnte. Für die Deliberation, was ungefähr dem Abwägen von Positionen und Argumenten entspricht, sei nicht immer ein Gegenüber von Nöten. Auch ein einzelner Mensch alleine ist in der Lage verschiedene Positionen und Argumente gegeneinander abzuwägen. Deliberation setze demnach nicht notwendigerweise ein Gegenüber voraus. Der Einzelne würde sich folglich nicht wirklich einer Kritik aussetzen, wohingegen der Diskurs immer ein Gegenüber voraussetzt und daher über kritisches Potential verfügt. Erst das Gegenüber kann kritisches Potential in der Abwägung von Positionen und Argumenten einführen.

Ein weiteres Problem, welches mit dem Begriff der Deliberation einhergeht, ist, dass er zu eng und zu formal gefasst ist. Er beschränkt sich lediglich auf Argumente, Positionen und Prozeduren. Deliberative Demokratien seien daher in Wirklichkeit nur liberal-konstitutionelle deliberative Demokratien und keine diskursiven. Der Diskursbegriff hingegen würde es erlauben, Emotionen, Mitgefühl, Nachsicht und ähnliches mit in die Demokratietheorie einzubringen.⁶⁷³

⁶⁷¹ Vgl. dazu Dryzek, J. S.: 2009. S. 15ff.

⁶⁷² Ebd. S. 2ff.

⁶⁷³ Ebd. S. V.

Allerdings ist Dryzek nicht so naiv zu glauben, dass mit der Einführung von Emotionen, Mitgefühl und Nachsicht in die Demokratietheorie gemeinsame Handlungen zwischen den Menschen einfacher werden. Gerade Emotionen erschweren in der Politik das Auffinden von Lösungen und Möglichkeiten der gemeinsamen Handlung. Daher sollte das enge Band zwischen Öffentlichkeit und politischem System, welches die deliberative Demokratie schnürt, durchgeschnitten werden. Erst die Entkoppelung von Öffentlichkeit und politischem System würde gemeinsame Handlungen ermöglichen. Weil politische Konsequenzen in einer entpolitisierten Öffentlichkeit nicht gefürchtet werden müssen, sind die streitenden Parteien, so sein Argument, eher bereit aufeinander zuzugehen.⁶⁷⁴

Damit zeigt sich eine Alternative zum liberal-konstitutionellen Verständnis von Demokratie, das die Demokratie bloß auf das politische Feld beschränkt; das der diskursiven Demokratie. Die diskursive Version unterscheidet sich von der deliberativen darin, dass die Öffentlichkeit, weil sie nun vom politischen Feld losgelöst ist, trotz Pluralität gemeinsame Handlungen hervorbringen und dadurch das politische System zum Handeln zwingen kann.⁶⁷⁵ Im Gegensatz zu Young versucht folglich Dryzek nicht, das Konfliktpotenzial von Pluralität selbst zu entschärfen. Vielmehr schlägt er vor, Konflikte, die aus der Pluralität erwachsen, auf einem weniger verminten Terrain als dem politischen auszutragen. Aber ähnlich wie Young sieht auch er die Beschränkungen des Diskursbegriffes auf die Rationalität als ein Hindernis, auf der Grundlage von Pluralität gemeinsame Handlungen auszuführen. In einer von Differenz und Pluralität geprägten Welt ist es auch für Dryzek utopisch davon auszugehen, dass der Diskurs immer einen Konsens hervorbringt. Vielmehr geht es in solch einer Welt darum, sich auf einen Kurs zu einigen, allerdings aus verschiedenen Gründen.⁶⁷⁶ Es bedarf angesichts vorherrschender Pluralität mehr als der Autorität des besseren Argumentes, um das Gegenüber zu einer gemeinsamen Handlung zu überzeugen.

Der Ansatz von James Bohman geht das Problem der deliberativen Demokratie hingegen vom Ergebnis her an. Für ihn sind bisherige Theorien deliberativer Demokratie zu sehr auf den Konsens durch für alle Beteiligten nachvollziehbare Argumente ausgelegt. Wird Konsens durch Kompromiss ersetzt, dann ist viel gewonnen. Dabei setzt Bohman, wie die zwei zuvor vorgestellten Autoren auch, am Diskursbegriff an. Er schlägt dabei vor den Begriff Diskurs durch den Dialogbegriff zu ersetzen. Der Dialog hat im Gegensatz zum Diskurs den Vorteil, dass er weniger anspruchsvoll ist und dadurch eine geringere Kompetenzschwelle für die

⁶⁷⁴ Vgl. dazu Dryzek, J.: 2005. S. 223ff.

⁶⁷⁵ Vgl. dazu Dryzek, J.: 2009. S. 55.

⁶⁷⁶ Ebd. S. 170.

Beteiligung aufweist.⁶⁷⁷ Jemand der rhetorisch weniger begabt ist oder für seine Position nicht die besten Argumente hat, ist damit nicht automatisch im Nachteil. Denn der entscheidende Unterschied zwischen Dialog und Diskurs sei es gerade, dass der Diskurs auf eine für alle nachvollziehbare Argumentation setzt, während der Dialog auch die Art und Weise, wie das Gegenüber adressiert wird, mitberücksichtigt. Schon allein die Begrüßungsformel, mit der das Gegenüber adressiert wird, kann darüber entscheiden ob das Gegenüber bereit ist eine gemeinsame Handlung auszuführen oder nicht.⁶⁷⁸ Hier ist dann nicht mehr das Argument ausschlaggebend dafür, ob gemeinsame Handlungen ausgeführt werden oder nicht, sondern die Art und Weise mit der dem Gegenüber entgegengetreten wird. An die Stelle des Konsenses tritt der Kompromiss.

Der Vorteil, den ein Kompromiss gegenüber einem Konsens aus postmoderner Sicht hat, ist, dass bei einem Kompromiss niemand gezwungen ist, sich unter einen Konsens zu begeben. Keine Position verschwindet unter einen Konsens, so dass Pluralität bestehen bleibt.⁶⁷⁹ Die Teilnehmer am Dialog können bei einem Kompromiss gemeinsam Handeln ohne einen Konsens erzielt zu haben. Mit dem Kompromiss als zu erreichendes Ziel, entsteht eine plurale Öffentlichkeit⁶⁸⁰, deren Unterschied zur Öffentlichkeit diskursiver Ausprägung darin besteht, dass sie nicht nach einem Konsens durch für alle nachvollziehbaren Argumente ringt, sondern danach, dass die Menschen gemeinsam handeln, allerdings aus verschiedenen Gründen und verschiedenen Meinungen. Die plurale Öffentlichkeit stellt folglich nicht ein Destillat verschiedener Meinungen in Form des Konsenses her; sie beansprucht keinen objektiven Standpunkt für sich.⁶⁸¹ Sie zielt auch gar nicht darauf ab, weil es so etwas wie ein für alle nachvollziehbares Argument in einer pluralen Welt nicht geben kann.⁶⁸² Vielmehr ist die Öffentlichkeit ein dialogischer und nicht diskursiver Prozess zum Austausch von Argumenten, um Probleme zu lösen, die nur durch interpersonale Koordination gelöst werden können.⁶⁸³ Solch eine plurale Öffentlichkeit hat dann nur noch eine minimale Voraussetzung, nämlich dass alle Beteiligten in die Öffentlichkeit treten, also es einen wie auch immer gearteten minimalen Kompromiss darüber gibt, dass die Beteiligten eine politische Einheit darstellen und um den Fortgang dieser Einheit bemüht sind.⁶⁸⁴

⁶⁷⁷ Vgl. dazu Bohman, J.: 1996. S. 57.

⁶⁷⁸ Ebd. S. 272.

⁶⁷⁹ Vgl. dazu Bohman, J. / Richardson, H. S.: 2009. S. 272.

⁶⁸⁰ Nicht plurale Öffentlichkeiten!

⁶⁸¹ Vgl. dazu Bohman, J.: 1996. S. 83.

⁶⁸² Vgl. dazu Bohman, J.: 1995. S. 254.

⁶⁸³ Vgl. dazu Bohman, J.: 1996. S. 24ff.

⁶⁸⁴ Vgl. dazu Bohman, J.: 1995. S. 262.

In Bohmans Ansatz gibt es folglich noch das Argument, nur muss es nicht mehr zwingend für das Gegenüber überzeugend sein. Daher muss zum Modus des Dialogs gewechselt werden, um den Anderen dazu zu bewegen, das Problem gemeinsam zu lösen. Stimmen die Beteiligten trotz unterschiedlicher Gründe und Meinungen zu, entsteht eine plurale Öffentlichkeit, die nicht mehr jeden unter einen Konsens zwingt, sondern einen Kompromiss darstellt. Das, so Bohman selbst, setzt jedoch eines voraus: Den Willen der Beteiligten, trotz sich widersprechender Gründe und Meinungen miteinander zu kooperieren.⁶⁸⁵ Ohne den Willen mit jemandem, mit dem keine gemeinsamen Gründe und Meinungen geteilt werden, ein Problem zu lösen, ist die Möglichkeit einen Kompromiss zu finden nicht gegeben.

Die Autoren Amy Gutmann und Dennis Thompson schlagen einen anderen Weg ein. Die zentrale Forderung ihres Ansatzes lautet, dass Akteure bei einem Dissens solange miteinander diskutieren sollten, bis alle Seiten zu einem für alle akzeptablen Ergebnis gekommen sind. So naiv zu glauben, dass ein Konsens immer und bei allen Themen möglich ist, sind sie nicht. Allerdings vertreten sie die Position, dass trotz eines Dissenses eine gemeinsame Handlung erfolgen kann.⁶⁸⁶ Dafür unterscheiden sie zwischen zweierlei Formen von Ablehnung: Bei der ersten Form der Ablehnung hat der Ablehnende gar kein Interesse an einer gemeinsamen Handlung. Hier lässt sich auch nichts weiter unternehmen. Fehlt die Bereitschaft zur Kooperation, dann kann nur noch Zwang helfen, was im Rahmen deliberativer Demokratie keine Option darstellt. Bei der zweiten Form, die die Autoren reziproke Ablehnung nennen, hat der Ablehnende immer noch das Interesse an einer Zusammenarbeit. Die Ablehnung ist folglich nicht eine grundsätzliche Ablehnung der Kooperation. Das Erstere ist für die Autoren ein nicht-deliberativer Dissens, wohingegen das Letztere einen deliberativen Dissens darstellt.⁶⁸⁷ Dieses Interesse an einer Kooperation trotz Dissens folgt aus den Akteuren selbst. Diese sind charakterlich so veranlagt, dass sie aufeinander zugehen, einander Respekt zollen, ihre Positionen durchhalten, offen sind und mit anderen für den Diskurs vorteilhaften Charakterzügen ausgestattet sind.⁶⁸⁸ Bringen sie bestimmte charakterliche Eigenschaften mit, dann bedarf es nur noch der Ausdauer, um eine Lösung für Konflikte zu finden und eine gemeinsame Handlung einzugehen.

Einen gänzlich anderen Ansatz, als alle bisher vorgestellten, verfolgt Robert E. Goodin. In seinem Ansatz hilft der Diskurs, selbst wenn es nicht zu einer gemeinsamen Position kommt,

⁶⁸⁵ Vgl. dazu Bohman, J.: 1996. S. 83.

⁶⁸⁶ Vgl. dazu Gutman, A. / Thompson, D.: 1996. S. 1.

⁶⁸⁷ Ebd. S. 52.

⁶⁸⁸ Ebd. S. 78ff.

die Gründe des Gegenübers besser zu verstehen und folglich auch besser mit den Differenzen zu leben und umzugehen. Allein schon zu sehen, dass das Gegenüber eine abweichende, jedoch begründete Position hat, kann helfen den anderen als eine vernünftige Person anzuerkennen.⁶⁸⁹ Dabei müssen Diskurs und Deliberation noch nicht einmal mit einem Gegenüber stattfinden, sie können auch den Charakter einer „deliberation within“ annehmen, d. h. der Einzelne wertet die ihm zugänglichen und zur Verfügung gestellten Informationen über einen Sachverhalt für sich selbst aus. Das große Problem aller deliberativen Demokratietheorien aus seiner Sicht ist jedoch, dass sie aus Modellen der *face-to-face* Kommunikation erwachsen und daher immer eine kleine Anzahl an Beteiligten voraussetzen.⁶⁹⁰ Hingegen ist es angesichts postmoderner Gesellschaften, die geprägt sind von Pluralität und Diversität utopisch, wirklich jede Position zu berücksichtigen.⁶⁹¹ Die Folge davon wäre eine endlose Diskussion, anders gesagt Handlungsunfähigkeit. Aber in der deliberativen Demokratie wird gerade nicht um der Diskussion Willen diskutiert, sondern um eine begründete und reflektierte Entscheidung zu finden.⁶⁹² Die Stärke von Deliberation oder Diskurs liegt überhaupt darin Zusammenhänge aufzudecken und damit die Grundlage für Entscheidungen zu liefern.

So pragmatisch ausgerichtet, sind Deliberation und Diskurs, wie schon erwähnt, dafür geeignet Zusammenhänge und die Position des Gegenübers aufzudecken, sie sind jedoch ein weniger gutes Mittel um Entscheidungen herbeizuführen. Deliberation und Diskurs sind selbst keine Mechanismen zur Entscheidungsfindung. Daher lautet auch das Motto seiner Theorie „First talk, then vote“⁶⁹³.

Dass in diesem Ansatz Pluralität nicht mehr im postmodernen Sinne gewährleistet ist, ist Goodin bewusst. Aber das stellt für ihn kein Problem dar. Es reicht aus seiner Sicht aus, wenn die Repräsentanten der Gesellschaft, beispielsweise im Parlament, sich darüber im Klaren sind, dass sie nicht die ganze Breite der gesellschaftlichen Pluralität vertreten. Es genügt folglich, wenn sich die Parlamentarier über die gesellschaftliche Pluralität an sich im Klaren sind. Sie sollen sich bei ihren Entscheidungen und Meinungen auch immer darüber im Klaren sein, dass ihre Meinung nicht die Meinung aller widerspiegelt und aufgrund dessen die Positionen jener zumindest mit in Betracht ziehen, zu denen sie selbst nicht gehören. Aus pragmatischer Sicht ist es wichtiger, dass Pluralität faktisch widergespiegelt wird, als

⁶⁸⁹ Vgl. dazu Goodin, R. E.: 2008. S. 91.

⁶⁹⁰ Ebd. S. 3.

⁶⁹¹ Ebd. S. 5.

⁶⁹² Ebd. S. 41.

⁶⁹³ Ebd. S. 124.

tatsächlich.⁶⁹⁴ Alle in der Gesellschaft vertretenen Positionen auch tatsächlich abzudecken, könnte gar zum Stillstand führen.

Alle oben vorgestellten Positionen sind folglich nicht ganz blind auf ihrem postmodernen Auge. Keiner der hier vorgestellten Theoriestränge versucht durch die Stärkung deliberativer Ansätze, Pluralität abzuschwächen; vielmehr wird auf verschiedenen Wegen versucht der Postmoderne und ihrem Ruf nach Pluralität gerecht zu werden. Außer bei Robert E. Goodins Ansatz setzen alle Ansätze am Diskursbegriff an. So entstanden dann immer mehr Ansätze, die ihren Blick weg von den rein rationalistischen Varianten der deliberativen Demokratie hin zu einem alternativen Verständnis von Deliberation wendeten.⁶⁹⁵

Die Hauptstrategie dabei besteht darin, den Diskursbegriff mal mehr, mal weniger aufzuweichen. Das Ziel, das dabei verfolgt wird, ist dem Einwand der Postmoderne Rechnung zu tragen, dass es so etwas wie für alle nachvollziehbare Argumente in der Pluralität nicht geben kann und daher jeder Versuch einen Konsens zu finden zum Scheitern verurteilt ist. Diese Ansätze gehen davon aus, dass nicht nur für alle nachvollziehbare Argumente Menschen dazu bringen können, eine gemeinsame Handlung auszuführen, sondern um Pluralität auch auf gesellschaftlicher Ebene wahren zu können andere Techniken der Kommunikation in den Diskurs Einlass finden sollten. Es darf über Gefühle, Empfindungen, Ängste und Hoffnungen gesprochen werden, um dem Gegenüber die eigene Position, auch wenn sie für diesen nicht nachvollziehbar ist, näherzubringen. Die Idee dahinter ist, dass dadurch beim Anderen ein Verständnis für die eigene Position geweckt wird und sich das Gegenüber trotz gegenteiliger Meinung aufgrund von Mitgefühl, Verständnis, Pflichtgefühl zu einer gemeinsamen Handlung bewegen lässt.

Das geweckte Mitgefühl, Verständnis etc. bewirkt nicht, dass das Gegenüber seine Position aufgibt, sondern es eröffnet nur die Möglichkeit einer gemeinsamen Handlung aus nicht rationalen Überzeugung. In solch einem Fall können beide Seiten eine Kooperation eingehen, obwohl sie voneinander abweichende Gründe und Meinungen vertreten. Das Ergebnis eines solchen Diskursbegriffes ist nicht mehr ein Konsens. An die Stelle eines alle umfassenden Konsenses tritt der Kompromiss, der jedem seine Gründe und Meinungen lässt, aber trotzdem die gemeinsame Handlung zum Ziel hat. Mit Kompromiss als ausgesprochenes Ziel eines breiter gefassten Begriffes von Diskurs, ist Pluralität in der Gesellschaft nicht nur im Kleinen gewährleistet, sondern auch auf gesellschaftlicher Ebene. Eine plurale Öffentlichkeit wird möglich.

⁶⁹⁴ Ebd. S. 234.

⁶⁹⁵ Vgl. dazu König, P.: 2014. S. 170.

Das mutet auf den ersten Blick als ein großer Erfolg an. Das Problem dabei ist jedoch, und das scheinen alle Ansätze zu verkennen, dass im Gegensatz zu einem Konsens im Falle eines Kompromisses sich in der Tat niemand der Autorität des besseren Argumentes beugen muss, dafür aber die Akteure moralische und charakterliche Eigenschaften mitbringen müssen, damit sie überhaupt bereit sind einen Kompromiss einzugehen, wie beispielsweise den Willen zur gemeinsamen Handlung, Geduld, Offenheit oder Toleranz. Diese sind notwendig, um trotz des Dissenses über den eigenen Schatten zu springen und eine gemeinsame Handlung einzugehen. Da die Rationalität nicht mehr zu einem Konsens führt, müssen die Moral und der Charakter der Beteiligten sie zu einem Kompromiss bewegen. Das ist nicht neu in Bezug auf Öffentlichkeit: Immer müssen die Beteiligten einen gewissen „Vorrat an Toleranz und gegenseitigem Respekt“ mitbringen und bereit sein, Konflikte argumentativ auszutragen.⁶⁹⁶

Im Falle des Kompromisses wird jedoch nur noch auf Toleranz und auf Respekt vertraut.

Diesen Weg schlagen allerdings nicht nur Vertreter deliberativer Demokratie ein, sondern auch jene aus dem postmodernen Lager. In ihren Augen müssen die *agents of enactment* eine gewisse Geduld in der Durchsetzung ihres Willens an den Tag legen und die *agents of reception* eine gewisse Großzügigkeit gegenüber Ersteren und deren Bestrebungen sie zu ändern. Erst dadurch ist es auch in den Augen postmoderner Ansätze möglich, dem Ethos einer pluralen Demokratie zu folgen.⁶⁹⁷

Der Kritik der Postmoderne gegen das Einheitsstreben der Moderne als hegemoniale Macht wird mit diesem Vorgehen Rechnung getragen, der oder die Einzelne wird dafür jedoch umso mehr in die Verantwortung genommen. Das deutet wiederum daraufhin, dass sich die Ansätze nur jene Kritik der Postmoderne zu Herzen genommen haben, die das Verhältnis von Diskurs und Pluralität betreffen; jene Kritik hingegen, die das Individuum betrifft, wurde nicht nur außenvorgelassen, sie wurde bewusst oder unbewusst abgelehnt. Ein Kompromiss unter den Bedingungen der Pluralität ist in den neueren Ansätzen deliberativer Demokratie nur möglich, wenn es kooperationswillige Individuen gibt. Um einen Kompromiss zu ermöglichen und damit Pluralität zu wahren, wird, wie von der Postmoderne gefordert, der Konsens geopfert, im Gegenzug aber das Individuum gerettet.

Ein weiteres, zusätzliches Problem stellt sich jenen Ansätzen, die den Diskursbegriff erweitern wollen: Aus theoretischer Perspektive ist es nicht vorgesehen, dass sich die Beteiligten im Rahmen der Öffentlichkeit besser kennenlernen. Diese theoretische Anforderung ist notwendig, um die Autorität des besseren Argumentes zu sichern. Nur bei

⁶⁹⁶ Vgl. dazu Peters, B.: 1994(b). S. 68 schreibt. Wörtliches Zitat ebd. zu finden.

⁶⁹⁷ Vgl. dazu Connolly, W. E.: 1995. S. 193.

einander fremden Teilnehmern ist es gewährleistet, dass das einzige, was im Raum steht, das Argument ist und nicht die Freundschaft, die Liebe oder die soziale Konstellation. Jegliche Kenntnis des Gegenübers könnte die Autorität des besseren Argumentes untergraben. Ein Informationsfluss, dessen Gehalt über den der Argumente hinausreicht, ist im Rahmen der diskursiven Öffentlichkeit nicht vorgesehen. Die Herrschaftsfreiheit in der diskursiven Öffentlichkeit ist auf einen „Schleier des Nichtwissens“⁶⁹⁸ angewiesen.

Ein erweiterter Diskursbegriff hingegen, der auf den Kompromiss anstelle des Konsenses abzielt, führt zum genauen Gegenteil: Er lüftet den Schleier. Der erweiterte Diskursbegriff führt gerade dazu, dass sich die Beteiligten besser kennenlernen, die Gefühle ihres Gegenübers nachempfinden und seine Beweggründe verstehen. Herrschaftsfreiheit ist unter diesen Bedingungen nicht mehr gewährleistet, außer wenn die Beteiligten moralische und charakterliche Eigenschaften mitbringen, die sie daran hindern, aus der Kenntnis des Gegenübers Kapital zu schlagen. Aber eine Antwort darauf, wie Herrschaftsfreiheit garantiert werden soll, wenn im Diskurs nicht nur Argumente ausgetauscht werden sollen, ohne auch hier das Individuum wieder zu überladen, liefern sie nicht. Das Individuum muss nicht nur moralisch und charakterlich so gestrickt sein, dass es sich auf einen Kompromiss, trotz gegenteiliger Meinung, einlässt, sondern es muss auch noch so gestrickt sein, dass es die Kenntnis über das Gegenüber nicht als Waffe gegen das Gegenüber einsetzt.

In der Summe lässt sich festhalten, dass die neueren Theorien deliberativer Demokratie die postmoderne Kritik, zumindest jene die den Diskurs und den Konsens betreffen, ernstnehmen und in die jeweiligen Theorien einbauen. Sie versagen jedoch dabei, auch den anderen Teil der postmodernen Kritik, der sich auf das Individuum bezieht, mit in ihre Theorien einzufügen. Aus diesem Grund scheitern sie auch dabei, eine neue und adäquatere Form der Öffentlichkeit für und in der Postmoderne zu formulieren.⁶⁹⁹

Nichtsdestotrotz ist das weit mehr als postmoderne Ansätze zu bieten haben. Die Kritik am Individuum außen vor gelassen, liefern die oben beschriebenen Ansätze eine Erklärung und Beschreibung dafür, wo gemeinsame Handlungen in einer pluralen Welt ihren Ursprung haben. Mit ihrem Verweis auf den Kompromiss geben die Ansätze deliberativer Demokratie eine schöne, wenn auch nur halbherzige Antwort. Postmoderne Ansätze hingegen mögen mit ihrer Kritik an der Moderne wichtige Punkte benennen, eine Antwort darauf, wie gemeinsame Handlungen sonst erfolgen könnten und wie eine adäquate Beschreibung der Öffentlichkeit in

⁶⁹⁸ Um hier einen Term John Rawls aus einem anderen Kontext zu gebrauchen.

⁶⁹⁹ Vgl. dazu Fraser, N.: 1992. S. 109-148, die nach einer Formulierung einer postbourgoisen Öffentlichkeit verlangt.

und für die Postmoderne aussehen könnte, bleiben sie schuldig.⁷⁰⁰ Die Stärke postmoderner Ansätze hat sich bis jetzt vorwiegend darauf beschränkt, Kritik zu üben und versteckte Mechanismen der Moderne aufzudecken, in ihrer eigenen Terminologie formuliert, zu dekonstruieren. Sie versagt allerdings, wenn es darum geht zu erklären und zu beschreiben, wie gemeinsame Handlungen unter Bedingungen, unter denen sowohl der Diskurs als auch das Individuum verneint werden, möglich sind. Oder anders formuliert, wirft die Postmoderne eine klassische handlungstheoretische Frage erneut auf: Wenn Werte, Normen, der Diskurs und das Individuum in Frage gezogen werden; wenn überall hegemoniale Machtstrukturen aufgedeckt und bekämpft werden; wenn Pluralität gelebt werden soll; wenn es das Individuum nicht mehr gibt; wie koordinieren dann Menschen Handlungen miteinander, ohne dass eine Macht, sei es auch nur die Macht des besseren Argumentes, sie dazu zwingt?

⁷⁰⁰ Vgl. zu dieser Kritik an postmoderner Denkweise Dryzek, J.: 2005. S. 223.

V Konnektive Öffentlichkeiten

1. Konnektive Handlung

1.1. Vorüberlegungen

Mit der Postmoderne wird die kommunikative Handlung als nicht mehr adäquate Form der Handlungslogik in Frage gezogen. Es stellt sich somit erneut die Frage, auf welcher Grundlage und wie gemeinsame Handlungen überhaupt stattfinden. Auf welcher Grundlage, weil der Konsens nicht mehr in Frage kommt; wie, weil der Diskurs, als ein Weg gemeinsame Handlungen zu koordinieren, ebenfalls abgelehnt wird. Eine Antwort auf diese Frage ist die Postmoderne selbst schuldig geblieben; Anhänger diskursiver Ansätze waren produktiver. Überhaupt scheint es schwer zu sein, eine Vorstellung davon zu entwickeln, wie und auf welcher Grundlage gemeinsame Handlungen stattfinden, wenn sie unter den Bedingungen der Vagheit stattfinden und trotzdem auf Freiwilligkeit beruhen sollen. In diesem Unterkapitel geht es darum, eine Alternative zur kommunikativen Handlung vorzustellen, die konnektive Handlung.

Das Ziel dabei kann im Rahmen dieser Arbeit nicht sein, die Handlungslogik in all ihren Facetten darzustellen, alle Problemstellungen, die auftauchen und auftauchen könnten, abzuarbeiten und eine vollständig neue Handlungslogik zu formulieren. Vielmehr geht es bei der Vorstellung der Theorie konnektiver Handlung darum, aufzuzeigen, dass sich eine alternative Handlungslogik zur Logik kommunikativer Handlungen herausgebildet hat, die in größerem Einklang mit den Entwicklungen der Postmoderne steht, als jene der kommunikativen Handlung. Es geht eher um die Einführung einer neuen Handlungslogik, als deren detaillierte Ausarbeitung. Das ist zumindest im Rahmen der vorliegenden Arbeit ein legitimer Schritt, da es in erster Linie um die Auswirkungen der Postmoderne auf die Öffentlichkeit geht und nicht um die Formulierung einer Handlungslogik in der Postmoderne. Die Theorie konnektiver Handlung ist eine Theorie aus den Jahren 2012/2013.⁷⁰¹ Das Ziel dieser Theorie ist nicht, eine neue Handlungslogik für die Postmoderne anzubieten. Ihr Hauptanliegen liegt eher darin, neuere politische Bewegungen und neuere Formen politischer Partizipation zu erklären, wie beispielsweise die *Occupy*-Bewegung oder den *Arabischen Frühling*. Dabei steht im Fokus der Erklärung nicht die Frage, warum es zu diesen Bewegungen gekommen ist,⁷⁰² sondern wie die ihnen zugrunde liegende Handlungslogik zu

⁷⁰¹ Die zwei Werke, in denen die Theorie konnektiver Handlung von ihren Entwicklern ausgearbeitet wird, sind Bennett, W. L. / Segerberg, A.: 2012 sowie Bennett, W. L. / Segerberg, A.: 2013.

⁷⁰² Obwohl sich zumindest einer der Autoren in einem anderen Beitrag damit beschäftigt und dabei auf Anthony Giddens und Ulrich Beck zurückgreift. Vgl. dazu Bennett, W. L.: 2012. S. 24ff.

verstehen ist, vor allem in Hinblick auf digitale Medien. Durch zweierlei Anpassungen lässt sich aber die Theorie auf die Postmoderne übertragen.

Die erste Anpassung betrifft die Fokussierung der konnektiven Handlung in ihrer ursprünglichen Formulierung auf digitale oder neue Medien. Sie stehen als Organisationsagenten im Mittelpunkt der Untersuchungen⁷⁰³ und bieten den Akteuren die Möglichkeit unabhängig von Organisationen und Institutionen zu handeln und ihre eigenen Netzwerke zu mobilisieren.⁷⁰⁴ In dieser Auffassung drückt sich zunächst einmal die Überzeugung aus, dass digitale Medien nur digitale Medien sind; eine Position, die auch weiter oben in dieser Arbeit vertreten wurde. Zumindest einer der Autoren verweist auch an anderer Stelle darauf, dass es weder die klassischen noch die Neuen Medien waren, die eine Veränderung in der Gesellschaft in Bezug auf Formen politischer Partizipation mit sich gebracht haben, sondern die Ursachen eher in gesellschaftlichen und vor allem wirtschaftlichen Veränderung zu suchen sind.⁷⁰⁵ Mit dem Fokus auf die Neuen Medien, und der Beschreibung der konnektiven Handlung durch die Nutzung der digitalen Medien, entsteht nichtsdestotrotz der Eindruck, dass diese neue Logik auf die Entstehung der Neuen Medien zurückzuführen ist. Dieser Eindruck wird dadurch verstärkt, dass zwei so unterschiedliche und in so unterschiedlichen Kontexten aufgetretene Bewegungen wie die Occupy-Bewegung und der *Arabische Frühling* durch ein und denselben Ansatz erklärt werden. Das stellt ein Problem dar, weil angenommen wird, dass Neue Medien, unabhängig vom Kontext in dem sie verwendet werden, immer gleich verwendet werden und gleiches bewirken oder anders formuliert, dass die Besetzung eines Platzes im Frankfurter Bankenviertel mit der Besetzung des Tahrir-Platzes in Kairo zu vergleichen ist, weil die Besetzer die gleiche Technologie verwendeten.⁷⁰⁶ Auch wenn Neue Medien nur als Organisationsagenten betrachtet werden, geht die ursprüngliche Formulierung der Theorie folglich davon aus, dass es ohne die Neuen Medien keine Logik konnektiver Handlung geben würde und wo sie auftreten, sie das gleiche bewirken. Unbeabsichtigt werden hier Neue Medien als Mittel und Neue Medien als Ursache der konnektiven Handlung miteinander vermischt. Die Logik konnektiver Handlungen verschwindet hinter technologischen Entwicklungen. Dadurch scheitern die Entwickler der Logik konnektiver Handlung, so wie sie die Logik formuliert haben, daran, zu erkennen, dass diese Logik eher aus einem

⁷⁰³ Vgl. dazu Bennett, W. L. / Segerberg, A.: 2012. S. 752.

⁷⁰⁴ Vgl. dazu Bennett, W. L. / Segerberg, A.: 2013. S. 13.

⁷⁰⁵ Vgl. dazu Bennett, W. L.: 1998. S. 754

⁷⁰⁶ Wie von Bennett, W. L. / Segerberg, A.: 2012. S. 743 versucht.

gesellschaftlichen Wandel und nicht aus einer technologischen Entwicklung herrührt. Das Medium ist nicht die Botschaft. Die Neuen Medien mögen konnektive Handlungen erleichtern, jedoch sind sie nicht die Ursache dafür, dass diese Logik entstanden ist. Die Ursache liegt in einem gesellschaftlichen Wandel von der Moderne hin zur Postmoderne. Das ist der erste Aspekt unter dem die Logik konnektiver Handlung umformuliert werden muss: Sie muss unabhängig von Neuen oder digitalen Medien formuliert werden.

Die zweite Anpassung betrifft den Gegenpart, gegen welchen die Autoren der Theorie konnektiver Handlung ihren Ansatz entwickeln. Bei der Theorie der konnektiven Handlung geht es um die Frage, auf welcher Grundlage kollektive oder gemeinsame Handlungen stattfinden. Um dies zu verdeutlichen und um die Konturen der Theorie zu schärfen, wird als Sparringspartner der Ansatz rationaler Wahl und seiner Variationen ins Feld geführt und verglichen, wie er kollektive oder gemeinsame Handlungen erklärt.⁷⁰⁷ Die Stärken und Schwächen der rationalen Wahl werden angeführt und der Theorie konnektiver Handlung entgegengesetzt, um die Vorteile der Letzteren zu verdeutlichen und sich von der „modernistischen Logik kollektiver Handlungen“, die sie mit dem Ansatz rationaler Wahl gleichsetzten, abzusetzen.⁷⁰⁸

Die Absicht, die Theorie gegen eine andere Theorie und vor allem eine modernistische Theorie antreten zu lassen und sie dadurch abzugrenzen, ist hier nicht das Problem; das Problem liegt in der Wahl des Sparringspartners. Zunächst einmal stellt sich die Frage, ob die Theorie rationaler Wahl tatsächlich eine modernistische Theorie ist. Sie ist es nicht: Es ist immer der Akteur in seiner Rationalität, der sich Präferenzen setzt und sich anhand dieser Präferenzen entscheidet. In diesem Sinne bedarf sie als Handlungstheorie keinerlei oder nur geringer Anpassungen an veränderte gesellschaftliche Bedingungen. Im Grunde jedoch verändert sich die Handlungslogik nicht mit dem gesellschaftlichen Wandel.⁷⁰⁹ Um eine Handlungslogik für die Postmoderne vorzulegen und sie gegen die Handlungslogik in der Moderne abzugrenzen eignet sie sich damit nicht, weil die Theorie rationaler Wahl gewissermaßen zeitlos ist. Ebenso problematisch ist, dass die Theorie rationaler Wahl in vielerlei Hinsicht eine zu unterkomplexe Theorie ist. Das soll nicht bedeuten, dass es keine Weiterentwicklungen gegeben hat, wie beispielsweise die der *bounded rationality*. Aber sie stellt beispielsweise weniger Ansprüche in Hinblick auf Normativität oder reduziert den Ausgangspunkt kollektiver Handlung auf eine Kosten-Nutzen-Kalkulation des Einzelnen. Aus

⁷⁰⁷ Vgl. dazu Bennett, W. L. / Segerberg, A.: 2013. S. 27.

⁷⁰⁸ Vgl. dazu Bennett, W. L. / Segerberg, A.: 2012. S. 751. Wörtliches Zitat ebd. zu finden.

⁷⁰⁹ Vgl. dazu Schmid, M.: 2006.

den beiden Gründen, der Zeitlosigkeit und der Unterkomplexität der Theorien rationaler Wahl, wird in der hier entwickelten Version die Theorie konnektiver Handlung der Theorie kommunikativer Handlung gegenübergestellt. Die Logik konnektiver Handlung wird demnach entgegen ihrer ursprünglichen Formulierung nicht mehr mit der Logik rationaler Wahl verglichen, sondern mit der kommunikativen Handlung. Damit gibt es einen Sparringspartner, der explizit an die Moderne gebunden ist und somit die moderne Logik kollektiver Handlung repräsentiert, gegen den eine postmoderne Logik kollektiver Handlung Konturen gewinnen kann.

1.2. Konnektive Handlung

Im Rahmen der Theorie konnektiver Handlung in ihrer ursprünglichen Formulierung bilden bereits internalisierte Meinungen die Grundlage für Handlungen.⁷¹⁰ Handlungen sind folglich Ausdruck persönlicher Hoffnungen, Überzeugungen, Lebensstile und Bedürfnisse⁷¹¹ und basieren nicht mehr auf Gruppenidentitäten, Ideologien, Parteilichkeit oder ähnlichem, sprich einer wie auch immer gearteten kollektiven Identität.

Zweierlei entscheidet nun darüber, ob aus diesen individualisierten Handlungen kollektive Handlungen werden oder nicht:⁷¹² Erstens, so die Autoren, wie allgemein die Meinung auf deren Grundlage die individuelle Handlung ausgeführt wird ist. Je allgemeiner die Meinung ist, desto mehr Menschen können sich mit der Meinung identifizieren. Eine Meinung wie „We are the 99%“ ist so allgemein formuliert, dass sich viele damit identifizieren können. Aufgrund der Allgemeinheit der Meinung, so die Autoren weiter, verbreitet sich nun die Meinung dank der Neuen Medien schnell. Aber es kommt und das ist entscheidend, nicht auf die schnelle Verbreitung selbst an, sondern auf das, was mit der Verbreitung der Meinung ausgedrückt wird, nämlich die Zustimmung zur Meinung. Die Verbreitung selbst ist dabei ein Maß dafür, ob die Meinung von anderen überhaupt geteilt wird und wenn ja wie viele andere die eigene Meinung teilen. Je mehr sie verbreitet wird, desto mehr stimmen ihr zu. Jedes *Like*, jede weitere Verlinkung ist dann Ausdruck der Zustimmung. Die wahrgenommene Zustimmung wirkt motivierend. Die Akteure schließen sich zusammen, weil sie die gleiche Meinung teilen und führen eine kollektive Handlung aus.⁷¹³ Obwohl Handlungen immer noch

⁷¹⁰ Vgl. dazu Bennett, W. L. / Segerberg, A.: 2013. S. 36.

⁷¹¹ Vgl. dazu Bennett, W. L. / Segerberg, A.: 2012. S. 743.

⁷¹² Ebd. S. 745ff.

⁷¹³ Ebd. S. 752.

Ausdruck persönlicher Meinungen sind, schließen sich andere dieser Meinung an, weil es auch ihre Meinung ist.

Wird nun auf den Verweis auf die Neuen Medien verzichtet und die Theorie konnektiver Handlung der kommunikativen Handlung gegenübergestellt, rücken die zwei entscheidenden Elemente der Theorie konnektiver Handlung in den Vordergrund: Die Meinung und die Zustimmung. Die Meinung, weil im Rahmen kommunikativer Handlung im Gegensatz dazu Gründe im Vordergrund stehen; und Zustimmung, weil im Zentrum kommunikativer Handlung der durch den Diskurs erzielte Konsens steht. Aufbauend auf diesen beiden Elementen lässt sich nun eine postmoderne Variante der Theorie konnektiver Handlung formulieren.

Aufgrund der zentralen Stellung von Pluralität in der Postmoderne nehmen Meinungen, welche von einem Akteur vertreten werden, jene Stellung ein, die das Individuum in der Moderne innehatte: Sie dürfen nicht hinterfragt werden. Danach zu fragen, warum oder zu kritisieren, dass ein Akteur diese oder jene Meinung vertritt, ist nicht möglich. In der Pluralität geht es darum, dass die Meinung des Einzelnen vom Gegenüber hingenommen wird, so dass Meinungen eine fast schon transzendente Stellung in der Postmoderne einnehmen.⁷¹⁴ Im Gegensatz zur Theorie kommunikativer Handlung stehen Meinungen folglich nicht zur Disposition; die einzelnen Personen werden sich über ihre Meinungen auch nicht durch den Diskurs bewusst, und erst recht entwickeln sich ihre Meinungen nicht durch den Diskurs. Das soll nicht heißen, dass Akteure in der Postmoderne tatsächlich von vornherein mit Meinungen ausgestattet sind. Sie bewegen sich als Akteure in sozialen Räumen; sind mit anderen Akteuren konfrontiert; lesen Zeitungen und posten in Internetforen. Ihre Meinungen entwickeln und verändern sich. Von anderen Akteuren jedoch müssen diese Meinungen so behandelt werden, als wären sie bereits internalisierte und feststehende Meinungen, mit denen sie als Gegenüber leben müssen und auf die sie keinen Einfluss haben und haben dürfen. Mit anderen Worten: Akteure bilden ihre Meinung nicht durch den Austausch mit ihrem Gegenüber, sondern treten mit bereits vorgefassten Meinungen ihrem Gegenüber entgegen. In diesem Sinne sind bereits internalisierte Meinungen der Ausgangspunkt von Handlungen in der Postmoderne. Letztlich werden in der Postmoderne Meinungen lediglich nach außen hin kommuniziert und es wird abgewartet, ob diese von den anderen Akteuren angenommen oder abgelehnt werden.⁷¹⁵ Für die Anderen wiederum stellen

⁷¹⁴ Vgl. dazu Eagleton, T.: 1997. S. 49ff. Eagleton geht an dieser Stelle sogar soweit, die These aufzustellen, dass in der Postmoderne die Möglichkeit der Interessenlosigkeit nicht gegeben ist.

⁷¹⁵ Vgl. dazu Veith, H.: 2002. S. 294.

sich die nach außen hin kommunizierten Meinungen als ein persönliches wählen zwischen Alternativen dar.⁷¹⁶ Die geäußerten Meinungen bilden einen Pool aus dem sie sich bedienen können.

Ausgehend von dieser Annahme sind nun drei Szenarien vorstellbar, die eintreten können, wenn ein Akteur seine Meinung äußert:

1. Die geäußerte Meinung eines Akteurs wird von niemandem wahrgenommen. In diesem Fall verhallt die geäußerte Meinung zwischen allen anderen geäußerten Meinungen und verschwindet. Das trifft auch für den Fall zu, in dem andere von der geäußerten Meinung Notiz nehmen, sie aber nicht beachten oder sich nicht für sie interessieren. Auch dann verschwindet das, was der Akteur geäußert hat im Gewirr aller anderen geäußerten Meinungen. Eine kollektive Handlung mit den anderen Akteuren folgt nicht auf die geäußerte Meinung.
2. Die geäußerte Meinung wird wahrgenommen und beachtet, aber von den anderen Akteuren nicht geteilt. In diesem Falle findet das Geäußerte Gehör und verschwindet nicht. An diesem Punkt würde die Theorie kommunikativer Handlung einsetzen und als eine Logik der Handlung der Moderne vorschlagen, dass die Akteure sich in einen Diskurs begeben, um die sich widersprechenden Meinungen in einen Konsens aufzulösen. Die geäußerte Meinung des Akteurs führt dann durch den Diskurs und den gefundenen Konsens zur kollektiven Handlung. Selbst im Falle, dass trotz Diskurs kein Konsens gefunden wird, haben die Akteure eine gemeinsame Handlung ausgeführt, weil sie sich in einen Diskurs begeben, ihre Meinungen dargelegt und verteidigt haben und die Meinung des Gegenübers nun zumindest nachvollziehen können.

Im Gegensatz dazu findet im Rahmen der konnektiven Handlung als eine Logik der Handlung der Postmoderne, keine kollektive Handlung statt. Hier äußert ein Akteur seine Meinung und diese wird auch vom Gegenüber wahrgenommen und beachtet, aber es kommt zu keiner kollektiven Handlung, denn die kollektive oder gemeinsame Handlung würde voraussetzen, dass entweder eine Seite ihre Meinung aufgibt und sich der anderen Seite beugt

⁷¹⁶ Ebd. S. 352.

oder dass sich die Meinungen beider Seiten in einen Konsens oder Kompromiss auflösen. Die Option die eigene Lebenswelt und die des Gegenübers in Einklang miteinander zu bringen, kommt in der Postmoderne nicht in Frage. Die Folge von abweichenden Meinungen in der Theorie konnektiver Handlung ist folglich, dass nichts passiert. Die sich widersprechenden Meinungen stehen im Raum, ohne die Absicht sie in Einklang miteinander zu bringen, noch die Pflicht sie in Einklang miteinander bringen zu müssen.

3. In diesem Fall haben andere Akteure die geäußerte Meinung nicht nur wahrgenommen und beachtet, sondern die geäußerte Meinung deckt sich auch mit ihrer eigenen Meinung, so dass sie ihr ihre Zustimmung zugesprochen haben. Das ist ein Fall, der im Rahmen der Theorie kommunikativer Handlung kaum bis gar nicht Beachtung findet. Der Diskurs ist, wie im Kapitel „Diskursive Öffentlichkeit“ ausgeführt, darauf angewiesen, dass sich Akteure mit unterschiedlichen und sich widersprechenden Meinungen einander gegenüberstehen, damit überhaupt ein Diskurs in Gang kommt. Konsens ist nicht nur das Ende jeglicher Kommunikation; bereits von vornherein geteilte Meinungen sind eine unüberwindbare Schwelle für den Anfang kommunikativer Handlungen. Es besteht kein Bedarf die, eigene Lebenswelt und die Lebenswelt des Gegenübers in Einklang zu bringen, wenn sich die Meinungen gleichen. Wie kollektive Handlungen ihren Anfang nehmen, wenn die gleichen Meinungen vertreten werden, liegt daher außerhalb des Erklärungshorizonts der Theorie kommunikativer Handlung.

Hingegen verweist schon die Begriffswahl von Konnektion oder Verbindung darauf, dass in diesem Fall keine Kommunikation im Sinne der Theorie kommunikativer Handlung stattzufinden braucht. Da in der Postmoderne Akteure mit internalisierten Meinungen aufeinandertreffen und es darum geht aus diesem Pool geäußerter Meinungen zu wählen, reicht eine extrem reduzierte Kommunikation aus, um den Beginn gemeinsamer Handlungen zu setzen oder abzulehnen, wobei die Ablehnung dem zweiten Fall entsprechen würde. Kommunikation dient, wenn es nur noch darum geht herauszufinden ob die Meinung des Gegenübers die eigene Meinung ist, nicht mehr dazu, Argumente auszutauschen und einen Konsens zu erzielen oder einen Kompromiss auszuarbeiten, sondern sie dient nur noch dazu, zu bestimmen, ob

sich die eigene Meinung mit der des Gegenübers deckt. Wenn es weder gewünscht noch möglich ist, unterschiedliche Meinungen in einen Konsens aufzulösen, kommt Kommunikation oder Diskurs im Sinne der Theorie kommunikativer Handlung nicht mehr in Frage. Sie wird nur noch dazu verwendet, Andere zu finden, die die eigene Meinung teilen.

Aus dieser reduzierten Kommunikation den Schluss zu ziehen, dass Akteure im Rahmen der konnektiven Handlung nicht kommunizieren, wäre falsch. Sie müssen ihre Meinung formulieren und die anschließende gemeinsame Handlung koordinieren können. Jedoch suchen die Akteure durch ihre Kommunikation lediglich nach Verbindungen, die sie eingehen können. Sie versuchen nicht den Anderen zu überzeugen. Und um zu bestimmen ob eine Verbindung eingegangen werden kann oder nicht, reicht theoretisch eine auf einen binären Code reduzierte Kommunikation aus. Theoretisch genügt dann ein einfaches Ja oder Nein, weil beide Seiten nur herausfinden müssen, ob sich ihre Meinungen decken. Dabei kann die binäre Struktur, das Ja oder Nein, sich durch einen Klick auf einen Knopf äußern oder ein tatsächliches Ja oder Nein sein, das spielt keine Rolle; was im Fokus steht, ist die Zustimmung oder die Ablehnung, ohne dass weder die Zustimmung noch die Ablehnung der Begründung bedürfen. Weil Begründungen nicht notwendig sind, reicht eine extrem reduzierte Kommunikation aus, um kollektive Handlungen zu initiieren. Willst du mit mir gehen? „Ja“ oder „Nein“. Ein „vielleicht“ oder „lass mal darüber reden“ steht nicht zur Auswahl. Und weil eine so extrem reduzierte Kommunikation ausreicht, liegt dieser Fall auch außerhalb des Erklärungshorizontes der Theorie kommunikativer Handlung.

Äußert nun ein Akteur seine Meinung und stimmen die anderen Akteure dieser zu, dann ist die Zustimmung der Initiator kollektiver Handlungen. Der Akteur erfährt Zustimmung für seine Meinung und sieht, dass seine Meinung von anderen geteilt und vertreten wird. Weil das nun auch für die anderen Akteure, die diese Meinung wahrgenommen haben und ihr zugestimmt haben, gilt, d. h., dass diese anderen Akteure selbst für ihre Meinung Zustimmung erfahren haben, wird die vorgefundene Zustimmung zum Initiator kollektiver Handlung. Die gefundene Zustimmung zur eigenen Meinung motiviert den Akteur zu handeln und weil das für die anderen Akteure ebenfalls gilt, verbinden sich die Akteure und führen eine gemeinsame, kollektive Handlung aus.

Im Gegensatz zur Theorie kommunikativer Handlung basieren gemeinsame Handlungen im Rahmen konnektiver Handlungen folglich nicht auf einem ausgehandelten Konsens, der auf die Gründe der Beteiligten abzielt, sondern auf vorgefundener Zustimmung zu einer geäußerten Meinung. Um die konnektive und kommunikative Handlung deutlich voneinander abzugrenzen, ist es daher notwendig detaillierter auf die Unterschiede zwischen Zustimmung, Konsens und Kompromiss einzugehen.

1.3. Konsens, Zustimmung und Kompromiss

Die Unterscheidung von Konsens, Zustimmung und Kompromiss kommt in der ursprünglichen Formulierung der Theorie konnektiver Handlung nicht vor. Und es stellt sich überhaupt die berechtigte Frage, ob eine genaue begriffliche Differenzierung zwischen Konsens, Kompromiss und Zustimmung sinnvoll ist. Schließlich spiegeln alle drei Begriffe ein und dasselbe wieder: Alle drei ermöglichen Akteuren sich zusammenzuschließen und kollektive Handlungen auszuführen. Erst die Gegenüberstellung der Theorie konnektiver Handlung und der Theorie kommunikativer Handlung macht eine Unterscheidung dieser drei Möglichkeiten gemeinsamer Handlung sinnvoll.

Auf einer Skala mit den beiden Polen Konsens und Kompromiss nimmt Zustimmung die Mitte ein. Der eine Pol, Konsens, beschreibt einen Zustand, bei dem Akteure sich zusammenschließen, weil im Diskurs hervorgebrachte Argumente alle auf die gleiche Art und Weise überzeugt haben. Das macht überhaupt den Konsens aus: Dass die Beteiligten sich in ihren Gründen nicht voneinander unterscheiden⁷¹⁷ und deshalb kollektive Handlungen ausführen. Im Falle eines Konsenses decken sich nicht nur die Meinungen, sondern auch die Gründe der Akteure, die gemeinsam handeln. Die Argumente sind schließlich aufgrund ihrer Objektivität überzeugend, da ansonsten verschiedene Akteure aus verschiedenen Gründen sich zusammenschließen und gemeinsame Handlungen ausführen würden.⁷¹⁸ Entscheidend beim Konsens ist somit, dass die Akteure aus den gleichen Gründen durch objektive Argumente überzeugt wurden.

Das wiederum trifft für den anderen Pol der Skala, den Kompromiss, nicht zu. Beim Kompromiss werden die Akteure nicht alle durch das gleiche Argument überzeugt. Die Akteure schließen sich mit den anderen Akteuren zusammen und gehen mit ihnen eine

⁷¹⁷ Vgl. dazu Habermas, J.: 1992. S. 204.

⁷¹⁸ Vgl. dazu Bohman, J.: 1996. S. 45.

gemeinsame Handlung ein, allerdings aus verschiedenen Gründen und ohne die gleiche Meinung zu teilen. Im Falle eines Kompromisses decken sich weder die Gründe noch die Meinungen der Akteure, die gemeinsam handeln. Und das ist auch nicht das ausgesprochene Ziel eines Kompromisses, sondern im Falle eines Kompromisses steht in erster Linie das Interesse der Akteure, zu einer Vereinbarung zu kommen, sei es nun durch Angebote, Drohungen oder Mitgefühl.⁷¹⁹ Jeder Akteur bleibt bei seinen Gründen und seiner Meinung, geht aber aus Gründen der Fairness oder Pragmatik auf das Gegenüber zu und erklärt sich zu einem Kompromiss bereit.⁷²⁰

Zustimmung fällt nun weder mit Konsens noch mit Kompromiss zusammen. Bezogen auf einen Konsens ist sie weitaus schwächer, bezogen auf einen Kompromiss weitaus stärker. Vom Kompromiss unterscheidet sich die Zustimmung darin, dass die Akteure die gleichen Meinungen teilen und eine gemeinsame Handlung eingehen. Im Falle der Zustimmung sind es nicht unterschiedliche Meinungen und unterschiedliche Gründe trotz denen die Akteure sich zusammenschließen und gemeinsam handeln. Sie gehen überhaupt erst gemeinsame Handlungen ein, weil sie die gleichen Meinungen bereits teilen. Folglich ist Zustimmung weit mehr als ein Kompromiss. Gleichzeitig jedoch verschwinden die Akteure nicht hinter einem Konsens. Zustimmung wird nicht auf der Basis eines Diskurses und objektiver Argumente erreicht, die die Gründe der einzelnen Akteure verschwinden lässt. Jeder der Akteure handelt aus seinen eigenen, persönlichen Gründen heraus, geht jedoch gemeinsame Handlungen nur mit jenen Akteuren ein, die die gleiche Meinung haben. Im Falle von Zustimmung teilen die Akteure die Meinung des jeweils Anderen, aber nicht seine Gründe. Daher ist auch Zustimmung weit weniger als der Konsens.

Kollektive Handlungen, die auf einem Konsens aufbauen, basieren folglich sowohl auf der Übereinstimmung der Gründe als auch der Meinungen der Akteure; kollektive Handlungen, die auf einen Kompromiss aufbauen, basieren weder auf der Übereinstimmung der Gründe noch der Übereinstimmung von Meinungen ihrer Akteure, sondern auf Fairness oder Pragmatik; kollektive Handlungen, die auf Zustimmung aufbauen, basieren auf der Übereinstimmung von Meinungen der Akteure, setzen jedoch nicht die gleichen Gründe voraus.

Damit ist das Besondere an konnektiv entstandenen kollektiven Handlungen, die weder auf Kompromiss noch auf Konsens, sondern auf Zustimmung zurückgehen, dass sie weder auf

⁷¹⁹ Vgl. dazu Peters, B.: 1994(b). S. 65.

⁷²⁰ Vgl. dazu Jones, P. / O'Flynn, I.: 2012. S. 124ff. Ähnlich zumindest in Hinblick auf Fairness auch bei Habermas selbst. Vgl. dazu Habermas, J.: 1992. S. 204.

Individualismus, noch auf Altruismus oder eine wie auch immer geartete kollektive Intentionalität zurückgeführt werden können.⁷²¹ Sie sind nicht individualistisch, weil es in der Logik konnektiver Handlung darauf ankommt, dass die eigene Meinung von anderen geteilt wird und durch diese Zustimmung die Akteure motiviert werden, gemeinsam zu handeln. Kollektives Handeln erfolgt hier nicht aus einer Laune der einzelnen Personen oder auf der Grundlage rationalen Kalküls heraus, sondern einzig und allein aus dem Grunde, dass andere Akteure mit der gleichen Meinung gefunden wurden. Und die Akteure sind auch nicht von Altruismus oder einer wie auch immer gearteten kollektiven Intentionalität geprägt, bei welcher angenommen wird, dass ein *Wir* die Grundlage der Handlung bildet.⁷²² Kollektive Handlungen, die auf der Logik der konnektiven Handlung fußen, sind Ausdruck persönlicher Meinungen von Akteuren, die andere Akteure gefunden haben, welche ihre Meinung teilen und sich aus diesem Grund mit ihnen zusammenschließen, um gemeinsam zu handeln. Gemeinsame Handlungen, die durch die Akteure ausgeführt werden, haben daher den Charakter persönlicher kollektiver Handlungen,⁷²³ konnektiver Handlungen, d. h. sie erfolgen aufgrund geteilter Meinungen. Die Gründe aber, warum der einzelne Akteur dieser und nicht jener Meinung zustimmt, unterscheiden sich.

Aus diesem Grunde basieren konnektive Kollektive, d. h. Kollektive, die sich auf Grundlage der Logik konnektiver Handlung gebildet haben, nicht auf klassische Formen der Mitgliedschaft oder Partnerschaft. Die Akteure sind eher Beteiligte an ein und demselben Projekt und verstehen sich weniger als Mitglieder einer sozialen Gruppe, die in ihrem Handeln auch immer die soziale Gruppe, zu der sie sich zugehörig fühlen, repräsentieren⁷²⁴, wie beispielsweise im Falle von Mitgliedern einer Partei; noch weniger setzen sie auf klassische Formen der Führerschaft in der Gruppe und verzichten soweit es geht auf Hierarchien. Sie müssen auch nicht eine statistische Gemeinsamkeit in ihren individuellen Habitusformen aufweisen⁷²⁵ oder homogenen Lebensbedingungen unterworfen⁷²⁶ sein, um als Kollektiv zu gelten. Alle Beteiligten handeln gemeinsam trotz unterschiedlicher Gründe, aber auf der Grundlage geteilter Meinungen. Sie bestehen somit vielmehr aus lose miteinander gekoppelten Akteuren, die, solange sie wollen, aber höchstens bis zu dem Zeitpunkt, an dem

⁷²¹ Vgl. dazu Bennett, W. L. / Segerberg, A.: 2013. S. 35.

⁷²² Vgl. zur kollektiven Intentionalität als Grundlage kollektiven Handelns Searle, J. R.: 2004. S. 144, der mit dem Werk einen der Grundlagentexte über kollektive Intentionalität geschrieben hat. Vgl. ebenfalls Saaristo, A.: 2006.

⁷²³ Vgl. dazu Micheletti, M.: 2003. S. 24ff. Die Autorin spricht allerdings anstelle von persönlicher kollektiver Handlung von individualisierter kollektiver Handlung.

⁷²⁴ Vgl. zur Unterscheidung von Beteiligter und Partner in Bezug auf Gruppen Gilbert, M.: 1989. S. 154ff.

⁷²⁵ So definiert beispielsweise Bourdieu, P.: 1987. S. 113 die Klasse.

⁷²⁶ Ebd. S. 175.

sie ihre Zustimmung entziehen, die Verbindung aufrecht erhalten und gemeinsam handeln.⁷²⁷ Die Möglichkeit die Zustimmung zurückzuziehen und aus dem Kollektiv auszutreten, verändert die Machtverhältnisse im Kollektiv von asymmetrischen hin zu symmetrischen.⁷²⁸ Zustimmungsbeziehungen, d. h. konnektive Kollektive, sind dadurch gekennzeichnet, dass sie keine dominante Beziehung etablieren. Ändert sich die Meinung eines Beteiligten, dann tritt er aus dem Kollektiv aus. Dass der Exit nur unter den Bedingungen, dass es Alternativen gibt, solche Auswirkungen hat,⁷²⁹ ist unbestreitbar, aber Handlungen in der Postmoderne entsprechen auch immer dem Wählen zwischen Alternativen.

Damit weisen konnektive Kollektive, selbst in kleineren Größen, Eigenschaften der Masse auf, die kein fest definiertes oder geschlossenes Kollektiv darstellt. Allerdings unterscheiden sie sich von dieser dadurch, dass ihr definierendes Merkmal nicht ein physisch geteilter Raum ist. Sie gelten als Kollektiv einzig, weil sich die Akteure aufgrund der Zustimmung zu einer Meinung verbunden haben.⁷³⁰ Das einzige Band, welches die Mitglieder verbindet, ist die je eigene Meinung, die auch die Anderen teilen. Daher lassen sich konnektive Kollektive am ehesten noch mit Ensembles vergleichen, die aus der Zusammenarbeit einer Gruppe von Akteuren entstehen, um eine bestimmte Situationsdefinition, eben die eigene Meinung, aufrechtzuerhalten.⁷³¹ Dadurch verfügen die Mitglieder eines Ensembles gegenüber Nicht-Mitgliedern über eine Exklusivität, die aus der Zustimmung der Mitglieder zu einer Meinung herrührt. Im Gegensatz zum Ensemble sind jedoch die Akteure in konnektiven Kollektiven nicht durch eine wie auch immer ausgeprägte Vertraulichkeit miteinander verknüpft.⁷³² Sie sind lediglich miteinander verbunden und das aufgrund der Meinung, die sie gemeinsam teilen.

Konnektive Kollektive sind, alles zusammengekommen, definitorisch unabgeschlossen und unvollständig,⁷³³ wenn es um ihre Beteiligten geht, und erfüllen damit die Anforderungen postmoderner Pluralität. Sie erfüllen diese Bedingung nicht, wie noch in der ursprünglichen Formulierung der Theorie konnektiver Handlungen angenommen, weil allgemeinere Meinungen, wie beispielsweise „We are the 99%“, formuliert werden, die die Barriere zur Identifikation senken. Sie erfüllen die Anforderungen postmoderner Pluralität, weil kein

⁷²⁷ Vgl. dazu Bennett, W. L. / Segerberg, A.: 2013. S. 13.

⁷²⁸ Vgl. dazu Warren, M. E.: 2011. S. 691.

⁷²⁹ Ebd. S. 685.

⁷³⁰ Vgl. dazu Bauman, Z.: 1994. S. 141, der allerdings von Neostämmen und nicht konnektive Kollektive spricht.

⁷³¹ Vgl. zum Konzept des Ensembles Goffman, E.: 1984. S. 108.

⁷³² Vgl. zur Vertraulichkeit als Grundlage für Ensembles ebd. S. 85ff.

⁷³³ Eine Forderung die Butler, J.: 1999. S. 22 als normative Anforderung an den Feminismus stellt, um ihn an die Postmoderne anzupassen.

Akteur unter einem wie auch immer gearteten Konsens verschwindet und weil kein Akteur in einen Kompromiss einwilligen muss. Jeder Akteur handelt aus seinen ganz persönlichen Gründen mit anderen Akteuren zusammen.

Gleichzeitig besteht gerade aus dem Grunde, dass es nur die gleichen Meinungen, aber nicht die gleichen Gründe sind, immer auch die Möglichkeit die Verbindung aufzukündigen. Es gibt keine kommunikative Macht, die die Beteiligten bindet. Es gibt nichts anderes außer der persönlichen Meinung, die die Akteure aneinanderbindet. Handlungen erfolgen in der Postmoderne unter den Bedingungen der Vagheit. Mit dem Entzug der Zustimmung endet auch die Beteiligung. Die Verbindung wird einfach gekappt.

Personalisierte kollektive Handlungen, reduzierte Kommunikation, der Verzicht einen Konsens zu erzielen, die Verneinung der Möglichkeit objektiver Argumente, Vagheit, Pluralität auf allen Ebenen der Gesellschaft, der Verzicht auf die Autorität des besseren Argumentes, die Titulierung des Diskurses als weiche Form des Imperialismus, die Verneinung des Individuums; all das kann aus der Perspektive der Theorie kommunikativer Handlung nur als ein Verlust bereits gewonnenen Terrains betrachtet werden. Der Mensch fällt wieder in eine Zeit selbstverschuldeter Unmündigkeit zurück. Und so kann auch eine Öffentlichkeit in der Postmoderne, die nicht der Logik kommunikativer Handlung folgt, nur noch als eine fehlgeleitete und hinter ihre eigene Ideale zurückgefallene Öffentlichkeit begriffen und interpretiert werden.

Das Kapitel „Postmoderne“ hatte das Ziel darzulegen, dass diese Entwicklungen aus einer anderen Perspektive sehr wohl auch positiv, oder zumindest neutral, aber immerhin nicht negativ gedeutet werden müssen. Legen wir die Postmoderne zugrunde, dann ist das oben beschriebene kein Verlust oder gar eine Niederlage, sondern ein Gewinn in vielen Belangen. Die identifizierten Mangelercheinungen sind eher der Tatsache geschuldet, dass der heutigen Öffentlichkeit eine Handlungslogik zugrunde gelegt wird, die selbst hinter gesellschaftliche Entwicklungen zurückgefallen ist und daher die Handlungslogik heutiger Akteure nicht mehr adäquat beschreiben kann. Mit der hier angedeuteten Theorie konnektiver Handlung zeigt sich hingegen eine Logik der Handlung, die die Kritik der Postmoderne an die Moderne ernst nimmt und zugleich die Bedingungen der Postmoderne mit in sich aufnimmt. Es zeigt sich eine neue Handlungslogik, die erklärt, wie kollektive Handlungen in der Postmoderne aufkommen können, wenn alles unter den Bedingungen der Vagheit stattfindet.

Wird diese Handlungslogik nun zugrunde gelegt, dann zeigt sich, dass die Öffentlichkeit weder fehlgeleitet, noch hinter ihre eigenen Ideale zurückgefallen ist; vielmehr werden aus der diskursiven Öffentlichkeit konnektive Öffentlichkeiten.

2. Konnektive Öffentlichkeit

2.1. Zusammenfassung

Bevor das Konzept der konnektiven Öffentlichkeit eingeführt wird soll an dieser Stelle das bisher Dargestellte noch einmal kurz wiedergegeben werden.

Die Demokratien der Moderne, so die These der Theorien deliberativer Demokratie, die sich auf die Theorie kommunikativer Handlung stützten, haben sich in einem Bermudadreieck bestehend aus (1) funktional differenzierten Systemen, (2) dem Individualismus ihrer Bürger und (3) einer liberal-ökonomischen Theorienlandschaft verirrt, aus der sie nicht mehr herausfinden. Jedoch kann keine dieser dreien allein für die Entwicklungen verantwortlich gemacht werden. Die Schuld ist auf alle drei gleichmäßig verteilt.

1. Der Beitrag der funktional ausdifferenzierten Systeme zu dieser Irrfahrt ist, dass sie symbolisch generalisierte Kommunikationsmedien hervorbringen, die nicht das halten, was ihr Name verspricht. Statt Kommunikation im Sinne eines gegenseitig erzielten Konsenses zu fördern und damit koordinierte Handlungen zu ermöglichen, versetzen sie die Menschen in die Lage, Handlungen ohne Kommunikation miteinander zu koordinieren, indem sie sie einfach nur gebrauchen. Einerseits reduzieren sie dadurch die Unwahrscheinlichkeit der Kommunikation in einer komplexen Welt; andererseits jedoch entlassen sie die Individuen aus der Verantwortung, ihre Handlungen auf der Grundlage von gegenseitig erzieltm Einverständnis zu koordinieren. Ihre einzige Verantwortung gegenüber dem Anderen besteht darin, das symbolisch generalisierte Kommunikationsmedium richtig zu gebrauchen.
2. Befreit davon, die Last für das Gelingen koordinierter Handlungen selbst zu tragen, verwechseln die Individuen ihre neugewonnene Freiheit mit Individualismus. Sie wenden sich von der Gesellschaft ab und beschränken ihre Handlungen auf eine weitaus kleinere Sphäre als die der Gesellschaft, nämlich auf ihre unmittelbare Umgebung bestehend aus Freunden und Verwandten. Die Gesellschaft löst sich damit in schwache Einzelpersonen auf, die alle nur auf ihr eigenes Glück aus sind.
3. Die Teilschuld der politischen Theorie liegt nun darin, dass sie, aus welchen Gründen auch immer, keine Alternative zu diesen Entwicklungen aufzeigt, sondern sich sogar an diese anpasst. Sie reduziert politische Partizipation auf die Teilnahme

an regelmäßig stattfindenden Wahlen und damit Demokratie auf Elitenauslese. Die Rolle des Bürgers wird darauf beschränkt, gut informiert zu sein und am Wahltag sein Kreuz zu machen. Das entspricht einem theoretischen Ritterschlag der Fehlentwicklungen moderner Demokratien.

Um die Demokratie aus diesem Bermudadreieck heraus zu manövrieren, schlägt die Theorie deliberativer Demokratie vor, sich auf das Konzept der diskursiven Öffentlichkeit zurückzubedenken und dadurch die Kluft zwischen den Menschen und dem politischen System zu schließen.

Die diskursive Öffentlichkeit soll aus einer Vielzahl verschiedener Personen bestehen, für die sich gesellschaftliche Probleme in ihrer Lebenswelt unterschiedlich äußern. Diese Personen sollen in einem Forum oder einer Arena zusammenkommen, Argumente austauschen und eine gemeinsame Lösung für das gesellschaftliche Problem, das sich für jeden von ihnen in ihrer Privatheit anders äußert, finden. Dadurch, dass sie im Diskurs eine gemeinsame Lösung für ein gesellschaftliches Problem finden, welches sich für jeden von ihnen unterschiedlich äußert, werden aus den vereinzelt Individuen wieder Bürger, die nun eine öffentliche Meinung vertreten. Diese öffentliche Meinung wird an das politische System weitergetragen und ihm zur Implementation vorgelegt. Die öffentliche Meinung ist legitim und verleiht dem politischen System Legitimation, weil sie aus der Verschiedenheit der Meinungen der vielen Bürger hervorgegangen ist. Das ist die große Leistung der diskursiven Öffentlichkeit: Sie vollbringt die fast unmögliche Aufgabe, aus den verschiedenen Meinungen der je einzelnen Individuen eine öffentliche Meinung hervorzubringen. Mit dieser Leistung schließt sie die Kluft zwischen den Individuen und dem politischen System. Aus historischer Sicht betrachtet würde damit auch das Projekt der Moderne zu einem erfolgreichen Ende kommen: Die einzelnen Menschen gestalten vernunftgeleitet gemeinsam ihre Gesellschaft und emanzipieren sich dadurch zu Individuen. Fortschritt folgt.

Beide Seiten der Postmoderne, sowohl ihre theoretische als auch ihre reale, lassen Zweifel an der Theorie kommunikativer Handlung aufkommen. Weder ist sie mit ihren Werkzeugen in der Lage die heutige Gesellschaft adäquat zu beschreiben, weil sie gar nicht in der Lage ist entscheidende Entwicklungen zu beobachten, noch taugt sie als ein normatives Ideal, weil sich die Normen der Gesellschaft verändert haben. Jeder Versuch die alten Normen wieder zu etablieren, ist der Versuch, die moderne Ordnung in einer Gesellschaft durchzusetzen, die sich verändert hat. In ihrer Trauer um eine verloren gegangene Welt, die sich ihr als ein unvollendetes Projekt darstellt, versucht die Moderne mit aller Macht, das Projekt doch noch

irgendwie erfolgreich zu Ende zu bringen. Eine neuere und auch adäquatere Theorie ist daher von Nöten.

Gerade das ist jedoch die große Lücke, welche die Postmoderne hinterlässt: Sie war erfolgreich darin, offenzulegen welche versteckten Mechanismen und Strukturen sich hinter den Forderungen und Anforderungen der Moderne im Allgemeinen und der Theorie kommunikativer Handlung im Speziellen verborgen haben; sie ist jedoch daran gescheitert, eine Alternative vor allem im Hinblick auf die Theorie kommunikativer Handlung zu formulieren. Sie hat es nicht geschafft zu beschreiben, geschweige denn zu erklären, wie gemeinsame Handlungen unter den Bedingungen der Vagheit aussehen könnten.

Die vorliegende Arbeit macht den Vorschlag diese Lücke mit der Theorie konnektiver Handlung zu schließen. Im Rahmen der Theorie konnektiver Handlung müssen Akteure weder einen Konsens eingehen noch einen Kompromiss aushandeln. Die Grundlage für gemeinsame Handlungen bildet die je eigene Meinung, die vom Gegenüber geteilt wird. Dies motiviert die Akteure, sich zusammenzuschließen und eine gemeinsame Handlung auszuführen. Im Gegensatz zum Konsens müssen die Gründe der Akteure, die sich zusammengeschlossen haben, nicht in Übereinstimmung miteinander gebracht werden. Das war eine entscheidende Voraussetzung der diskursiven Öffentlichkeit, um eine legitime öffentliche Meinung hervorzubringen. Akteure, welche auf Grundlage konnektiver Handlung agieren, teilen hingegen nicht die gleichen Gründe, sondern lediglich die gleiche Meinung. Gleichzeitig ist eine geteilte Meinung die Voraussetzung dafür, dass die Akteure sich überhaupt zusammenschließen, um eine gemeinsame Handlung auszuführen. Das gilt für den Fall eines Kompromisses nicht. Dort gehen Akteure eine gemeinsame Handlung trotz unterschiedlicher Meinungen und unterschiedlicher Gründe ein. Im Rahmen der Theorie konnektiver Handlung hingegen motiviert erst die geteilte Meinung die Akteure. Die Zustimmung zur je eigenen Meinung ist es, weshalb Akteure sich zusammenschließen. Das besondere an diesen Zusammenschlüssen im Vergleich zu anderen Formen, wie beispielsweise der diskursiven Form, ist, dass keiner der Akteure von seiner je eigenen Meinung abrücken muss. Jeder Akteur kann seine eigene Meinung beibehalten, ohne einen Kompromiss oder Konsens eingehen zu müssen.

Trifft nun die Theorie konnektiver Handlung als eine Handlungstheorie in der Postmoderne zu, dann können wir nicht mehr von einer diskursiven Öffentlichkeit sprechen, sondern wir sind mit einer konnektiven Öffentlichkeit konfrontiert, die im Hinblick auf wesentliche Punkte der diskursiven Öffentlichkeit gänzlich anders ist. Diese wesentlichen Punkte betreffen die Unterscheidung von Privatheit und Öffentlichkeit, den freien Zugang, den

diskursiven Raum und zu guter Letzt die Art und Weise, wie Entscheidungsträger an die öffentliche Meinung gebunden werden.

2.2. Zwischen Privatheit und Öffentlichkeit

Mit der Postmoderne verändert sich das Verhältnis zwischen Privatheit und Öffentlichkeit. Die Grenze zwischen beiden wird beliebig. Die Theorie kommunikativer Handlung ist lediglich in der Lage, diese Entwicklung bezogen auf die Grenzziehung zwischen Privatheit und Öffentlichkeit und in Bezug auf das Verschwinden der Öffentlichkeit normativ zu beurteilen, jedoch nicht theoretisch zu beschreiben. Und ihr Urteil fällt vernichtend aus: Es gibt keinen Raum zwischen der Privatheit und dem politischen System und damit auch keinen Platz für eine diskursive Öffentlichkeit. Mit der Logik konnektiver Handlung hingegen bietet sich die Möglichkeit einen Raum zwischen der Privatheit und dem Adressaten der politischen Teilhabe zu bestimmen, der feste aber beliebige Grenzziehung aufweist und sich sowohl von der Privatheit als auch vom Adressaten der Teilhabe unterscheidet.

Das Verhältnis zwischen Privatheit und Öffentlichkeit war, geschichtlich betrachtet, immer dynamisch und damit auch was darunter verstanden wurde. Im Verlauf der Geschichte wurde die Grenze zwischen beiden, wie bereits weiter oben im Abschnitt „Historische Erscheinungsformen der Öffentlichkeit“ dargelegt, immer wieder neu gezogen. In der Antike war die Privatheit durch Arbeit zur Befriedigung elementarer Bedürfnisse bestimmt, wie weiter oben bereits ausgeführt, wohingegen die Öffentlichkeit durch die Abstinenz jener Bedürfnisse und damit der Handlung definiert war. Hingegen war beispielsweise im England des 13. Jahrhunderts der private Bereich vorwiegend über moralisches Verhalten bestimmt. Es galt sich im privaten Bereich moralisch zu verhalten. Ob moralisches Verhalten vorlag oder nicht, wurde dann von einer Gruppe „right-thinking-persons“ außerhalb des privaten Bereichs kontrolliert.⁷³⁴ Im Falle von Fehlverhalten wurde die Reputation des Ertappten von eben dieser Gruppe in Frage gezogen. Die Öffentlichkeit hatte hier die Rolle inne, dass moralische Verhalten zu kontrollieren. Sie war eine Kontrollinstanz.

Im Gegensatz dazu gewann die Privatheit im 18. Jahrhundert gegenüber der Öffentlichkeit eine Schutzfunktion. Die Öffentlichkeit stellte einen Bereich der Welt dar, in dem eine Begegnung mit dem Fremden und der Komplexität der Welt stattfand. Sie war nur für Erwachsene geeignet. Die Privatheit hingegen war jene Sphäre, in der das Kind als schwaches

⁷³⁴ Vgl. dazu Williams, Z.: 2008. S. 46. Wörtliches Zitat ebd. zu finden.

Wesen auf die Gefahren der Öffentlichkeit vorbereitet wurde.⁷³⁵ Privatheit war stark mit der Familie assoziiert und Öffentlichkeit mit allem anderen, ohne jedoch, dass diese Seiten miteinander im Konflikt standen.⁷³⁶

Aber nicht nur über die verschiedenen Epochen hinweg haben sich die Bestimmungen von Privatheit und Öffentlichkeit unterschieden, sondern auch über geographische Grenzen. Dafür müssen noch nicht einmal Vergleiche zwischen „dem“ Okzident und „dem“ Orient herangezogen werden. Schon das Verständnis von Privatheit zwischen Europa und den USA unterscheidet sich. Während Europäer Privatheit immer noch in erster Linie mit Würde assoziieren, besteht sie für US-Amerikaner in erster Linie aus Freiheit.⁷³⁷ Während es für den Europäer eine Form der Privatheit selbst in der Öffentlichkeit gibt, verliert in den Augen des US-Amerikaners schon jener all sein Recht auf Privatsphäre, der nach dem Sport gemeinsam mit seinen Mannschaftskollegen duschen geht.⁷³⁸ „If the Europeans are puzzled by the ill-bred way in which Americans casually talk about themselves, Americans are puzzled by the ill-bred way in which Europeans casually take of their clothes.“⁷³⁹

Auch gab es und gibt es Orte, in denen die Grenzen fließend sind, wie beispielsweise in öffentlich zugänglichen Parks in denen Familien jeweils für sich in ihrer Privatheit ein Picknick betreiben. Hier ist dann der öffentliche Raum Park in viele kleine Lokalitäten des Privaten segmentiert.⁷⁴⁰

Die Grenzziehung zwischen Privatheit und Öffentlichkeit war folglich stets dynamisch. Was Privatheit und was Öffentlichkeit war, mag sich in den verschiedenen Epochen immer wieder verschoben haben, die Grenze selbst blieb jedoch erhalten. Es gab immer in der einen oder anderen Form eine Grenze zwischen den beiden Sphären, die nicht beliebig gezogen werden konnte.

Im Rahmen der diskursiven Öffentlichkeit gibt es ebenfalls keine ein für allemal festgesetzte Grenze zwischen Privatheit und Öffentlichkeit. Was privat und was öffentlich ist und sein

⁷³⁵ Vgl. dazu Sennett, R.: 1976. S. 92ff.

⁷³⁶ Ebd. S. 89ff.

⁷³⁷ Vgl. dazu Whitman, J. Q.: 2004. S. 1160, als auch Rosen, J.: 2008. S. 126.

⁷³⁸ So ein Beschluss des Supreme Court der USA, bei dem es um die Frage ging, ob Sportstudenten gezwungen werden können, Dopingtests abzugeben. Das Gericht argumentierte, dass Athleten gemeinsam Duschen gehen und sich einander nackt zeigen. Daher hätten sie eine geringere Erwartungshaltung an ihre Privatsphäre. Aus diesem Grund ist es legal, ihren Urin für Drogentests zu verwenden. Der Fall geschildert in Whitman, J. Q.: 2004. S. 1197. „For sensitive Europeans, indeed, a tour through American law may be an experience something like a visit to the latrines of Ephesus.“ wie der Autor ebd. S. 1157 anmerkt.

⁷³⁹ Ebd. S. 1157.

⁷⁴⁰ Vgl. dazu Lamnek, S.: 2006. S. 107.

soll, sollte selbst immer wieder Thema einer diskursiven Öffentlichkeit sein.⁷⁴¹ Die Grenze zwischen Privatheit und Öffentlichkeit ist somit flexibel, aber nicht beliebig, wobei Beliebigkeit bedeutet, dass es von der persönlichen Entscheidung der Akteure abhängt. Das darf sie nicht, da Privatheit im Rahmen der diskursiven Öffentlichkeit nicht nur der Bereich ist, in dem gesellschaftliche Probleme ihre lebensweltliche Relevanz gewinnen, sondern vor allem und in erster Linie jene Sphäre ist, in der das Individuum nicht Rede und Antwort für seine Handlungen stehen muss. Die private Sphäre des Einzelnen ist gerade dadurch bestimmt, dass er in dieser Sphäre seine Meinung unbegründet vertreten darf. In diesem Bereich ist das Individuum aufgrund seiner selbst willen anerkannt.⁷⁴² In der Privatheit hat das Individuum nicht nur die Möglichkeit, sondern gar das Recht, sich gegenüber Forderungen von außen zu erwehren.⁷⁴³ Ohne diese Sphäre hätte das Individuum keinen Rückzugsort von der Gesellschaft und dem Staat. Die Privatheit ist jener Bereich, in dem das Individuum aus dem kommunikativen Handeln aussteigen kann.⁷⁴⁴

Diese Sphäre ist so entscheidend, dass sie gar rechtlich geschützt werden muss. „Das Recht ist nicht nur Organisationsmittel der Verwaltung“, sondern ein Schutz der Privatsphäre vor allen und jedem, das nicht zu ihr gehört.⁷⁴⁵ Ohne Privatheit wäre das Individuum dem Zwang ausgesetzt permanent kommunikativ zu handeln, wohingegen es in der Öffentlichkeit kommunikativ handeln muss.

Die Unterscheidung zwischen Privatheit und Öffentlichkeit ist mit anderen Worten konstitutiv, weil sie die Art und Weise der Beziehungen zwischen den Individuen untereinander als auch mit dem Staat bestimmt.⁷⁴⁶ Verschwindet die Unterscheidung zwischen Privatheit und Öffentlichkeit, dann schwinden auch die Bedingungen der Möglichkeit politischer Teilhabe, weil letztlich der Raum nicht mehr existiert, in dem gesellschaftliche Probleme ihre lebensweltliche Relevanz gewinnen, als auch jener Raum nicht mehr existiert, in dem ein Diskurs über das Problem geführt werden kann. Die Grenze zwischen Öffentlichkeit und Privatheit darf daher nicht von der persönlichen Entscheidung der Akteure abhängen. Sie muss diskursiv ausgehandelt werden, d. h. wo die Grenze gezogen werden soll, kann selbst Thema einer diskursiven Öffentlichkeit sein, darf jedoch nicht beliebig gezogen werden.

⁷⁴¹ Vgl. dazu Rogg, A.: 2003. S. 131, der von der Selbstreflexivität der Öffentlichkeit in Bezug auf die Unterscheidung von Privatheit und Öffentlichkeit spricht.

⁷⁴² Vgl. dazu Weiß, R.: 2002(b). S. 35.

⁷⁴³ Vgl. dazu Landkammer, J.: 2007. S. 309.

⁷⁴⁴ Vgl. dazu Habermas, J.: 1992. S. 153.

⁷⁴⁵ Vgl. dazu Habermas, J.: 1998. S. 98. Wörtliches Zitat ebd. zu finden.

⁷⁴⁶ Vgl. dazu Fieschi, C.: 2008. S. 37.

Neuere Entwicklungen zeugen jedoch vom genauen Gegenteil: Es werden immer noch Grenzen zwischen der Privatheit und der Öffentlichkeit gezogen, sie hängen jedoch in hohem Maße von den persönlichen, um nicht zu sagen willkürlichen Entscheidungen der Akteure ab. Die Grenze zwischen Privatheit und Öffentlichkeit wird faktisch also beliebig gezogen.

So können Entwicklungen beobachtet werden, die eine Privatisierung der Öffentlichkeit mit sich bringen. Handlungen werden psychologisiert, d. h. die Beurteilung einer Handlung wird von der Intention des Handelnden abhängig gemacht und nicht vom Ergebnis.⁷⁴⁷ Selbst in der Öffentlichkeit gewinnen zwischenmenschliche Nähe und Wärme an Wert, sucht der Einzelne nach persönlicher Erfüllung und Sinn, obwohl beides doch eigentlich in den Bereich der Privatheit gehört.⁷⁴⁸ Natürlich tragen dann auch die Medien ihren Teil dazu bei. Beginnend mit dem Fernsehen und dem Radio und sich fortsetzend mit den Neuen Medien, wird aus der Öffentlichkeit immer mehr eine veröffentlichte Privatsphäre.⁷⁴⁹ Sich privat in alten Medien zu zeigen, gab es bereits vor den Neuen Medien. Mit den Neuen Medien findet aber ein Wandel in der Darstellung der Privatheit statt: Der User kann selbstbestimmt über seine Selbstdarstellung entscheiden. Er selbst beschließt, was er von seiner Privatsphäre zeigt und was nicht. Privatheit und Öffentlichkeit sind hier nicht mehr durch Verhaltensweisen, Normen oder Regeln voneinander unterschieden, sondern über die subjektiv empfundene Angemessenheit.⁷⁵⁰ Sie sind nicht mehr durch Anstand und Sitte oder soziale Tabuisierung von der Öffentlichkeit getrennt; die Privatheit darf und soll thematisiert werden, wodurch sie allerdings nicht mehr als Gegenpol zur Öffentlichkeit fungieren kann.⁷⁵¹ Die Privatheit wird agendafähig und dringt in die Öffentlichkeit ein. Damit mag eine gewisse Demokratisierung einhergehen, denn jeder kann nun zum Thema werden.⁷⁵² Der Preis für diese Demokratisierung ist jedoch, dass im Gegenzug der Mediennutzer die Rechte an seiner Privatheit an Unternehmen abgibt und die Kontrolle über diese verliert.

Zugleich können auch Entwicklungen beobachtet werden, in deren Rahmen, hauptsächlich dank technologischer Entwicklungen, die Öffentlichkeit immer tiefer in Bereiche der Privatsphäre eindringt.⁷⁵³ Das fängt bei Unternehmen an, die das Kaufverhalten auswerten und hört bei Geheimdiensten auf, die über das Kaufverhalten hinaus auch die Kommunikation

⁷⁴⁷ So einer der ersten Kritiker der Privatisierung von Öffentlichkeit Sennet, R.: 1976. S. 264.

⁷⁴⁸ Ebd. S. 259.

⁷⁴⁹ Vgl. dazu bei Habermas, J.: 1990. S. 261, der das zu seiner Zeit über das Fernsehen sagte.

⁷⁵⁰ Vgl. dazu Konert, B. / Hermanns, D.: 2002. S. 500.

⁷⁵¹ Vgl. dazu Plake, K. / Jansen, D. / Schuhmacher, B.: 2001. S. 14ff.

⁷⁵² Vgl. dazu Groebel, J.: 2002, der dies die Demokratisierung der Prominenz nennt.

⁷⁵³ Vgl. zu den Einflüssen der Technik auf die Unterscheidung von Privatheit und Öffentlichkeit Garfinkel, S.: 2000, als auch Bamford, J.: 2008. S. 115.

mitschneiden. Privatheit wird hier nicht mehr als eine unantastbare Sphäre angesehen. Sie verliert ihren Status als fundamentales Recht.⁷⁵⁴ Die User werden von den neueren Entwicklungen im Bereich der Neuen Medien, in denen sie selbst die Inhalte produzieren, zur Veröffentlichung des Privaten angetrieben.⁷⁵⁵ Facebook, Twitter und Instagram setzen gar die Veröffentlichung des Privaten voraus, um dann die Kontrolle über diese veröffentlichten, persönlichen Informationen zu übernehmen und daraus Profit zu schlagen. Mit der Veröffentlichung ihrer Privatheit verlieren die User auch die Verfügungsgewalt über ihre Privatheit.⁷⁵⁶ Facebook lebt von der Veröffentlichung des Privaten seiner Mitglieder, aber auch davon, dass es diese veröffentlichten Privatsphären für sich nutzt. Das ist per AGB festgeschrieben und bei jedem Klick auf den Einloggen-Button stimmt der User diesem Tausch zu. Letztlich verläuft die Unterscheidung von Privatheit und Öffentlichkeit, wenn vor allem Neue Medien ins Spiel kommen, nicht mehr an den Grenzen sozialer Handlungsfelder,⁷⁵⁷ wie beispielsweise Familie oder öffentlichen Plätzen, sondern entscheidet sich durch den Klick auf einen Button. Die Grenze zwischen Privatheit und Öffentlichkeit bleibt bestehen, wird jedoch beliebig.

Auch in anderen Bereichen zeigt sich die Durchlässigkeit der Grenze zwischen Privatheit und Öffentlichkeit. In Bezug auf öffentliche Orte, wie beispielsweise Shopping Malls, wird eine Entwicklung zu privatisierten öffentlichen Räumen beobachtet.⁷⁵⁸ War der städtische Markt ein Ort der Vielfalt, in dem die Konfrontation mit dem Fremden nicht ausgeschlossen und auch anderes außer Handel, wie beispielsweise öffentliche Diskussionen oder kulturelle Aktionen, stattfinden konnten, wenden sich Shopping Malls gegen diese Art der Vielfalt. Sie bereinigen den Raum, den sie zur Verfügung stellen von allem, was den reibungslosen Konsum stören könnte.⁷⁵⁹ Sie monofunktionalisieren den Raum, den sie zur Verfügung stellen⁷⁶⁰ und erreichen dies in allererster Linie durch Beschränkungen des Zugangs: Jene, die einkaufen und jene, die Schaufenstershopping betreiben wollen, haben Zugang; jene aber die den Ort anderweitig nutzen wollen, sind kaum willkommen. Nicht selten wird die Zugangsbeschränkung durch private Sicherheitsfirmen sichergestellt. Natürlich gibt es auch Ausnahmen bei denen selbst in Shopping Malls bürgerschaftliches Engagement stattfindet⁷⁶¹

⁷⁵⁴ Vgl. dazu Davies, S.: 2008. S. 153.

⁷⁵⁵ Vgl. dazu Vollbrecht, R.: 2006. S. 29.

⁷⁵⁶ Vgl. dazu Weiß, R.: 2002(a). S. 20.

⁷⁵⁷ Vgl. dazu Weiß, R.: 2002(b). S. 28.

⁷⁵⁸ Vgl. dazu Siebel, W.: 2007. S. 83.

⁷⁵⁹ Vgl. dazu Legnaro, A. / Birenheide, A.: 2007. S. 262ff.

⁷⁶⁰ Vgl. dazu Dörhöfer, K.: 2007. S. 68ff. Wörtliches Zitat ebd. zu finden.

⁷⁶¹ Vgl. dazu Frank, S.: 2007.

und gerade *Occupy*-Bewegungen gewinnen ihre Bedeutung dadurch, dass sie einen privatisierten Raum besetzen, um diesen wieder zum öffentlichen Raum zu machen.⁷⁶² Letztlich erfüllen solche hochgradig privatisierten öffentlichen Räume eine Funktion, sei es den Konsum, den Transport oder die Unterhaltung und gewährleisten diese dadurch, dass nur derjenige Zugang erhält, der der Bestimmung des Ortes und den Vertragsbedingungen der Betreiber, die an der Eingangstür aushängen, folgt.⁷⁶³

Näher am Thema der vorliegenden Arbeit sind jedoch Konzepte im Rahmen neuer Formen politischer Teilhabe, wie beispielsweise die Unterscheidung von *duty-based* gegen *engaged* Bürger⁷⁶⁴, dem *everyday-maker* als auch reflexivem Bürger⁷⁶⁵, dem *mundane-citizenship*⁷⁶⁶, dem *self-actualizing citizen*⁷⁶⁷, dem *networking citizen*⁷⁶⁸, dem kritischen Bürger⁷⁶⁹ oder dem *standby citizen*⁷⁷⁰. Alle diese Ansätze handeln, auch wenn sie sich im Detail voneinander unterscheiden, davon, dass neuere Formen politischer Partizipation die strikte Trennung zwischen Privatheit und Öffentlichkeit missachten. Denn die Individualisierung hat, wie bereits weiter oben dargelegt, zwei Seiten: Auf der einen Seite führt Individualisierung dazu, dass der Einzelne in seiner Lebensgestaltung immer mehr Freiheiten erhält. Auf der anderen Seite bedeutet Individualisierung jedoch auch immer gleichzeitig, dass die Risiken, die aus dieser gewonnenen Freiheit folgen, auch vom Einzelnen alleine getragen werden müssen. Ausgehend von diesem Verständnis von Individualisierung findet eine Subjektivierung der Politik statt, die dadurch gekennzeichnet ist, dass sich auf der einen Seite die politischen Handlungsräume des Einzelnen erweitern, auf der anderen Seite hingegen gesellschaftliche Probleme, weil am Ende die Risiken individuell getragen werden müssen, immer nur in Hinblick auf die eigenen Entscheidungsmöglichkeiten und –zwänge hin interpretiert werden.⁷⁷¹ Egal ob diese Entwicklung positiv oder negativ beurteilt wird,⁷⁷² der Einzelne bekommt selbst die Möglichkeit zu entscheiden, was für ihn politisch ist und was nicht.⁷⁷³ Formen institutionsloser politischer Teilhabe entstehen, die sich vorwiegend im privaten

⁷⁶² Vgl. dazu Lubin, J.: 2012. S. 189.

⁷⁶³ Vgl. dazu Legnaro, A. / Birenheide, A.: 2005. S. 20ff.

⁷⁶⁴ Vgl. dazu Dalton, R. J.: 2006 als auch Dalton, R.: 2009.

⁷⁶⁵ Ersteres zu finden bei Bang, H. P. / Sorensen, E.: 1999. Letzteres zu finden bei Bang, H. P.: 2009.

⁷⁶⁶ Vgl. dazu Bakardjieva, M.: 2012.

⁷⁶⁷ Vgl. dazu Bennett, W. L. / Welss, C. / Freelon, D.: 2011.

⁷⁶⁸ Vgl. dazu Loader, B. D. / Vromen, A. / Xenos, M. A.: 2014.

⁷⁶⁹ Vgl. dazu Norris, P.: 1999.

⁷⁷⁰ Vgl. dazu Amnå, E. / Ekman, J.: 2014, als auch Amnå, E.: 2012.

⁷⁷¹ Vgl. dazu Heitmeyer, W.: 1991. S. 23ff.

⁷⁷² So zeigt sich beispielsweise für Heitmeyer, W.: 1991. S. 26 darin eine politische Paralisierung, wohingegen für Ulrich Beck eine Repolitisierung der Politik stattfindet.

⁷⁷³ Vgl. dazu Beck, U.: 1993. S. 63

Bereich abspielen und nicht das politische System als Adressaten haben, aber deswegen nicht minder politisch sind, sondern eine neue Form der Politik, die Subpolitik, darstellen.⁷⁷⁴

Im Rahmen der Subpolitik konkurrieren einzelne Personen außerhalb von Parteien, Institutionen und dem politischen System um die Gestaltung der Welt.⁷⁷⁵ Politisches Handeln muss nicht mehr nur in den dafür vorgesehenen Arenen, wie beispielsweise einer diskursiven Öffentlichkeit, stattfinden und sich auch nicht an Parteien, den Staat oder Institutionen richten, sondern kann überall praktiziert werden und beispielsweise ein Wirtschaftsunternehmen als Ziel haben.⁷⁷⁶ Das politische System verliert an Macht, weil eine Spaltung zwischen staatszentrierter Politik und moralischer Existenz der Einzelnen stattfindet.⁷⁷⁷ Politische Teilhabe kann aus dieser Perspektive heraus ohne den Umweg über Institutionen und ohne den Umweg über die Öffentlichkeit praktiziert werden, beispielsweise durch den bewussten Konsum bestimmter Produkte. Das Politische dringt in die Privatsphäre ein,⁷⁷⁸ genauso wie das Private politisiert wird.

Die These, dass mit steigendem Individualisierungsgrad die politische Teilhabe sinkt, ist damit nicht haltbar. Die sinkenden Mitgliederzahlen von Parteien oder der Rückgang der Wahlbeteiligung sind kein Indiz dafür, dass sich mit der Individualisierung der Einzelne aus der Politik zurückzieht. Sie wären es nur unter der Bedingung, dass Politik mit dem Staat oder dem politischen System gleichgesetzt wird.⁷⁷⁹ Weil sich aber durch die Individualisierung neue Räume politischer Partizipation auftun, sind sinkende Mitgliederzahlen und rückgängige Wahlbeteiligung ein Beleg dafür, dass politische Partizipation einen unkonventionelleren Charakter angenommen hat und sich außerhalb moderner Pfade politischer Partizipation, wie beispielsweise Parteien oder Ideologien, abspielt.⁷⁸⁰ Diese neuen Formen der politischen Teilhabe konzentrieren sich nicht mehr auf den Staat als Adressaten und spielen sich jenseits von kollektiver Orientierung, wie beispielsweise Rechts oder Links, ab. Trotzdem sind sie nicht minder politisch, weil sie der Frage nachgehen, wie gelebt werden soll.⁷⁸¹

Im Rahmen dieser neueren Formen politischer Partizipation ist eine diskursive Öffentlichkeit nicht mehr von Nöten. Dies ist der Fall, weil der zentrale Gegenstand, auf den sich die Öffentlichkeit bezogen hat, das politische System, gar nicht mehr so sehr im Fokus politischer

⁷⁷⁴ Ebd. S. 159.

⁷⁷⁵ Ebd. S. 162.

⁷⁷⁶ Ebd. S. 11.

⁷⁷⁷ Wie es Bauman, Z.: 1993. S. 138 formuliert.

⁷⁷⁸ Vgl. dazu Beck, U.: 1993. S. 235.

⁷⁷⁹ Ebd. S. 155.

⁷⁸⁰ Vgl. dazu Ingelhart, R.: 1997. S. 311.

⁷⁸¹ Vgl. dazu Beck, U.: 1993. S. 7.

Partizipation steht. Anhand des politischen Systems und seines Verhältnisses zum Bürger, zur Demokratie, zum Individuum, zur Wirtschaft, zur Kultur und zu allen anderen Bereichen der Gesellschaft, ergab sich überhaupt erst die Notwendigkeit einer diskursiven Öffentlichkeit.⁷⁸² Wenn aber der Einzelne, aus welchen Gründen auch immer, nicht mehr den Umweg über das politische System sucht, wird auch eine Öffentlichkeit im Sinne eines diskursiven Raumes, der zwischen zwei anderen Sphären vermittelt, hinfällig. Der Ausspruch der Frauenbewegung aus den 1960er und 1970er Jahren, dass das Private politisch sei als auch das Politische privat, wird zur Realität.

Das Eindringen des Politischen in die Privatsphäre des Einzelnen wie auch die Privatisierung des Politischen bedeutet letztlich nichts anderes als dass politische Fragestellungen direkt und ohne Umwege behandelt und beantwortet werden,⁷⁸³ wie beispielsweise über den bewussten Kauf oder Boykott eines Produktes. Diese Form der politischen Teilhabe ermöglicht auch jenen aktiv zu werden, die keinen Zugang zum politischen System haben.⁷⁸⁴ Natürlich sind diese neuen Formen politischer Partizipation, weil sie aus der Privatheit heraus erfolgen, von den individuellen Ressourcen und Fähigkeit des Einzelnen abhängig und damit offen für Ungerechtigkeiten.⁷⁸⁵ Solch eine Form der Partizipation findet nicht in einem egalitären Raum statt.⁷⁸⁶ In der Praxis kann sich nicht jeder Bioproducte aus der eigenen Region oder T-Shirts, welche nicht in Bangladesch hergestellt wurden, leisten. Aber der zentrale Punkt, um den es hier geht, ist, dass sich zumindest für jene, die es sich leisten können, die Privatsphäre und die Sphäre des Politischen vermischen. Es entstehen ganz unterschiedliche Möglichkeiten politische Teilhabe zu praktizieren, die jedoch letztlich immer nur privaten Charakter haben.⁷⁸⁷

Private und individuelle Probleme oder Ansichten werden ohne einen Diskurs durchlaufen zu haben an das politische System herangetragen. Akteure ziehen dort die Grenze zwischen Öffentlichkeit und Privatheit, wo es ihnen beliebt: Fallweise und nach persönlichen Vorlieben, ohne vorher in Verhandlungen darüber miteinander zu treten. Und wenn nötig, verzichten sie auch gänzlich auf die diskursive Öffentlichkeit.

⁷⁸² Vgl. dazu Bauman, Z.: 2000. S. 48. Er spricht allerdings allgemeiner von der kritischen Theorie, die mit den neuen Formen politischer Partizipation, die nicht mehr auf den Staat ausgerichtet sind, ihren zentralen Gegenstand verliert.

⁷⁸³ Vgl. dazu Pferl, A.: 1999, die das am Beispiel der Umweltpolitik darlegt.

⁷⁸⁴ Vgl. dazu in Bezug auf Konsum Micheletti, M.: 2003.

⁷⁸⁵ Wie Dalton, R.: 2000. S. 929 richtigerweise anmerkt.

⁷⁸⁶ Vgl. dazu Henning, Ch.: 2007. S. 207.

⁷⁸⁷ Vgl. dazu Dalton, R.: 2000. S. 932.

Aus der Perspektive der diskursiven Öffentlichkeit geht damit der politische Raum der Teilhabe jenseits von Wahlen verloren. Die Öffentlichkeit als diskursiver Raum wird von der Privatheit kolonialisiert. Die Politisierung eines Sachverhalts durch einen Einzelnen wird mit politischer Handlung gleichgesetzt.⁷⁸⁸ Bestand in der Moderne die große Gefahr für die Öffentlichkeit noch darin, vom politischen System für sich vereinnahmt zu werden, ist sie heute aufgrund neuerer Formen politischer Partizipation, wie beispielsweise Subpolitik oder „life-politics“⁷⁸⁹, durch private Interessen vereinnahmt. Die Aufgabe einer kritischen Theorie in der Postmoderne, die ihren ursprünglichen Kontrahenten, den Staat, verloren hat, muss es daher sein, die Privatisierung politischer Teilhabe rückgängig zu machen und Alternativen zu diesen anzubieten.⁷⁹⁰ Denn für eine diskursive Sphäre, in der private Meinungen in eine öffentliche transformiert werden, gibt es innerhalb neuerer Formen politischer Teilhabe keinen Platz mehr. Für eine diskursive Sphäre mag es tatsächlich keinen Platz mehr geben, dafür entsteht aber eine konnektive Sphäre.

Basierend auf der Logik konnektiver Handlung äußert ein Akteur seine Meinung, mit anderen Worten, er veröffentlicht sie. Veröffentlichen heißt hier, dass er seine Meinung vor anderen nicht versteckt oder sie als geheim deklariert, sondern einem Publikum frei zugänglich macht, sei es durch ein Medium oder dadurch, dass er sich auf die Straße stellt und diese hinausruft; soweit auch die Theorie kommunikativer Handlung. Im Rahmen beider Logiken entscheidet sich an dieser Stelle, ob sich eine Öffentlichkeit um die geäußerte Meinung bildet oder nicht. Findet ein Diskurs über die veröffentlichte Meinung statt, dann hat sich im Rahmen der kommunikativen Handlung eine Öffentlichkeit um die veröffentlichte Meinung gebildet. Dann haben die Akteure ihre Privatheit verlassen und befinden sich in der Öffentlichkeit. Weil sich aber gerade bei neueren Formen politischer Partizipation kein Diskurs um die veröffentlichte Meinung bildet, bleibt der Akteur in seiner Privatsphäre, so die Logik der kommunikativen Handlung. Im Rahmen der Postmoderne muss der Akteur jedoch seine veröffentlichte Meinung nicht einem Diskurs aussetzen, was die berechtigte Frage nach sich zieht, wie und wann dann trotzdem von einer Öffentlichkeit gesprochen werden kann.

Auf Grundlage der konnektiven Handlung als Handlungslogik der Postmoderne macht die vorliegende Arbeit den Vorschlag, zunächst einmal auf den Begriff der Öffentlichkeit zu verzichten und von einer konnektiven Sphäre zu sprechen, wenn sich Andere finden, die der veröffentlichten Meinung durch die Veröffentlichung der eigenen Meinung zustimmen.

⁷⁸⁸ Vgl. dazu Junge, M.: 2002. S. 100.

⁷⁸⁹ Giddens, A.: 1991.

⁷⁹⁰ Vgl. dazu Bauman, Z.: 2000. S. 52.

Anders formuliert: Immer wenn sich um eine veröffentlichte Meinung Andere versammeln und dieser Meinung durch die Veröffentlichung ihrer eigenen Meinung ihre Zustimmung aussprechen, weil es auch ihre Meinung ist, spannen die Akteure einen Raum auf, der nicht zur Privatheit gehört. Das heißt, dass eine Person alleine, die ihre Meinung veröffentlicht, ihre Privatsphäre noch nicht verlassen hat. Veröffentlichung alleine ist folglich nicht ausreichend, um aus der Privatheit herauszutreten, sondern die veröffentlichte Meinung muss zusätzlich durch die Veröffentlichung der eigenen Meinung von Anderen geteilt werden. Wie viele Andere die Meinung teilen müssen, damit sie die private Sphäre verlassen und einen konnektiven Raum aufspannen, ist nicht zu beantworten, genauso wenig wie im Rahmen der diskursiven Öffentlichkeit die Frage zu beantworten ist, wie viele Privatleute zusammenkommen müssen, um ein Publikum zu bilden. Die Frage, ob die Akteure sich immer noch in ihrer Privatheit befinden oder diese schon verlassen haben, entscheidet sich folglich nicht an der Anzahl der Zustimmungen. Es kann nur allgemein formuliert werden, dass sich durch die veröffentlichte Zustimmung Anderer zu einer veröffentlichten Meinung ein Raum aufspannt, der nicht mit den privaten Sphären der einzelnen Akteure zusammenfällt. Durch die Zustimmung entsteht eine gemeinsam geteilte Sphäre, die nicht mehr zur Privatsphäre gehört: Die konnektive Sphäre.

Damit gibt es eine eindeutig gezogene Grenze zwischen Privatheit und konnektiver Sphäre: Die Privatheit ist jene Sphäre, in der Meinungen nicht veröffentlicht werden oder trotz Veröffentlichung, aus welchen Gründen auch immer, keine Zustimmung finden. Sich nicht zu äußern und keine Zustimmung für die eigene Meinung zu finden, fallen hier zusammen. Hingegen beschreibt die konnektive Sphäre jene Sphäre, die jene Akteure aufspannen, die die gleiche Meinung teilen. Die Grenze zwischen Privatheit und konnektivem Raum entscheidet sich hier folglich anhand der Frage, ob die veröffentlichte Meinung von anderen geteilt wird oder nicht und bestimmt sich nicht anhand der Frage, ob sich Akteure einem Diskurs aussetzen oder nicht. Gleichzeitig ist mit dieser Bestimmung die Grenze zwischen Privatheit und konnektivem Raum beliebig: Was für den einen in die Sphäre des Privaten gehört, ist für jene, welche sich aufgrund der gleichen Meinung zusammengeschlossen haben, nicht privat. So kann beispielsweise ein Akteur einer Meinung zustimmen, seine Zustimmung jedoch nicht veröffentlichen wollen, obwohl bereits andere ihre Zustimmung veröffentlicht haben. Ersterer verlässt damit seine Privatsphäre nicht, während die Letzteren mit ihrer Zustimmung eine konnektive Sphäre aufspannen. Damit ist die konnektive Sphäre auch nicht mehr eine Sphäre, welche lediglich zwischen der Privatheit und dem politischen System entstehen kann.

Vielmehr kann sie überall dort entstehen, wo sich Akteure finden, die die gleiche Meinung teilen.

Es gibt demnach auch in der Postmoderne eine eindeutige Grenze zwischen einem privaten und einem nicht-privaten Raum.⁷⁹¹ Sie kann jedoch beliebig gezogen werden und hängt nur von der Frage ab, ob andere ihre Zustimmung zur veröffentlichten Meinung zum Ausdruck bringen oder nicht.

2.3. Freier Zugang

Die Beliebtheit der Grenzziehung hat die weitreichende Folge, dass sich die konnektive Sphäre nicht mehr um ein Thema oder Problem bildet, sondern um die je individuelle Meinung der Akteure, die sie miteinander teilen. Diese Folge ist nicht weitreichend, weil, wie zu zeigen sein wird, Meinungsöffentlichkeiten auftreten, sondern weil mit den Meinungsöffentlichkeiten eine zentrale Kategorie der diskursiven Öffentlichkeit nicht mehr erfüllt ist: der freie Zugang. Dieser fällt einer Selbstzensur des Akteurs zum Opfer.

Doch zunächst einmal zum Entstehen von Meinungsöffentlichkeiten. Im Rahmen bisheriger Konzepte der Öffentlichkeit, seien sie diskursiver oder beispielsweise systemtheoretischer Natur, bildet sich die Öffentlichkeit um ein Problem oder ein Thema. Beides, sowohl das Thema als auch das Problem, stellen einen mal mehr, mal weniger genau definierten Sinnkomplex dar⁷⁹² um den sich die Öffentlichkeit bildet. Dieser Sinnkomplex ist notwendig, damit die Beteiligten sich aufeinander beziehen können und nicht aneinander vorbeireden. Das Entscheidende daran ist, dass das Problem und die individuelle Meinung der Beteiligten in der Öffentlichkeit lediglich miteinander verschränkt sind, sich jedoch nicht überlappen.⁷⁹³

Das Problem und die individuelle Meinung der Beteiligten zu diesem fallen nicht zusammen, sondern sind idealerweise eindeutig voneinander getrennt.⁷⁹⁴ Das gilt vor allem für die diskursive Öffentlichkeit. Wie ausgeführt treten Bürger, für die sich gesellschaftliche Probleme in ihrer Lebenswelt unterschiedlich äußern, miteinander in einen Diskurs um eine gemeinsame Lösung für das gesellschaftliche Problem zu finden, das sich für jeden von ihnen

⁷⁹¹ Auf die Frage, wann aus dieser nicht-privaten, konnektiven Sphäre eine konnektive Öffentlichkeit wird, wird weiter unten eingegangen.

⁷⁹² Vgl. dazu Luhmann, N.: 1970. S. 13. Es sei erwähnt, dass Luhmann im Rahmen seines Verständnisses von Öffentlichkeit explizit das Thema gegenüber dem Problem in den Vordergrund rückt. Für den weiteren Verlauf der Argumentation in diesem Abschnitt wird jedoch kein Unterschied zwischen Thema und Problem gemacht, da auch ein Problem einen Sinnkomplex darstellt. Im weiteren Verlauf wird nur noch von Problemen gesprochen.

⁷⁹³ Ebd. S. 7.

⁷⁹⁴ Ebd. S. 8 identifiziert die Überlappung von Thema und Meinung als eine der größten Gefahren, welchen sich eine Öffentlichkeit gegenübersehen kann. Dieser Feststellung würde Habermas nicht widersprechen.

anders äußert. Im Rahmen des Diskurses entwickeln die Bürger eine Meinung, weil sie anderen das Problem aus ihrer Perspektive schildern und sich mit diesem auseinandersetzen müssen, aber auch weil sie das Problem aus einer anderen Perspektive durch Andere vor Augen geführt bekommen. In diesem Sinne bilden sie als Privatpersonen füreinander ein Publikum, vor dem jeder seine Perspektive auf das Problem darstellt. Diese auf der Grundlage von Diskurs sich zum Publikum versammelten Privatleute bilden dann die Öffentlichkeit, welche sich um ein Problem gebildet hat. Das Problem und die individuelle Meinung der Beteiligten zum Problem sind eindeutig voneinander getrennt. Die diskursive Öffentlichkeit spannt damit einen diskursiven Raum auf, der sich an einem Problem orientiert.⁷⁹⁵

Im Gegensatz dazu fallen in der konnektiven Sphäre das Problem und die individuelle Meinung der Beteiligten zu dem Problem zusammen. Die konnektive Sphäre bildet sich um eine individuelle Meinung, die die Akteure miteinander teilen und nicht um ein Problem. Die Akteure treten sich mit bereits vorgefassten Meinungen einander gegenüber. Das soll, um es noch einmal zu wiederholen, nicht heißen, dass die Akteure mit vorgefertigten Meinungen auf die Welt kommen und ihre Meinungen unveränderlich sind. Vielmehr heißt es, dass im Rahmen der Postmoderne das Gegenüber die Meinung, mit der der Andere ihm gegenübertritt, nicht als verhandelbar ansieht. Das Gegenüber muss die Meinung des Anderen akzeptieren so wie sie ist, denn jegliche Anpassung der Meinung von egal welcher Seite, bedeutet, von seiner eigenen verfassten Meinung abzutreten und sich einem Konsens oder Kompromiss zu beugen.

Da die Akteure schon mit vorgefassten Meinungen ausgestattet sind, ist ein Diskurs um zu ermitteln was man selbst will, nicht von Nöten und die Meinung des Gegenübers ist sowieso unantastbar, so dass im Rahmen der Logik konnektiver Handlung Akteure eher auf der Suche nach Gleichgesinnten sind. Sie entziehen sich dem Diskurs, weil sie ausschließlich auf der Suche nach jemand anderem mit der gleichen Meinung sind. Erst wenn sie andere mit der gleichen Meinung gefunden haben, werden sie durch die geteilte Meinung dazu motiviert, sich zusammenzuschließen und gemeinsam zu handeln.

Während also ein Akteur im Rahmen der diskursiven Öffentlichkeit sein Problem formuliert, es aus seiner Perspektive gegenüber anderen verteidigt, auf den anderen zugeht, nachvollziehbare Argumente hervorbringt, aber auch die Bereitschaft an den Tag legen muss, den nachvollziehbaren Argumenten der Gegenseite zu folgen, begnügt sich ein Akteur, der

⁷⁹⁵ Überhaupt steckt hinter partizipatorischen Ansätzen der Demokratie, die Teilhabe weiter fassen als nur die Stimmabgabe bei Wahlen, die Idee, dass der einzelne Bürger nicht über eine vorgefasste Meinung verfügt. Vgl. dazu v. Alemann, U. / Strünck, Ch.: 1999. S. 28.

konnektiv handelt, damit, seine Meinung zu veröffentlichen und nach Gleichgesinnten zu suchen. Und nur in dem Falle, dass er Andere findet, die seine eigene Meinung teilen, bilden sie zusammen ein konnektives Kollektiv und spannen eine konnektive Sphäre auf.

Was damit im Raum steht, ist nicht, wie im Falle der diskursiven Öffentlichkeit, das Problem, sondern bereits die individuelle Meinung zum Problem. Den zentralen Gegenstand, um den sich die Akteure versammeln, bildet damit nicht ein Problem zu dem sie durch den Diskurs eine Meinung entwickeln, sondern die je individuelle Meinung der Beteiligten zu dem Problem, die sie miteinander teilen.

Die individuelle Meinung zum Problem und das Problem fallen hier zusammen und werden nicht voneinander getrennt behandelt, im Gegensatz zur diskursiven Öffentlichkeit. Es entstehen anhand der Meinung zu einem Problem voneinander getrennte konnektive Sphären, wobei es sich bei der Meinung, um die je persönliche Meinung der Akteure handelt.⁷⁹⁶

Dass die Meinung und das Problem in der konnektiven Sphäre zusammenfallen, mag schon ein gravierender Unterschied zur diskursiven Öffentlichkeit sein. Viel gravierender ist jedoch, dass dadurch der freie Zugang als zentrale Voraussetzung der Öffentlichkeit nicht mehr gegeben ist. Der freie Zugang ist für die diskursive Öffentlichkeit von zentraler Bedeutung, weil er die Pluralität der Meinungen gewährleistet. Erst damit ist ein Diskurs, und überhaupt ein Konsens, der als legitim gelten kann, möglich. Ohne freien Zugang gebe es keine Pluralität der Meinungen; ohne Pluralität der Meinungen keinen Diskurs und ohne Diskurs keine Öffentlichkeit.

Dass das Ideal des freien Zugangs im Laufe der Geschichte der Öffentlichkeit den unterschiedlichsten Beschränkungen unterlag und niemals für alle gegeben war, wurde weiter oben dargelegt. Was jedoch die Beschränkungen des freien Zugangs zur konnektiven Sphäre von anderen Beschränkungen im Laufe der Geschichte der Öffentlichkeit unterscheidet, ist, dass es sich diesmal um eine Beschränkung des Zugangs aufgrund der Akteure selbst handelt. Denn: Die konnektive Sphäre ist nur von Akteuren besiedelt, die die gleiche Meinung vertreten; sie ist nicht mehr heterogen zusammengesetzt. Die sich in der konnektiven Öffentlichkeit zum Publikum versammelten Privatleute mögen aus verschiedenen Schichten, Klassen, Berufen, Milieus, Lebenssituation kommen, d. h. sie mögen verschiedene Gründe haben, warum sie ihre je individuelle Meinung haben, aber sie teilen ihre je individuelle Meinung miteinander. Jeder einzelne von ihnen mag anders ausgeprägt sein, aber sie spannen die konnektive Sphäre nur aufgrund der geteilten Meinung mit dem Anderen auf.

⁷⁹⁶ Vgl. dazu allerdings eher negativ Bennett, W. L.: 1998. S. 758

In diesem Sinne gibt es gar kein heterogen zusammengesetztes Publikum mehr. Ob gewollt oder nicht, sind die Akteure, aufgrund ihrer Handlungslogik nur mit anderen Akteuren konfrontiert, die auch ihre Meinung teilen, da sie sich ausschließlich mit jenen zusammenschließen, die ihre je eigene Meinung teilen. So verhindern sie selbst, durch ihre Handlungslogik, die Möglichkeit in einen Austausch mit anderen Meinungen zu kommen. Sie mögen mit anderen Meinungen konfrontiert sein, umgeben sich jedoch nur mit jenen, die ihre individuelle Meinung teilen. Niemand zwingt den Einzelnen dazu, sich mit Personen gleicher Meinung zu umgeben, aber weil sie nur dann eine konnektive Sphäre aufspannen, wenn sie auf andere Personen mit gleicher Meinung treffen, sind sie nur von Personen gleicher und das heißt auch immer der eigenen Meinung umgeben. Der freie Zugang fällt hier nicht einem Monarchen, einem Diktator, der Klasse oder dem Geschlecht zum Opfer, sondern der Handlungslogik, welcher der Einzelne folgt. Der freie Zugang wird durch Selbstzensur beschränkt.

2.4. Agonistisches Verhältnis

Da jede veröffentlichte Meinung zu einem Problem Zustimmung erfahren kann, können in dem Fall, dass unterschiedliche Meinungen zu einem Problem geäußert wurden, mehrere und nicht nur eine konnektive Sphäre entstehen. Wie viele genau entstehen, hängt davon ab, wie viele der veröffentlichten Meinungen zum Problem Zustimmung erfahren haben. Wurden zehn Meinungen zu einem Problem geäußert und haben zwei davon Zustimmung erfahren, entstehen zwei konnektive Sphären, bei sieben, sieben und bei keiner, keine einzige. Es besteht folglich die Möglichkeit, dass um ein Problem nicht nur eine konnektive Sphäre entsteht, sondern im extremsten Fall, so viele wie es geäußerte Meinungen zum Problem gibt. Alle diese konnektiven Sphären, die sich auf Grundlage unterschiedlicher Meinungen zum gleichen Problem gebildet haben, würden sich, wenn sie nicht einzeln betrachtet werden würden, mit einem Problem beschäftigen, an dieses aus verschiedenen Perspektiven herangehen und dann zu einer gemeinsamen Meinung gelangen. Ob wir von einer konnektiven Sphäre, die sich an Meinungen orientiert oder einer diskursiven, die sich an Problemen orientiert, sprechen, wäre folglich davon abhängig, auf welcher Beobachtungsebene wir ansetzen. Damit stellt sich die Frage: Wenn viele konnektive Sphären möglich sind, würden zwei oder mehr konnektive Sphären, die je um eine unterschiedliche Meinung zum selben Problem aufgespannt wurden, zusammen nicht wiederum eine diskursive Öffentlichkeit ergeben, die sich um ein Problem gebildet hat? Oder anders gefragt: In welchem Verhältnis stehen mehrere konnektive Kollektive zueinander, die sich auf der

Grundlage verschiedener Meinungen zum gleichen Problem gebildet und damit ihre je eigene konnektive Sphäre aufgespannt haben?⁷⁹⁷

Zunächst einmal erinnert die Idee, dass es nicht nur eine, sondern viele konnektive Sphären geben kann, vage an andere Ansätze der Öffentlichkeit, die vor allem, aber nicht immer, durch die Neuen Medien befeuert sind. Diese neueren Ansätze können als demokratische Deliberation im Gegensatz zu deliberativer Demokratie beschrieben werden.⁷⁹⁸ Dabei handelt es sich bei der demokratischen Deliberation um einen Perspektivenwechsel weg von den philosophischen Grundlagen einer einzigen Öffentlichkeit hin zu alltäglichen Ausformungen praktizierter Deliberation.⁷⁹⁹ Sie entspringen damit hauptsächlich der Kritik, dass in einer einzigen Öffentlichkeit ein deliberativer Prozess nicht möglich ist und auch gar nicht in der Realität wiedergefunden wird. Daher sollte eher von Teil- und Fallöffentlichkeiten⁸⁰⁰, *mini-publics*⁸⁰¹, pluralen Öffentlichkeiten⁸⁰² oder der Fragmentierung der Öffentlichkeit⁸⁰³ gesprochen werden. Bei diesen Öffentlichkeiten handelt es sich um *issue publics* oder inhaltsorientierte Öffentlichkeiten.⁸⁰⁴ Sie orientieren sich folglich an Themen, Problemen oder Inhalten, was gleichzeitig bedeutet, dass diese Öffentlichkeiten viele verschiedene Meinungen beinhalten und in ihrem Rahmen ein Diskurs über das Thema oder Problem stattfindet. Die Fragestellung, in welchem Verhältnis Fall- oder Teilöffentlichkeiten zueinander stehen, stellt sich daher nur bedingt, und zwar nur dann, wenn sich die verschiedenen Themen oder Probleme, um die sich die Fall- oder Teilöffentlichkeiten gebildet haben, überschneiden. Ansonsten sind sie voneinander getrennte Öffentlichkeiten, die keine Berührungspunkte zueinander aufweisen, eben Fall- oder Teilöffentlichkeiten. Hingegen bewegen sich zwei oder mehr verschiedene konnektive Sphären, die aufgrund unterschiedlicher Meinung zum gleichen Problem aufgespannt wurden, um das Gleiche. Für mehrere konnektive Sphären sind

⁷⁹⁷ Diese Frage impliziert, dass konnektives Kollektiv und konnektive Sphäre aus lediglich verschiedenen Blickwinkeln das Gleiche beschreiben, eine konnektive Öffentlichkeit. Konnektives Kollektiv beschreibt Akteure, die sich aufgrund der Logik konnektiver Handlung zusammengefunden haben, während konnektive Sphäre den Raum beschreibt, den die konnektiven Kollektive aufgrund ihrer Handlungslogik aufspannen. Ähnliches gilt auch für die diskursive Öffentlichkeit: Auf der einen Seite umfasst die diskursive Öffentlichkeit, die anhand des Diskurses zusammengekommenen Privatleute, auf der anderen Seite beschreibt sie auch jenen Raum, den die Akteure aufspannen. Auch in diesem Fall haben wir es auf der einen Seite mit kommunikativen Akteuren und auf der anderen Seite mit kommunikativer Sphäre zutun, die nur zwei verschiedene Blickwinkel auf das Gleiche sind. Ersteres spielt bei beiden Ansätzen auf den Akteurscharakter und letzteres auf den Raumcharakter von Öffentlichkeit an.

⁷⁹⁸ Vgl. dazu Chambers, S.: 2009. S. 323.

⁷⁹⁹ Ebd. S. 329.

⁸⁰⁰ Vgl. in Bezug auf Medien nur beispielhaft Hilbert, M.: 2007. S. 76ff. Aus systemtheoretischer Perspektive beschreibt auch Löffelholz, M.: 1999. S. 265 Fallöffentlichkeiten.

⁸⁰¹ Vgl. dazu Goodin, R. E.: 2008. S. 267.

⁸⁰² Vgl. dazu Dahlgren, P.: 2005. S. 152.

⁸⁰³ Vgl. dazu Perlot, F.: 2008. S. 25ff.

⁸⁰⁴ Vgl. dazu Dalton, R.: 2000. S. 932.

Ansätze über Fall- und Teilöffentlichkeit daher nicht zu gebrauchen. Anstelle dessen wird hier vorgeschlagen, ihr Verhältnis als ein agonistisches Verhältnis zu begreifen.

Der Begriff des Agonismus, in der Version, in der er im Folgenden verwendet wird und das Verhältnis von konnektiven Sphären beschreiben soll, wurde von Chantal Mouffe entwickelt. Sie selbst greift dabei auf Carl Schmitt und sein Verständnis des Politischen zurück. Dieser entwickelte dies aus seiner Kritik gegenüber dem Liberalismus und dem Pluralismus, den der Liberalismus in seinen Augen propagiert. Der Pluralismus, so wie ihn Schmitt im Rahmen des Liberalismus versteht, leugnet die Souveränität des Staates, indem er annimmt, dass der Einzelne in vielen verschiedenen sozialen Verbindungen gleichzeitig lebt.⁸⁰⁵ In Anbetracht dieser vielen verschiedenen sozialen Verbindungen existiert ein einheitlicher Staat nicht mehr, weil die Bürger nicht mehr in ihm aufgehen, sondern in ihren vielen verschiedenen sozialen Verbindungen. Die Bürger stehen hier dem Staate eher gegenüber, als dass sie in ihm aufgehen.

Politik ist im Rahmen solch eines Verhältnisses von Bürger und Staat nicht mehr möglich, weil sie diese Entwicklung unterstützt: Sie zielt darauf ab, den Einzelnen vor dem Zugriff des Staates zu schützen.⁸⁰⁶ Der Schutz der Freiheit des Individuums im Liberalismus ist somit letztlich immer nur der Schutz des Individuums vor der Politik selbst.⁸⁰⁷ Die Folge ist eine unpolitische Gesellschaft, in der jeder nur noch nach seinem eigenen Glück strebt und das, was sie alle miteinander verbindet, außeracht lässt. Das Politische, und mit ihm der Staat, verkommen zur Politik: Beides sind nur noch Gebilde, die aus Verträgen und Abmachungen bestehen.⁸⁰⁸

Um dieser Entwicklung entgegenzuwirken, schlägt Schmitt vor, das Politische anhand der Unterscheidung von Freund und Feind zu bestimmen. Die Unterscheidung von Freund und Feind sei gleichzeitig die letzte aber auch grundlegende Unterscheidung des Politischen, weil der Feind „in einem besonders intensiven Sinne existenziell etwas anderes und Fremdes ist...“⁸⁰⁹. Er stellt immer eine potenziell kämpfende Gesamtheit von Menschen dar, die einer anderen Gesamtheit von Menschen gegenübersteht und diese existentiell bedroht.⁸¹⁰ Hingegen stellen Konkurrenten, die im wirtschaftlichen oder moralischen Bereich oder bei Diskursen angetroffen werden, niemals eine wirkliche Bedrohung für die eigene Existenz dar. Sobald

⁸⁰⁵ Vgl. dazu v. Waldstein, Th.: 1989. S. 16.

⁸⁰⁶ Vgl. dazu Schmitt, C.: 1963. S. 69ff.

⁸⁰⁷ Vgl. dazu Maschke, G.: 1988. S. 65.

⁸⁰⁸ Vgl. dazu v. Waldstein, Th.: 1989. S. 52.

⁸⁰⁹ Schmitt, C.: 1963. S. 26.

⁸¹⁰ Schmitt, M.: 1965, S. 95ff verweist darauf, dass Schmitt, wenn auch unausgesprochen, mit Gesamtheit immer ein Volk im Sinne hatte.

jedoch die Konkurrenten sich in ihrer Existenz bedrohen, werden sie zu Feinden. Die Konkurrenz kann folglich ökonomischer, religiöser, moralischer oder irgendeiner anderen Natur sein, sie wird jedoch immer dann politisch, wenn die Existenz einer Seite durch die andere bedroht ist.⁸¹¹ Das Politische ist somit von anderen Bereichen der Gesellschaft durch seinen Intensitätsgrad zu unterscheiden: Es hat den höchsten, weil die Existenz betreffenden, Intensitätsgrad.

Erst diese Bestimmung des Politischen als die intensivste Variante von Konkurrenz in Form von Freund und Feind ermöglicht es, den Liberalismus und seine Form des Pluralismus zu überwinden. Erst die Unterscheidung von Freund und Feind als der intensivste Grad einer Gegnerschaft, fügt die Bürger wieder zu einer Einheit zusammen und macht Politik möglich. Denn: Die existentielle Bedrohung des Feindes richtet sich niemals gegen ein einzelnes Individuum, sondern immer gegen eine Gesamtheit, zu der der Einzelne gehört. Daher kann es keine individuelle Antwort auf die existentielle Bedrohung geben, sondern sie muss durch die Gesamtheit der Bürger erfolgen. Im Angesicht des existentiell bedrohlichen Feindes erkennen sich somit die Menschen als Bürger eines Staates wieder.⁸¹² Mit dem Feind wird somit der Pluralismus in der Gesellschaft zurückgedrängt, gar rückgängig gemacht.⁸¹³ Um Pluralität im Inneren einer Gesamtheit, die im Extremfall einen Bürgerkrieg nach sich ziehen würde, zu vermeiden,⁸¹⁴ führt Schmitt somit die „Superdifferenz“⁸¹⁵ von Freund und Feind als die intensivste Form der Konkurrenz ein.

Chantal Mouffe schließt sich Carl Schmitt in seinem kritischen Verständnis von Liberalismus an, aber gibt seiner Argumentation eine demokratische Wendung. Auch für sie ist der Liberalismus immer nur ein Kampf der Individuen gegen den Staat, der kollektive Identitäten und damit auch kollektive Gegnerschaft, wie beispielsweise die des Feindes, verneint.⁸¹⁶ Auch für Mouffe ist das liberale Denken, weil es Antagonismen verneint, a-politisch.⁸¹⁷

Dass die heutigen Demokratietheorien überhaupt sehr selten auf den Konflikt als eine fundamentale Eigenschaft menschlichen Zusammenlebens setzen, gar nach einer konfliktfreien Gesellschaft suchen und sie als normativ erstrebenswert betrachten, liegt in

⁸¹¹ Vgl. dazu Wenzel, U. J.: 1990. S. 18ff.

⁸¹² Vgl. dazu Adam, A.: 1992. S. 62 für den die Freund-Feind-Unterscheidung auch immer ein Erkenntniswerkzeug ist. Ähnlich auch Manemann, J.: 2002. S. 231, der bei der Freund-Feind-Unterscheidung von einer Suche nach Selbsterkenntnis spricht.

⁸¹³ Vgl. dazu Beck, U.: 1993. S. 131.

⁸¹⁴ Vgl. dazu Palaver, W.: 1998. S. 28ff, der davon spricht, dass Schmitt, um den Naturzustand aus dem Inneren einer Nation zu verbannen, diesen nach außen verlegt.

⁸¹⁵ Balke, F.: 1996. S. 90.

⁸¹⁶ Vgl. dazu Mouffe, Ch.: 2005. S. 12.

⁸¹⁷ Vgl. dazu Wilde, G.: 2014. S. 205.

ihrer Verankerung in aufklärerischem Denken. Dieses Denken hat der „ambivalenten Natur des menschlichen Zusammenlebens“ wenn überhaupt, dann nur negativ Rechnung getragen.⁸¹⁸ Aus diesem Grunde wird Demokratie heute ohne Gegnerschaft beschrieben und begriffen.⁸¹⁹ Vor allem deliberative Ansätze der Demokratietheorien verkennen in ihrem Streben nach Konsens die Notwendigkeit von Gegnerschaft oder Konkurrenz für eine Demokratie.⁸²⁰ Demokratie jedoch, will sie Pluralität gewähren, braucht gerade kollektive Identitäten, die einander gegenüberstehen, wie beispielsweise in Form von Links-Rechts-Unterscheidungen.⁸²¹ Demokratie ist auf Konkurrenz angewiesen. Sie bestimmt sich gerade nicht dadurch, dass die Konkurrenz mit demokratischen Mitteln überwunden wird, sondern in der Art und Weise wie Konkurrenz mit demokratischen Mitteln etabliert wird.⁸²² Um nun ihre demokratisch gewendete Deutung des Politischen bei Schmitt von ihrem eigenen Verständnis zu unterscheiden, schlägt sie vor, zwischen Antagonismus und Agonismus zu unterscheiden. Antagonismus ist jene Variante der Konkurrenz, die Schmitt vertritt: Konkurrenten bilden füreinander Feinde, die sich gegenseitig in ihrer Existenz bedrohen. In der agonistischen Variante hingegen geht es darum, Konkurrenz auf eine Weise zu etablieren, die mit pluraler Demokratie vereinbar ist. Es geht darum, Konkurrenten nicht als existentielle Feinde, sondern auch im politischen Feld als Konkurrenten zu konstituieren. Der Unterschied zum Feinde besteht dann darin, dass sich die Konkurrenten mit ihren jeweiligen Meinungen gegenseitig herausfordern, aber die gegenseitigen Rechte und vor allem das gegenseitige Recht auf eine eigene Meinung achten.⁸²³

Eine agonistische Konkurrenz besteht dann im Unterschied zu einer antagonistischen darin, dass die Legitimität des Gegners und seiner Meinung anerkannt wird, mit dem Wissen, dass ein rationaler Konsens nicht zu erzielen ist. Im agonistischen Pluralismus erkennen sich die Konkurrenten als Mitglieder ein und derselben politischen Gemeinschaft an und betrachten sich gegenseitig nicht mehr als Feinde. Sie teilen einen Raum miteinander, den jeder von ihnen auf andere Art und Weise organisiert.⁸²⁴ Und genau dies sei die Aufgabe der

⁸¹⁸ Vgl. dazu Rzepka, V. / Straßenberger, G.: 2014. S. 222. Wörtliches Zitat ebd. zu finden. Daraus schlussfolgern die Autoren, dass Mouffe eigentlich keine Liberalismuskritik formuliert, sondern eher eine Kritik an der Aufklärung. Sie sei gar Anhänger eines „konfliktiven Liberalismus“, wie der Titel des Artikels sagt.

⁸¹⁹ Wie beispielsweise bei Anthony Giddens und Ulrich Beck, wie Mouffe, Ch.: 2005. S. 48 ausführt. Sie verweist darauf, dass im Rahmen der Theorie reflexiver Modernisierung, auch die Formen politischer Partizipation nur noch aus individualisierter Perspektive beschrieben werden können.

⁸²⁰ Vgl. dazu Mouffe, Ch.: 2000(b). S. 11.

⁸²¹ Ebd. S. 5.

⁸²² Vgl. dazu Mouffe, Ch.: 2005. S. 14.

⁸²³ Vgl. Dazu Mouffe, Ch.: 2000(a). S. 15.

⁸²⁴ Vgl. dazu Mouffe, Ch.: 2000(b). S. 14ff.

Demokratie: Pluralität zu wahren, indem Antagonismen in Agonismen umgewandelt werden.⁸²⁵

Allerdings grenzt Mouffe selbst ihren Agonismus von postmodernen Ansätzen der Pluralität ab, die in ihrem naiven Pluralismus jede Position, und damit auch eine Position, die die Demokratie in Frage stellt, als legitim erachtet.⁸²⁶ Pluralität in der Postmoderne ist nicht, wie schon weiter oben angemerkt, ein *anything goes*, weshalb auch das Konzept des Agonismus hier verwendet werden kann. Letztlich stimmt Mouffe mit Schmitt darin überein, dass das Politische immer nur über die Freund-Feind-Unterscheidung zu etablieren ist, jedoch besteht für sie die Aufgabe der Demokratie gerade darin, den Intensitätsgrad dieser Unterscheidung herunterzuschrauben: Die existentielle Freund-Feind-Gegenüberstellung in bloße Konkurrenz zu transformieren, denn nur dann wird Pluralität gelebt. Die Güte einer Demokratie bemisst sich überhaupt daran, ob sie in der Lage, ist Antagonismen in Agonismen zu transformieren.

Was heißt es nun, das Verhältnis von konnektiven Sphären oder konnektiven Kollektiven, die sich anhand unterschiedlicher Meinungen zum gleichen Problem versammelt haben, als agonistisch zu beschreiben? Zunächst einmal, dass wir annehmen, dass die Akteure, die sich in den jeweiligen konnektiven Sphären versammelt haben, auch wenn sie unterschiedliche Meinungen zum selben Problem vertreten, nicht nach dem Leben derer trachten, die sich in einer anderen konnektiven Sphäre aufhalten. Es wird folglich angenommen, dass konnektive Sphären im Rahmen einer Demokratie, d. h. im Rahmen eines Sets an Normen, Regeln und Verfahren agieren, das sie daran hindert, den Intensitätsgrad ihrer Gegnerschaft bis zum existentiell bedrohlichen zu steigern. Wie dieses Set inhaltlich genau auszusehen hat, spielt dabei keine Rolle, da es hier um Öffentlichkeit im Rahmen der Postmoderne, und nicht um postmoderne Demokratien geht. Und ob sich überhaupt die jeweiligen Akteure als Konkurrenten akzeptieren und damit die Prinzipien einer pluralen Demokratie mouffscher Ausprägung aufweisen, sich als existentielle Feinde gegenüberstellen oder einen naiven Pluralismus vertreten, muss von Fall zu Fall untersucht werden.

Wichtiger als die konkrete Ausprägung der Demokratie ist für die oben gestellte Frage jene Idee, dass der Agonismus eine Konkurrenz beschreibt, im Rahmen derer Akteure einander gegenüberstellen ohne die Absicht zu einer gemeinsamen Meinung zu gelangen. Übertragen auf konnektive Sphären und konnektive Kollektive heißt das, dass die Akteure in der einen konnektiven Sphäre den Akteuren der anderen konnektiven Sphäre gegenüberstehen ohne die

⁸²⁵ Vgl. dazu Mouffe, Ch.: 2005. S. 20, sowie Mouffe's Ansatz in der Interpretation von Dryzek, J.: 2005. S. 220.

⁸²⁶ Vgl. dazu Mouffe, Ch.: 2005. S. 119, als auch Mouffe, Ch.: 2000(b). S. 129.

Absicht, die je eigene Meinung aufzugeben. Die Akteure in ihren konnektiven Sphären sind nicht auf Konsens aus, sondern auf die Durchsetzung der eigenen Meinung.

Wieso ist das so? Der Theorie konnektiver Handlung folgend, schließen sich einzelne Personen aufgrund der Gleichheit ihrer Meinungen zu einem Problem zusammen und bilden ein konnektives Kollektiv. Die Grundlage der konnektiven Sphäre bildet demnach die geteilte Meinung der Personen, die sich zusammengeschlossen haben. Da hier, rein theoretisch gesehen, keine anderen Faktoren, wie beispielsweise Herkunft, sozialer Status oder Beruf für die Bildung des Kollektivs eine Rolle spielen oder die Akteure aneinanderbinden, sondern es einzig und allein die geteilte Meinung zu einem Problem ist, bedeutet jede Veränderung der Meinung zum Problem auch eine grundlegende Veränderung des konnektiven Kollektivs. Jede Meinungsänderung bedarf einer neuen konnektiven Handlung: Die Meinung muss erneut veröffentlicht werden und es muss gehofft werden, dass sich andere finden, die ihr zustimmen. Hier gibt es dann keine Garantie mehr, dass das konnektive Kollektiv wieder in seiner ursprünglichen Personenkonstellation zusammenkommt und eine konnektive Sphäre aufspannt oder die veränderte Meinung überhaupt von Anderen und den bisher Beteiligten geteilt wird, sich also überhaupt eine konnektive Sphäre um die veränderte Meinung zum Problem bildet.

Die Akteure, die aufgrund ihrer geteilten Meinung eine konnektive Sphäre gebildet haben, verfolgen in diesem Sinne das Ziel, ihre Meinung zum Problem unverändert durchzusetzen. Sie sind nur in einem sehr geringen Maße dazu in der Lage, ihre Meinung zu einem Problem zu verändern, weil jede Veränderung der Meinung die Grundlage der konnektiven Sphäre, die aufgespannt wird, zerstört. Die Akteure, welche konnektive Kollektive gebildet haben, streben demnach, im Gegensatz zu den sich zum Publikum versammelten Privatleuten, die eigene Meinung zu einem Problem durchzusetzen. Konnektive Kollektive stehen somit in einem agonistischen Verhältnis zueinander.

Natürlich spielen hier auch andere Faktoren wie beispielsweise gruppenpsychologische Phänomene oder Neue Medien eine Rolle. Gruppenpsychologische beispielsweise, weil der Einzelne die Erfahrung macht, dass seine eigene, individuelle Meinung von Anderen geteilt wird, er also nicht alleine mit seiner Meinung zum Problem dasteht. Die Erfahrung, dass die eigene Meinung von Anderen geteilt wird, motiviert somit nicht nur zum Zusammenschluss, sondern sie verstärkt und verfestigt die eigene Meinung. Je mehr Personen sich nun finden, die die gleiche Meinung vertreten und sich zusammenschließen, desto mehr bestätigen sie sich gegenseitig in ihrer je eigenen, individuellen Meinung, die sie miteinander teilen und desto fester und bestimmter vertreten sie diese Meinung auch. Neue Medien beispielsweise,

weil, wie im Kapitel „Von der demokratischen Hoffnung zum bloßen Medium“ ausgeführt, die Bürger sich nur jene Informationen aneignen, die ihre eigene Meinung bestärken. Beides, der gruppenpsychologische Faktor und der Umgang mit den Neuen Medien, mögen damit dazu beitragen, dass konnektive Sphären noch viel stärker auf ihrer Meinung zum Problem beharren, als sie es ohnehin schon tun. Der Hauptgrund aber warum viele konnektive Kollektive in einem agonistischen Verhältnis zu einander stehen, ist, dass jedes von ihnen sich aufgrund der Meinung zum Problem gebildet hat. Würden sie ihre Meinung zum Problem aufgeben, wären sie in ihrer Existenz bedroht. Aus diesem Grund streben konnektive Kollektive nicht nach einem Konsens, sondern nach der Durchsetzung der eigenen Meinung. In diesem Sinne stehen sich konnektive Kollektive, wenn von einer höheren Ebene betrachtet, agonistisch gegenüber. Viele konnektive Sphären mögen sich somit wie eine diskursive Öffentlichkeit um ein Problem und nicht um eine Meinung zum Problem bilden, weil aber jede einzelne von ihnen sich um die Meinung zum Problem gebildet hat, und ihr Bestand von dieser Meinung abhängt, stehen sie in einem agonistischen Verhältnis zueinander.

Daher ist auch die Frage, ob die Unterscheidung zwischen vielen konnektiven Sphären und einer diskursiven Öffentlichkeit von der Beobachtungsebene abhängt, mit Nein zu beantworten. Eine Themenöffentlichkeit impliziert immer noch die Idee eines zu findenden oder zu erarbeitenden Konsenses; aufgrund der hervorgehobenen Stellung der Meinung für konnektive Kollektive können konnektive Sphären von einer höheren Beobachtungsebene hingegen keine diskursive Öffentlichkeit bilden. Von einer höheren Beobachtungsebene aus agieren konnektive Kollektive in einem agonistischen Raum, in dem es nicht mehr um die Meinungsbildung anhand von Diskursen und den Austausch von Argumenten geht, sondern um die Durchsetzung der eigenen Meinung.

Und das entspricht den Ideen der Postmoderne weitaus mehr, als denen der Moderne. Überhaupt war es die Aufgabe der diskursiven Öffentlichkeit, die vereinzelt Individuen, die Individualität mit Individualismus verwechselt haben, aber auch Kollektive, die eine bestimmte Meinung vertreten haben, wieder zusammenzuführen und ihnen aufzuzeigen, dass sie Teil eines größeren Ganzen sind. Dass es mehr als eine konnektive Sphäre gibt, ist somit schon problematisch. Dass allerdings diese vielen konnektiven Sphären von den konnektiven Kollektiven auch nicht mehr um das Problem, sondern um eine Meinung zum Problem gebildet werden, verschärft den Zustand zusätzlich: Jede konnektive Sphäre, die entsteht, bildet sich um die je individuelle Meinung des Akteurs, die allerdings von anderen geteilt wird. Mit anderen Worten: Mit den konnektiven Sphären werden nicht gemeinschaftliche, kollektive oder öffentliche Meinungen vertreten, sondern die je individuellen Meinungen der

Akteure. Sich als Teil eines Ganzen zu fühlen, ist unter solchen Bedingungen kaum möglich. Die Einheit, welche gerade mit der diskursiven Öffentlichkeit angestrebt werden sollte und darin bestand mit demjenigen mit dem man uneinig war, einig zu werden, wird durch die konnektiven Sphären untergraben.

Aus postmoderner Perspektive hingegen, die gerade nicht danach strebt, das Teil in ein Ganzes zu überführen, erlauben gerade viele konnektive Sphären jedem Bürger, seiner je individuellen Meinung Gewicht zu verleihen, ohne sich anderen Meinungen beugen zu müssen. Marginalisierten und unterdrückten Personen oder Kollektiven, aber auch jenen, die mit ihrer Meinung in der Minderheit sind, bietet sich dadurch erst die Möglichkeit an, sich Gehör zu verschaffen. Ob daraus geschlossen werden kann, dass viele konnektive Sphären automatisch demokratischer sind als bloß eine,⁸²⁷ weil sie beispielsweise ein Mittel gegen die „Tyrannei der Mehrheit“⁸²⁸ sind oder die hegemoniale Machtstruktur der diskursiven Öffentlichkeit aufbrechen, ist per se nicht zu beantworten. Diese Frage hängt von der konkreten Meinung ab, auf deren Grundlage sich die konnektive Sphäre gebildet hat. Was jedoch festgehalten werden kann, ist, dass sie eher der Postmoderne und ihrem Verständnis von der Welt entsprechen als einer diskursiven Öffentlichkeit.

Das agonistische Verhältnis konnektiver Kollektive wirft jedoch unweigerlich die Frage auf, wie sich ein konnektives Kollektiv gegenüber anderen konnektiven Kollektiven, die sich alle um das gleiche Problem aber aufgrund unterschiedlicher Meinungen gebildet haben, durchsetzt. Mit der Antwort darauf, sind wir auch in der Lage zu bestimmen, wann ein konnektives Kollektiv zu einer konnektiven Öffentlichkeit wird.

2.5. „Kampf um Aufmerksamkeit“⁸²⁹

Das agonistische Verhältnis von konnektiven Kollektiven, die sich um das gleiche Problem gebildet haben, wirft die Frage auf, wie sich das eine Kollektiv gegen die anderen durchsetzen kann?⁸³⁰ Wie gewinnt also das eine Kollektiv die Oberhand gegenüber den anderen und kommt in den Genuss, beispielsweise das politische System als Adressaten seiner Meinungsäußerung an sich zu binden? Selbst für den Fall, dass es keine anderen konkurrierenden Kollektive gibt, bleibt diese Frage relevant. Auch in diesem Fall stellt sich

⁸²⁷ Wie es Fraser, N.: 2008. S. 291 im Hinblick auf viele Öffentlichkeiten annimmt.

⁸²⁸ Der Begriff entliehen von Alexis de Tocqueville.

⁸²⁹ So der Titel und die Kernthese von Nolte, K.: 2005.

⁸³⁰ Diese Frage werfen beispielsweise Dahlgren, P.: 2005. S. 152 oder Perlot, F.: 2008. S. 28 in Bezug auf Teil- und Fallöffentlichkeiten auf.

die Frage, wie die konnektiven Kollektive ihren Adressaten an ihre Meinung⁸³¹ zum Problem binden.

Im Rahmen der diskursiven Öffentlichkeit erfolgt beides, die Durchsetzung der einen Meinung gegen die andere, als auch die Bindung des politischen Systems durch den Diskurs. Anhand des Diskurses setzt sich immer eine Meinung gegen die andere durch, weil sie die überzeugenderen Argumente hervorbringt. Das politische System ist im Anschluss an den Diskurs an die öffentliche Meinung gebunden, weil ein Konsens erzielt wurde.

Konnektive Kollektive hingegen tragen die Konkurrenz ihrer Meinungen durch die Generierung von Aufmerksamkeit aus. Sie binden den Adressaten, den sie für ihre Meinung zum Problem gewinnen wollen, indem sie seine Aufmerksamkeit für sich gewinnen.

Aufmerksamkeit ist ein Sachverhalt, über den bis jetzt wenig bis gar keine theoretischen Diskussionen in der Soziologie und Politikwissenschaft geführt wurden. Das Feld wurde überwiegend der Philosophie, Pädagogik, Psychologie oder Neurologie überlassen.⁸³² So war Aufmerksamkeit als menschliche Eigenschaft immer wieder im Fokus von philosophischen Untersuchungen. Angefangen bei Aristoteles, Descartes, über Husserl bis hin zu Heidegger wurde sie immer wieder unterschiedlich interpretiert⁸³³ und hatte in unterschiedlichen kulturellen Kontexten verschiedene Bedeutungen.⁸³⁴ Im Mittelalter beispielsweise entzündete sich das Interesse an Aufmerksamkeit an der theologischen Frage nach der Häufigkeit des Gebets: Sollte ein permanentes Gebet, folglich die permanente Aufmerksamkeitszuwendung des Betenden an Gott, als eine bloße Gewohnheit, Wiederholung, gar Pflichterfüllung verstanden werden, was das Gebet in seiner Bedeutung und Funktion als Gespräch mit Gott degradieren würde? Oder ist ein permanentes Gebet eher ein Beweis für das Engagement und die Aufrichtigkeit des Betenden?⁸³⁵

Wirklich ins Zentrum von Diskussionen geriet Aufmerksamkeit als menschliche Eigenschaft erst mit der Aufklärung und der zentralen Stellung der Vernunft. Da der Mensch ein vernünftiges Wesen ist und zugleich über diese Vernunft selbst verfügen kann, ist er in der Lage, seine Vernunft von Dingen abzuwenden und auf andere bestimmte Dinge zu lenken. Er ist dafür verantwortlich, worauf er seine Vernunft richtet. Seine Vernunft zu lenken, d. h.

⁸³¹ Im weiteren Verlauf werden der Einfachheit halber die möglichen Adressaten auf das politische System beschränkt, vor allem weil der Adressat der diskursiven Öffentlichkeit immer das politische System ist. Darauf, dass konnektive Kollektive sich auch auf andere Adressaten beziehen können, wird weiter unten kurz eingegangen.

⁸³² Zu dieser Feststellung kommt Schroer, M.: 2014. S. 194.

⁸³³ Für einen Überblick der philosophischen Positionen vgl. Waldenfels, B.: 2004. S. 18ff.

⁸³⁴ Vgl. dazu am historischen Beispiel von Israel und Ägypten Assmann, J.: 2001.

⁸³⁵ Vgl. dazu v. Moos, P.: 2001. S. 96.

gezielte und dauernde Aufmerksamkeit einem Ding zu widmen, wird zu einem Teil der bürgerlichen Bildung, gar Tugend.⁸³⁶ Jenes Individuum, das in der Lage ist, seine Aufmerksamkeit zu lenken, ist im Gegensatz zu jenem Individuum, das nur flüchtig Aufmerksamkeit aufzubringen vermag, tugendhaft. Im Unterschied dazu setzt sich mit dem 19. Jahrhundert immer mehr die Überzeugung durch, dass Zerstreuung und Ablenkung in erster Linie durch äußere Einflüsse erfolgen,⁸³⁷ wogegen sich das Individuum zur Wehr zu setzen hat.

Dadurch findet eine Wertung zwischen verschiedenen Formen der Aufmerksamkeit statt: Die willentliche Aufmerksamkeitszuwendung wird zu einer Tugend eines autonomen und emanzipierten Individuums, weil es sich auf eine Sache konzentriert ohne sich von der Außenwelt ablenken zu lassen. Hingegen ist die unwillentliche Aufmerksamkeitszuwendung auf einen Sachverhalt eher Ausdruck eines schwachen und nicht-autonomen Individuums, das, weil es sich ablenken lässt, offen für Einflüsse und gar Manipulationen aus der Außenwelt ist. Vom Individuum selbst gesteuerte Aufmerksamkeitszuwendung steht hier nicht nur in Konkurrenz zur unwillentlichen, sondern ist ihr auch überlegen.⁸³⁸

Damit wurde Aufmerksamkeit sowohl für die Pädagogik als auch für die Psychologie interessant. Um die willentliche Aufmerksamkeitszuwendung zu fördern und der unwillentlichen entgegenzuwirken, kam mit dem 19. Jahrhundert die Überzeugung auf, dass willentliche Aufmerksamkeit diszipliniert, antrainiert oder auch erlernt werden muss. Die Überzeugung verbreitete sich, dass in Anbetracht der Zerstreuung und der Einflüsse von außen, „pädagogischer Handlungsbedarf“ vorliege um die unwillkürliche Aufmerksamkeit zu kontrollieren.⁸³⁹ Lehrer sollten anhand der Sitzhaltung der Schüler darauf schließen, ob diese gerade aufmerksam sind oder nicht und geeignete Mittel anwenden, um die Aufmerksamkeit wiederherzustellen. Damit entsteht mit dem 19. Jahrhundert ein „Aufmerksamkeitsregime“, das Aufmerksamkeit durch Disziplinierung als Tugend durchsetzen will.⁸⁴⁰

Erst mit dem 20. Jahrhundert lassen sich auch soziologische Elemente in der Aufmerksamkeitsforschung ausmachen. So wird Zerstreuung, als Gegenpart zur Aufmerksamkeit nicht mehr auf eine mangelnde Fähigkeit des Individuums oder auf einzelne,

⁸³⁶ Vgl. dazu Hagner, M.: 1998. S. 279.

⁸³⁷ Vgl. dazu Thums, B.: 2008. S. 14.

⁸³⁸ Vgl. dazu Schroer, M.: 2014. S. 202ff. Vgl. zum ambivalenten Status von Aufmerksamkeit während der Aufklärung auch Crary, J.: 1999. S. 57ff.

⁸³⁹ Vgl. dazu Löffler, P.: 2014. S. 59. Wörtliches Zitat ebd. zu finden.

⁸⁴⁰ Ebd. S. 181ff. Wörtliches Zitat ebd. zu finden.

externe Faktoren zurückgeführt, sondern auf die moderne Gesellschaft selbst.⁸⁴¹ Jedes Produkt, jede politische Partei, jeder Künstler unternehmen permanent den Versuch, die Aufmerksamkeit des Käufers oder Bürgers auf sich zu lenken. Die Fähigkeit die eigene Aufmerksamkeit über längere Zeit ein und demselben Gegenstand zu widmen, wird in solch einer Gesellschaftsordnung zur Herausforderung. Das ist, je nachdem welche Position gegenüber der modernen Gesellschaft eingenommen wird, ein hinzunehmender Effekt oder ein Krankheitssymptom kapitalistischer Gesellschaftsordnung. Zerstreuung ist dann entweder gesellschaftsfähig aufgrund des Kapitalismus⁸⁴² oder ein Krankheitsbild aufgrund des Kapitalismus. In ihrer negativen Deutung geht das so weit, dass konkrete Krankheiten wie ADHS darauf zurückgeführt werden, dass Kinder in einer Gesellschaft aufwachsen, in der Zerstreuung zum Dauerzustand geworden ist.⁸⁴³ Und in ihrer positiven Deutung wird die Zerstreuung umgedeutet zur Fähigkeit zum Multitasking. Multitasking ist dann nur die positive Wendung für den Zustand, dass die Gesellschaft vom Einzelnen verlangt, seine Aufmerksamkeit auf mehrere und verschiedene Sachen gleichzeitig zu verteilen.⁸⁴⁴ In der positiven Wendung ist Zerstreuung kein Krankheitsbild mehr, sondern eine Quelle der Improvisation, weil sie unter den Bedingungen der Kontingenz dazu verhilft, andere Möglichkeiten wahrzunehmen, die durch Aufmerksamkeit verloren gehen würden.⁸⁴⁵ Verteilte Aufmerksamkeit, sprich Zerstreuung, ist dann eine Möglichkeit in der Welt zurechtzukommen, sei es gar in der Form, dass in der Freizeit Zerstreuung vom stressigen Arbeitsalltag gesucht wird.⁸⁴⁶

Welche Position auch vertreten wird, Aufmerksamkeit und Zerstreuung zeigen sich hier als in hohem Maße von der Gesellschaft geprägte Phänomene. Im Gegensatz zum 18. und 19. Jahrhundert liegt die Annahme zugrunde, dass die Art und Weise wie Aufmerksamkeit auf einen Gegenstand gerichtet wird, historischen Charakter hat.⁸⁴⁷ Trotz dieser Einsicht hat sich jedoch, wie bereits weiter oben erwähnt, um das Thema keine tiefergehende theoretische Diskussion in der Soziologie und Politikwissenschaft entfaltet. Mit einer kleinen Ausnahme die Öffentlichkeit betreffend.

Sowohl in der diskursiven als auch in der systemtheoretischen Variante der Öffentlichkeit, aber hauptsächlich in der Letzteren, spielt Aufmerksamkeit eine Rolle, wobei die

⁸⁴¹ Vgl. dazu Crary, J.: 1999. S. 48, der das vor allem bei deutschen Philosophen des 20. Jahrhunderts feststellt.

⁸⁴² Ebd. S. 30.

⁸⁴³ Wie es als extremes Beispiel Türcke, Ch.: 2012, darlegt.

⁸⁴⁴ Ebd. 56.

⁸⁴⁵ Vgl. dazu Löffler, P.: 2014. S. 1ff.

⁸⁴⁶ Ebd. S. 47.

⁸⁴⁷ So die Grundannahme von Crary, J.: 1999. S. 1.

Unterschiede, wenn es um Aufmerksamkeit geht, gering ausfallen. In ihrer diskursiven Variante lenkt die Öffentlichkeit die Aufmerksamkeit des politischen Systems auf ein Problem, in dem sie einen Diskurs über dieses Problem führt. Hier generiert bereits der öffentliche Diskurs über das Problem Aufmerksamkeit. Es kommt gar nicht darauf an, ob durch den Diskurs ein Konsens erzielt wurde oder nicht. Schon allein die Tatsache, dass ein Diskurs geführt wird, erzeugt Aufmerksamkeit beim politischen System. Selbst im Falle, dass ein Konsens nicht erreicht wird, ist die Aufmerksamkeit des politischen Systems dadurch, dass in der Öffentlichkeit über das Problem diskutiert wird, auf das Problem gelenkt. Aufgrund der generierten Aufmerksamkeit kommt das politische System gar nicht umhin, nicht auf die Öffentlichkeit einzugehen.⁸⁴⁸

In der systemtheoretischen Variante ist es nicht der Diskurs über ein Problem, welcher die Aufmerksamkeit generiert, sondern das Thema. Themen, die in der Öffentlichkeit auf welche Weise auch immer behandelt werden, machen dem politischen System deutlich, wofür es Resonanz bieten muss. Dafür reicht es nicht aus, bloß einen Diskurs über das Thema zu führen, sondern die Öffentlichkeit muss über Kenntnisse verfügen, wie die Aufmerksamkeit des politischen Systems generiert werden kann.⁸⁴⁹ Das kann beispielsweise dadurch erfolgen, dass Kenntnisse darüber vorhanden sind, welche Themen für das politische System von Interesse sind; dass das Thema von einer geeigneten Person thematisiert wird oder dass das Thema einen Sachverhalt berührt, den es so noch nicht gegeben hat.⁸⁵⁰ Das Thema dient in der systemtheoretischen Variante folglich nicht dazu, dass eine Meinung zum Thema gebildet wird, sondern dass das politische System in Kenntnis darüber gesetzt wird, dass es ein Thema gibt, mit dem sich die Öffentlichkeit beschäftigt und es sich deshalb diesem Thema annehmen sollte.⁸⁵¹ In diesem Sinne beobachtet die Gesellschaft sich durch die Öffentlichkeit permanent selbst, sie spiegelt sich in der Öffentlichkeit wider. Was dann Thema in der Gesellschaft wird, wird Thema im politischen System.⁸⁵²

Der Unterschied zwischen beiden Ansätzen liegt lediglich darin, dass in der diskursiven Variante allein dadurch, dass ein Diskurs über ein Problem geführt wird, die Aufmerksamkeit des politischen Systems eingefangen werden kann, in der systemtheoretischen Variante

⁸⁴⁸ Vgl. dazu Imhof, K.: 2008. S. 70.

⁸⁴⁹ Vgl. dazu Luhmann, N.: 1970. S. 11, der Öffentlichkeit und Aufmerksamkeit schon in den 1970er Jahren miteinander in Verbindung gebracht hat.

⁸⁵⁰ Vgl. zu dieser unvollständigen Liste ebd. S. 13, wo Luhmann allerdings selbst einräumt, dass diese Liste nur provisorischen Charakter hat, da es zum Verhältnis von Aufmerksamkeit und Öffentlichkeit bis zum Zeitpunkt seines Textes kaum Forschung gegeben hat. Vgl. zu einer ähnlichen Liste, allerdings aktuelleren Datums Nolte, K.: 2005. S. 91ff.

⁸⁵¹ Vgl. dazu Neidhardt, F.: 1994. S. 9.

⁸⁵² Vgl. dazu Gerhards, J.: 1994. S. 87, der von einem Spiegelmodell der Öffentlichkeit spricht.

jedoch nur jene Probleme oder Themen die Aufmerksamkeit des politischen Systems erlangen, für die das politische System auch zugänglich ist. Das politische System ist hier funktional ausdifferenziert und kann nur bestimmte Themen verarbeiten. In diesem Sinne sind sowohl die diskursive als auch die systemtheoretische Variante der Öffentlichkeit „die Institutionalisierung allgemeiner Aufmerksamkeit“⁸⁵³ für ein gesellschaftliches Problem oder Thema, das sich entweder in der Lebenswelt jedes einzelnen Bürgers anders ausdrückt und über das ein Diskurs geführt wird oder für ein gesellschaftliches Thema, dass das politische System, aus welchen Gründen auch immer, übersehen oder nicht behandelt hat. Was es nicht in die Öffentlichkeit schafft, verlässt auch den kleinen sozialen Rahmen, in dem es passiert, nicht.

Trotz dieser Ansätze ist die Verbindung von Aufmerksamkeit und Öffentlichkeit wenig erforscht geblieben. Das hängt überwiegend mit der Dominanz des diskursiven Verständnisses von Öffentlichkeit zusammen.⁸⁵⁴ Das normative Bild der Öffentlichkeit als eine herrschaftsfreie Sphäre, in der einzig und allein das bessere Argument regiert, ist nur schwerlich mit der Generierung von Aufmerksamkeit zu vereinen. Kommt sie ins Spiel, wird die Autorität des besseren Argumentes untergraben. Dann spielen Faktoren, wie beispielsweise die Brisanz und Aktualität des Themas oder die Lautstärke, mit der eine Position vertreten wird, ebenfalls eine Rolle beim Versuch eine öffentliche Meinung an das politische System weiterzureichen. Für konnektive Kollektive hingegen wird die Aufmerksamkeit zur zentralen Kategorie. An ihr entscheidet sich, ob aus den konnektiven Kollektiven und den konnektiven Sphären, die sie aufspannen, eine konnektive Öffentlichkeit wird oder nicht. Denn: Das agonistische Verhältnis der konnektiven Kollektive ist geprägt von einer „Ökonomie der Aufmerksamkeit“⁸⁵⁵.

Nach Georg Franck wurde Aufmerksamkeit bisher noch nicht unter ökonomischen Gesichtspunkten betrachtet. Weder haben die Wirtschaftswissenschaften Aufmerksamkeit bisher als knappe Ressource untersucht, noch haben sie sich für Aufmerksamkeit als begehrtes Einkommen interessiert.⁸⁵⁶ Allerdings lässt sich auch nicht jede Form der Aufmerksamkeit in ökonomischer Weise begreifen. Der Austausch von Aufmerksamkeit zwischen Liebenden oder Freunden ist beispielsweise ein Fall, bei dem Aufmerksamkeit nicht unter ökonomischen Gesichtspunkten betrachtet werden kann. In diesen Fällen hat die

⁸⁵³ Vgl. dazu Hahn, A.: 2001. S. 51.

⁸⁵⁴ Ebd. S. 52ff.

⁸⁵⁵ So der Titel und die zentrale These des Werkes Franck, G.: 1998. Die folgenden Überlegungen basieren zum größten Teil auf diesem Werk.

⁸⁵⁶ Ebd. S. 15.

geschenkte Aufmerksamkeit einen intrinsischen Wert. Freunde und Liebende mögen einander Aufmerksamkeit schenken, um selbst mit Aufmerksamkeit beschenkt zu werden, trotzdem erfolgt die Aufmerksamkeitszuwendung nicht rein aus egoistischen Zwecken.⁸⁵⁷ Obwohl also auch in diesen Fällen darauf geachtet wird, wie viel Aufmerksamkeit jede Seite aufbringt, lässt sich der Tauschwert von Aufmerksamkeit zwischen Freunden und Liebenden nicht an ökonomischen Größen festmachen.⁸⁵⁸ Sie etablieren damit noch keine Ökonomie der Aufmerksamkeit.

Aufmerksamkeit gewinnt in den Augen von Franck erst dann einen ökonomischen Charakter, wenn Dritte hinzukommen und den Austausch von Aufmerksamkeit beobachten. Diese Dritten waren historisch gesehen zunächst einmal die klassischen Massenmedien wie Zeitungen, Fernsehen oder Radio.⁸⁵⁹ Weil für sie die Aufmerksamkeit des Lesers, Zuschauers oder Hörers entscheidend war, haben sie als erste das Geschäft mit der Aufmerksamkeit einer industriellen Organisation unterworfen und sie damit kapitalistisch organisiert.⁸⁶⁰ Das soll nicht nur heißen, dass sie lediglich darauf aus sind, die Aufmerksamkeit des Zuschauers/Lesers für sich zu gewinnen und diese in Bares umzuwandeln, sondern sie treten auch selbst als Kreditgeber auf: Sie gewähren jemandem, der bisher noch keine Aufmerksamkeit hatte beispielsweise durch die Bereitstellung von Sendezeit Aufmerksamkeit, in der Hoffnung, dass daraus weitere Aufmerksamkeit generiert wird.⁸⁶¹

Aufgrund der zentralen Stellung der Medien findet, so Franck weiter, ein allgemeiner Geschmacks- und Stilwandel statt, der sich darin äußert, dass aus der Aufmerksamkeit, als „frei verfügbare Energie des Beachtens“ eine Art der Bezahlung wird, um die nicht nur die Medien, sondern alle werben.⁸⁶² Oder anders formuliert: Wurde Aufmerksamkeit in früheren Epochen nur den Eliten geschenkt, wird die Verteilung der Aufmerksamkeit, durch die Medien beeinflusst, zu einem ständigen Thema.⁸⁶³ Nun stehen alle in Konkurrenz um Aufmerksamkeit. Sie ist folglich nicht mehr nur im Rahmen der Medien umkämpft, sondern immer und grundsätzlich dann, wenn andere Beobachter anwesend sind.

Sind Dritte präsent wird der Austausch von Aufmerksamkeit bewertet. Diese Dritten verleihen dem Tausch von Aufmerksamkeit einen ökonomischen Wert, weil sie sich darüber austauschen, wie viel Aufmerksamkeit von der jeweiligen Seite der anderen Seite gespendet

⁸⁵⁷ Ebd. S. 76.

⁸⁵⁸ Ebd. S. 88.

⁸⁵⁹ Ebd. S. 147.

⁸⁶⁰ Ebd. S. 159.

⁸⁶¹ Ebd. S. 148.

⁸⁶² Vgl. dazu Franck, G.: 2005. S. 57. Wörtliches Zitat ebd. zu finden.

⁸⁶³ Ebd. S. 91.

wurde und in welchem Verhältnis die jeweils geleistete Aufmerksamkeit zueinander steht.⁸⁶⁴ Die Beachtung, welche geschenkt wird, wird damit zu einem Wert an sich, bei dem es nicht mehr um Sympathien geht, sondern darum, worauf Andere achten.⁸⁶⁵ Mit dem Eintritt von Dritten, die den Austausch von Aufmerksamkeit zwischen Freunden, Familie und Liebenden beobachten, werden die „lokalen Märkte“ des Aufmerksamkeitsaustausches, auf die Gesellschaft erweitert.⁸⁶⁶ Jene, die immer nur Aufmerksamkeit aufbringen, aber keine erhalten, sind die Ausgebeuteten und jene, die immer Aufmerksamkeit erhalten, aber selbst kaum welche aufbringen müssen die Einkommensmillionäre einer Ökonomie der Aufmerksamkeit.

Die ökonomische These von Aufmerksamkeit geht für Franck sogar soweit, von der Möglichkeit der Akkumulation von Aufmerksamkeit zu sprechen: Jene, die schon Aufmerksamkeit geschenkt bekommen haben, bekommen diese auch weiterhin, allein weil sie schon Aufmerksamkeit geschenkt bekommen haben.⁸⁶⁷ Wer einmal bekannt ist, erfährt in der Regel allein durch seine Bekanntheit weitere Aufmerksamkeit. Einmal erlangte Aufmerksamkeit wirft, so Franck, damit sogar Zinsen ab. Prestige in der Gesellschaft, Reputation in der Wissenschaft, oder Prominenz im Dschungelcamp, sind daher nicht nur symbolisches Kapital, wie es noch Bourdieu formulieren würde, sondern genuines Kapital. Es hat nicht nur Züge von Kapital, sondern es wirft, einmal erworben und richtig eingesetzt, wiederum Kapital in Form von weiterer Aufmerksamkeit ab.⁸⁶⁸ Aufmerksamkeit ist letztlich ebenso eine Form des Kapitals wie Geld.⁸⁶⁹ Einschaltquoten im Fernsehen, Klicks im Internet und Zitationsindexe in der Wissenschaft sind die Quantifizierung der Aufmerksamkeit als Kapital.⁸⁷⁰

Mit dieser Sichtweise impliziert Franck eine neue Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, in der sich parallel zur Geldwährung eine neue Währung der Aufmerksamkeit etabliert hat, die gleichberechtigt neben der Geldwirtschaft existiert.⁸⁷¹ Die neue Perspektive, welche Franck in die Debatte über Aufmerksamkeit eingebracht hat, ist somit, dass Aufmerksamkeit nicht nur als knappe Ressource, knappes Gut, oder als eine neue Form des Kapitals angesehen werden muss, sondern dass Aufmerksamkeit eine eigenständige Wirtschafts- und

⁸⁶⁴ Vgl. dazu Franck, G.: 1998. S. 101.

⁸⁶⁵ Ebd. S. 132.

⁸⁶⁶ Vgl. dazu Pundt, Ch.: 2002. S. 57.

⁸⁶⁷ Vgl. Franck, G.: 1998. S. 113.

⁸⁶⁸ Ebd. S. 117ff.

⁸⁶⁹ Vgl. dazu Franck, G.: 2005. S. 17.

⁸⁷⁰ Vgl. zur Quantifizierung von Aufmerksamkeit und einer damit einhergehenden Kapitalisierung von Aufmerksamkeit Terranova, T.: 2012. S. 1.

⁸⁷¹ Vgl. dazu Nolte, K.: 2005. S. 50.

Gesellschaftsordnung etabliert, die dabei ist, die alte Geldwirtschaft abzulösen.⁸⁷² Wir befinden uns, so Franck, auf dem Weg zu einem „mental Kapitalismus“⁸⁷³, in der eine Ökonomie der Aufmerksamkeit vorherrscht.

Kritik an dem Ansatz ist vorprogrammiert und fällt vielfältig aus. Der Begriff der Aufmerksamkeit ist nicht eindeutig definiert: Ist es akkumulatives Kapital, begehrte Ressource oder ein begehrtes Gut? Des Weiteren: Auch in der Ökonomie der Aufmerksamkeit dienen die Bemühungen der Akteure dazu, Geld zu verdienen, so dass die Ökonomie der Aufmerksamkeit die Geldökonomie nicht ersetzt.⁸⁷⁴ Für eine Ökonomie der Aufmerksamkeit als Gesellschaftsordnung fehlt es dem Konzept an genau bestimmten Begriffen der Klasse, des Milieus oder der Schicht.⁸⁷⁵ Aufmerksamkeit ist noch lange kein Ersatz für Geld, also bereits ein symbolisch generalisiertes Kommunikationsmittel, sondern immer noch semantisch aufgeladen und vom Kontext abhängig, weswegen sich gesellschaftliche Transaktionen damit noch nicht durchführen lassen.⁸⁷⁶ Bezüge auf Marx durch die Begriffswahl von Kapital und Akkumulation scheinen einer genaueren Untersuchung nicht standzuhalten.⁸⁷⁷ Und zu guter Letzt stellt sich die Frage, ob überhaupt von einer Ökonomie der Aufmerksamkeit gesprochen werden kann oder doch lediglich von einer Aufmerksamkeitskultur gesprochen werden sollte, wodurch Francks Thesen an Schärfe und Brisanz verlieren würden.⁸⁷⁸

Ob die Ökonomie der Aufmerksamkeit lediglich auf das Entstehen von Massenmedien zurückzuführen ist, mit der Kapital- und Akkumulationstheorie marxscher Ausprägung zu vereinen ist, ob Aufmerksamkeit nun eine knappe Ressource, begehrtes Gut, Einkommen, Währung oder Kapital ist oder ob wir uns einer neuen Gesellschaftsordnung gegenübersehen, in der Aufmerksamkeit an die Stelle von Geld tritt, spielt im Rahmen dieser Arbeit keine Rolle. Die Idee allerdings, dass es einen Raum geben kann, in dem um Aufmerksamkeit gerungen wird, hilft dabei zu verstehen, was damit gemeint ist, dass konnektive Kollektive ihre Konkurrenz über die Generierung von Aufmerksamkeit austragen.

⁸⁷² Vgl. dazu die Fußnote Nr. 1 in Schroer, M.: 2014. S. 195, der schreibt: „..., dass es ihm [gemeint ist Franck, B. F.] nicht um eine Theorie der Aufmerksamkeit, sondern allein um den zeitdiagnostischen Aspekt der Aufmerksamkeit geht, der ausschließlich im Kampf um das Erhalten von Aufmerksamkeit gesehen wird.“ Vgl. dazu ebenfalls Nolte, K.: 2005. S. 50.

⁸⁷³ So der Titel von Franck, G.: 2005.

⁸⁷⁴ Vgl. dazu Bade, A.: 2002. S. 182.

⁸⁷⁵ Vgl. dazu Bernardy, J.: 2014. S. 125ff.

⁸⁷⁶ Vgl. dazu Zurstiege, G.: 2001.

⁸⁷⁷ Vgl. dazu Strube, K.: 2002.

⁸⁷⁸ Vgl. dazu Hickethier, K.: 2002. S. 11.

Das politische System hat, sei es aufgrund nicht unendlicher Ressourcen oder seiner funktionalen Differenzierung und damit nur beschränktem Zugang zur Welt, eine nur begrenzte Menge an Aufmerksamkeit zur Verfügung, die es seiner Umwelt schenken kann. Diese beschränkte Menge an Aufmerksamkeit muss es zwischen ganz unterschiedlichen Politikfeldern, wie beispielsweise Umwelt-, Flüchtlings-, Sozial- und Wirtschaftspolitik aufteilen. Damit ist die Menge an Aufmerksamkeit des politischen Systems auf einer ersten Stufe aufgeteilt auf die verschiedenen Politikfelder. Schon hier stehen die Politikfelder in Konkurrenz zueinander und buhlen um die Gunst des politischen Systems.

Innerhalb dieser Politikfelder muss das politische System seine Aufmerksamkeit wiederum zwischen verschiedenen Themengebieten aufteilen. Auf einer zweiten Stufe ist folglich der Anteil an Aufmerksamkeit, die einem Politikfeld geschenkt wird, selbst wiederum auf die verschiedenen Themengebiete innerhalb des Politikfeldes aufgeteilt. Damit stehen nicht nur Politikfelder in Konkurrenz zueinander um die Aufmerksamkeit des politischen Systems, sondern auch die Themengebiete innerhalb der Politikfelder untereinander und zwischen den Politikfeldern. Die Konkurrenz auf dieser Stufe ist noch einmal gesteigert.

Nun hat die Öffentlichkeit sowohl in ihrer diskursiven als auch systemtheoretischen Interpretation die Aufgabe zu filtern und damit die Konkurrenz auf beiden Stufen abzumildern. In beiden Varianten filtert die Öffentlichkeit aus allem was in der Welt passiert Themen heraus und reicht sie an das politische System weiter. In der diskursiven Variante ist es dann die öffentliche Meinung zu einem Thema und in der systemtheoretischen das Thema selbst, auf das die Öffentlichkeit die Aufmerksamkeit des politischen Systems lenkt und damit ein Politikfeld und ein Themengebiet gegenüber einem anderen in den Vordergrund rückt.

Mit den konnektiven Kollektiven wird die Konkurrenz um die Aufmerksamkeit des politischen Systems jedoch noch einmal gesteigert. Konnektive Kollektive buhlen auf einer dritten Ebene um die Aufmerksamkeit des politischen Systems: Da konnektive Kollektive sich um eine Meinung zu einem Problem bilden, sprechen sie das politische System weder auf der Ebene der Politikfelder, noch der Themen an, sondern auf der Ebene der Meinungen zu einem Thema in einem Politikfeld. Sie versuchen nicht die Aufmerksamkeit des politischen Systems auf ein Politikfeld oder ein Themengebiet innerhalb des Politikfeldes zu lenken, sondern sie sind darauf aus, die Aufmerksamkeit des politischen Systems auf ihre Meinung innerhalb eines Themengebiets innerhalb eines Politikfeldes zu lenken.

Konnektive Kollektive filtern und lenken damit nicht die Aufmerksamkeit des politischen Systems, sondern versuchen für ihre Meinung die Aufmerksamkeit des politischen Systems zu generieren. Die Konkurrenz zwischen den verschiedenen Meinungen, die in der

diskursiven Öffentlichkeit noch in der Öffentlichkeit selbst ausgetragen werden und einen Diskurs durchlaufen, treffen im Falle von konnektiven Kollektiven direkt und ohne Umwege auf das politische System. Die Meinungen der jeweiligen konnektiven Kollektive prasseln ungefiltert auf das politische System ein. Die konnektiven Kollektive agieren damit in einem Raum in dem sie sich in der Generierung von Aufmerksamkeit überbieten müssen.⁸⁷⁹

Dabei ist es wichtig zu beachten, dass die Generierung von Aufmerksamkeit nicht darauf zurückzuführen ist, dass das politische System ein lediglich beschränktes Maß an Aufmerksamkeit zur Verfügung hat. Allein die Tatsache, dass die Aufmerksamkeit knapp ist, macht sie für die konnektiven Kollektive nicht begehrenswert. Die Knappheit einer Ressource begründet nicht den hohen Stellenwert der Ressource und ist damit auch nicht der Grund, warum um sie gekämpft wird.⁸⁸⁰ In diesem Verständnis wäre auch die Ursache für die zentrale Stellung der Aufmerksamkeit für konnektive Kollektive im politischen System zu suchen: Weil die Aufmerksamkeit des politischen Systems knapp ist, ist sie umkämpft. Das trifft nicht zu. Würde das zutreffen, dann würde dem politischen System mit mehr Mitteln auch eine größere Menge an Aufmerksamkeit zur Verfügung stehen. Aber die Konkurrenz um die knappe Aufmerksamkeit des politischen Systems ist nicht auf fehlende Mittel zurückzuführen. Dass Aufmerksamkeit solch eine Bedeutung für konnektive Kollektive gewinnt, hängt vielmehr damit zusammen, dass es mit den konnektiven Kollektiven aufgrund ihres agonistischen Verhältnisses zueinander ein Überangebot⁸⁸¹ an Meinungen gibt, die alle darauf aus sind, sich gegenüber anderen Meinungen zum gleichen Problem durchzusetzen und im politischen Entscheidungsprozess die entscheidende Rolle zu spielen. Es ist das Überangebot an Meinungen im Rahmen eines agonistischen Verhältnisses, in dem Meinungen nicht in einem Konsens aufgelöst werden, sondern einander unvereinbar gegenüberstehen, welches aus der bloß knappen Ressource des politischen Systems ein für die konnektiven Kollektive begehrenswertes Gut macht und dadurch die Konkurrenz um sie entfacht. Denn erst wenn sie im Besitz dieses Gutes, der Aufmerksamkeit des politischen Systems, sind, haben sie sich gegenüber anderen konnektiven Kollektiven durchgesetzt. Erst dann hat das eine konnektive Kollektiv die anderen im selben Themengebiet, die eine gegenteilige Meinung vertreten, aus dem Blickfeld des politischen Systems verdrängt. Erst dann haben sie die Aufmerksamkeit

⁸⁷⁹ Vgl. dazu Bauman, Z.: 1995. S. 20, der einen ähnlichen Gedanken formuliert. Für ihn ist die knappste aller Waren in der Postmoderne die Aufmerksamkeit, um die Gemeinschaften buhlen.

⁸⁸⁰ Wie es zutreffender Weise Goldhaber, M.: 1997 formuliert. Ähnlich auch Franck, G.: 1998. S. 50, der hier das Beispiel von Geld anbringt. Geld, so Franck, ist nicht dort knapp, wo es sowieso nichts gibt, sondern dort, wo es ein Überangebot an Möglichkeiten gibt, mit dem Geld etwas zu kaufen.

⁸⁸¹ Vgl. dazu Schroer, 2014. S. 200, allerdings allgemein auf Aufmerksamkeit bezogen und nicht explizit auf das politische System und Öffentlichkeit.

des politischen Systems sogar von einer Meinung, in einem anderen Themengebiet innerhalb eines anderen Politikfeldes abgezogen und auf sich und ihre Meinung gelenkt. Dadurch, dass sie die Aufmerksamkeit auf sich lenken, lenken sie automatisch die Aufmerksamkeit des politischen Systems von anderen konnektiven Kollektiven in anderen Themengebieten und Politikfeldern weg. Sie werden selbst zum Thema, weil sie andere und anderes verdrängt haben.⁸⁸² Selbst wenn das politische System im Anschluss an eine erfolgreiche Generierung der Aufmerksamkeit nicht der Meinung, für die die Aufmerksamkeit generiert wurde, folgt, so ist doch zumindest durch die generierte Aufmerksamkeit das Thema ins Blickfeld des politischen Systems gerückt. Bei Aufmerksamkeit geht es darum, dass etwas ganz Bestimmtes, im Falle von konnektiven Kollektiven die eigene Meinung zum Problem, und nicht etwas Anderes ins Blickfeld gerät.⁸⁸³ Konnektive Kollektive stehen damit, weil sie sich um eine Meinung zum Problem bilden und ein agonistisches Verhältnis zueinander haben, in Konkurrenz um Aufmerksamkeit.

Bewusst wurde bis hierhin immer nur von konnektiven Kollektiven oder konnektiven Sphären und nicht konnektiven Öffentlichkeiten gesprochen, denn erst mit der Aufmerksamkeit lässt sich eine Definition von konnektiven Kollektiven als konnektive Öffentlichkeiten geben: Eine konnektive Öffentlichkeit ist jedes konnektive Kollektiv, dass den Versuch unternimmt, Aufmerksamkeit auf sich zu lenken. Lediglich ein konnektives Kollektiv zu sein, d. h. eine Sphäre zwischen der eigenen Privatheit und dem Adressaten der eigenen Meinung aufzuspannen, sich aufgrund der gleichen Meinung zu einem Problem zusammenzufinden und in einem agonistischen Verhältnis zu anderen konnektiven Kollektiven zu stehen, reicht demnach nicht aus, um als konnektive Öffentlichkeit zu gelten. Das konnektive Kollektiv muss auch versuchen Aufmerksamkeit für die eigene Meinung zu generieren. Das gilt allgemein für alle konnektiven Kollektive. Für die spezifisch politische Variante gilt: Ein konnektives Kollektiv ist eine politisch-konnektive Öffentlichkeit, wenn es durch die Generierung von Aufmerksamkeit das Ziel verfolgt, seine Meinung gegenüber anderen Meinungen durchzusetzen und Einfluss auf die Entscheidungsfindung des Adressaten auszuüben.⁸⁸⁴

⁸⁸² Vgl. dazu unabhängig von konnektiven Kollektiven, sondern allgemein zu Aufmerksamkeit Waldenfels, B.: 2004. S. 102.

⁸⁸³ Ebd. S. 16.

⁸⁸⁴ Entsprechend gilt dann beispielsweise: Ein konnektives Kollektiv ist eine medial-konnektive Öffentlichkeit, wenn sie mit dem Versuch der Generierung von Aufmerksamkeit das Ziel verfolgt, den Empfängerkreis ihrer Meinung zu erweitern.

Aus diesem Grunde ist der Kampf um Aufmerksamkeit im politischen Rahmen, auch die heutige Form des „Kampfes um Anerkennung“⁸⁸⁵.⁸⁸⁶ Während der Kampf um Anerkennung niemals die Anerkennung anderer Meinungen durch Andere ausschließt, geht es bei der Generierung von Aufmerksamkeit gerade um den Ausschluss anderer Meinungen und die Durchsetzung der eigenen Meinung. Eher ist der Kampf um Anerkennung eine Unterform des Kampfes um Aufmerksamkeit. Jedes Kollektiv, das anerkannt werden will, muss zunächst einmal überhaupt Aufmerksamkeit generieren, d. h. sich in eine konnektive Öffentlichkeit transformieren. Der Kampf um Aufmerksamkeit ist die postmoderne Form des Kampfes um Anerkennung.⁸⁸⁷

Entscheidend ist nun, dass der bloße Versuch und nicht erst die erfolgreiche Generierung entscheidend ist, um als konnektive Öffentlichkeit zu gelten. Würde die Definition von der erfolgreichen Generierung von Aufmerksamkeit im Gegensatz zum bloßen Versuch abhängen, wäre sie auf Sichtbarkeit beim Adressaten reduziert. Erst die erfolgreiche Generierung von Aufmerksamkeit, sprich im Falle, dass es gelungen ist, die Aufmerksamkeit des Adressaten auf sich zu lenken und die anderen aus dem Blickfeld zu drängen, würde das konnektive Kollektiv zur Öffentlichkeit werden. Die Frage, ob ein konnektives Kollektiv nun eine Öffentlichkeit darstellt oder nicht, wäre mit der Frage verbunden, ob sie für den Adressaten, dessen Aufmerksamkeit angestrebt wird, sichtbar ist oder nicht. Von jenem gesehen zu werden, um dessen Aufmerksamkeit sich bemüht wird, wäre hier ausschlaggebend. Sichtbarkeit wäre das entscheidende Kriterium und zwar auch nur Sichtbarkeit für den, auf den die Generierung der Aufmerksamkeit abzielt. Der Unterschied zum mittelalterlichen Verständnis von Öffentlichkeit wäre hier nicht besonders groß.

Der Versuch hingegen schließt die Möglichkeit mit ein, dass das konnektive Kollektiv daran gescheitert ist, die Aufmerksamkeit des Adressaten auf sich zu lenken, aber dafür die Aufmerksamkeit von Anderen generiert hat, beispielsweise von Journalisten, Künstlern oder Wissenschaftlern. In diesem Fall mag das konnektive Kollektiv daran gescheitert sein, die Aufmerksamkeit des Adressaten zu generieren, für Andere jedoch kann es durchaus aufgrund der Generierung von Aufmerksamkeit, die gar nicht primär auf diese anderen ausgerichtet war, sichtbar geworden sein. Der Versuch zur Generierung von Aufmerksamkeit dient

⁸⁸⁵ So der Titel von Honneth, A.: 2003.

⁸⁸⁶ Vgl. dazu Nolte, K.: 2005. S. 13. Allerdings führt Nolte diesen aufkommenden Kampf auf die Massenmedien zurück. So argumentiert er, dass in Demokratien rechtlich gesehen Anerkennung garantiert ist, und sich deshalb der Kampf um Anerkennung in den Massenmedien abspielt, da ihre knappe Ressource von Haus aus Aufmerksamkeit ist.

⁸⁸⁷ In Anlehnung an Nolte, K.: 2005. S. 14, der allerdings nicht von Postmoderne, sondern Moderne spricht.

natürlich auch immer der Sichtbarkeit, aber sie muss nicht erfolgreich sein in dem Sinne, dass auch immer die Aufmerksamkeit des Adressaten geweckt wird.

Für den Fall allerdings, dass der Versuch der Generierung von Aufmerksamkeit gänzlich gescheitert ist, dass also das konnektive Kollektiv niemandes Aufmerksamkeit weckt, außer derer, die an ihm beteiligt sind, gilt, dass dieses konnektive Kollektiv lediglich seine Meinung veröffentlicht hat. Niemand anderes hat dann Kenntnis von der Meinung des konnektiven Kollektivs. In diesem Fall bleibt es tatsächlich nur ein konnektives Kollektiv, dass eine Meinung veröffentlicht hat, ohne die Qualität einer konnektiven Öffentlichkeit zu erreichen.

Der Versuch kann nun unterschiedlicher Natur sein. Zunächst kann es ausreichend sein, Routinen zu stören. Routinen erlauben es die Aufmerksamkeit, die gespendet wird, sehr weit herunterzuschrauben und Tätigkeiten auszuführen ohne große Aufmerksamkeit für die Tätigkeit aufzubringen.⁸⁸⁸ Eine Möglichkeit Aufmerksamkeit zu generieren wäre dann folglich Routinen zu unterbrechen, beispielsweise durch Demonstrationen oder Proteste. Proteste und Demonstrationen können von konnektiven Kollektiven so angelegt werden, dass sie beispielsweise Bauarbeiten an einem Bahnhof behindern. Wenn dann noch die Polizei unverhältnismäßig ihrer Funktion nachgeht, um den routinierten Ablauf der Bauarbeiten oder auch nur des Verkehrsflusses aufrechtzuerhalten, wird mit ziemlicher Sicherheit Aufmerksamkeit generiert.

Eine andere Möglichkeit sind Skandale: Skandale sind nicht von vornherein Skandale, sondern müssen erst als solche durch eine bestimmte Menge an Menschen identifiziert werden.⁸⁸⁹ Konnektive Kollektive können daher gesellschaftliche Normen absichtlich brechen oder ihren Bruch durch andere bekanntmachen, um dadurch die Aufmerksamkeit auf die eigene Meinung zu lenken. Dass solche inszenierten Skandale auch Gegenkampagnen auslösen können,⁸⁹⁰ d. h. die Aufmerksamkeit auch auf die gegenteilige Meinung lenken können, ist ein Dilemma mit dem konnektive Kollektive umzugehen haben.

Die Generierung von Aufmerksamkeit kann jedoch auch in professionelle Hände gelegt werden, namentlich in die der Werbeindustrie. Hier erfolgt die Generierung von Aufmerksamkeit nicht mehr primär über das konnektive Kollektiv selbst, sondern über Werbefachleute. Diese „Attraktoren für die Lenkung und Umlenkung massenhafter

⁸⁸⁸ Vgl. dazu Schroer, M.: 2014. S. 196 für den darin ein Grund liegt, weshalb sich die Soziologie bisher noch kaum mit Aufmerksamkeit befasst. Die Soziologie, so Schroer, ist mit Fragen sozialer Ordnung und damit auch immer Routinen beschäftigt, weshalb Aufmerksamkeit in der Disziplin bisher so eine kleine Rolle gespielt hat.

⁸⁸⁹ Vgl. dazu Bösch, F.: 2011. S. 30.

⁸⁹⁰ Vgl. dazu Bulkow, K. / Petersen, Ch.: 2001. S. 9.

Aufmerksamkeit“⁸⁹¹ ermöglichen es, Aufmerksamkeit mit berechenbarem Aufwand zu generieren.⁸⁹² Sie haben die Generierung von Aufmerksamkeit zur Profession gemacht und überlassen es nicht mehr dem Zufall, ob diese generiert wird oder nicht.

Ein anderer Weg um Aufmerksamkeit zu generieren, der vermutlich am meisten Erfolg verspricht, ist, Andere für die eigene Meinung zu gewinnen, die bereits über Aufmerksamkeit verfügen, sprich Personen oder Institutionen die prominent sind. Diese sind, in der Sprache der Ökonomie der Aufmerksamkeit, wie bereits ausgeführt, Aufmerksamkeitsmillionäre.⁸⁹³ Sie erhalten Aufmerksamkeit, weil sie diese bereits erhalten haben. Einen Prominenten für die eigene Meinung zu gewinnen, bedeutet daher, die Aufmerksamkeit all jener für die eigene Meinung zu bekommen, die der Person oder Institution schon vorher Aufmerksamkeit geschenkt haben.⁸⁹⁴ Und ist der Adressat nicht das politische System, sondern beispielsweise das Wirtschaftssystem ist der Konsum „Mittel im Kampf um Aufmerksamkeit“⁸⁹⁵.

Diese Liste an möglichen Wegen Aufmerksamkeit zu generieren, ist unvollständig und unausgereift. Das hat einerseits damit zu tun, dass Aufmerksamkeit und noch sehr viel weniger die Generierung von Aufmerksamkeit, außerhalb der Pädagogik und Psychologie, bisher als Untersuchungsgegenstand in Erscheinung getretenen ist. Erst langsam beginnt aufgrund der Neuen Medien Aufmerksamkeit in den Fokus der Forschung zu geraten, allerdings eher aus programmiertechnischer Perspektive.⁸⁹⁶

Ein weiterer Grund, weshalb es schwierig ist allgemeine Methoden zur Generierung von Aufmerksamkeit zu formulieren, liegt darin begründet, dass es keinen Generalschlüssel zur Generierung von Aufmerksamkeit für alle Bereiche der Gesellschaft gibt.⁸⁹⁷ Soll folglich Aufmerksamkeit geschaffen werden, reichen Techniken der Aufmerksamkeitsgenerierung alleine nicht aus, sondern die Generierung der Aufmerksamkeit muss auch an jenen und jenes ausgerichtet sein, deren oder dessen Aufmerksamkeit generiert werden soll.⁸⁹⁸ Systemtheoretisch argumentiert, reagiert jedes funktional ausdifferenzierte System auf andere Reize in der Umwelt. Eine Methode, die beim politischen System erfolgreich angewendet

⁸⁹¹ Vgl. dazu Franck, G.: 1998. S. 62.

⁸⁹² Ebd. S. 70.

⁸⁹³ Ebd. S. 10.

⁸⁹⁴ Hahn, A.: 2001. S. 56 spricht in diesem Fall von „reflexiver Aufmerksamkeit“.

⁸⁹⁵ Vgl. dazu Nolte, K.: 2005. S. 132.

⁸⁹⁶ Vgl. hierzu nur beispielhaft den Artikel von Bucher, T.: 2012, der darin beschreibt, wie der Programmcode von Facebook gezielt die Aufmerksamkeit des Users lenkt. Vgl. Allgemeiner in Bezug auf Medien Nolte, K.: 2005.

⁸⁹⁷ Darauf weist Zurstiege, G.: 2001 hin. Jeder der Aufmerksamkeit nicht bereichsspezifisch auffasst, argumentiert, so Zurstiege, in den „Grauzonen interdisziplinären Rasonnements“ und das mit erheblichen Nachteilen für die Gültigkeit der Argumentation.

⁸⁹⁸ Vgl. dazu Eder, J.: 2002. S. 40.

wurde, muss beim Wirtschaftssystem nicht erfolgreich sein. So erfolgt die Generierung von Aufmerksamkeit im Bereich des Wirtschaftssystems in allererster Linie durch den Konsum. Eine abschließende Antwort auf die Frage, wie konnektive Kollektive Aufmerksamkeit generieren und dadurch zu konnektiven Öffentlichkeiten werden, ist nicht möglich. Sie hängt sowohl vom Adressaten, dessen Aufmerksamkeit generiert werden soll, als auch von den Möglichkeiten die dem konnektiven Kollektiv zur Verfügung stehen, ab.

Am Ende bleibt festzuhalten, dass konnektive Kollektive sich anhand der Generierung von Aufmerksamkeit in konnektive Öffentlichkeiten umwandeln, dabei aber ihre Techniken der Aufmerksamkeitsgenerierung an den Adressaten anpassen müssen, den sie erreichen wollen.

2.6. Empirische Hinweise

Empirisch sind konnektive Öffentlichkeiten, durch beispielsweise die Operationalisierung einzelner Merkmale, nicht nachzuweisen, zumindest im Rahmen der vorliegenden Arbeit, aber auch darüber hinaus. Die Schwierigkeit liegt dabei nicht in den einzelnen Merkmalen, die weiter oben ausgearbeitet wurden. Jedes der Merkmale wurde für sich alleine bereits durch Andere empirisch ausgearbeitet und untersucht. Selbst die Logik konnektiver Handlung wurde von ihren Entwicklern, wenn auch nur im Rahmen von Neuen Medien, empirisch untersucht. Die Schwierigkeit liegt vielmehr darin, dass das Konzept der konnektiven Öffentlichkeiten all diese in der bisherigen Forschung getrennt voneinander untersuchten Merkmale zusammenführt. Die konnektiven Öffentlichkeiten zeigen sich folglich nicht durch eine agonistische Struktur oder dadurch, dass sie Aufmerksamkeit generieren oder, dass sie die Grenze zwischen Privatheit und Öffentlichkeit beliebig ziehen. Sie zeigen sich vielmehr darin, dass durch die Beliebigkeit der Grenzziehung der freie Zugang durch Selbstzensur ersetzt wird, dessen Folge wiederum ist, dass konnektive Öffentlichkeiten in einem agonistischen Verhältnis zueinanderstehen und gezwungen sind, sich über die Generierung von Aufmerksamkeit gegen andere konnektive Öffentlichkeiten durchzusetzen. Dieser Zusammenhang aller Merkmale macht es fast unmöglich konnektive Öffentlichkeiten empirisch nachzuweisen.

Ein weiteres Problem ist, dass in der Realität kaum ein Fall vorzufinden sein wird, der alle vier Merkmale ausgeprägt aufweist. In dem einen Fall wird das eine Merkmal, in dem anderen Fall das andere Merkmal ausgeprägter sein und in einem dritten Fall könnte es sein, dass ein Merkmal gänzlich fehlt. Beides zusammen erschwert und macht es gar unmöglich konnektive Öffentlichkeiten empirisch nachzuweisen.

Obwohl der empirische Nachweis nur schwerlich möglich ist, lassen sich bei der Untersuchung einzelner Fälle empirische Hinweise dafür ausmachen, dass konnektive Öffentlichkeit nicht bloß theoretische Glasperlenspielereien sind. Im Folgenden ist das gewählte Beispiel die Proteste um *Stuttgart 21*. Dieses Beispiel für konnektive Öffentlichkeiten soll kurz dargelegt werden. Selbst dort können jedoch nur zwei Merkmale gänzlich ausgeprägt beobachtet und nur indirekt auf die anderen Merkmale geschlossen werden.

Im Rahmen der Proteste um *Stuttgart 21* gegen das Vorhaben der Deutschen Bahn AG, den Stuttgarter Hauptbahnhof und damit auch den diesen umgebenden städtischen Raum neu zu gestalten, versammelten sich Bürger verschiedener sozialer Herkunft, Berufe und Lebenssituationen, um gegen diese Umgestaltung zu protestieren.⁸⁹⁹ Das Publikum war, zumindest wenn es um die Gründe für die Teilnahme an den Protesten ging, sehr heterogen. Das ergibt sich durch einen flüchtigen Blick auf die Liste der Initiativen, die sich dem „Aktionsbündnis gegen Stuttgart 21“ als übergeordnetes Bündnis angeschlossen haben. Dazu gehörten so unterschiedliche Vereine und Verbände wie „Leben in Stuttgart“, „Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland“ (BUND), der Stuttgarter Kreisverband der Bündnis 90/Die Grünen, der Fahrgastverband „Pro Bahn“, der „Verkehrsclub Deutschland“, das parteifreie Bündnis „Stuttgart Ökologisch Sozial“ mit der Abkürzung SÖS, Die Linke, die „Schutzgemeinschaft Filder e. V.“ und sogar das Architekturforum Baden-Württemberg.⁹⁰⁰ Daraus lässt sich schließen, dass die Gründe der Teilnahme an den Protesten so unterschiedlich waren, wie die versammelten Privatleute selbst. Einige traten an, um gegen die Umstrukturierung des städtischen Raumes zu protestieren, andere wollten Bäume retten, andere sich den neoliberalen Kräften eines international agierenden Unternehmens in den Weg stellen und wiederum andere hatten das große Ganze, das politische System der Bundesrepublik Deutschland im Blick: Nämlich dass solch ein Großprojekt ohne direkte Bürgerbeteiligung von *denen da oben* in die Wege geleitet wurde.

Hätte sich dieses Publikum bloß um das Thema *Stuttgart 21* und die Umstrukturierung des städtischen Raumes gebildet, wäre es ganz sicher nicht so einheitlich aufgetreten. Dass es jedoch so einheitlich aufgetreten ist, verdankt es der Tatsache, dass all die verschiedenen Bürger, wenn auch aus unterschiedlichen Gründen, aufgrund der gleichen Meinung und nicht

⁸⁹⁹ Das einzige ausgeprägte Merkmal der Beteiligten schien, nach einer Erhebung des Göttinger Instituts für Demokratieforschung, eine hohe Ausbildung der Beteiligten gewesen zu sein. Vgl. dazu Göttinger Institut für Demokratieforschung: 2010.

⁹⁰⁰ Die Liste ist entnommen aus dem *Wikipedia*-Artikel zu den Protesten gegen Stuttgart 21. http://de.m.wikipedia.org/wiki/Protest_gegen_Stuttgart_21. Zugriff: 11.06.2015.

des Themas zusammengekommen sind. Diese Bürger waren schon informiert und traten aufgrund einer veröffentlichten Meinung zu einem Thema zusammen. Es ging bei diesen Demonstrationen nicht um das Thema *Stuttgart 21*, sondern um die Meinung, dass *Stuttgart 21* nicht durchgeführt werden sollte. Alle Beteiligten teilten diese Meinung, wenn auch aus unterschiedlichen Gründen.

Damit lässt sich erklären, warum erst ein Vermittler von außen eingeschaltet werden musste, um zwischen den Protestlern und der Deutschen Bahn AG sowie der Politik zu vermitteln. Im Falle von *Stuttgart 21* kann eine konnektive Öffentlichkeit beobachten werden, die ihre Meinung gegenüber einer Gegenseite vertritt ohne die Absicht, die eigene Meinung anzupassen. Die Meinung der *Stuttgart 21*-Gegner war so fest, dass eine Schlichtung notwendig wurde. Aus agonistischer Perspektive betrachtet, sind die Schlichtungsgespräche zwischen der Deutschen Bahn AG und den Gegnern von *Stuttgart 21* durch den Mittler Heiner Geißler, gerade nicht ein Zeichen für die Bereitschaft der Protestler mit der Deutschen Bahn AG einen Kompromiss einzugehen, sondern eher ein Hinweis darauf, wie vehement sie ihre Meinung vertreten haben, ohne die Bereitschaft an den Tag zu legen, von dieser abzuweichen. Im Falle von *Stuttgart 21* kann dies natürlich auch auf die Gegenseite zurückgeführt werden. Die Deutsche Bahn AG hat sich nur an wenigen Stellen kooperativ gezeigt; die Protestler waren jedoch nicht minder auf ihre eigene Position fixiert. Für sie gab es keine Alternative zum Baustopp. Und für diese Meinung haben sie Aufmerksamkeit erzeugt.

Ein weiteres Beispiel für eine konnektive Öffentlichkeit sind die PEGIDA-Demonstrationen. Auch sie bestehen aus einer Menge an Personen, die sich aufgrund der gleichen Meinung, aber aus unterschiedlichen Gründen, zusammengeschlossen haben. Wie diese Meinung genau lautet, ist dabei wenig von Relevanz. Entscheidender ist, dass im Rahmen der Aufmärsche Menschen verschiedener Schichten und Milieus zusammenkommen. Jener aus dem Mittelstand, der seinen Lebensstandard bedroht sieht, jener aus dem rechtsradikalen Milieu, der qua Ideologie auf die Straße geht, jener, der mit der politischen Führung des Landes nicht einverstanden ist und viele andere. Sie alle teilen nichts, bis auf die gleiche Meinung, die sich in der Angst vor der Islamisierung des Abendlandes ausdrückt. Auch der Agonismus lässt sich im Rahmen der PEGIDA-Aufmärsche beobachten. Er drückt sich beispielsweise in der strikten Ablehnung der Beteiligten auf allen Ebenen aus, sei es auf der Führungsebene oder unter den Demonstrationsteilnehmern, sich überhaupt auf eine Kommunikation geschweige denn einen Diskurs einzulassen. Der Ausdruck *Lügenpresse* ist nicht nur eine Absage an den Diskurs, sondern an Kommunikation mit Positionen jenseits der eigenen Meinung überhaupt.

Festzuhalten bleibt, dass selbst wenn nur empirische Hinweise für konnektive Öffentlichkeiten bei den oben genannten Fällen ausgemacht werden können, das Konzept der konnektiven Öffentlichkeit immerhin einen Teil dieser Bewegungen beschreiben und gar erklären kann, während sie mit dem Konzept der diskursiven Öffentlichkeit nur schwerlich, wenn überhaupt, zu fassen sind.

VI Postmoderne Öffentlichkeiten

1. Probleme und offene Fragen

Das Konzept oder die Theorie der konnektiven Öffentlichkeiten, wie sie weiter oben entwickelt wurde, wirft viele Fragen und Probleme auf, von denen hier zum Schluss die Rede sein soll.

Zunächst einmal stellt sich die Frage, ob die in der vorliegenden Arbeit dargelegte Gegenüberstellung von diskursiver und konnektiver Öffentlichkeit in ihrer Radikalität überhaupt haltbar ist.

Sowohl die diskursive als auch die konnektive Öffentlichkeit wurden hier als zwei gänzlich unterschiedliche Konzepte oder Theorien entwickelt, die kaum miteinander zu vereinbaren sind. Dabei wurden sie nicht nur theoretisch, sondern auch sprachlich und stilistisch überzeichnet dargestellt. Dieses Vorgehen diene jedoch dazu, die Unterschiede beider Konzepte deutlicher hervorzuheben. Daher sei hier betont, dass weder die diskursive noch die konnektive Öffentlichkeit in ihrer Reinform, wie hier entwickelt, in der Realität anzutreffen sind, noch einander diametral gegenüberstehen und sich gegenseitig ausschließen. Es lassen sich heute beide Formen praktizierter Öffentlichkeit beobachten. So mag jede Epoche ihre eigene Form der Öffentlichkeit haben, was mit einer der entscheidenden Einsichten des habermasschen Strukturwandels war. Draußen in der Welt jedoch kommen die Menschen mal im Rahmen einer diskursiven und mal im Rahmen einer konnektiven Öffentlichkeit zusammen. Beide Formen existieren nebeneinander, ohne sich, entgegen des hier absichtlich erweckten Eindrucks, gegenseitig auszuschließen.

Ohnehin wurde das Konzept der diskursiven Öffentlichkeit nicht entwickelt, um die Realität abzubilden, sondern um als ein normativer Kompass zu fungieren. Das wirft die Frage auf, welchen normativen Stellenwert das Konzept der konnektiven Öffentlichkeit hat. Beschreibt sie überhaupt einen normativ erstrebenswerten Zustand oder entspricht sie eher einem empirisch-analytischen Ansatz, der lediglich, aber zumindest immerhin, unser Verständnis heutiger Erscheinungsformen der Öffentlichkeit voranbringt? Ein normativer Ansatz ist sie sicherlich nicht. Es wurden keine inhaltlichen Vorgaben gemacht, um welche Meinungen sich konnektive Öffentlichkeiten bilden oder gar bilden sollten. Es wurde lediglich festgestellt, dass sich postmoderne Öffentlichkeiten um die jeweils individuelle Meinung der Akteure bilden und dabei versuchen diese Meinung anhand der Generierung von Aufmerksamkeit durchzusetzen. Allein daraus lässt sich keine Normativität ableiten, sondern erst bei der Betrachtung der jeweiligen Meinungen, um die sich eine konnektive Öffentlichkeit gebildet hat. Allerdings entspringt auch die Normativität der diskursiven Öffentlichkeit nicht aus den

Inhalten, sprich den Themen, die sie behandelt. Kein Thema ist von vornherein vom Diskurs ausgeschlossen. Auch hier sind keine inhaltlichen Vorgaben gemacht, um welche Themen sich eine diskursive Öffentlichkeit bildet oder gar bilden sollte. Die Normativität diskursiver Öffentlichkeit entspringt vielmehr der Vorgabe, wie der *modus operandi* auszusehen habe. Hingegen wurde die Logik konnektiver Handlung nicht als die normativ anzustrebende Handlungslogik in der Postmoderne ausgewiesen, sondern die Position vertreten, dass sie die Handlungsweisen der Menschen unter den Bedingungen der Vagheit besser abzubilden vermag und ihnen eher entspricht als die Logik der kommunikativen Handlung. Es wurde somit tatsächlich ein empirisch-analytisch angehauchter Ansatz einem normativen gegenübergestellt.

Ist dann überhaupt ein Vergleich zwischen der diskursiven und konnektiven Öffentlichkeit möglich, wenn Erstere darauf abzielt, zu beschreiben wie etwas sein soll und Letztere wie etwas ist? Möglich ist er, da gerade die Postmoderne aufgedeckt hat, dass die Normativität der diskursiven Öffentlichkeit an die Moderne gebunden ist und mit dem Übergang zur Postmoderne an Gültigkeit verliert. Damit wird gewissermaßen aus einem normativen Ansatz ein historischer Ansatz; eine historische Erscheinungsform der Öffentlichkeit in einer bestimmten Epoche, auf die eine neue Erscheinungsform folgt.

Eine weitere Frage, die nicht behandelt wurde, die sich aber unweigerlich stellt, ist die nach der Legitimation. Diese Frage stellt sich vor allem, weil konnektive Öffentlichkeiten das politische System nicht mehr durch die Generierung eines Konsenses anhand eines Diskurses an sich binden, sondern versuchen durch die Generierung von Aufmerksamkeit des politischen Systems ihre eigene Meinung durchzusetzen. Da sie folglich überhaupt nicht darauf aus sind mit jenem, dessen Meinung sie nicht teilen, einen Konsens einzugehen, stellt sich die Frage wie legitim jene Meinung ist, die am Ende die Aufmerksamkeit des politischen Systems für sich gewinnen konnte. Denn was in dem Augenblick an das politische System weitergeleitet wird, ist die je individuelle Meinung lediglich jener Akteure, die die gleiche Meinung teilen. Diese Meinung hat sich weder in einer Wahl noch einem Diskurs durchgesetzt, sondern war lediglich erfolgreicher in der Generierung der Aufmerksamkeit des politischen Systems. Das stellt tatsächlich eine drängende Frage dar, deren Antwort diese Arbeit schuldig bleibt. Das allerdings nicht ohne Grund: Die Frage nach der Legitimität ist eine drängende Frage, jedoch nur für jene konnektiven Öffentlichkeiten, die sich an das politische System wenden. Für jene konnektiven Öffentlichkeiten, die den Versuch unternehmen, die Aufmerksamkeit eines Wirtschaftsunternehmens auf ihre Meinung zu lenken, stellt sie sich nicht. Systemtheoretisch formuliert, ist legitim/nicht-legitim ein Code

mit dem nur das politische System etwas anfangen kann. Für ein Unternehmen, dessen Leitunterscheidung in der Differenz von Zahlen und Nicht-Zahlen des Kunden steht, stellt sich die Frage nach der Legitimität nicht. Kommt eine konnektive Öffentlichkeit mit der Absicht zusammen ein Produkt einer Firma aufgrund welcher Meinung auch immer zu boykottieren, interessiert es die Firma zumeist wenig, ob die konnektive Öffentlichkeit dazu legitimiert ist oder nicht. Da es im Rahmen dieser Arbeit um das generelle Konzept der konnektiven Öffentlichkeit und nicht jener konnektiven Öffentlichkeiten ging, die sich an das politische System wenden, bleibt die Frage nach der Legitimität unbeantwortet.

Das sind nur drei der wichtigsten Fragen, die einer näheren Betrachtung bedürfen, aber den Rahmen der Arbeit gesprengt hätten. Eine weitere Frage wäre beispielsweise die nach der Rolle der Medien. Im Verlauf der Arbeit wurde wiederholt angemerkt, dass der hier nachgezeichnete Wandel, im Gegensatz zu vielen anderen Ansätzen, nicht auf die Neuen Medien zurückzuführen ist. Trotzdem stellt sich die Frage nach den Medien, wenn die Prämisse der konnektiven Handlung noch einmal in Erinnerung gerufen wird: Die Akteure veröffentlichen ihre bereits im Vorhinein vorgefassten Meinungen. Woher kommen aber diese Meinungen? Woher beziehen die Akteure ihre Informationen, um zu ihrer Meinung zu gelangen? Welche Rolle spielen die Medien bei der Meinungsbildung des Einzelnen? Welche Rolle spielen Leitmedien? Mit anderen Worten: Auch wenn Medien nicht die Ursache des Wandels sind, so spielen sie doch auch im Rahmen der konnektiven Öffentlichkeiten eine Rolle.

Was ist des Weiteren mit gruppenpsychologischen Effekten innerhalb eines konnektiven Kollektivs? Konnektive Kollektive und damit konnektive Öffentlichkeiten wurden als *black box* betrachtet und es wurde nur aufgezeigt, wie sie sich bilden, aber nicht auf die Dynamiken innerhalb der jeweiligen Öffentlichkeiten eingegangen. Auch wenn theoretisch gesehen kein Diskurs in ihnen stattfindet, sind sie herrschaftsfrei strukturiert? Bedarf die Logik konnektiver Handlungen überhaupt der Herrschaftsfreiheit, wenn es nur um die Meinungen, aber nicht um die Gründe geht?

Es bleiben demnach viele Fragen offen, denen allerdings drei zentrale Erkenntnisse entgegengehalten werden können.

2. Sozio-kultureller Prozesswandel

Zunächst einmal ist der habermassche Wandel der bürgerlichen Öffentlichkeit über die verschiedenen Epochen hinweg ein durch und durch von ökonomischen Veränderungen getragener Wandel. Die Entstehung der bürgerlichen Öffentlichkeit, mit ihrer Unterscheidung von Privatheit, Öffentlichkeit und Staat, hergeleitet aus der literarischen Öffentlichkeit im 18. Jahrhundert; die Politisierung der bürgerlichen Öffentlichkeit des 19. Jahrhundert; der Missbrauch der Öffentlichkeit durch den Einzelnen für die eigenen Privatinteressen auf der einen Seite und die Besetzung der Öffentlichkeit durch andere Akteure auf der anderen Seite, sind alle auf ökonomische Veränderung zurückzuführen. Erst die frühkapitalistischen Elemente des Warenverkehrs zum Ende des 17. und zu Beginn des 18. Jahrhunderts erlauben die Herausbildung der Unterscheidung von Privatheit und Öffentlichkeit.⁹⁰¹ Erst die Überwindung der Kleinwirtschaft, bei der einzelne Privatleute Handel betrieben, durch ökonomische Kollektive, wie beispielsweise Unternehmen, die auf Angestellte angewiesen waren, politisierte die bürgerliche Öffentlichkeit, indem beispielsweise die Arbeiter den Staat zur Regulation anriefen.⁹⁰² Und als mit dem 20. Jahrhundert die Medien als ein Teil der Öffentlichkeit anfangen für ihre Finanzierung auf Werbung zurückzugreifen, verloren sie ihre Eigenschaft als „Institution der Privatleute als Publikum“ und wurden zu einer „Institution bestimmter Publikumsteilnehmer als Privatleute – nämlich zum Einfallstor privilegierter Privatinteressen in die Öffentlichkeit.“⁹⁰³ Jeder Wandel wurde durch ökonomische Veränderungen eingeleitet.

Der Wandel zu den konnektiven Öffentlichkeiten der Postmoderne ist hingegen kein ökonomischer, er ist ein sozio-kultureller. Er ist nicht darauf zurückzuführen, dass sich die ökonomischen Bedingungen gewandelt haben. Vielmehr resultiert der Wandel aus den zwei Seiten der Postmoderne: Mit der theoretischen Seite und ihrer Einsicht, wie wenig emanzipierend die Moderne war und ist, setzt ein kultureller Wandel ein, der Pluralität gegenüber der Einheit aufwertet, im Kontext dieser Arbeit, den Vorrang der Meinung des Einzelnen gegenüber dem Konsens aller hervorhebt. Mit der praktischen Seite der Postmoderne, dem Zustand der permanenten Vagheit, verändern sich die sozialen Grundlagen der Handlung, so dass Handlungen immer nur unter der Prämisse ausgeführt werden, dass zumindest ihre Konsequenzen nicht bedingungslos getragen werden müssen. Beides

⁹⁰¹ Vgl. dazu Habermas, J.: 1990. S. 72ff.

⁹⁰² Ebd. 227ff.

⁹⁰³ Ebd. S. 275ff. Wörtliche Zitate ebd. S. 280 zu finden.

zusammen und nicht ökonomische Veränderungen fördern das Entstehen konnektiver Handlungsweisen und damit den Wandel von der diskursiven hin zu konnektiven Öffentlichkeiten.

Zweitens wirken sich die sozio-kulturellen Veränderungen nicht auf die Struktur der Öffentlichkeit aus, sondern auf ihren Prozess, d. h. es findet kein Strukturwandel statt, sondern ein Prozesswandel. Dass Struktur und Prozess miteinander verschränkt sind und somit der Wandel des einen unweigerlich den Wandel des anderen zur Folge hat, steht außer Frage. Versteht man allerdings grob vereinfacht Struktur als Ordnung in der Raumdimension und Prozess als Ordnung in der Zeitdimension, dann beschreibt der habermassche Wandel, bewirkt durch ökonomische Veränderung, einen Wandel, der in erster Linie die Struktur betrifft und Folgen für den Prozess der Öffentlichkeit hat, wohingegen der hier vorliegende Wandel in erster Linie den Prozess betrifft und Folgen für die Struktur der Öffentlichkeit hat. Auf diesem Verständnis von Struktur und Prozess fußend, beschreibt der habermassche Wandel, wie die räumliche Anordnung der Akteure zueinander sich innerhalb der Öffentlichkeit verändert hat: Der Bürger, der eigentlich im Zentrum angesiedelt sein sollte, wird durch andere Akteure immer weiter an den Rand oder gar aus dem öffentlichen Raum gedrängt. Die Öffentlichkeit wird zu einem Raum, der von der Verwaltung und den Privatinteressen besetzt ist. Das Besondere an dieser feindlichen Übernahme ist, dass sie die Struktur, sprich die Anordnung der einzelnen Akteure innerhalb der Öffentlichkeit als Raum, verändert. Den Diskurs, als die Art und Weise wie die Öffentlichkeit sich über die Zeit hinweg ordnet, wandelt sie nicht. Gewiss vereinnahmen die neuen Akteure im Zentrum der Öffentlichkeit den Diskurs für sich, unterwandern diesen und verfälschen ihn damit. Aber diese Akteure zielen nicht darauf den Diskurs durch etwas Anderes zu ersetzen, sondern sie wollen ihn sich vielmehr zunutze machen. Erst in einem zweiten Schritt folgt daraus eine Veränderung des Diskurses. Daher ist der habermassche Wandel in erster Linie ein Strukturwandel.

Der Wandel von dem hier gesprochen wird, berührt hingegen in erster Linie den Prozess. Mit dem Übergang von der Moderne zur Postmoderne verändert sich die Art und Weise, wie sich Öffentlichkeiten über die Zeit organisieren: Eben nicht mehr anhand kommunikativer, sondern anhand konnektiver Handlungen; nicht durch Diskurs, sondern durch die Veröffentlichung der Zustimmung. Dadurch, dass der Wandel die Art und Weise, wie sich die Öffentlichkeit über die Zeit hinweg ordnet, betrifft, ist der Wandel in erster Linie ein Prozesswandel der Öffentlichkeit. Erst in einem zweiten Schritt erfolgt auch ein Strukturwandel.

Die Folgen des habermasschen Strukturwandels waren, drittens, für den Prozess der Öffentlichkeit ebenfalls weitreichend: Der Diskurs wurde verkürzt, Argumente wurden durch Personen ersetzt, Prozesse aus der Werbeindustrie drangen ein und vieles mehr, so dass gar nicht mehr von einer diskursiven Öffentlichkeit gesprochen werden konnte. Die Folgen des Prozesswandels für die Struktur der Öffentlichkeit sind mindestens genauso weitreichend: Dadurch, dass sich mit der Logik konnektiver Handlung, konnektive Öffentlichkeiten um die je individuelle Meinung der Akteure bilden, die sie miteinander teilen, rücken wieder die einzelnen Menschen ins Zentrum. Die konnektiven Öffentlichkeiten sind nicht mehr von Parteien, Verbänden und ähnlichem okkupiert, selbst dann nicht, wenn sie von diesen initiiert werden, sondern der einzelne Akteur, in Form seiner Meinung und seiner Zustimmung zur Meinung, steht im Mittelpunkt. Die Anordnung im Raum ändert sich erneut, diesmal allerdings zugunsten der Menschen. Es findet eine Rückeroberung der Öffentlichkeit durch die Menschen statt. Ob die Rückkehr des Einzelnen zurück in das räumliche Zentrum der Öffentlichkeit gleichbedeutend ist mit mehr Demokratie ist nicht generell zu beantworten. Sie entscheidet sich sowohl am Einzelfall, sprich der jeweiligen Meinung, um die sich die Öffentlichkeit gebildet hat, als auch dem zugrundeliegenden Demokratieverständnis.

Eine Arbeit wie die vorliegende, die sich zum Ziel gesetzt hat eines der zentralen Konzepte oder Theorien der Politikwissenschaft der letzten Jahrzehnte nicht nur teilweise oder in einzelnen Aspekten, sondern gänzlich in Frage zu stellen, kann nicht bei der Kritik oder Dekonstruktion stehen bleiben. Sie muss eine Alternative anbieten, die sich aus der Kritik ergibt. Das war das ausgesprochene Ziel dieser Arbeit. Den Ausgangspunkt bildete dabei die Kritik, dass die diskursive Öffentlichkeit ein an die Moderne gekoppeltes Konzept ist, dass mit dem Übergang zur Postmoderne seine Gültigkeit sogar als normatives Konzept verliert. Dieser Ausgangspunkt war und ist nicht neu. Es gab und gibt viele ähnlich gelagerte Ansätze, die die diskursive Variante der Öffentlichkeit mit der Moderne verbinden und aus postmoderner Sicht einer Kritik unterzogen haben, wie beispielsweise Ansätze über neuere Formen politischer Teilhabe, Fall- oder Teilöffentlichkeiten, oder der Agonismus. Die vorliegende Arbeit hat sich gar Teile dieser Ansätze angeeignet und für die eigene Argumentation verwendet. An einer entscheidenden Stelle jedoch ist sie über diese zahlreichen und unterschiedlichen Ansätze hinausgegangen: Sie hat sie in einem neuformulierten theoretischen Ansatz zusammengeführt.

Das war nur durch einen theoretischen Kniff möglich: Auch wenn das Konzept der diskursiven Öffentlichkeit werksgeschichtlich gesehen vor der Theorie der kommunikativen

Handlung entwickelt wurde⁹⁰⁴, wurde Ersteres im Rahmen der vorliegenden Arbeit als ein Spezialfall des Letzteren angesehen. Das ermöglichte es, nicht beim Konzept der Öffentlichkeit selbst anzusetzen, sondern noch einen Schritt weiter zu gehen und bei der zugrunde liegenden Handlungslogik anzufangen. Dadurch war es möglich, all die unterschiedlichen Ansätze, die die diskursive Öffentlichkeit kritisiert haben und sich mit ihrem Wandel beschäftigt haben, auf der gleichen Grundlage neu zu formulieren. Denn alle bisher hervorgebrachten Ansätze einer alternativen Öffentlichkeit hatten, auch wenn ihr Ausgangspunkt zumeist in der Postmoderne lag, unterschiedliche theoretische Grundlagen und Zugänge zum Problem einer sich gewandelten Öffentlichkeit. Mit der handlungstheoretischen Umdeutung der Öffentlichkeit wurde jedoch die Grundlage dafür gelegt, die unterschiedlichen Ansätze auf der gleichen theoretischen Grundlage neu zu formulieren, eben der Logik konnektiver Handlung. Erst auf dieser gemeinsamen theoretischen Grundlage war es möglich, die unterschiedlichen Ansätze zusammenzuführen. Darin liegt auch das Neue der vorliegenden Arbeit. Sie ist nicht neu, weil sie gänzlich neue Einsichten, Ideen und Zugänge zum Problem einer sich gewandelten Öffentlichkeit hervorbringt. Das Neue der vorliegenden Arbeit besteht vielmehr darin, dass sie bereits Bestehendes, aber noch nicht Zusammengedachtes, zusammenführt. Sie fügt die bereits bestehenden Einsichten, Ideen und Zugänge zum Problem einer sich gewandelten Öffentlichkeit zu einem Gesamtbild zusammen: Der Wandel von der diskursiven Öffentlichkeit der Moderne zu den konnektiven Öffentlichkeiten der Postmoderne.

⁹⁰⁴ Habermas schrieb seinen „Strukturwandel der Öffentlichkeit“ 1962, während seine Theorie der kommunikativen Handlung erst 1981 erschien.

VII Literaturverzeichnis

Abels, H.: Identität. Über die Entstehung des Gedankens, dass der Mensch ein Individuum ist, den nicht leicht zu verwirklichenden Anspruch auf Individualität und die Tatsache, dass Identität in Zeiten der Individualisierung von der Hand in den Mund lebt. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften, 2006.

Abrahamson, M.: Functionalism. Englewood Cliffs: Prentice-Hall, 1978.

Adam, A.: Rekonstruktion des Politischen. Carl Schmitt und die Krise der Staatlichkeit 1912 – 1933. Weinheim: VCH Acta Humaniora, 1992.

Ahrendt, H.: The Human Condition. Chicago: University of Chicago Press, 1959.

v. Alemann, U. / Strünck, Ch.: Die Weite des politischen Vor-Raumes. Partizipation in der Parteiendemokratie. In: Klaus, K. (Hrsg.): Elektronische Demokratie? Perspektiven politischer Partizipation. Opladen et. al.: Westdeutscher Verlag, 1999. S. 21-38.

Allen, M.: What was Web 2.0? Versions as the dominant mode of internet history. In: New Media & Society 15 (2): 2013. S. 260-275.

Amnå, E.: Active, passive and standby citizens. In: The European Wergeland Centre Statement Series. Oslo: 2012.

Amnå, E. / Ekman, J.: Standby Citizens: Diverse faces of political passivity. In: European Political Science Review 6 (2): 2014. S. 261-281.

Anders, G.: Die Welt als Phantom. Philosophische Betrachtungen über Rundfunk und Fernsehen. In: Pias, C. et. al (Hrsg.): Kursbuch Medienkultur. Die maßgeblichen Theorien von Brecht bis Baudrillard. Stuttgart: Deutsche Verlagsanstalt, 1999. S. 209-222.

Assmann, J.: Die Aufmerksamkeit Gottes. Die religiöse Dimension der Aufmerksamkeit in Israel und Ägypten. In: Assmann, A. / Assmann, J. (Hrsg.): Aufmerksamkeiten. München: Fink, 2001. S. 69-90.

Aurigi, A. / Graham, St.: The ‚crisis‘ in the urban public realm. In: Loader, B. D. (Hrsg.): Cyberspace Divide. Equality, Agency and Policy in the Information Society. London et. al.: Routledge, 1998. S. 57-82.

Auslander, Ph.: Postmodernism and performance. In: Connor, St. (Hrsg.): The Cambridge Companion to Postmodernism. Cambridge: Cambridge University Press, 2008. S. 97-115.

Autonome A.f.r.i.k.a.-Gruppe: Bewegungsle(e/h)re? Anmerkungen zur Entwicklung alternativer und linker Gegenöffentlichkeit. Update 2.0. In: Bruns, K. / Reichert, R. (Hrsg.): Reader Neue Medien. Texte zur digitalen Kultur und Kommunikation. Bielefeld: Transcript, 2007. S. 350-358.

Baacke, D. / Sander, U.: Jugendkulturen und politische Kultur. In: Heitmeyer, W. / Jacobi, J. (Hrsg.): Politische Sozialisation und Individualisierung. Perspektiven und Chancen politischer Bildung. Weinheim: Juventa-Verlag, 1991. S. 169-196.

Bade, A.: Kritische Anmerkungen zur neuen Ökonomie der Aufmerksamkeit. In: Hickethier, K. / Bleicher, J. K. (Hrsg.): Aufmerksamkeit, Medien und Ökonomie. Münster: LIT Verlag, 2002. S. 179-194.

Baethge, M.: Die politischen Folgen fortschreitender Individualisierung in der Arbeitsgesellschaft. In: Heitmeyer, W. / Jacobi, J. (Hrsg.): Politische Sozialisation und Individualisierung. Perspektiven und Chancen politischer Bildung. Weinheim: Juventa-Verlag, 1991. S. 35-54.

Bakardjieva, M.: Mundane Citizenship: New Media and Civil Society in Bulgaria. In: Europe-Asia Studies 64 (8): 2012. S. 1356-1374.

Balke, F.: Der Staat nach seinem Ende. Die Versuchung Carl Schmitts. München: Fink, 1996.

Bamford, J.: Sleepwalking into a surveillance society. In: Edwards, Ch. / Fieschi, C. (Hrsg.): UK Confidential. London: Demos, 2008. S. 113-124.

Bang, H. P.: "Yes we can": Identity Politics and Project Politics for a Late-Modern World. In: Urban Research & Practice 2 (2): 2009. S. 117-137.

Bang, H. P. / Sorensen, E.: The Everyday Maker: A New Challenge to Democratic Governance. In: Administrative Theory & Praxis 21 (3): 1999. S. 325-341.

Barassi, V. / Treré, E.: Does Web 3.0 Come after Web 2.0? Deconstructing Theoretical Assumptions through Practice. In: New Media and Society 14 (8): 2012. S. 1269-1285.

Barber, B. R.: Which Technology and which Democracy? In: Jenkins, H. / Thorburn, D.: Democracy and New Media. Cambridge: MIT Press, 2003. S. 33-48.

v. Barloewen, C.: Der Mensch im Cyberspace. Vom Verlust der Metaphysik und dem Aufbruch in den virtuellen Raum. München: Diederichs, 1998.

Barlow, J. P.: Unabhängigkeitserklärung des Cyberspace. In: Bruns, K. / Reichert, R. (Hrsg.): Reader Neue Medien. Texte zur digitalen Kultur und Kommunikation. Bielefeld: Transcript, 2007. S. 138-141.

Barnes, S.: Cyberspace. Creating Paradoxes or the Ecology of Self. In: Strate, L. / Jacobson, R. L. / Gibson, St. B. (Hrsg.): Communication and Cyberspace. Social Interaction in an Electronic Environment. Cresskill et. al.: Hampton Press, 2003. S. 229-254.

Barth, N. P.: Die Idee der Freiheit und der Demokratie bei Alexis de Tocqueville. Aarau: Keller, 1953.

Baudrillard, J.: Requiem für die Medien. In: Pias, C. et. al (Hrsg.): Kursbuch Medienkultur. Die maßgeblichen Theorien von Brecht bis Baudrillard. Stuttgart: Deutsche Verlagsanstalt, 1999. S. 279-364.

Bauman, Z.: Ansichten der Postmoderne. Hamburg: Argument-Verlag, 1995.

Bauman, Z.: Liquid Modernity. Cambridge: Polity Press: 2000.

Bauman, Z.: Postmodern Ethics. Oxford: Blackwell Publishers Ltd., 1994.

Beck, U.: Der Konflikt der zwei Modernen. In: Zapf, W.: Die Modernisierung moderner Gesellschaften. Verhandlungen des 25. Deutschen Soziologentages in Frankfurt a. M. 1990. Frankfurt a. M. / New York: Campus-Verlag, 1991. S. 40-54.

Beck, U.: Die Erfindung des Politischen. Zu einer Theorie reflexiver Modernisierung. Frankfurt a. M.: Suhrkamp, 1993.

Beck, U.: Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne. Frankfurt a. M.: Suhrkamp, 1998.

Beck, U. / Beck-Gernsheim, E.: Individualisierung in modernen Gesellschaften – Perspektiven und Kontroversen einer subjektorientierten Soziologie. In: dies. (Hrsg.): Riskante Freiheiten. Individualisierung in modernen Gesellschaften. Frankfurt a. M.: Suhrkamp, 1994. S. 10-42.

Behnke, J.: Politische Theorie und Methoden. In: Zeitschrift für Politische Theorie 3 (1): 2012. S. 76-80.

Behrends, O.: Der römische Weg zur Subjektivität: Vom Siedlungsgenossen zu Person und Persönlichkeit. In: Fetz, R. L. / Hagenbüchle, R. / Schulz, P. (Hrsg.): Geschichte und Vorgeschichte der modernen Subjektivität. Band I. Berlin et. al.: de Gruyter, 1998. S. 204-254.

Bell, D.: Democratic Deliberation. The Problem of Implementation. In: Macedo, St. (Hrsg.): Deliberative Politics. Essays on Democracy and Disagreement. Oxford et. al.: Oxford University Press, 1999. S. 70-87.

Bell, D.: What Is Liberalism? In: Political Theory 41 (5): 2013. S. 738-765.

Beneder, B.: Männerort Gasthaus? Öffentlichkeit als sexualisierter Raum. Frankfurt a. M. et. al.: Campus-Verlag, 1998.

Benhabib, S.: Models of Public Space: Hannah Arendt, the Liberal Tradition, and Jürgen Habermas. In: Calhoun, C. (Hrsg.): Habermas and the Public Sphere. Cambridge: MIT Press, 1992. S. 73-98.

Bennett, W. L. / Iyengar, Sh.: A New Era of Minimal Effects? The Changing Foundations of Communication. In: Journal of Communication 58 (4): 2008. S. 707-731.

Bennett, W. L. / Segerberg, A.: The Logic of Connective Action. Digital Media and the Personalization of Contentious Politics. In: Information, Communication & Society 15 (5): 2012. S. 739-768.

Bennett, W. L. / Segerberg, A.: The Logic of Connective Action. Digital Media and the Personalization of Contentious Politics. New York: Cambridge University Press, 2013.

Bennett, W. L. / Welss, C. / Freelon, D.: Communicating Civic Engagement: Contrasting Models of Citizenship in the Youth Web Sphere. In: Journal of Communication 61 (5): 2011. S. 835-856.

Bennett, W. L.: The UnCivic Culture: Communication, Identity, and the Rise of Lifestyle Politics. In: Political Science and Politics 34 (4): 1998. S. 741-761.

Bennett, W. L.: The Personalization of Politics: Political Identity, Social Media, and Changing Patterns of Participation. In: The Annals of the American Academy of Political and Social Science 644 (1): 2012. S. 20-39.

Bernardy, J.: Aufmerksamkeit als Kapital. Formen des mentalen Kapitalismus. Marburg: Tectum Verlag, 2014.

v. Beyme, K.: Zivilgesellschaft. Von der bürgerlichen zur nachbürgerlichen Gesellschaft. In: Merkel, W. (Hrsg.): Systemwechsel 5. Zivilgesellschaft und Transformation. Opladen: Leske & Budrich, 2000. S. 51-70.

v. Beyme, K.: Politische Theorien im Zeitalter der Ideologien. 1789 – 1945. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, 2002.

Bhabha, H. K.: Die Verortung der Kultur. Tübingen: Stauffenburg-Verlag, 2007.

Bieber, Ch.: Politische Projekte im Internet. Online-Kommunikation und politische Öffentlichkeit. Frankfurt a. M. et. al.: Campus-Verlag, 1999.

Bilden, H.: Das Individuum – ein dynamisches System vielfältiger Teil-Selbste. Zur Pluralität in Individuum und Gesellschaft. In: Keupp, H. / Höfer, R. (Hrsg.): Identitätsarbeit heute. Klassische und aktuelle Perspektiven der Identitätsforschung. Frankfurt a. M.: Suhrkamp, 1997. S. 227-250.

Bischof-Köhler, D.: Ichbewußtsein und Zeitvergegenwärtigung. Zur Phylogenese spezifisch menschlicher Erkenntnisformen. In: Barkhaus, A. et. al. (Hrsg.): Identität, Leiblichkeit, Normativität. Neue Horizonte anthropologischen Denkens. Frankfurt a. M.: Suhrkamp, 1996. S. 78-108.

Bohman, J. / Richardson, H. S.: Liberalism, Deliberative Democracy, and “Reasons that All Can Accept”. In: The Journal of Political Philosophy 17 (3): 2009. S. 253-274.

Bohman, J.: Public Deliberation. Pluralism, Complexity, and Democracy. Cambridge: MIT Press, 1996.

Bohman, J.: Public Reasons and Cultural Pluralism: Political Liberalism and the Problem of Moral Conflict. In: Political Theory 23 (2): 1995. S. 253-279.

Böhme, G.: Selbstsein und derselbe sein. Über ethische und sozialtheoretische Voraussetzungen von Identität. In: Barkhaus, A. et. al. (Hrsg.): Identität, Leiblichkeit, Normativität. Neue Horizonte anthropologischen Denkens. Frankfurt a. M.: Suhrkamp, 1996. S. 322-340.

Bohrer, K. H.: Hat die Postmoderne den historischen Ironieverlust der Moderne aufgeholt? In: Merkur. Deutsche Zeitschrift für europäisches Denken 594/595. Sonderheft 1998: Postmoderne. Eine Bilanz. S. 794-807.

Böning, Th.: Alterität und Identität in literarischen Texten von Rousseau & Goethe bis Celan & Handke. Freiburg im Breisgau: Rombach, 2001.

Borgida, E. et. al.: Civic Culture Meets the Digital Divide: The Role of Community Electronic Networks. In: Journal of Social Issues 58 (1): 2002. S. 125-141.

Bösch, F.: Kampf um Normen: Skandale in historischer Perspektive. In: Bulkow, K. / Petersen, Ch. (Hrsg.): Skandale, Strukturen und Strategien öffentlicher Aufmerksamkeitserzeugung. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften, 2011. S. 29-48.

Böse, K.: Weltrückzug und Weltbezug, Vereinzelung und öffentliche Präsenz in bildlichen Darstellungen von Eremitinnen und Reklusinnen des 15. Jahrhunderts. In: Emmelius, C. et al. (Hrsg.): Offen und Verborgen. Vorstellungen und Praktiken des Öffentlichen und Privaten in Mittelalter und Früher Neuzeit. Göttingen: Wallstein, 2004. S. 33-46.

Bourdieu, P.: Sozialer Sinn. Kritik der theoretischen Vernunft. Frankfurt a. M.: Suhrkamp, 1987.

Brandenburg, H.: Pathologies of the Virtual Public Sphere. In: Oates, S. / Owen, D. / Gibson, R. K. (Hrsg.): The Internet and Politics. Citizens, Voters and Activists. London et. al.: Routledge, 2006. S. 207-222.

Bräuchler, B.: Cyberidentities at War. Der Molukkenkonflikt im Internet. Bielefeld: Transcript-Verlag, 2005.

Brecht, Chr.: „Krise des Übergangs“. Romantische Aktualität und Modernisierung der Romantik. In: ders. / Fink, W. (Hrsg.): „Unvollständig, krank und halb?“ Archäologie moderner Identität. Bielefeld: Aisthesis-Verlag, 1996. S. 45-59.

Breier, K. H.: Liberale und despotische Demokratie. In: Herb, K. / Hidalgo, O. (Hrsg.): Alter Staat – Neue Politik. Tocquevilles Entdeckung der modernen Demokratie. Baden-Baden: Nomos, 2004. S. 63-82.

Brumlik, M.: „Politische Kultur des Streits“ im Licht sozialisationstheoretischer Überlegungen. In: Heitmeyer, W. / Jacobi, J. (Hrsg.): Politische Sozialisation und Individualisierung. Perspektiven und Chancen politischer Bildung. Weinheim: Juventa-Verlag, 1991. S. 249-260.

Bucher, T.: A Technicity of Attention: How Software ‚Makes Sense‘. In: Culture Machine 13: 2012.

Buchstein, H.: Bittere Bytes: Cyberbürger und Demokratietheorie. In: Deutsche Zeitschrift für Philosophie 44 (4): 1996. S. 583-607.

Bulkow, K. / Petersen, Ch.: Skandalforschung: Eine methodologische Einführung. In: dies. (Hrsg.): Skandale, Strukturen und Strategien öffentlicher Aufmerksamkeitserzeugung. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften, 2001. S. 9-28.

Bürger, P.: Das Verschwinden des Subjekts: Eine Geschichte der Subjektivität von Montaigne bis Barthes. Frankfurt a. M.: Suhrkamp, 1998.

Busen, A. / Weiß, A.: Ansätze und Methoden zur Erforschung politischen Denkens: The State of the Art. In: dies. (Hrsg.): Ansätze und Methoden zur Erforschung politischen Denkens. Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft, 2013. S. 15-40.

Butler, J.: Gender Trouble. Feminism and the Subversion of Identity. New York et. al.: Routledge, 1999.

Buttigieg, J. A.: Gramscis Zivilgesellschaft und die „civil-society“-Debatte. In: Das Argument 36 (4/5): 1994. S. 529-554.

Castells, M.: Die Internet-Galaxie. Internet, Wirtschaft und Gesellschaft. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften, 2005.

Chadwick, A.: Internet Politics. States, Citizens, and New Communication Technologies. New York et. al.: Oxford University Press, 2006.

Chambers, S.: Deliberative Democratic Theory. In: Annual Review of the Political Science 6: 2003. S. 307-326.

Chambers, S.: Rhetoric and the Public Sphere. Has Deliberative Democracy Abandoned Mass Democracy? In: Political Theory 37 (3): 2009. S. 323-350.

Chroust, P.: Neo-Nazis and Taliban on-line: Anti-modern Political Movements and Modern Media. In: Democratization 7 (1): 2007. S. 102-118.

Cohen, J. L.: Democracy, Difference, and the Right of Privacy. In: Benhabib, S. (Hrsg.): Democracy and Difference. Contesting the Boundaries of the Political. Princeton: Princeton University Press, 1996. S. 187-217.

Connolly, W. E.: The Ethos of Pluralization. Minneapolis: Minneapolis University Press, 1995.

Connolly, W. E.: Identity/Difference. Democratic Negotiations of Political Paradox. Minneapolis et. al.: Minneapolis University Press, 2002.

Connor, St.: Introduction. In: ders. (Hrsg.): The Cambridge Companion to Postmodernism. Cambridge: Cambridge University Press, 2008. S. 1-19.

Conway, M.: Cybercortical warfare. Hizbollah's Internet strategy. In: Oates, S. / Owen, D. / Gibson, R. K. (Hrsg.): The Internet and Politics. Citizens, Voters and Activists. London et. al.: Routledge, 2006. S. 100-117.

Cook, D.: The Last Days of Liberalism. In: Docherty, Th. (Hrsg.): Postmodernism. A Reader. New York et. al.: Harvester Wheatsheaf, 1993. S. 120-127.

Coulclelis, H. / Geits, A.: Conceptualizing and Measuring Accessibility within Physical and Virtual Spaces. In: Janelle, D. G. / Hodge, D. C. (Hrsg.): Information, Place, and Cyberspace. Issues in Accessibility. Berlin: Springer, 2000. S. 15-20.

Crary, J.: Suspension of Perception. Attention, Spectacle, and Modern Culture. Cambridge: MIT Press, 1999.

Crouch, C.: Post-democracy. Cambridge: Polity Press, 2004.

Crowther, P.: Postmodernism in the Visual Arts. A question of ends. In: Docherty, Th. (Hrsg.): Postmodernism. A Reader. New York et. al.: Harvester Wheatsheaf, 1993. S. 180-194.

D'Amato, G.: Staatsbürgerschaft und Zugehörigkeit als Bedingungen politischer Teilhabe. Das Beispiel der Schweiz. In: Groh, K. / Weinbach, Ch. (Hrsg.): Zur Genealogie des politischen Raums. Politische Strukturen im Wandel. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften, 2005. S. 181-200.

Dahlgren, P.: The Public Sphere and the Net: Structure, Space and Communication. In: Bennett, W. L. / Entman, R. M. (Hrsg.): Mediated Politics. Communication in the Future of Democracy. Cambridge: Cambridge University Press, 2001. S. 33-55.

Dahlgren, P.: The Internet, Public Spheres, and Political Communication: Dispersion and Deliberation. In: Political Communication 22 (2): 2005. S. 147-162.

Dahrendorf, R.: Die Zukunft der Bürgergesellschaft. In: Guggenberger, B. / Hanse, K.: Die Mitte. Vermessungen in Politik und Kultur. Opladen: Westdeutscher Verlag, 1993. S. 74-83.

Dalton, R. J.: Citizen Attitudes and Political Behavior. In: Comparative Political Studies 36 (6/7): 2000. S. 912-940.

Dalton, R. J.: Citizenship Norms and Political Participation in America: The Good News is... the Bad News is Wrong. In: The Center for Democracy and Civil Society. Occasional Paper Series 1: 2006.

Dalton, R. J.: Democratic challenges, Democratic choices: The Erosion of Political Support in Advanced Industrial Democracies. Oxford: Oxford University Press: 2004.

Davies, S.: The Culture of Control. In: Edwards, Ch. / Fieschi, C. (Hrsg.): UK Confidential. London: Demos, 2008. S. 149-156.

Deibert, R. J.: Dark Guests and Great Firewalls: The Internet and Chinese Security Policy. In: Journal of Social Issues 58 (1): 2002. S. 143-158.

Delli Caprini, M. X. / Williams, B. A.: Let Us Infotain You: Politics in the New Media Environment. In: Bennett, W. L. / Entman, R. M. (Hrsg.): Mediated Politics. Communication in the Future of Democracy. Cambridge: Cambridge University Press, 2001. S. 160-181.

Döbert, R. / Habermas, J. / Nunner-Winkler, G.: Zur Einführung. In: dies. (Hrsg.): Entwicklung des Ichs. Köln: Kiepenhauer & Witsch, 1977. S. 9-30.

Docherty, Th.: Postmodernism: An Introduction. In: ders. (Hrsg.): Postmodernism. A Reader. New York et. al.: Harvester Wheatsheaf, 1993. S. 1-32.

Donges, P. / Jarren O.: Politische Öffentlichkeit durch Netzkommunikation? In: Klaus, K. (Hrsg.): Elektronische Demokratie? Perspektiven politischer Partizipation. Opladen et. al.: Westdeutscher Verlag, 1999. S. 85-108.

Dörhöfer, K.: Passagen und Passanten, Shopping Malls und Konsumentinnen. In: Wehrheim, J. (Hrsg.): Shopping Malls. Interdisziplinäre Betrachtungen eines neuen Raumtyps. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften, 2007. S. 55-76.

Drechsel, B.: Was ist ein politisches Bild? Einige Überlegungen zur Entwicklung der Politikwissenschaft als Bildwissenschaft. In: Mitterbauer, H. / Tragatsching, U. (Hrsg.): Themenschwerpunkt: Iconic Turn? Innsbruck et. al.: Studien-Verlag, 2007. S. 106-120.

Dryzek, J. S.: Deliberative Democracy in Divided Societies. Alternatives to Agonism and Analgesia. In: Political Theory 33 (2): 2005. S. 218-242.

Dryzek, J. S.: Deliberative Democracy and Beyond. Liberals, Critics, Contestations. Oxford et. al.: Oxford University Press, 2009.

Dyson, E. et. al.: Cyberspace und der amerikanische Traum. Auf dem Weg zur elektronischen Nachbarschaft: Eine Magna Charta für das Zeitalter des Wissens. In: Bruns, K. / Reichert, R. (Hrsg.): Reader Neue Medien. Texte zur digitalen Kultur und Kommunikation. Bielefeld: Transcript, 2007. S. 132-137.

Eagleton, T.: Die Illusionen der Postmoderne. Ein Essay. Stuttgart et. al.: Metzler, 1997.

Eagleton, R.: Postmodernism and ethics. Against the metaphysics of comprehension. In: Connor, St. (Hrsg.): The Cambridge Companion to Postmodernism. Cambridge: Cambridge University Press, 2008. S. 182-195.

Eder, J.: Aufmerksamkeit ist keine Selbstverständlichkeit. Eine Diskurskritik und ein Klärungsvorschlag. In: Hickethier, K. / Bleicher, J. K. (Hrsg.): Aufmerksamkeit, Medien und Ökonomie. Hamburg et. al.: Lit, 2002. S. 15-48.

Elias, N.: Die Gesellschaft der Individuen. In: ders.: Die Gesellschaft der Individuen. Gesammelte Schriften. Band 10. Frankfurt a. M.: 2001(a). S. 15-99.

Elias, N.: Probleme des Selbstbewusstseins und des Menschenbildes. In: ders.: Die Gesellschaft der Individuen. Gesammelte Schriften. Band 10. Frankfurt a. M.: Suhrkamp, 2001(b). S. 99-206.

Elias, N.: Wandlungen der Wir-Ich-Balance. In: ders.: Die Gesellschaft der Individuen. Gesammelte Schriften. Band 10. Frankfurt a. M.: Suhrkamp, 2001(c). S. 207-315.

Entman, R. M. / Bennett, W. L.: Communication in the Future of Democracy: A Conclusion. In: dies. (Hrsg.): Mediated Politics. Communication in the Future of Democracy. Cambridge: Cambridge University Press, 2001. S. 468-480.

Esposito, E.: Die Verbindlichkeit des Vorübergehenden. Paradoxien der Mode. Frankfurt a. M.: Suhrkamp, 2004.

Everitt, D. / Mills, S.: Cultural Anxiety 2.0. In: Media, Culture & Society 31: 2009. S. 749-768.

Faltis, G. M.: Demokratisierungspotentiale durch Kooperation im Internet am Beispiel regionaler Portale. Hamburg et. al.: Lit, 2002.

Featherstone, M.: Archive. In: Theory, Culture & Society 23 (2/3): 2006. S. 591-596.

Feldhoff, J.: Die Politik der egalitären Gesellschaft. Zur soziologischen Demokratie-Analyse bei Alexis de Tocqueville. Köln et. al.: Westdeutscher Verlag, 1968.

Ferdinand, P.: Conclusion. In: Democratization 7 (1): 2000(a). S. 174-182.

Ferdinand, P.: The Internet, democracy and democratization. In: Democratization 7 (1): 2000(b). S. 1-17.

Fetz, R. L.: Dialektik der Subjektivität: Die Bestimmung des Selbst aus der Differenz von Ich und Mein, Sein und Haben: Alkibiades I, Epiktet, Meister Eckhart. In: ders. / Hagenbüchle, R. / Schulz, P. (Hrsg.): Geschichte und Vorgeschichte der modernen Subjektivität. Band I. Berlin et. al.: de Gruyter, 1998. S. 177-203.

Fiedler, L. A.: Überquert die Grenze, schließt den Graben. In: Welsch, W. (Hrsg.): Wege aus der Moderne. Schlüsseltexte der postmodernen Diskussion. Berlin: Akademie-Verlag, 1994. S. 57-74.

Fieschi, C.: The social value of privacy. In: Edwards, Ch. / dies. (Hrsg.): UK Confidential. London: Demos, 2008. S. 31-40.

Fink, W.: Der Traum vom Ich. Zu Jean Pauls autobiographischen Texten. In: Brecht, Chr. / ders. (Hrsg.): „Unvollständig, krank und halb?“ Archäologie moderner Identität. Bielefeld: Aisthesis-Verlag, 1996. S. 25-44.

Fischer, N.: Unsicherheit und Zweideutigkeit der Selbsterkenntnis: Augustins Antwort auf die Frage „quid ipse intus sim“ im zehnten Buch der „Confessiones“. In: Fetz, R. L. / Hagenbüchle, R. / Schulz, P. (Hrsg.): Geschichte und Vorgeschichte der modernen Subjektivität. Band I. Berlin et. al.: de Gruyter, 1998. S. 340-366.

Flusser, V.: Digitaler Schein. In: ARCH+ 111: 1992. S. 26-30.

Foot, K.: Web Sphere Analysis and Cyberculture Studies. In: Silver, D. / Masanari, A. (Hrsg.): Critical Cyberculture Studies. New York et. al.: New York University Press, 2006. S. 88-96.

Forst, I.: Zivilgesellschaftliches Engagement in virtuellen Gemeinschaften. Eine systemwissenschaftliche Analyse des deutschsprachigen Wikipedia-Projektes. München: Utz, 2006.

Franck, G.: Mentaler Kapitalismus. Eine politische Ökonomie des Geistes. München: Carl Hanser Verlag, 2005.

Franck, G.: Ökonomie der Aufmerksamkeit. Ein Entwurf. München: Carl Hanser Verlag, 1998.

Frank, S.: Das Öffentliche im Privaten. Bürgerschaftliches Engagement im Shopping Center. In: Wehrheim, J. (Hrsg.): Shopping Malls. Interdisziplinäre Betrachtungen eines neuen Raumtyps. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften, 2007. S. 119-134.

Frankenberger, R. / Meyer, G.: Postmoderne und Persönlichkeit. Theorie – Empirie – Perspektiven. Baden-Baden: Nomos, 2008.

Franzen, M.: Breaking News: Wissenschaftliche Zeitschriften im Kampf um Aufmerksamkeit. Baden-Baden: Nomos, 2011.

Fraser, N. / Nicholson, L.: Social Criticism without Philosophy: An encounter between feminism and postmodernism. In: Docherty, Th. (Hrsg.): Postmodernism. A Reader. New York et. al.: Harvester Wheatsheaf, 1993. S. 415-432.

Fraser, N.: Politics, culture, and the public sphere: toward a postmodern conception. In: Nicholson, L.: / Seidman, St. (Hrsg.): Social Postmodernism. Beyond Identity Politics. Cambridge: Cambridge University Press, 1996. S. 287-314.

Fraser, N.: Rethinking the Public Sphere: A Contribution to the Critique of Actually Existing Democracy. In: Calhoun, C. (Hrsg.): Habermas and the Public Sphere. Cambridge: MIT Press, 1992. S. 109-142.

Freise, F.: Einleitung. In: Emmelius, C. et al. (Hrsg.): Offen und Verborgenen. Vorstellungen und Praktiken des Öffentlichen und Privaten im Mittelalter und Früher Neuzeit. Göttingen: Wallstein, 2004. S. 9-32.

Frevert, U.: Vertrauen in historischer Perspektive. In: Schmalz-Bruns, R. / Zintl, R. (Hrsg.): Politisches Vertrauen. Soziale Grundlagen reflexiver Kooperation. Baden-Baden: Nomos, 2002. S. 39-60.

Früchtel, J.: Gesteigerte Ambivalenz. Die Stadt als Denkbild der Post/Moderne. In: Merkur. Deutsche Zeitschrift für europäisches Denken Nr.: 594/595. Sonderheft 1998: Postmoderne. Eine Bilanz. S. 766-780.

Gamm, G.: Die Vertiefung des Selbst oder das Ende der Dialektik. In: Barkhaus, A. et. al. (Hrsg.): Identität, Leiblichkeit, Normativität. Neue Horizonte anthropologischen Denkens. Frankfurt a. M.: Suhrkamp, 1996. S. 341-356.

Garfinkel, S.: Database Nation. The Death of Privacy in the 21st Century. Peking et. al.: O'Reilly, 2000.

Garrard, G.: Counter-Enlightenments. From the Eighteenth Century to the Present. London et. al.: Routledge, 2006.

Gegner, M.: Die Entmaterialisierung der Öffentlichkeit. Über die Verengung eines dialektischen Konzepts und den Gebrauch in neoliberalen Zeiten. In: Laberenz, L. (Hrsg.): Schöne neue Öffentlichkeit. Beiträge zu Jürgen Habermas' „Strukturwandel der Öffentlichkeit“. Hamburg: VSA-Verlag, 2003. S. 58-88.

Gehlen, A.: Über kulturelle Kristallisation. In: Welsch, W. (Hrsg.): Wege aus der Moderne. Schlüsseltexte der postmodernen Diskussion. Berlin: Akademie-Verlag, 1994. S. 133-144.

Gehlen, A.: Die Seele im technischen Zeitalter. Sozialpsychologische Probleme in der industriellen Gesellschaft. Frankfurt a. M.: Klostermann, 2007.

Gergen, K. J.: Das übersättigte Selbst. Identitätsprobleme im heutigen Leben. Heidelberg: Auer, 1996.

Gerhards, J.: Politische Öffentlichkeit. Ein system- und akteurstheoretischer Bestimmungsversuch. In: Neidhardt, F. (Hrsg.): Öffentlichkeit, öffentliche Meinung, soziale Bewegungen. Opladen: Westdeutscher Verlag, 1994. S. 77-104.

Giddens, A.: Modernity and Self-Identity. Self and Society in Late Modernity. Cambridge: Polity Press, 1991.

Giddens, A.: The Consequences of Modernity. Cambridge: Polity Press, 1990.

Gilbert, M.: On Social Facts. London: Routledge, 1989.

Goffman, E.: Stigma. Notes on the Management of Spoiled Identity. Englewood: Prentice-Hall, 1963.

Goffman, E.: The Presentation of Self in Everyday Life. Harmondsworth: Penguin Books, 1984.

Göhler, G.: Stufen des politischen Vertrauens. In: Schmalz-Bruns, R. / Zintl, R. (Hrsg.): Politisches Vertrauen. Soziale Grundlagen reflexiver Kooperation. Baden-Baden: Nomos, 2002. S. 221-239.

Goldhaber, M.: The Attention Economy and the Net. In: First Monday 2 (4). Link: <http://firstmonday.org/article/view/519/440>: 1997. Zugriff 15.05.2015.

Goodin, R. E.: Innovating Democracy. Democratic Theory and Practice After the Deliberative Turn. Oxford: Oxford University Press, 2008.

Görke, A.: Journalismus und Öffentlichkeit als Funktionssystem. In: Scholl, A. (Hrsg.): Systemtheorie und Konstruktivismus in der Kommunikationswissenschaft. Konstanz: UVK-Verlagsgesellschaft mbH, 2002. S. 69-90.

Göttinger Institut für Demokratieforschung: Neue Dimensionen des Protests? Ergebnisse einer explorativen Studie zu den Protesten gegen Stuttgart 21: 2010. Link: www.demokratie-goettingen.com/contents/uploads/2010/11/Neue-Dimensionen-des-Protests.pdf. Zugriff: 11.06.2015.

Gould, C. C.: Diversity and Democracy: Representing Differences. In: Benhabib, S. (Hrsg.): Democracy and Difference. Contesting the Boundaries of the Political. Princeton: Princeton University Press, 1996. S. 171-186.

Graham, A.: Nationalstaat und Weltwirtschaft. Die Bedeutung des Vertrauten für den Information Superhighway. In: Leggewie, C. / Maar, C. (Hrsg.): Internet & Politik. Von der Zuschauer- zur Beteiligungsdemokratie. Köln: Bollmann, 1998. S. 158-176.

Grasskamp, W.: Ist die Moderne eine Epoche? In: Merkur. Deutsche Zeitschrift für europäisches Denken Nr.: 594/595. Sonderheft 1998: Postmoderne. Eine Bilanz. S. 757-765.

Groebel, J.: Zwischenruf: Präsenzelite oder die Demokratisierung der Prominenz. In: Weiß, R. / ders. (Hrsg.): Privatheit im öffentlichen Raum. Medienhandeln zwischen Individualisierung und Entgrenzung. Opladen: Leske + Budrich, 2002. S. 507-521.

Groh, K. / Weinbach, Ch.: Zur Genealogie des politischen Raumes der Demokratie. In: dies. (Hrsg.): Zur Genealogie des politischen Raums. Politische Strukturen im Wandel. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften, 2005. S. 9-52.

Groys, B.: Über das Neue. Versuch einer Kulturökonomie. München et. al.: Hanser, 1992.

Gurjewitsch, A.: Das Individuum im europäischen Mittelalter. München: Beck, 1994.

Gutman, A. / Thompson, D.: Democracy and Disagreement. Cambridge: Harvard University Press, 1996.

Habermas, J.: Die Moderne – ein unvollendetes Projekt. In: Welsch, W. (Hrsg.): Wege aus der Moderne. Schlüsseltexte der postmodernen Diskussion. Berlin: Akademie-Verlag, 1994. S. 177-192.

Habermas, J.: Die postnationale Konstellation und die Zukunft der Demokratie. In: ders. (Hrsg.): Die postnationale Konstellation. Politische Essays. Frankfurt a. M.: Suhrkamp, 1998.

Habermas, J.: Entgegnungen. In: Honneth, A. / Joas, H.: Kommunikatives Handeln. Beiträge zu Jürgen Habermas' „Theorie des kommunikativen Handelns“. Frankfurt a. M.: Suhrkamp, 1986. S. 327-417.

Habermas, J.: Faktizität und Geltung. Beiträge zur Diskurstheorie des Rechts und des demokratischen Rechtsstaats. Frankfurt a. M.: Suhrkamp, 1992.

Habermas, J.: Hat die Demokratie noch eine epistemische Dimension? Empirische Forschung und normative Theorie. In: ders.: Ach, Europa. Kleine Politische Schriften XI. Frankfurt a. M.: Suhrkamp, 2008. S. 138-191.

Habermas, J.: Medien, Märkte und Konsumenten – Die seriöse Presse als Rückgrat der politischen Öffentlichkeit. In: ders.: Ach, Europa. Kleine Politische Schriften XI. Frankfurt a. M.: 2008. S. 131-137.

Habermas, J.: Moderne und postmoderne Architektur. In: Welsch, W. (Hrsg.): Wege aus der Moderne. Schlüsseltexte der postmodernen Diskussion. Berlin: Akademie-Verlag, 1994. S. 110-119.

Habermas, J.: Strukturwandel der Öffentlichkeit. Untersuchungen zu einer Kategorie der bürgerlichen Gesellschaft. Frankfurt a. M.: Suhrkamp, 1990.

Habermas, J.: Theorie des kommunikativen Handelns. Zur Kritik der funktionalistischen Vernunft. Band 1. Frankfurt a. M.: Suhrkamp, 1981(a).

Habermas, J.: Theorie des kommunikativen Handelns. Zur Kritik der funktionalistischen Vernunft. Band 2. Frankfurt a. M.: Suhrkamp, 1981(b).

Hagen, M.: Amerikanische Konzepte elektronischer Demokratie. In: Klaus, K. (Hrsg.): Elektronische Demokratie? Perspektiven politischer Partizipation. Opladen et. al.: Westdeutscher Verlag, 1999. S. 63-83.

Hagenbüchle, R.: Subjektivität: Eine historisch-systematische Hinführung. In: Fetz, R. L. / ders. / Schulz, P. (Hrsg.): Geschichte und Vorgeschichte der modernen Subjektivität. Band I. Berlin et. al.: de Gruyter, 1998. S. 1-41.

Hagner, M.: Aufmerksamkeit als Ausnahmezustand. In: Haas, N. / Rheinberger, H.-J. (Hrsg.): Aufmerksamkeit. Liechtensteiner Exkurse III. Eggingen: Edition Isele, 1998. S. 273-294.

Hahn, A.: Aufmerksamkeit. In: Assmann, A. / Assmann, J. (Hrsg.): Aufmerksamkeiten. München: Fink, 2001. S. 25-56.

Hajer, M. A.: Die Gestaltung der Urbanität. Kulturelle Politik im Zeitalter der reflexiven Modernisierung. In: Beck, U. / ders. / Kesselring, S. (Hrsg.): Der unscharfe Ort der Politik. Empirische Fallstudien zur Theorie der reflexiven Modernisierung. Opladen: Leske + Budrich, 1999. S. 89-111.

Harth, Th.: Das Internet als Herausforderung politischer Bildung. Schwalbach/Ts.: Wochenschau-Verlag, 2000.

Harth, Th.: Internet und Demokratie – neue Wege politischer Partizipation: Überblick, Potential, Perspektiven. In: Woyke, W. (Hrsg.): Internet und Demokratie. Schwalbach/Ts.: Wochenschau-Verlag, 1999. S. 8-24.

Hartley, J.: The Frequencies of Public Writing: Tomb, Tome, and Time as Technologies of the Public. In: Jenkins, H. / Thorburn, D.: Democracy and New Media. Cambridge: MIT Press, 2003. S. 247-270.

Hartmann, M.: Vertrauen als demokratische Erfahrung. In: Schmalz-Bruns, R. / Zintl, R. (Hrsg.): Politisches Vertrauen. Soziale Grundlagen reflexiver Kooperation. Baden-Baden: Nomos, 2002. S. 77-98.

Hassan, I.: Postmoderne Heute. In: Welsch, W. (Hrsg.): Wege aus der Moderne. Schlüsseltexte der postmodernen Diskussion. Berlin: Akademie-Verlag, 1994. S. 47-56.

Haug, W.: Francesco Petrarca – Nicolaus Cusanus – Thüring von Ringoltingen. Drei Probestücke zu einer Geschichte der Individualität im 14. / 15. Jahrhundert. In: Frank, M. / Haverkamp, A. (Hrsg.): Individualität. München: Fink, 1988. S. 291-324.

Haywood, T.: Global Networks and the Myth of Equality. Trickle Down or Trickle Away? In: Loader, B. D. (Hrsg.): Cyberspace Divide. Equality, Agency and Policy in the Information Society. London et. al.: Routledge, 1998. S. 19-34.

Heinzmann, R.: Ansätze und Elemente moderner Subjektivität bei Thomas von Aquin. In: Fetz, R. L. / Hagenbüchle, R. / Schulz, P. (Hrsg.): Geschichte und Vorgeschichte der modernen Subjektivität. Band I. Berlin et. al.: de Gruyter, 1998. S. 414-433.

Heise, U. K.: Science, Technology, and Postmodernism. In: Connor, St. (Hrsg.): The Cambridge Companion to Postmodernism. Cambridge: Cambridge University Press, 2008. S. 136-167.

Heitmeyer, W.: Individualisierungsprozesse und Folgen für die politische Sozialisation von Jugendlichen. Ein Zuwachs an politischer Paralisierung und Machiavellismus? In: ders. / Jacobi, J. (Hrsg.): Politische Sozialisation und Individualisierung. Perspektiven und Chancen politischer Bildung. Weinheim: Juventa-Verlag, 1991. S. 15-34.

Henning, Ch.: Dialektik der Privatisierung. Zu einigen sozialen Nebenfolgen des Rückbaus des Öffentlichen. In: Jansen, St. A. / Priddat, B. P. / Stehr, N. (Hrsg.): Die Zukunft des Öffentlichen. Multidisziplinäre Perspektiven für eine Öffnung der Diskussion über das Öffentliche. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften, 2007. S. 196-210.

Hensel, G.: Spielplan. Der Schauspielführer von der Antike bis zur Gegenwart. München: List, 1992.

Herbst, A. N.: Das Flirren im Sprachraum. In: Hübner, A. / Paulus, J. / Stauf, R. (Hrsg.): Umstrittene Postmoderne. Lektüren. Heidelberg: Winter, 2010. S. 97-118.

Hickethier, K.: Medien – Aufmerksamkeit. Zur Einführung. In: ders. / Bleicher, J. K. (Hrsg.): Aufmerksamkeit, Medien und Ökonomie. Münster: LIT Verlag, 2002. S. 5-14.

Hilbert, M.: Digitalisierung demokratischer Prozesse. Gefahren und Chancen der Informations- und Kommunikationstechnologie in der demokratischen Willensbildung der Informationsgesellschaft. Berlin: Duncker & Humblot, 2007.

Hill, D. T. / Krishna, S.: The Internet in Indonesia's new democracy. In: Democratization 7 (1): 2000. S. 119-136.

Hitzler, R. / Hohner, A.: Bastelexistenz. Über subjektive Konsequenzen der Individualisierung. In: Beck, U. / Beck-Gernsheim, E. (Hrsg.): Riskante Freiheiten. Individualisierung in modernen Gesellschaften. Frankfurt a. M.: Suhrkamp, 1994. S. 307-315.

Hohendahl, P. U.: The Public Sphere: Models and Boundaries. In: Calhoun, C. (Hrsg.): Habermas and the Public Sphere. Cambridge: MIT Press, 1992. S. 99-108.

Holderness, M.: Who are the world's information poor? In: Loader, B. D. (Hrsg.): Cyberspace Divide. Equality, Agency and Policy in the Information Society. London et. al.: Routledge, 1998. S. 35-56.

Honig, B.: Difference, Dilemmas, and the Politics of Home. In: Benhabib, S. (Hrsg.): Democracy and Difference. Contesting the Boundaries of the Political. Princeton: Princeton University Press: 1996. S. 257-277.

Honneth, A.: Desintegration. Bruchstücke einer soziologischen Zeitdiagnose. Frankfurt a. M.: Fischer-Taschenbuch-Verlag, 1995.

Honneth, A.: Kampf um Anerkennung: Zur moralischen Grammatik sozialer Konflikte. Frankfurt a. M.: Suhrkamp, 2003.

Hörisch, J.: Ende der Vorstellung. Die Poesie der Medien. Frankfurt a. M.: Suhrkamp, 1999.

Howard, Ph. N. / Hussain, M. M.: *Democracy's Fourth Wave? Digital Media and the Arab Spring*. Oxford: Oxford University Press, 2013.

Huchler, A.: Grenzen der Reorganisation und Privatisierung der Daseinsvorsorge? Eine organisationsökonomische und risikosoziologische Perspektive. In: Jansen, St. A. / Priddat, B. P. / Stehr, N. (Hrsg.): *Die Zukunft des Öffentlichen. Multidisziplinäre Perspektiven für eine Öffnung der Diskussion über das Öffentliche*. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften, 2007. S. 175-196.

Hurwitz, R.: Who Needs Politics? Who Needs People? The Ironies of Democracy in Cyberspace. In: Jenkins, H. / Thorburn, D.: *Democracy and New Media*. Cambridge: MIT Press, 2003. S. 101-112.

Huyssen, A.: Postmoderne – eine amerikanische Internationale? In: ders. / Scherpe, K. R. (Hrsg.): *Postmoderne. Zeichen eines kulturellen Wandels*. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt, 1997. S. 13-44.

Huyssen, A. / Scherpe, K. R.: Einleitung. In dies. (Hrsg.): *Postmoderne. Zeichen eines kulturellen Wandels*. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt, 1997. S. 7-12.

Imhof, K. et. al.: Demokratie in der Mediengesellschaft. In: dies. (Hrsg.): *Demokratie in der Mediengesellschaft*. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften, 2006. S. 9-23.

Imhof, K.: Theorie der Öffentlichkeit als Theorie der Moderne. In: Winter, C. / Hepp, A. / Krotz, F. (Hrsg.): *Theorien der Kommunikations- und Medienwissenschaft. Grundlegende Diskussionen, Forschungsfelder und Theorieentwicklungen*. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften, 2008. S. 65-90.

Ingelhart, R.: *Modernization and Postmodernization. Cultural, Economic, and Political Change in 43 Societies*. Princeton: Princeton University Press, 1997.

Iskander, E.: Connecting the National and the Virtual: Can Facebook Activism Remain Relevant After Egypt's January 25 Uprising? In: *International Journal of Communication* 5: 2011. S. 1225-1237.

Jameson, F.: Postmoderne – zur Logik der Kultur im Spätkapitalismus. In: Huyssen, A. / Scherpe, K. R. (Hrsg.): Postmoderne. Zeichen eines kulturellen Wandels. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt, 1997. S. 45-102.

Jauss, H. R.: Vom Plurale Tantum der Charaktere zum Singulare Tantum des Individuums. In: Frank, M. / Haverkamp, A. (Hrsg.): Individualität. München: Fink, 1988. S. 237-269.

Jencks, Ch.: The Emergent Rules. In: Docherty, Th. (Hrsg.): Postmodernism. A Reader. New York et. al.: Harvester Wheatsheaf, 1993. S. 281-294.

Jensen, J. L.: The Minnesota E-democracy Project. Mobilising the Mobilised? In: Oates, S. / Owen, D. / Gibson, R. K. (Hrsg.): The Internet and Politics. Citizens, Voters and Activists. London et. al.: Routledge, 2006. S. 39-58.

Joas, H.: Die unglückliche Ehe von Hermeneutik und Funktionalismus. In: Honneth, A. / ders. (Hrsg.): Kommunikatives Handeln. Beiträge zu Jürgen Habermas' „Theorie des kommunikativen Handelns“. Frankfurt a. M.: Suhrkamp, 1986. S. 144-176.

Joas, H.: Kreativität und Autonomie. Die soziologische Identitätskonzeption und ihre postmoderne Herausforderung. In: Barkhaus, A. et. al. (Hrsg.): Identität, Leiblichkeit, Normativität. Neue Horizonte anthropologischen Denkens. Frankfurt a. M.: Suhrkamp, 1996. S. 357-369.

Jones, P. / O'Flynn, I.: Can a compromise be fair? In: Politics, Philosophy & Economics 12 (2): 2013. S. 115-135.

Jordan, T.: Cyberpower. The Culture and Politics of Cyberspace and the Internet. London et. al.: Routledge, 1999.

Junge, M.: Individualisierung. Frankfurt a. M. et. al.: Campus-Verlag, 2002.

Jungwirth, I.: Zum Identitätsdiskurs in den Sozialwissenschaften. Eine postkoloniale und queer informierte Kritik an George H. Mead, Erik H. Erikson und Erving Goffman. Bielefeld: Transcript, 2007.

Kalathil, Sh.: Government.com. ICTs and Reforming Governance in Asia. In: Silver, D. / Massanari, A. (Hrsg.): Critical Cyberculture Studies. New York et. al.: New York University Press, 2006. S. 270-279.

Kantner, C. / Tietz, U.: Dialektik, Dialog und Institutionenkritik. Zum Institutionenverständnis der Kritischen Theorie. In: Laberenz, L. (Hrsg.): Schöne neue Öffentlichkeit. Beiträge zu Jürgen Habermas' „Strukturwandel der Öffentlichkeit“. Hamburg: VSA-Verlag, 2003. S. 105-129.

Karpenstein-Eßbach, Ch.: Medien als Gegenstand der Literaturwissenschaft: Affären jenseits des Schönen. In: Griem, J. (Hrsg.): Bildschirmfiktionen. Interferenzen zwischen Literatur und neuen Medien. Tübingen: Narr, 1998. S. 13-32.

Kasten, I.: Subjektivität im höfischen Roman. In: Fetz, R. L. / Hagenbüchle, R. / Schulz, P. (Hrsg.): Geschichte und Vorgeschichte der modernen Subjektivität. Band I. Berlin et. al.: de Gruyter, 1998. S. 394-413.

Kateb, G.: Democratic Individualism and Its Critics. In: Annual Review of Political Science 6: 2003. S. 275-305.

Kaufmann, J.-C.: Die Erfindung des Ich. Eine Theorie der Identität. Konstanz: UVK-Verlagsgesellschaft mbH, 2005.

Keil-Slawik, R.: Das Gedächtnis lernt laufen – Vom Kerbholz zur virtuellen Realität. In: Faßler, M. / Halbach, W. R.: Cyberspace. Gemeinschaften, virtuelle Kolonien, Öffentlichkeiten. München: Fink, 1994. S. 207-228.

d. Kerckhove, D.: Vom Alphabet zum Computer. In: Pias, C. et. al (Hrsg.): Kursbuch Medienkultur. Die maßgeblichen Theorien von Brecht bis Baudrillard. Stuttgart: Deutsche Verlagsanstalt, 1999. S. 116-125.

Kersting, W.: Global Networks and Local Values. Some Philosophical Remarks from an Individualist Point of View. In: Engel, Ch. / Keller, K. H. (Hrsg.): Understanding the Impact

of Global Networks on Local, Social, Political and Cultural Values. Baden-Baden: Nomos, 1999. S. 9-28.

Kersting, W.: Der liberale Liberalismus. Tübingen: Mohr Siebeck, 2006.

Kesselring, S.: Gelber Regen, Schutzanzüge und Sirenen. Die Störfallserie bei Höchst im Frühjahr 1993. In: Beck, U. / Hajer, M. A. / ders.: Der unscharfe Ort der Politik. Empirische Fallstudien zur Theorie der reflexiven Modernisierung. Opladen: Leske + Budrich, 1999. S. 231-252.

Keupp, H. / Hohl, J.: Einleitung. In: dies. (Hrsg.): Subjektdiskurse im gesellschaftlichen Wandel. Zur Theorie des Subjekts in der Spätmoderne. Bielefeld: Transcript, 2006. S. 7-28.

Keupp, H.: Ambivalenzen postmoderner Identität. In: Beck, U. / Beck-Gernsheim, E. (Hrsg.): Riskante Freiheiten. Individualisierung in modernen Gesellschaften. Frankfurt a. M.: Suhrkamp, 1994. S. 336-351.

King, S. Ch.: Economic Theories of Democratic Legitimacy and the Normative Role of an Ideal Consensus. In: Politics, Philosophy & Economics 12 (2): 2013. S. 156-178.

Kleger, H.: Direkte und transnationale Demokratie. Die neuen Medien verändern die repräsentative Demokratie. In: Leggewie, C. / Maar, C. (Hrsg.): Internet & Politik. Von der Zuschauer- zur Beteiligungsdemokratie. Köln: Bollmann, 1998. S. 97-110.

Klein, H. K.: Tocqueville in Cyberspace: Using the Internet for Citizen Associations. In: The Information Society 15 (4): 1999. S. 213-220.

Kleinstauber, H. J.: Politik und Medienevolution. Politikrelevante Aspekte der Kommunikationstechnik. In: Klaus, K. (Hrsg.): Elektronische Demokratie? Perspektiven politischer Partizipation. Opladen et. al.: Westdeutscher Verlag, 1999. S. 39-62.

Klotz, H.: Moderne und Postmoderne. In: Welsch, W. (Hrsg.): Wege aus der Moderne. Schlüsseltexte der postmodernen Diskussion. Berlin: Akademie-Verlag, 1994. S. 99-109.

Kocka, J.: Zivilgesellschaft als historisches Problem und Versprechen. In: Hildermeier, M. / ders. / Conrad, Ch. (Hrsg.): Europäische Zivilgesellschaft in Ost und West. Begriff, Geschichte, Chance. Frankfurt a. M. et. al.: Campus-Verlag, 2000. S. 13-40.

Kodalle, K.-M.: Von der Identität des Subjekt zu seiner Marginalisierung? Erste Anzeichen bei Kant, Schiller und dem jungen Hegel. In: Schrödter, H. (Hrsg.): Das Verschwinden des Subjekts. Würzburg: Königshausen & Neumann, 1994. S. 1-18.

Koenen, A. / Michalski, R.: Blick über die Grenzen: Transkulturelle Perspektiven auf eine globale Entwicklung. In: Weiß, R. / Groebel, J. (Hrsg.): Privatheit im öffentlichen Raum. Medienhandeln zwischen Individualisierung und Entgrenzung. Opladen: Leske + Budrich, 2002. S. 89-148.

Kohli, M.: Institutionalisierung und Individualisierung der Erwerbsarbeit. In: Beck, U. / Beck-Gernsheim, E. (Hrsg.): Riskante Freiheiten. Individualisierung in modernen Gesellschaften. Frankfurt a. M.: Suhrkamp, 1994. S. 219-244.

Kolb, A.: Virtuelle Ontologie und Anthropologie. In: ders. / Esterbauer, R. / Ruckebauer, H.-W. (Hrsg.): Cyberethik. Verantwortung in der digital vernetzten Welt. Stuttgart: Kohlhammer, 1998. S. 11-50.

Konert, B. / Hermanns, D.: Der private Mensch in der Netzwelt. In: Weiß, R. / Groebel, J. (Hrsg.): Privatheit im öffentlichen Raum. Medienhandeln zwischen Individualisierung und Entgrenzung. Opladen: Leske + Budrich, 2002. S. 415-505.

Kopp-Marx, M.: Zwischen Petrarca und Madonna. Der Roman der Postmoderne. München: Beck, 2005.

Kord, S.: Sich einen Namen machen. Anonymität und weibliche Autorschaft. 1700 – 1900. Stuttgart et. al.: Metzler, 1996.

Krappmann, L.: Soziologische Dimension der Identität. Strukturelle Bedingungen für die Teilnahme an Interaktionsprozessen. Stuttgart: Klett-Cotta, 2005.

Krasnoboka, N. / Semetko, H. A.: Murder, Journalism and the Web. How the Gongadze Case Launched the Internet News Era in Ukraine. In: Oates, S. / Owen, D. / Gibson, R. K. (Hrsg.): The Internet and Politics. Citizens, Voters and Activists. London et. al.: Routledge, 2006. S. 183-206.

Kraus, W. / Mitzscherlich, B.: Abschied vom Großprojekt. Normative Grundlagen der empirischen Identitätsforschung in der Tradition von James E. Marcia und die Notwendigkeit ihrer Reformulierung. In: Keupp, H. / Höfer, R (Hrsg.): Identitätsarbeit heute. Klassische und aktuelle Perspektiven der Identitätsforschung. Frankfurt a. M.: Suhrkamp, 1997. S. 149-173.

Kropp, C.: Jugendliche in der Zweiten Moderne – politische Privatiers? In: Beck, U. / Hajer, M. A. / Kesselring, S.: Der unscharfe Ort der Politik. Empirische Fallstudien zur Theorie der reflexiven Modernisierung. Opladen: Leske + Budrich, 1999. S. 63-88.

Kubicek, H.: Das Internet 1995 – 2005. Zwingende Konsequenzen aus unsicheren Analysen. In: Leggewie, C. / Maar, C. (Hrsg.): Internet & Politik. Von der Zuschauer- zur Beteiligungsdemokratie. Köln: Bollmann, 1998. S. 55-69

Kuhn, F.: Elektronische Partizipation. Digitale Möglichkeiten – Erklärungsfaktoren – Instrumente. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften, 2006.

Laberenz, L.: Schöne neue Öffentlichkeit? Anmerkungen zu Herrschaft und Öffentlichkeit unter dem Vorzeichen des Neoliberalismus. In: ders. (Hrsg.): Schöne neue Öffentlichkeit. Beiträge zu Jürgen Habermas' „Strukturwandel der Öffentlichkeit“. Hamburg: VSA-Verlag, 2003. S. 11-57.

Laclau, E.: Politics and the Limits of Modernity. In: Docherty, Th. (Hrsg.): Postmodernism. A Reader. New York et. al.: Harvester Wheatsheaf, 1993. S. 329-343.

Ladwig, B.: Methodisches zur Methodenfrage in der politischen Philosophie. In: Zeitschrift für Politische Theorie 3 (2): 2012. S. 72-76.

Lamnek, S.: Die Entgrenzung von Privatheit und Öffentlichkeit. Der doppelte Funktionsverlust von Gärten und Parks. In: Duttge, G. / Tinnefeld, M.-T. (Hrsg.): Gärten,

Parkanlagen und Kommunikation. Lebensräume zwischen Privatsphäre und Öffentlichkeit. Berlin: Berliner Wissenschaftsverlag, 2006. S. 97-111.

Landkammer, J.: My Home is My Cinema. Die Öffentlichkeit als Garant des Kulturellen? In: Jansen, St. A. / Priddat, B. P. / Stehr, N. (Hrsg.): Die Zukunft des Öffentlichen. Multidisziplinäre Perspektiven für eine Öffnung der Diskussion über das Öffentliche. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften, 2007. S. 303-326.

Lang, S.: Der geschlechterdemokratische Strukturwandel der Öffentlichkeit. Jürgen Habermas in der feministischen Debatte. In: Laberenz, L. (Hrsg.): Schöne neue Öffentlichkeit. Beiträge zu Jürgen Habermas' „Strukturwandel der Öffentlichkeit“. Hamburg: VSA-Verlag, 2003. S. 89-104.

Langford, D.: Ethics @ the Internet. Bilateral procedures in electronic communication. In: Loader, B. D. (Hrsg.): Cyberspace Divide. Equality, Agency and Policy in the Information Society. London et. al.: Routledge, 1998. S. 98-112.

Langlois, G. et. al.: Mapping Commercial Web 2.0 Worlds: Towards a New Critical Ontogenesis. In: The Fibreculture Journal 14: 2009. Link: <http://fourteen.fibreculturejournal.org/fcj-095-mapping-commercial-web-2-0-worlds-towards-a-new-critical-ontogenesis/> Zugriff: 12.09.2013.

Largier, N.: Intellekttheorie, Hermeneutik und Allegorie: Subjekt und Subjektivität bei Meister Eckhart. In: Fetz, R. L. / Hagenbüchle, R. / Schulz, P. (Hrsg.): Geschichte und Vorgeschichte der modernen Subjektivität. Band I. Berlin et. al.: de Gruyter, 1998. S. 460-486.

Larise, D.: Mythos Kultur. Eine Kritik des postmodernen Kulturkonzepts. Wien: Praesens Verlag, 2009.

Lash, S.: Power after Hegemony: Cultural Studies in Mutation? In: Theory, Culture & Society 24 (3): 2007. S. 55-78.

Leary, T.: Das interpersonale, interaktive, interdimensionale Interface. In: Bruns, K. / Reichert, R. (Hrsg.): Reader Neue Medien. Texte zur digitalen Kultur und Kommunikation. Bielefeld: Transcript, 2007. S. 126-131.

Leggewie, C.: Demokratie auf der Datenautobahn oder: Wie weit geht die Zivilisierung des Cyberspace. In: ders. / Maar, C. (Hrsg.): Internet & Politik. Von der Zuschauer- zur Beteiligungsdemokratie. Köln: Bollmann, 1998. S. 15-54.

Legnaro, A. / Birenheide, A.: Stätten der späten Moderne. Reiseführer durch Bahnhöfe, Shopping Malls, Disneyland Paris. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften, 2005.

Legnaro, A. / Birenheide, A.: Die Mall als ein Ort kommoder Freiheit. In: Wehrheim, J. (Hrsg.): Shopping Malls. Interdisziplinäre Betrachtungen eines neuen Raumtyps. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften, 2007. S. 261-276.

Lessig, L.: Codes and other Laws of Cyberspace. New York: Basic Books, 1999.

d. Levita, D. J.: Der Begriff der Identität. Frankfurt a. M.: Suhrkamp, 1971.

Liessmann, K. P.: Theorie der Unbildung. Wien: Konrad Paul Liessmann, 2006.

Loader, B. D. / Vromen, A. / Xenos, M. A.: The Networked Young Citizen: Social Media, Political Participation and Civic Engagement. In: Information, Communication & Society 17 (2): 2014. S. 143-150.

Löffelholz, M.: Perspektiven politischer Öffentlichkeit. Zur Modellierung einer system- und evolutionstheoretischen Analyse. In: Klaus, K. (Hrsg.): Elektronische Demokratie? Perspektiven politischer Partizipation. Opladen et. al.: Westdeutscher Verlag, 1999. S. 263-280.

Löffler, P.: Verteilte Aufmerksamkeit. Eine Mediengeschichte der Zerstreuung. Zürich / Berlin: Diaphanes, 2014.

Lovibond, S.: Feminism and Postmodernism. In: Docherty, Th. (Hrsg.): Postmodernism. A Reader. New York et. al.: Harvester Wheatsheaf, 1993. S. 390-414.

Lubin, J.: The ‚Occupy‘ Movement: Emerging Protest Forms and Contested Urban Spaces. In: Berkeley Planning Journal 25 (1): 2012. S. 184-197.

Luhmann, N.: Beobachtungen der Moderne. Opladen: Westdeutscher Verlag, 1992.

Luhmann, N.: Copierte Existenz und Karriere. Zur Herstellung von Individualität. In: Beck, U. / Beck-Gernsheim, E. (Hrsg.): Riskante Freiheiten. Individualisierung in modernen Gesellschaften. Frankfurt a. M.: Suhrkamp, 1994. S. 191-200.

Luhmann, N.: Das Moderne der modernen Gesellschaft. In: Zapf, W. (Hrsg.): Die Modernisierung moderner Gesellschaften. Verhandlungen des 25. Deutschen Soziologentages in Frankfurt a. M. 1990. Frankfurt a. M. / New York: 1991(a). S. 87-109.

Luhmann, N.: Die Unwahrscheinlichkeit der Kommunikation. In: ders.: Soziologische Aufklärung 3. Soziales System, Gesellschaft, Organisation. Opladen: Westdeutscher Verlag, 1991(b). S. 25-34.

Luhmann, N.: Erkenntnis als Konstruktion. In: ders.: Aufsätze und Reden. Reclam: 2001.

Luhmann, N.: Öffentliche Meinung. In: Politische Vierteljahresschrift 11 (1): 1970. S. 2-28.

Luhmann, L.: Vertrauen. Ein Mechanismus zur Reduktion sozialer Komplexität. Stuttgart: Enke, 1968.

Luhmann, N.: Soziale Systeme. Frankfurt a. M.: Suhrkamp, 1984.

Lummerding, S.: agency@? Cyber-Diskurse, Subjektkonstituierung und Handlungsfähigkeit im Feld des Politischen. Wien et. al.: Böhlau, 2005.

Lusoli, W. / Ward, St.: Hunting Protestors. Mobilisation, Participation and Protest Online in the Countryside Alliance. In: Oates, S. / Owen, D. / Gibson, R. K. (Hrsg.): The Internet and Politics. Citizens, Voters and Activists. London et. al.: Routledge, 2006. S. 59-79.

Lyotard, J.-F.: Note on the Meaning of "Post-". In: Docherty, Th. (Hrsg.): Postmodernism. A Reader. New York et. al.: Harvester Wheatsheaf, 1993. S. 47-50.

Lyotard, J.-F.: Die Moderne redigieren. In: Welsch, W. (Hrsg.): Wege aus der Moderne. Schlüsseltexte der postmodernen Diskussion. Berlin: Akademie-Verlag, 1994. S. 204-214.

Makropolous, M.: Modernität als ontologischer Ausnahmezustand? Walter Benjamins Theorie der Moderne. München: Fink, 1990.

Maletz, D. J.: Tocqueville on the Society of Liberties. In: The Review of Politics 63 (3): 2001. S. 461-484.

Mandel, N. / Reinmann-Rothmeier, G.: Wissensmanagement. Ein innovatives Ziel der Wissensgesellschaft. In: Leggewie, C. / Maar, C. (Hrsg.): Internet & Politik. Von der Zuschauer- zur Beteiligungsdemokratie. Köln: Bollmann, 1998. S. 389-400.

Manemann, J.: Carl Schmitt und die Politische Theologie. Politischer Anti-Monotheismus. Münster: Aschendorff, 2002.

Marcinkowski, F. / Irrgang, M.: Politische Partizipation und Internet im lokalen Raum. In: Woyke, W. (Hrsg.): Internet und Demokratie. Schwalbach/Ts.: Wochenschau-Verlag, 1999. S. 25-39.

Maresch, R.: Die Militarisierung der Öffentlichkeit. In: Klaus, K. (Hrsg.): Elektronische Demokratie? Perspektiven politischer Partizipation. Opladen et. al.: Westdeutscher Verlag, 1999. S. 127-151.

Markell, P.: Contesting Consensus: Rereading Habermas on the Public Sphere. In: Constellations 3 (3): 1997. S. 377-400.

Marquard, O.: Kritische Nachbemerkenungen. Das Individuum: Resultat oder Emigrant der Religion? In: Frank, M. / Haverkamp, A. (Hrsg.): Individualität. München: Fink, 1988. S. 161-163.

Marschall, St.: Politischer Prozess und Internet – neue Einflusspotentiale für organisierte und nichtorganisierte Interessen? In: Woyke, W. (Hrsg.): Internet und Demokratie. Schwalbach/Ts.: Wochenschau-Verlag, 1999. S. 40-51.

Marsh, D. / 't Hart, P. / Tindall, K.: Celebrity Politics: The Politics of Late Modernity? In: Political Studies Review 8 (3): 2010. S. 322-340.

Maschke, G.: Drei Motive im Anti-Liberalismus Carl Schmitts. In: Hansen, K. / Lietzmann, H.: Carl Schmitt und die Liberalismuskritik. Opladen: Leske + Budrich, 1988. S. 55-79.

Mathias, M. D.: The Sacralization of the Individual: Human Rights and the Abolition of the Death Penalty. In: American Journal of Sociology 118 (5): 2013. S. 1246-1283.

Matthias, D.: Demokratie und Internet. Neue Modelle der Bürgerbeteiligung an der Kommunalpolitik – Beispiele aus den USA. Frankfurt a. M.: Campus Verlag, 2001.

Mayer, K. U. / Müller, W.: Individualisierung und Standardisierung im Strukturwandel der Moderne. Lebensverläufe im Wohlfahrtsstaat. In: Beck, U. / Beck-Gernsheim, E. (Hrsg.): Riskante Freiheiten. Individualisierung in modernen Gesellschaften. Frankfurt a. M.: Suhrkamp, 1994. S. 265-295.

McCarthy, Th.: Komplexität und Demokratie – die Versuchungen der Systemtheorie. In: Honneth, A. / Joas, H.: Kommunikatives Handeln. Beiträge zu Jürgen Habermas' „Theorie des kommunikativen Handelns“. Frankfurt a. M.: Suhrkamp, 1986. S. 177-215.

McCormick, J. P.: Carl Schmitt's Critique of Liberalism. Against Politics as Technology. Cambridge: Cambridge University Press, 1997.

Mead, G. H.: Mind, Self and Society. From the Standpoint of a Social Behaviorist. Chicago et. al.: University of Chicago Press, 1967.

Meckel, M.: Cyberpolitics and Cyberpolitiy. Zur Virtualisierung politischer Kommunikation. In: Klau, K. (Hrsg.): Elektronische Demokratie? Perspektiven politischer Partizipation. Opladen et. al.: Westdeutscher Verlag, 1999. S. 229-244.

Mehring, R.: Carl Schmitt zur Einführung. Hamburg: Junius, 1992.

Mendelberg, T.: The Deliberative Citizen: Theory and Evidence. In: Delli Carpini, M. X. / Huddy, L. / Shapiro, R. (Hrsg.): Political Decisionmaking, Deliberation and Participation. Greenwich: JAI Press, 2002. S. 151-193.

Mensching, G.: Der Primat des Willens über den Intellekt: Zur Genese des modernen Subjekts im späten Mittelalter. In: Fetz, R. L. / Hagenbüchle, R. / Schulz, P. (Hrsg.): Geschichte und Vorgeschichte der modernen Subjektivität. Band I. Berlin et. al.: de Gruyter, 1998. S. 487-508.

Merkel, W.: Einleitung. In: ders. (Hrsg.): Demokratie und Krise. Zum schwierigen Verhältnis von Theorie und Empirie. Wiesbaden: Spring VS, 2015. S. 7-42.

Merkel, W. / Krause, W.: Krise der Demokratie? Ansichten von Experten und Bürger. In: Merkel, W. (Hrsg.): Demokratie und Krise. Zum schwierigen Verhältnis von Theorie und Empirie. Wiesbaden: Spring VS, 2015. S. 45-67.

Meyer, Th.: Mediokratie – Auf dem Weg in eine andere Demokratie? In: Aus Politik und Zeitgeschichte 15/16: 2002. S. 7-14.

Meyrowitz, J.: Post-Privacy America. In: Weiß, R. / Groebel, J. (Hrsg.): Privatheit im öffentlichen Raum. Medienhandeln zwischen Individualisierung und Entgrenzung. Opladen: Leske + Budrich, 2002. S. 153-205.

Micheletti, M.: Political Virtue and Shopping. Individuals, Consumerism, and collective Action. New York: Palgrave Macmillan, 2003.

Mitchell, W. J.: City of Bits – Leben in der Stadt des 21. Jahrhunderts. Boston et. al.: Birkhäuser, 1996.

v. Moos, P.: *Attentio est quaedam sollicitudo*. Die religiöse, ethische und politische Dimension der Aufmerksamkeit im Mittelalter. In: Assmann, A. / Assmann, J. (Hrsg.): *Aufmerksamkeiten*. München: Fink, 2001. S. 91-128.

Morrisett, L.: *Technologies of Freedom?* In: Jenkins, H. / Thorburn, D.: *Democracy and New Media*. Cambridge: MIT Press, 2003. S. 21-32.

Mouffe, Ch.: *Deliberative Democracy or Agonistic Pluralism*. Link: http://www.ihs.ac.at/publications/pol/pw_72.pdf: 2000(a). Zugriff: 06.03.2013.

Mouffe, Ch.: *On the Political*. London / New York: Taylor Francis Ltd, 2005.

Mouffe, Ch.: *The Democratic Paradox*. London / New York: Verso, 2000(b).

Müller-Doohm, St. / Neumann-Braun, K.: *Demokratie und moralische Führerschaft*. Die Funktion praktischer Kritik für den Prozess partizipativer Demokratie. In: Imhof, K. et. al (Hrsg.): *Demokratie in der Mediengesellschaft*. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften, 2006. S. 98-116.

Negroponte, N.: *Being Digital*. New York: Knopf, 1995.

Neidhardt, F.: *Öffentlichkeit, Öffentliche Meinung, soziale Bewegungen*. In: ders. (hrsg.): *Öffentlichkeit, öffentliche Meinung, soziale Bewegungen*. Opladen: Westdeutscher Verlag: 1994. S. 7-40.

Neverla, I: *Das Netz – eine Herausforderung für die Kommunikationswissenschaft*. In: Maier-Rabler, U. / Latzer, M. (Hrsg.): *Kommunikationskulturen zwischen Kontinuität und Wandel*. Universelle Netzwerke für die Zivilgesellschaft. Konstanz: UVK-Verlagsgesellschaft mbH, 2001. S. 29-47.

Niggemeier, St.: *Live-dabei, wenn nichts passiert*. Link: <http://www.faz.net/aktuell/feuilleton/medien/stefan-niggemeier-ueber-live-ticker-12859289.html> Zugriff: 25.03.2014.

Nolte, K.: Der Kampf um Aufmerksamkeit. Wie Medien, Wirtschaft und Politik um eine knappe Ressource ringen. Frankfurt a. M.: Campus, 2005.

Norris, P.: A Virtuous Circle. Political Communication in Postindustrial Societies. Cambridge: Cambridge University Press, 2000.

Norris, P.: Critical Citizens: Global Support for Democratic Governance. Oxford: Oxford University Press, 1999.

Norris, P.: Political Mobilization and Social Networks. The Example of the Arab Spring. In: Kersting, N. (Hrsg.): Electronic Democracy. Opladen et. al.: Barbara Budrich Publishers, 2012. S. 55-77.

Noveck, B. S.: Paradoxical Partners: Electronic Communication and Electronic Democracy. In: Democratization 7 (1): 2000. S. 18-35.

Nunner-Winkler, G.: Identität und Moral. In: Straub, J. / Renn, J. (Hrsg.): Transitorische Identität. Der Prozesscharakter des modernen Selbst. Frankfurt a. M. et. al.: Campus, 2002. S. 56-84.

Oehler, K.: Subjektivität und Selbstbewusstsein in der Antike. In: Fetz, R. L. / Hagenbüchle, R. / Schulz, P. (Hrsg.): Geschichte und Vorgeschichte der modernen Subjektivität. Band I. Berlin et. al.: de Gruyter, 1998. S. 153-176.

Oelmüller, W.: Subjekt aus der Perspektive der Philosophie der unbefriedigten Aufklärung. In: Schrödter, H. (Hrsg.): Das Verschwinden des Subjekts. Würzburg: Königshausen & Neumann, 1994. S. 29-58.

Olson, K.: Legitimate Speech and Hegemonic Idiom: The Limits of Deliberative Democracy in the Diversity of its Voices. In: Political Studies 59 (3): 2011. S. 527-546.

Owens, C.: Der Diskurs der Anderen – Feministinnen und Postmoderne. In: Huyssen, A. / Scherpe, K. R. (Hrsg.): Postmoderne. Zeichen eines kulturellen Wandels. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt, 1997. S. 172-195.

Palaver, W.: Die mythischen Quellen des Politischen. Carl Schmitts Freund-Feind-Theorie. Stuttgart et. al.: Kohlhammer, 1998.

Palm, G.: CyberMedienWirklichkeit. Virtuelle Welterschließung. Hannover: Heise, 2004.

Perlot, F.: Deliberative Demokratie und Internetforen – Nur eine virtuelle Diskussion? Baden-Baden: Nomos, 2008.

Peters, B.: „Öffentlichkeitselite“ – Bedingungen und Bedeutung von Prominenz. In: Neidhardt, F. (Hrsg.): Öffentlichkeit, öffentliche Meinung, soziale Bewegungen. Opladen: Westdeutscher Verlag: 1994(a). S. 191-212.

Peters, B.: Der Sinn von Öffentlichkeit. In: Neidhardt, F. (Hrsg.): Öffentlichkeit, öffentliche Meinung, soziale Bewegungen. Westdeutscher Verlag. Wiesbaden: 1994(b). S. 42-76.

Pfeifer, M.: Die Frage nach dem Subjekt. Levinas' Philosophie als Ausdrucksform nachmetaphysischen Denkens. Würzburg: Königshausen & Neumann, 2009.

Pferl, A.: Das Politische des Alltags. Das Beispiel ‚Umweltbewußtsein‘. In: Beck, U. / Hajer, M. A. / Kesselring, S.: Der unscharfe Ort der Politik. Empirische Fallstudien zur Theorie der reflexiven Modernisierung. Opladen: Leske + Budrich, 1999. S. 23-44.

Pilch, M.: System des transzendentalen Etatismus. Staat und Verfassung bei Carl Schmitt. Wien et. al.: Karolinger, 1994.

Pivecka, A.: Die künstliche Natur. Walter Benjamins Begriff der Technik. Frankfurt a. M. et. al.: Lang, 1993.

Plake, K. / Jansen, D. / Schuhmacher, B.: Öffentlichkeit und Gegenöffentlichkeit im Internet. Politische Potenziale der Medienentwicklung. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, 2001.

Pritsch, S.: Rhetorik des Subjekts. Zur textuellen Konstruktion des Subjekts in feministischen und anderen postmodernen Diskursen. Bielefeld: Transcript, 2008.

Prümm, K.: Migrationsorganisationen als Akteure der Zivilgesellschaft. In: Groh, K. / Weinbach, Ch. (Hrsg.): Zur Genealogie des politischen Raums. Politische Strukturen im Wandel. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften, 2005. S. 201-224.

Pundt, Ch.: Vom Geben und Nehmen im Kleinen und Großen. Zu Georg Francks Ökonomie der Aufmerksamkeit. In: Hickethier, K. / Bleicher, J. K. (Hrsg.): Aufmerksamkeit, Medien und Ökonomie. Münster: LIT Verlag, 2002. S. 49-74.

Rauch, W.: Informationsethik. Die Fragestellung aus der Sicht der Informationsgesellschaft. In: Kolb, A. / Esterbauer, R. / Ruckenbauer, H.-W. (Hrsg.): Cyberethik. Verantwortung in der digital vernetzten Welt. Stuttgart: Kohlhammer, 1998. S. 51-57.

Raulet, G.: „Natur und Kunst. Oder Saturn und Jupiter.“ Mythos und Moderne bei Friedrich Hölderlin. In: Brecht, Ch. / Fink, W. (Hrsg.): „Unvollständig, krank und halb?“ Archäologie moderner Identität. Bielefeld: Aisthesis-Verlag, 1996. S. 17-24.

Rauschenbach, Th.: Inszenierte Solidarität: Soziale Arbeit in der Risikogesellschaft. In: Beck, U. / Beck-Gernsheim, E. (Hrsg.): Riskante Freiheiten. Individualisierung in modernen Gesellschaften. Frankfurt a. M.: Suhrkamp, 1994. S. 89-113.

Reckwitz, A.: Subjekt. Bielefeld: Transcript, 2008.

Reid, E.: Hierarchy and Power. Social Control in Cyberspace. In: Smith, M. A. / Kollock, P. (Hrsg.): Communities in Cyberspace. London et. al.: Routledge, 1999. S. 107-133.

Reilly, P.: Civil Society, the Internet and Terrorism. Case Studies from Northern Ireland. In: Oates, S. / Owen, D. / Gibson, R. K. (Hrsg.): The Internet and Politics. Citizens, Voters and Activists. London et. al.: Routledge, 2006. S. 118-135.

Renn, J.: Selbstbehauptung. Varianten der Identität von Personen im Zeichen funktionaler Differenzierung. In: Straub, J. / ders. (Hrsg.): Transitorische Identität. Der Prozesscharakter des modernen Selbst. Frankfurt a. M. et. al.: Campus, 2002. S. 238-266.

Rilling, R.: Auf dem Weg zur Cyberdemokratie. Link: http://www.heise.de/bin/tp/issue/r4/dl_artikel2.cgi?artikelnr=8001&mode=html&zeilenlaenge=72: 1997. Zugriff: 15.04.2009.

Rodatz, Ch.: Der Raum des Theaters. Reflektionen zur Intermedialität des Theaters. In: Warnke, M. / Coy, W. / Tholen, G. Ch. (Hrsg.): Hyperkult II. Zur Ortsbestimmung analoger und digitaler Medien. Bielefeld: Transcript, 2005. S. 233-266.

Rogg, A.: Demokratie und Internet. Der Einfluss von computervermittelter Kommunikation auf Macht, Repräsentation, Legitimation und Öffentlichkeit. Opladen: Leske + Budrich, 2003.

Rohde, C.: Der Roman in der Postmoderne. In: Hübner, A. / Paulus, J. / Stauff, R. (Hrsg.): Umstrittene Postmoderne. Lektüren. Heidelberg: Winter, 2010. S. 185-204.

Rommelspacher, B.: Identität und Macht. Zur Internalisierung von Diskriminierung und Dominanz. In: Keupp, H. / Höfer, R. (Hrsg.): Identitätsarbeit heute. Klassische und aktuelle Perspektiven der Identitätsforschung. Frankfurt a. M.: Suhrkamp, 1997. S. 250-269.

Rosa, H.: Zwischen Selbstthematisierungszwang und Artikulationsnot? Situative Identität als Fluchtpunkt von Individualisierung und Beschleunigung. In: Straub, J. / Renn, J. (Hrsg.): Transitorische Identität. Der Prozesscharakter des modernen Selbst. Frankfurt a. M. et. al.: Campus, 2002. S. 267-302.

Rosen, J.: The Naked Machine: Privacy and Security in an Age of Terror. In: Edwards, Ch. / Fieschi, C. (Hrsg.): UK Confidential. London: Demos, 2008. S. 137-148.

Roughly, N.: Selbstverständnis und Begründung. Zum Status von Bezugnahmen auf die Identität des Handelnden bei moralischer Rechtfertigung. In: Barkhaus, A. et. al. (Hrsg.): Identität, Leiblichkeit, Normativität. Neue Horizonte anthropologischen Denkens. Frankfurt a. M.: Suhrkamp, 1996. S. 245-273.

Ruckenbauer, H.-W.: Homo ludens auf der Datenautobahn: Das Spiel mit imaginären Wirklichkeiten. In: Kolb, A. / Esterbauer, R. / Ruckenbauer, H.-W. (Hrsg.): Cyberethik. Verantwortung in der digital vernetzten Welt. Stuttgart: Kohlhammer, 1998. S. 58-72.

Ruppert, E. / Law, J. / Savage, M.: Reassembling Social Science Methods: The Challenge of Digital Devices. In: Theory, Culture & Society 30 (4): 2013. S. 22-46.

Rzepka, V. / Straßenberger, G.: Für einen konfliktiven Liberalismus. Chantal Mouffes Verteidigung der liberalen Demokratie. In: Zeitschrift für Politische Theorie 5 (2): 2014. 217-233.

Saaristo, A.: There Is No Escape from Philosophy. Collective Intentionality and Empirical Social Science. In: Philosophy of the Social Sciences 26 (1): 2006. S. 40-66.

Sanders, L. M.: Against Deliberation. In: Political Theory 25 (3): 1997. S. 347-376.

Sandoval, M. / Fuchs, Ch.: Towards a Critical Theory of Alternative Media. In: Telematics and Informatics 27: 2010. S. 141-150.

Sassen, S.: The Impact of the Internet on Sovereignty: Unfounded and Real Worries. In: Engel, Ch. / Keller, K. H. (Hrsg.): Understanding the Impact of Global Networks on Local, Social, Political and Cultural Values. Baden-Baden: Nomos, 1999. S. 187-200.

Schaap, F.: Disaggregation, Technology, and Masculinity. Elements of Internet Research. In: Silver, D. / Massanari, A. (Hrsg.): Critical Cyberculture Studies. New York et. al.: New York University Press, 2006. S. 228-242.

Scherpe, K. P.: Dramatisierung und Entdramatisierung des Untergangs – zum ästhetischen Bewusstsein von Moderne und Postmoderne. In: Huyssen, A. / ders. (Hrsg.): Postmoderne. Zeichen eines kulturellen Wandels. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt, 1997. S. 270-301.

Scheuch, M.: Demokratie per Mausklick. Neue Informationstechnologien und ihre Auswirkungen auf Demokratietheorie. Stuttgart: Ibidem-Verlag, 2003.

Schimank, U.: Funktionale Differenzierung und reflexiver Subjektivismus. Zu, Entsprechungsverhältnis von Gesellschafts- und Identitätsform. In: Soziale Welt 36 (4): 1985. S. 447-465.

Schmid, H. B.: Wir Intentionalität – Jenseits von Individualismus und Kollektivismus. In: Dialektik 1, 2001. S. 71-92.

Schmid, M.: Individuelles Handeln und gesellschaftliche Veränderung – einige Bemerkungen zur Subjektkonzeption der soziologischen Handlungstheorie. In: Keupp, H. / Hohl, J. (Hrsg.): Subjektdiskurse im gesellschaftlichen Wandel. Zur Theorie des Subjekts in der Spätmoderne. Bielefeld: Transcript, 2006. S. 29-50.

Schmid, W.: Der Versuch, die Identität des Subjekts nicht zu denken. In: Barkhaus, A. et. al. (Hrsg.): Identität, Leiblichkeit, Normativität. Neue Horizonte anthropologischen Denkens. Frankfurt a. M.: Suhrkamp, 1996. S. 370-379.

Schmitt, A.: Freiheit und Subjektivität in der griechischen Tragödie? In: Fetz, R. L. / Hagenbüchle, R. / Schulz, P. (Hrsg.): Geschichte und Vorgeschichte der modernen Subjektivität. Band I. Berlin et. al.: de Gruyter, 1998. S. 91-118.

Schmitt, C.: Der Begriff des Politischen. Berlin: Duncker & Humblot, 1963.

Schmitz, M.: Die Freund-Feind-Theorie Carl Schmitts. Entwurf und Entfaltung. Opladen et. al.: Westdeutscher Verlag, 1965.

Schnöller, L. W.: Die „Corporate Collection“ und ihr Beitrag zur Marke, Oder Warum gerade die Mobiliar der Kunst treu bleibt. In: Denaro, D. (Hrsg.): Branding. Das Kunstwerk zwischen Authentizität und Aura, Kritik und Kalkül. Nürnberg: Verlag für Moderne Kunst, 2007. S. 150-155.

Schranz, M. / Vonwil, M.: Öffentlichkeit und politische Entscheidungsfindung - Problemlösungsmechanismen im Spannungsfeld öffentlicher Moralisierung, politischer Gesetzgebung und wirtschaftlicher Selbststeuerung. Eine vergleichende Analyse zum Einfluss der öffentlichen Kommunikation auf den politischen Entscheidungsfindungsprozess in den USA und der Schweiz am Beispiel der Managerlohndebatte. In: Imhof, K. et. al (Hrsg.): Demokratie in der Mediengesellschaft. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften, 2006. S. 25-40.

Schroer, M.: Soziologie der Aufmerksamkeit. Grundlegende Überlegungen zu einem Theorieprogramm. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 66: 2014. S. 193-218.

Schudson, M.: Was There Ever a Public Sphere? If so, When? Reflections on the American Case. In: Calhoun, C. (Hrsg.): Habermas and the Public Sphere. Cambridge: MIT Press, 1992. S. 143-163.

Schuegraf, M.: Medienkonvergente Interaktionen im Kontext von Musikfernsehen. Das Internet als Partizipations- und Protestmedium. In: Tillmann, A. / Vollbrecht, R. (Hrsg.): Abenteuer Cyberspace. Jugendliche in virtuellen Welten. Frankfurt a. M. et. al.: Lang, 2006. S. 149-164.

Schulze, G.: Die Erlebnisgesellschaft. Kultursoziologie der Gegenwart. Frankfurt a. M. et. al.: Campus, 2005.

Schütze, J. C.: Aporien der Literaturkritik – Aspekte der postmodernen Theoriebildung. In: Huyssen, A. / Scherpe, K. R. (Hrsg.): Postmoderne. Zeichen eines kulturellen Wandels. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt, 1997. S. 196-218.

Schwab, G.: „Where I Am There Is No One But Me Who Am Not” – Die Nicht-Ich Fiktion eines Ich Erzählers in Samuel Becketts ‘The Unnamable’. In: Frank, M. / Haverkamp, A. (Hrsg.): Individualität. München: Fink, 1988. S. 509-540.

Scott, L. M.: Evaluating Intra-metropolitan Accessibility in the Information Age: Operational Issues, Objectives, and Implementation. In: Janelle, D. G. / Hodge, D. C. (Hrsg.): Information, Place, and Cyberspace. Issues in Accessibility. Berlin: Springer, 2000. S. 21-46.

Searle, J. R.: Geist, Sprache und Gesellschaft. Frankfurt a. M.: Suhrkamp, 2004.

Sennett, R.: The Fall of Public Man. Cambridge: Cambridge University Press, 1976.

Sennett, R.: Der flexible Mensch. Die Kultur des neuen Kapitalismus. Berlin: Berlin-Verlag, 1998.

Serres, M.: Der Mensch ohne Fähigkeiten. Die Neuen Technologien und die Ökonomie des Vergessens. In: Bruns, K. / Reichert, R. (Hrsg.): Reader Neue Medien. Texte zur digitalen Kultur und Kommunikation. Bielefeld: Transcript, 2007. S. 76-87.

Serexhe, B.: Neue Technologien verlangen neue Curricula. In: Weibel, P. (Hrsg.): Vom Tafelbild zum globalen Datenraum. Neue Möglichkeiten der Bildproduktion und bildgebender Verfahren. Ostfildern-Ruit: Hatje Cantz, 2001. S. 11-16.

Shapiro, I.: Enough of Deliberation. Politics is about Interests and Power. In: Macedo, St. (Hrsg.): Deliberative Politics. Essays on Democracy and Disagreement. Oxford et. al.: Oxford University Press, 1999. S. 28-38.

Sheehan, P.: Postmodernism and Philosophy. In: Connor, St. (Hrsg.): The Cambridge Companion to Postmodernism. Cambridge: Cambridge University Press, 2008. S. 20-42.

Shils, E.: Was ist eine Civil Society. In: Michalski, K. (Hrsg.): Europa und die Civil Society. Stuttgart: Klett-Cotta, 1991. S. 13-51.

Siebel, W.: Vom Wandel des öffentlichen Raumes. In: Wehrheim, J. (Hrsg.): Shopping Malls. Interdisziplinäre Betrachtungen eines neuen Raumtyps. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften, 2007. S. 77-94.

Siedschlag, A. / Rogg, A. / Welzel, C.: Digitale Demokratie. Willensbildung und Partizipation per Internet. Opladen: Leske + Budrich, 2002.

Simanowski, R.: Interfictions. Vom Schreiben im Netz. In: Bruns, K. / Reichert, R. (Hrsg.): Reader Neue Medien. Texte zur digitalen Kultur und Kommunikation. Bielefeld: Transcript, 2007. S. 219-227.

Slater, D.: Political Discourse and the Politics of Need: Discourses on the Good Life in Cyberspace. In: Bennett, W. L. / Entman, R. M. (Hrsg.): Mediated Politics. Communication in the Future of Democracy. Cambridge: Cambridge University Press, 2001. S. 117-140.

Sloterdijk, P.: Nach der Geschichte. In: Welsch, W. (Hrsg.): Wege aus der Moderne. Schlüsseltexte der postmodernen Diskussion. Berlin: Akademie-Verlag, 1994. S. 262-274.

Sparks, C.: The Internet and the Global Public Sphere. In: Bennett, W. L. / Entman, R. M. (Hrsg.): Mediated Politics. Communication in the Future of Democracy. Cambridge: Cambridge University Press, 2001. S. 75-96.

Stichweh, R.: Adresse und Lokalisierung in einem globalen Kommunikationssystem. In: ders. (Hrsg.): Die Weltgesellschaft. Soziologische Analysen. Frankfurt a. M.: Suhrkamp, 2000(a). S. 220-231.

Stichweh, R.: Systemtheorie der Exklusion. Zum Konflikt von Wohlfahrtsstaatlichkeit und Globalisierung der Funktionssysteme. In: ders. (Hrsg.): Die Weltgesellschaft. Soziologische Analysen. Frankfurt a. M.: Suhrkamp, 2000(b). S. 85-102.

Stichweh, R.: Ungleichzeitigkeit in der Weltgesellschaft. Zur Unterscheidung von Tradition und Moderne. In: ders. (Hrsg.): Die Weltgesellschaft. Soziologische Analysen. Frankfurt a. M.: Suhrkamp, 2000(c). S. 207-219.

Stierle, K.: Selbsterhaltung und Verdammnis. Individualität in Dantes ‚Divina Commedia‘. In: Frank, M. / Haverkamp, A. (Hrsg.): Individualität. München: Fink, 1988. S. 270-290.

Straus, F. / Höfer, R.: Entwicklungslinien alltäglicher Identitätsarbeit. In: Keupp, H. / Höfer, R. (Hrsg.): Identitätsarbeit heute. Klassische und aktuelle Perspektiven der Identitätsforschung. Frankfurt a. M.: Suhrkamp, 1997. S. 270-307.

Stromer-Galley, J.: Democratizing Democracy: Strong Democracy, US Political Campaigns and the Internet. In: Democratization 7 (1): 2000. S. 36-58.

Strube, K.: Das Kapital in den Köpfen. In: Hickethier, K. / Bleicher, J. K. (Hrsg.): Aufmerksamkeit, Medien und Ökonomie. Münster: LIT Verlag, 2002. S. 75-86.

Sui, D. Z.: The E-Merging Geography of the Information Society: From Accessibility to Adaptability. In: Janelle, D. G. / Hodge, D. C. (Hrsg.): Information, Place, and Cyberspace. Issues in Accessibility. Berliner: Springer, 2000. S. 107-129.

Taylor, Ch.: Sprache und Gesellschaft. In: Honneth, A. / Joas, H.: Kommunikatives Handeln. Beiträge zu Jürgen Habermas' „Theorie des kommunikativen Handelns“. Frankfurt a. M.: Suhrkamp, 1986. S. 35-52.

Taylor, Ch.: Die Beschwörung der Civil Society. In: Michalski, K. (Hrsg.): Europa und die Civil Society. Stuttgart: Klett-Cotta, 1991. S. 52-84.

Terranova, T.: Attention, Economy and the Brain. In: Culture Machine 13: 2012.

Tessen, J.: Pluralismus – Zur Anerkennung kollektiver Interessen. In: Groh, K. / Weinbach, Ch. (Hrsg.): Zur Genealogie des politischen Raums. Politische Strukturen im Wandel. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften, 2005. S. 155-180.

Thies, H. J.: Postmoderne Architektur. In: Hübner, A. / Paulus, J. / Stauf, R. (Hrsg.): Umstrittene Postmoderne. Lektüren. Heidelberg: Winter, 2010. S. 21-46.

Thums, B.: Aufmerksamkeit. Wahrnehmung und Selbstbegründung von Brockes bis Nietzsche. München: Fink, 2008.

Timofeeva, Y.: Censorship in Cyberspace. New Regulatory Strategies in the Digital Age on the Example of Freedom of Expression. Baden-Baden: Nomos, 2006.

d. Tocqueville, A.: Über die Demokratie in Amerika. Band II. Stuttgart: Deutsche Verlagsanstalt, 1959/62.

Türcke, Ch.: Hyperaktiv! Kritik der Aufmerksamkeitsdefizitkultur. Wie Kinder unserer Gesellschaft den Spiegel vorhalten. München: Beck, 2012.

Unglaub, E.: Christoph Marthaler und das Theater der Postmoderne. In: Hübner, A. / Paulus, J. / Stauf, R. (Hrsg.): Umstrittene Postmoderne. Lektüren. Heidelberg: Winter, 2010. S. 205-227.

Vattimo, G.: The Structure of Artistic Revolutions. In: Docherty, Th. (Hrsg.): Postmodernism. A Reader. New York et. al.: Harvester Wheatsheaf, 1993. S. 110-119.

Veith, H.: Das Selbstverständnis des modernen Menschen. Theorien des vergesellschafteten Individuums im 20. Jahrhundert. Frankfurt et. al.: Campus, 2001.

Venturi, R.: Komplexität und Widerspruch in der Architektur. In: Welsch, W. (Hrsg.): Wege aus der Moderne. Schlüsseltexte der postmodernen Diskussion. Berlin: Akademie-Verlag, 1994. S. 79-84.

Vester, H.-G.: Modernismus und Postmodernismus – Intellektuelle Spielereien? In: Soziale Welt 36 (1): 1985. S. 3-26.

Voegelin, E.: Die Neue Wissenschaft der Politik. Eine Einführung. Freiburg im Breisgau: Alber, 1991.

Vollbrecht, R.: "Close The World – Open the nExt." Jugendliche im Cyberspace. In: Tillmann, A. / Vollbrecht, R. (Hrsg.): Abenteuer Cyberspace. Jugendliche in virtuellen Welten. Frankfurt a. M. et. al.: Lang, 2006. S. 17-32.

Vollmann, B. K.: Die Wiederentdeckung des Subjekts im Hochmittelalter. In: Fetz, R.-L. / Hagenbüchle, R. / Schulz, P. (Hrsg.): Geschichte und Vorgeschichte der modernen Subjektivität. Band I. Berlin et. al.: de Gruyter, 1998. S. 380-393.

Wagner, P.: Die Problematik der „Identität“ und die Soziologie der Moderne. In: Straub, J. / Renn, J. (Hrsg.): Transitorische Identität. Der Prozesscharakter des modernen Selbst. Frankfurt a. M. et. al.: Campus, 2002. S. 303-316.

Wagner, P.: Die Soziologie der Moderne und die Frage nach dem Subjekt. In: Keupp, H. / Hohl, J. (Hrsg.): Subjektdiskurse im gesellschaftlichen Wandel. Zur Theorie des Subjekts in der Spätmoderne. Bielefeld: Transcript, 2006. S. 163-186.

Waldenfels, B.: Phänomenologie der Aufmerksamkeit. Frankfurt a. M.: Suhrkamp, 2004.

v. Waldstein, Th.: Die Pluralismuskritik in der Staatslehre von Carl Schmitt. Universität Bochum, 1989.

Wallace, F. D.: TV der Leiden – The Suffering Channel. In: ders.: Vergessenheit. Hamburg: Rowohlt, 2009.

Walter, S.: Einleitung. In: ders. (Hrsg.): Vagheit. Paderborn: Mentis, 2005. S. 7-25.

Walzer, M.: A Better Vision: The Idea of Civil Society. In: Hodgkinson, V. A. / Foley, M. W. (Hrsg.): The Civil Society Reader. Hanover et. al.: University Press of New England, 2003. S. 306-321.

Warren, M. E.: Voting with Your Feet: Exit-Based Empowerment in Democratic Theory. In: American Political Science Review 105 (4): 2011. S. 683-701.

Wehner, J.: Elektronische Kommunikationsmedien und Zivilgesellschaft. Konturen vernetzter Öffentlichkeit. In: Maier-Rabler, U. / Latzer, M. (Hrsg.): Kommunikationskulturen zwischen Kontinuität und Wandel. Universelle Netzwerke für die Zivilgesellschaft. Konstanz: UVK-Verlagsgesellschaft mbH, 2001. S. 95-110.

Weiß, R.: Privatheit im „öffentlichen Raum“ – Klärungsbedarf. In: ders. / Groebel, J. (Hrsg.): Privatheit im öffentlichen Raum. Medienhandeln zwischen Individualisierung und Entgrenzung. Opladen: Leske + Budrich, 2002(a). S. 17-25.

Weiß, R.: Vom gewandelten Sinn für das Private. In: ders. / Groebel, J. (Hrsg.): Privatheit im öffentlichen Raum. Medienhandeln zwischen Individualisierung und Entgrenzung. Opladen: Leske + Budrich, 2002(b). S. 29-52.

Wellmer, A.: Zur Dialektik von Moderne und Postmoderne. Vernunftkritik nach Adorno. Frankfurt a. M.: Suhrkamp, 1993.

Welsch, W.: Einleitung. In: ders. (Hrsg.): Wege aus der Moderne. Schlüsseltexte der postmodernen Diskussion. Berlin: Akademie-Verlag, 1994. S. 1-45.

Welsch, W.: Unsere postmoderne Moderne. Berlin: Akademie Verlag, 2008.

Wenger, P.: Die Anfänge der Subjektivität in der bildenden Kunst Italiens vom 13. bis zum 15. Jahrhundert. In: Fetz, R. L. / Hagenbüchle, R. / Schulz, P. (Hrsg.): Geschichte und Vorgeschichte der modernen Subjektivität. Band I. Berlin et. al.: de Gruyter, 1998. S. 511-566.

Wenzel, H.: Vertrauen und die Integration moderner Gesellschaften. In: Schmalz-Bruns, R. / Zintl, R.: Politisches Vertrauen. Soziale Grundlagen reflexiver Kooperation. Baden-Baden: Nomos, 2002. S. 61-76.

Wenzel, U. J.: Die Dissoziation und ihr Grund. Überlegungen zum Begriff des Politischen. In: Flickinger, H.-G. (Hrsg.): Die Autonomie des Politischen. Carl Schmitts Kampf um einen beschädigten Begriff. Weinheim: VCH Acta Humaniora, 1990. S. 13-36.

Werle, R.: The Impact of Information Networks on the Structure of Political Systems. In: Engel, Ch. / Keller, K. H. (Hrsg.): Understanding the Impact of Global Networks on Local, Social, Political and Cultural Values. Baden-Baden: Nomos, 1999. S. 159-186.

Whitman, J. Q.: The Two Western Cultures of Privacy: Dignity versus Liberty. In: Yale Law Journal 113: 2004. S. 1151-1221.

Wilde, G.: Der Kampf um Hegemonie. In: Zeitschrift für politische Theorie 5 (2): 2014. 203-216.

Williams, K. D. et. al.: Investigations into Differences between Social- and Cyberostracism. In: Group Dynamics: Theory, Research and Practice 6 (1): 2002. S. 65-77.

Williams, Z.: Whose Privacy is it anyway? In: Edwards, Ch. / Fieschi, C. (Hrsg.): UK Confidential. London: Demos, 2008. S. 41-48.

Williamson, Th.: Vagueness. London et. al.: Routledge, 1994.

Willke, H.: Atopia. Studien zur atopischen Gesellschaft. Frankfurt a. M.: Suhrkamp, 2001.

Wirth, W.: Individuelles Wissensmanagement und das Internet. Kommunikationswissenschaftliche Perspektiven. In: Maier-Rabler, U. / Latzer, M. (Hrsg.): Kommunikationskulturen zwischen Kontinuität und Wandel. Universelle Netzwerke für die Zivilgesellschaft. Konstanz: UVK-Verlagsgesellschaft mbH, 2001. S. 393-410.

Wolfsfeld, G. / Segev, E. / Sheaffer, T.: Social Media and the Arab Spring: Politics Comes First. In: International Journal of Press/Politics 18 (2): 2013. S. 115-137.

Woodward, K.: Concepts of Identity and Difference. In: dies. (Hrsg.): Identity and Difference. London: Sage, 1997. S. 7-62.

Young, I. M.: Communication and the Other: Beyond Deliberative Democracy. In: Benhabib, S. (Hrsg.): Democracy and Difference. Contesting the Boundaries of the Political. Princeton: Princeton University Press, 1996. S. 120-136.

Young, I. M.: Difference as a Resource for Democratic Communication. In: Bohman, J. / Rehg, W. (Hrsg.): Deliberative Democracy. Essays on Reason and Politics. Cambridge: MIT Press, 1997. S. 383-406.

Young, I. M.: Justice and the Politics of Difference. Princeton: Princeton University Press, 1990.

Yuan, E. Y.: A Culturalist Critique of 'Online Community' in New Media Studies. In: New Media Society 15 (5): 2013. S. 665-679.

Zapf, H.: Methoden der Politischen Theorie. Eine Einführung. Opladen et. al.: Leske + Budrich, 2013.

Zima, P. V.: Theorie des Subjekts: Subjektivität und Identität zwischen Moderne und Postmoderne. Tübingen et. al.: Francke, 2007.

Zürcher, M. D.: Soziale Gerechtigkeit, Solidarität und politisches Vertrauen. In: Schmalz-Bruns, R. / Zintl, R. (Hrsg.): Politisches Vertrauen. Soziale Grundlagen reflexiver Kooperation. Baden-Baden: Nomos, 2002. S. 157-170.

Zurstiege, G.: Aufmerksamkeit – die Unwahrscheinlichkeit des Unvermeidbaren. Link: <http://www.heise.de/tp/artikel/4/4699/1.html>: 2001. Zugriff: 12.02.2013.

Zweck, A.: Technikfolgenabschätzung für Virtuelle Realität. In: Steinmüller, K. (Hrsg.): Wirklichkeitsmaschinen. Cyberspace und die Folgen. Weinheim et. al.: Beltz, 1993. S. 61-78.